Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

24. Jahrgang 2012

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Redaktion: Gérard Bökenkamp, Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich,
Ewald Grothe, Jochen Merkle

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

juergen.froelich@freiheit.org

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

24. Jahrgang 2012

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

herausgegeben von
Eckart Conze, Joachim Scholtyseck und Erich Weede
in Verbindung mit Jürgen Frölich und Ewald Grothe

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7692-7 (Print)
ISBN 978-3-8452-5387-9 (ePDF)

1. Auflage 2012
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vorwort der Herausgeber zu Band 24

Das »Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung« (JzLF) ist Ende der 1980er Jahre aus einer Initiative von Stipendiaten und Alt-Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit entstanden. Die damals geäußerte Hoffnung, dass das JzLF im Forschungsdiskurs eine Lücke schließen würde, darf man nach bislang 23 vorliegenden Bänden und einer Vielzahl an Beiträgen sowie einer großen Bandbreite von Autoren durchaus realisiert sehen. Nachdem es bei Aufbau und Struktur in den letzten Jahren schon einige Veränderungen gegeben hat, wendet sich das JzLF mit dem 24. Jahrgang unter neuer Leitung an die Leserschaft. Dabei soll die bisherige wissenschaftliche Ausrichtung nur insofern verändert werden, als der ursprünglich thematisch und methodisch breit gefächerte Anspruch verstärkt eingelöst werden soll. Es gelten auch weiterhin die im Vorwort zur ersten Ausgabe von 1989 festgeschriebenen Grundsätze:

> „…trotz einer Vielzahl verstreuter Ansätze und Aktivitäten fehlt bisher ein wissenschaftliches Organ, das sich aus philosophischer, nationalökonomischer, rechtstheoretischer, politik- und sozialwissenschaftlicher sowie historisch-zeitgeschichtlicher Perspektive mit dem Liberalismus als einer aus dem Geist des Humanismus und der Aufklärung erwachsenen, geistigen und politischen Strömung auseinandersetzt.
> Wiederholt ist der Liberalismus in den zurückliegenden Jahrzehnten als eine ‚Ideologie im Niedergang' oder als die prägende geistige Kraft eines vergangenen Jahrhunderts naiv-optimistischer Zukunftserwartungen definiert worden. Eine große Vergangenheit und eine perspektivlose Zukunft wurden ihm bescheinigt. Nach wie vor aber stellt der Liberalismus in vielen Teilen der Erde in dieser oder jener Ausprägung eine das geistige, vielfach auch das politische Leben maßgeblich mitbestimmende Bewegung dar. Der Erforschung des Liberalismus in Vergangenheit und Gegenwart ist dieses Jahrbuch ebenso gewidmet wie der Analyse zukünftiger Perspektiven.
> Liberalismus: das war und ist eine sehr vielgestaltige, heterogene Bewegung, die sich nie auf eine Definition oder gar ein Parteiprogramm verengen ließ. Offenheit ist ein Grundzug liberaler Weltsicht und mit Offenheit soll hier auch die Erforschung des Liberalismus dokumentiert werden.
> Offenheit für unterschiedliche, bisweilen auch divergierende Verständnisse von Liberalismus, Offenheit für den Liberalismus als geistiges, politisches und gesellschaftliches Phänomen, als eine aufs engste mit der Geschichte des Bürgertums verbundene weltanschauliche Grundhaltung.
> Diese Leitlinien mögen das Jahrbuch jetzt und zukünftig bestimmen."

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nachdem die ursprünglich beigefügte laufende „Bibliographie zur internationalen Liberalismus-Forschung“ bereits vor geraumer Zeit aus arbeitsökonomischen Gründen eingestellt und der umfängliche Rezensionsteil nicht zuletzt aus Aktualitätsgründen vor einigen Jahren in ein Online-Portal ausgegliedert wurde (vgl. http://www.freiheit.org/Archiv-des-Liberalismus/716c318/index.html), soll das JzLF jetzt und künftig in erster Linie – wie es bereits 1989 hieß -

> „eine Plattform für die Publikation wissenschaftlicher Beiträge zu Theorie und Geschichte des Liberalismus bieten. Gleichgültig, ob der bisherige Forschungsstand resümiert und reflektiert oder neue Wege der Forschung beschritten werden: Hier ist ein Ort, wo insbesondere auch junge Wissenschaftler ihre Forschungserträge der Öffentlichkeit zugänglich machen können.“

Daneben wird es auch weiterhin – wie in den letzten Jahren schon – thematische Schwerpunkte geben, die häufig aus den jährlichen „Kolloquien zur Liberalismus-Forschung“ hervorgegangen sind und hervorgehen werden.
Generell wird auch natürlich an dem seit 1989 bestehenden grundsätzlichen Anspruch festgehalten:

> „Das JzLF ist ein wissenschaftliches, kein parteipolitisches Periodikum. Es steht allen offen, die sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Themenkreis Liberalismus auseinandersetzen. ... Das Prinzip der Offenheit gilt auch für verschiedene Forschungsansätze; liberalismuskritische Stimmen werden selbstverständlich nicht ausgeschlossen.“

In diesem Sinne erhoffen Herausgeber und Redaktion für das „neue“ Jahrbuch eine ebenso geneigte Aufnahme durch die Leserschaft wie bei den bisherigen Bänden. Stellungnahmen, egal ob wohlwollender oder kritischer Natur, sind ebenso erwünscht wie Themen- oder Textvorschläge aus dem weiten Feld der Liberalismus- und Bürgertumsforschung. Abschließend sei den bisherigen Herausgebern für ihre z. T. über Jahrzehnte geleistete Mitarbeit am JzLF ausdrücklich gedankt. Sie haben damit eine Basis gelegt, auf der wir aufbauen können.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt „Liberale Erinnerungskultur“

Eckart Conze
Erinnerte Freiheit.
Brauchen wir eine liberale Erinnerungskultur? 9

Ralf Roth
Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848 25

Christian Jansen
Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort?
Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland 43

Dieter Hein
Für und wider die Erinnerung – Die Gründung der Freien
Demokratischen Partei am 11./12.12.1948 in Heppenheim 57

Karl Heinrich Pohl
Gustav Stresemann (1878–1929).
Eine liberale Leitfigur in der Geschichte der Bundesrepublik? 69

Ines Soldwisch
Theodor Heuss (1884–1963) – Symbolfigur für eine liberale
Erinnerungskultur? 89

Philippe Alexandre
Französische und deutsche Liberale und die Erinnerung an die
Revolution von 1789 107

Rolf-Ulrich Kunze
Liberale Faktoren niederländischer Geschichte.
Ein Aufriss und eine erinnerungspolitische Fehlanzeige 131

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weitere Beiträge

Elif Özmen
Liberalismus zwischen Wahrheitsskepsis und Wahrheitsanspruch – Friedrich August von Hayek über politische Rationalität und politische Ordnung 146

Volker Stalmann
Bernhard Falk (1867–1944) – Liberaler, Jude und deutscher Patriot 161

Desiderius Meier
Hermann Dietrich – Bürger der Weimarer Republik 193

Stephanie Günther
„[…] dass die Kommunalpolitik eine weit grössere Rolle spielt, als man vielfach angenommen hat." – Kommunalpolitik in der Deutschen Volkspartei während der Weimarer Republik 205

Holger Löttel
Konrad Adenauer und Thomas Dehler – Neue Quellen zu ihrem politischen und persönlichen Verhältnis 229

David Bordiehn
Die politische Biographie Manfred Gerlachs – Ansätze, Probleme und Potential der Funktionärs-Biographie im SED-Staat 245

Forum

Barthold C. Witte
Liberale unter Hitler und danach – Eine historische Skizze mit persönlichen Erinnerungen 259

Autorenverzeichnis 273

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schwerpunkt „Liberale Erinnerungskultur“

Eckart Conze

Erinnerte Freiheit. Brauchen wir eine liberale Erinnerungskultur?[1]

I.

Die FDP, so formulierte es ihr damaliger Generalsekretär Christian Lindner vor einigen Monaten in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, befinde sich in einer Bewährungsprobe. So kann man das nennen. Andere Kommentatoren, die der Partei nicht angehören oder nahestehen, sprechen eine andere Sprache. Sie reden nicht nur von Niedergang, sondern von Untergang, und sie sehen liberale Ziele und liberale Werte in der deutschen Parteienlandschaft längst nicht mehr bei der FDP vertreten. Dass ein FDP-Generalsekretär dem heftig widerspricht, kann nicht überraschen. Aber wo sieht ein führender FDP-Politiker heute die Zukunft, wo sieht er Zukunftschancen seiner Partei? „Der Liberalismus“, so Christian Lindner, „der Liberalismus“ verfüge „über eine reiche Tradition, die ihm Orientierung gibt. In schwieriger Lage muss er zurück an die Quellen seiner Überzeugungen, um von dort neue Handlungssicherheit zu gewinnen.“[2]

Wenn es nur so einfach wäre! Vorwärts zu den Quellen als Überlebensstrategie. Christian Lindners Blick zurück in die Geschichte des Liberalismus und seine Vorstellung, die Geschichte könne Orientierung geben, ja Handlungsanweisung sein in der Gegenwart und für die Zukunft, sie sind für den Historiker interessant, weil dieses Plädoyer ein gutes Beispiel für den Gegenwartsbezug historischer Erinnerung darstellt. Der Blick zurück auf die Geschichte fällt immer aus der Gegenwart, und die Gegenwart, ihre Probleme, ihre Perspektiven und ihre Horizonte, sie bestimmen den Blick zurück.

1 Bei diesem Aufsatz handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung meines Abendvortrags auf der Jahrestagung 2011 zur historischen Liberalismusforschung am 18.11.2011 in Frankfurt am Main. Der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.

2 Christian Lindner: Wozu Liberalismus?, in: FAZ, 9.5.2011, S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Geschichte ist immer Gegenwart,[3] und im Blick auf historische Erinnerung, auf Erinnerungskulturen, auf ihre Entwicklung und auf ihren Wandel wird das ganz besonders deutlich.

Erinnerung bietet Orientierung, Orientierung vor allem in Zeiten der Krise, und es ist vermutlich kein Zufall, dass sich die Jahrestagung 2011 der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Archivs des Liberalismus zur historischen Liberalismusforschung mit der Thematik „Erinnerungskultur" befasst hat. Die Gründung der Deutschen Fortschrittspartei im Jahre 1861, zweifelsohne ein Meilenstein nicht nur in der Geschichte des politischen Liberalismus in Deutschland, sondern auch in der Herausbildung eines deutschen Parteiensystems, sie bildete für das Tagungsthema wohl nur den äußeren Anlass. Und das Tagungsthema folgte auch nicht nur den Moden und Konjunkturen der Geschichtswissenschaft, die sich seit einigen Jahren im Zeichen des „cultural turn" und inspiriert von kultur- und sozialwissenschaftlichen Gedächtnistheorien – genannt seien nur Maurice Halbwachs, Pierre Nora oder Jan Assmann – den Ausformungen und den Praktiken historischen Erinnerns zugewandt hat.[4]

Aber auch Geschichts- und Kulturwissenschaften entwickeln sich ja nicht im luftleeren Raum. Der Aufstieg der Gedächtnistheorien und des Erinnerungsparadigmas, gerade in Deutschland und Europa, hängt ursächlich zusammen mit den grundstürzenden Veränderungen in Deutschland und Europa seit 1989/90, mit der deutschen Wiedervereinigung, aber auch mit dem Zusammenwachsen Europas nach der Überwindung der Spaltung. Die Debatte über Geschichtsbilder, über Inhalte und Formen der öffentlichen Erinnerung an Nationalsozialismus und Kommunismus, sie beförderte das Nachdenken über Erinnerungskultur, über Erinnerungskulturen im Wandel der Zeit.[5]

II.

Brauchen wir, so lautet das mir aufgegebene Thema, eine liberale Erinnerungskultur? Brauchen wir heute eine liberale Erinnerungskultur? Das „Wir" in dieser Frage, es sei nicht bezogen auf das nähere oder weitere Umfeld des politischen oder gar des parteiförmigen Liberalismus in der Bundesrepublik,

3 Eckart Conze u.a.: Geschichte ist immer Gegenwart. Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001.

4 Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1999; Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin 1966; ders.: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1991; Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1998.

5 Siehe dazu die Beiträge in: Volkhard Knigge u.a. (Hrsg.): Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung, Köln 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sondern es sei bezogen auf die Gesellschaft insgesamt. Braucht die Gesellschaft, braucht die deutsche Gesellschaft, so könnte man die Thematik präzisieren, eine liberale Erinnerungskultur?

Ja, sie braucht eine liberale Erinnerungskultur. Sie braucht eine liberale Erinnerungskultur zunächst im Sinne einer offenen, einer pluralen, einer demokratischen Erinnerungskultur. Eine liberale Erinnerungskultur ist in diesem Sinne das Gegenteil einer illiberalen, einer hegemonialen Erinnerungskultur, in der sowohl die Formen als auch die Inhalte – und die Ziele – des Erinnerns festgelegt sind. Historische Erinnerung in einer freiheitlichen Gesellschaft verändert sich, sie unterliegt permanentem Wandel. Und dieser Wandel passiert nicht einfach, sondern er ist das Resultat gesellschaftlicher Bedingungen, politischer Einflüsse und anderer Faktoren. Erinnerungskultur in einer offenen Gesellschaft ist Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Über Erinnerung wird gestritten. Gestritten wird darüber, woran sich eine Gesellschaft oder eine gesellschaftliche Gruppe überhaupt erinnern will; aber auch darüber, wie man sich erinnern will.[6]

Aber brauchen wir auch eine liberale Erinnerungskultur, brauchen wir heute, im beginnenden 21. Jahrhundert, eine liberale Erinnerungskultur, die sich auf die Geschichte des Liberalismus bezieht: die Geschichte des Liberalismus als philosophische Idee, als wirtschaftliche Kraft, als ideologische Strömung oder auch als parteiförmig organisierte politische Bewegung? Und falls man diese Frage mit „Ja" beantwortet, kann dann eine liberale Erinnerungskultur mehr beinhalten als den nostalgischen, den trauernden oder gar den frustrierten Rückblick auf eine politische Idee, die sich totgesiegt hat? Der Liberalismus könne nicht mehr Partei sein, „weil ihm die Gegner ausgegangen sind", hat der Publizist Gustav Seibt kürzlich geschrieben.[7] Ist dann, wenn überhaupt, liberale Erinnerungskultur nichts Anderes als ein Totengedenken? Das würde implizieren, dass wir Liberalismus sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart lediglich ex negativo verstehen, als eine Idee und eine politische Bewegung, die sich nur in Abgrenzung von gegnerischen Kräften und anders gearteten und anders ausgerichteten politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen entwickelt hat, ohne einen positiven Gehalt zu haben.

Gewiss, politische Ideen entwickeln und entfalten sich immer in Abgrenzung und Auseinandersetzung. Das gehört zum Wesen des Politischen. Aber

6 Siehe Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999.

7 Gustav Seibt: Grand Hotel Abgrund, in: SZ, 20.1.2010, S. 11. Dass sich der Liberalismus „totgesiegt" habe, ist allerdings kein ganz neues Urteil. Man begegnet ihm in der deutschen politischen Publizistik seit etwa 1970 immer wieder. Vgl. zum Beispiel: Hans Vorländer: Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs, in: Ders. (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München 1987, S. 9-34.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

liberales Denken kreist doch seit seiner Entstehung aus dem Geist der Aufklärung um den archimedischen Punkt der Freiheit – nicht nur der Befreiung –, der der politischen Bewegung später ihren Namen gegeben hat. Freiheit ist, in den Worten Kants, die „weltbürgerliche Absicht", nicht die „wilde Freiheit" eines Naturzustandes, des *bellum omnium contra omnes*, wie ihn Hobbes beschreibt, sondern die „grösste Freiheit" in einer „gerechten bürgerlichen Verfassung".[8] Ralf Dahrendorf, der große liberale Intellektuelle, hat das in seiner Essener Krupp-Vorlesung 2002 so übersetzt: „Die Freiheit ist das höchste Ziel der *vita activa*, des öffentlichen Tuns. Sie ist unteilbar. Sie bleibt daher unvollkommen, solange sie Privileg ist." Und erläuternd fährt Dahrendorf fort: „Gewiss waren Aristoteles' ‚Herren' frei, aber als Herren im doppelten Sinne – also ohne die Damen und zugleich mit ihren Sklaven – genossen sie ihre Freiheit um einen hohen Preis. Sie waren frei auf Kosten anderer, das heißt in einer unfreien Gesellschaft. Die liberale Ordnung ist aber die Ordnung für alle Bürger. Erst wenn diese hergestellt ist, kann man von einer freien Gesellschaft sprechen."[9] Freiheit meint Lebenschancen, Lebenschancen für alle Bürger. Hat der Liberalismus sich in diesem Sinne totgesiegt? Nicht einmal mit Blick auf Deutschland und andere westliche Gesellschaften möchte man die Frage uneingeschränkt mit „Ja" beantworten.[10]

Doch selbst wenn wir unsere Überlegungen nur auf Deutschland und die deutsche Gesellschaft richten, scheint mir die These, der Liberalismus habe sich totgesiegt, in der ja zuweilen auch etwas Schadenfreude über die Entwicklung einer liberalen Partei mitschwingt, doch fragwürdig. Denn worauf bezieht sich der „Sieg", den man dem Liberalismus zuschreibt, jener Sieg, der zugleich sein Schicksal, zumindest aber das der ihn repräsentierenden Partei, besiegelt? Messen wir den Liberalismus der Gegenwart nicht an seinen allgemeinen, seinen universellen und menschheitlichen Zielsetzungen, wie sie in den Ideen der europäischen Aufklärung, bei David Hume, bei Adam Smith oder eben auch bei Immanuel Kant, aufscheinen, sondern an seinen konkreten, im späten 18. und vor allem im 19. Jahrhundert entstandenen politischen Zielsetzungen, dann lässt sich der Siegeszug des Liberalismus in der Tat nur schwer bestreiten. Seine politischen Forderungen an den Staatsaufbau sind in freiheitliche Verfassungen eingegangen; die individuellen Grundrechte, Voraussetzung für die Entfaltung einer freien Gesellschaft

8 Siehe hierzu Ralf Dahrendorf: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Ders.: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert, München 2003, S. 131-149, hier 132-134 (dort auch die Zitate).

9 Ebd., S. 137.

10 Zu Begriff und Konzept der Lebenschancen siehe Ralf Dahrendorf.: Lebenschancen. Aufsätze zur politischen und sozialen Theorie, Frankfurt a. M. 1979.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und einen freiheitlichen Staat, sie sind in Deutschland und der westlichen Welt weithin umgesetzt. Insbesondere im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich der Liberalismus in einem jahrzehntelangen Ringen, in vielen Kriegen und Bürgerkriegen, darunter zwei Weltkriegen, gegen seine beiden ideologischen Gegenströmungen, den radikalen Nationalismus einerseits und den Kommunismus andererseits, durchgesetzt.

III.

Das „Ende der Geschichte", von dem in den Jahren um 1990 viel die Rede war, ist damit nicht erreicht.[11] Liberale Gesellschaften und liberale politische Systeme haben sich zwar in den letzten 20 Jahren weiter ausgebreitet, und in der eindrucksvollen Entwicklung der „Arabellion" scheinen wir eine weitere Phase dieser Dynamik erlebt zu haben. Aber zu Triumphgefühlen besteht kein Anlass. Denn nicht zuletzt religiöse Fundamentalismen bedrohen die freiheitlichen Gesellschaften, und dies nicht nur durch den direkten Angriff auf die verhasste westlich-liberale Ordnung, sondern auch durch die Ausbreitung eines Sicherheitsdenkens in den sich attackiert fühlenden Gesellschaften, eines Sicherheitsdenkens, das am Ende auch die Freiheit gefährdet. Das muss nicht auf eine Variation des alten Themas von der Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit hinauslaufen, die in der politischen Debatte zuweilen recht grobschlächtig und im Sinne eines einfachen Entweder-oder gesehen wird. Denn Freiheit und Sicherheit müssen sich nicht antagonistisch gegenüber stehen, sondern sie können einander bedingen: in einer – zugegeben – spannungsreichen Beziehung. Sicherheit ist auch ein Freiheitsrecht. Als der amerikanische Präsident Roosevelt 1941 in seiner Rede zur Lage der Nation von den „Four Freedoms" sprach, da waren darunter auch „Freedom from Want" und „Freedom from Fear". Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte der Bundesrepublik – bis an die Schwelle der Gegenwart – auch eine Geschichte des politischen und gesellschaftlichen Ringens um Freiheit als Sicherheit und um Sicherheit als Freiheit. Und die – nicht nur historisch – entscheidende Frage liegt nicht in der Alternative Freiheits- oder Sicherheitsgesellschaft, sondern in ihrem Wechselverhältnis, in ihrer Aufeinander-Bezogenheit.[12]

Gefährdungen der Freiheit indes entstehen nicht nur aus den tatsächlichen oder vermeintlichen Imperativen der Sicherheit. Und Gefährdungen der Freiheit im Sinne der Lebenschancen Dahrendorfs kommen nicht nur von außen.

11 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

12 Vgl. dazu auch Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde [1945], Tübingen 1992, Bd. 1, S. 133 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sie sind in den letzten Jahrzehnten auch aus dem Gedankengut des sogenannten Neoliberalismus entstanden, aus jenem Primat des Marktes, der sich verband mit der Deregulierungsdynamik eines globalen, digitalisierten Finanzmarktkapitalismus. Dessen Wirkungen lassen in der Tat Zweifel daran aufkommen, ob der Liberalismus, wenn man ihn denn mit dem Neoliberalismus in Verbindung bringt, in einer einseitigen Konzentration auf die wirtschaftliche Freiheit nicht nur die individuelle Freiheit im Sinne der Lebenschancen einschränkt, sondern dadurch am Ende auch die politische Freiheit im Sinne politischer Teilhabemöglichkeit bedroht.

Darüber nachzudenken, scheint vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisenentwicklung, in der aus der Euro- und der Schuldenkrise längst eine deutsche und europäische politische, ja eine Verfassungskrise geworden ist, ganz besonders angebracht. Dabei verweist gerade hierzulande der Begriff „Neoliberalismus", der Begriff selbst, auf ganz andere Traditionen, die von dem, was sich seit etwa zwei Jahrzehnten mit dem Etikett „Neoliberalismus" verbindet, weit entfernt sind. Gerade der deutsche Neoliberalismus, wie er vor allem in den 1930er und 1940er Jahren unter der Selbstbezeichnung „Ordoliberalismus" Gestalt annahm, setzte sich bekanntlich programmatisch von einem reinen Marktliberalismus ab, den Alexander Rüstow, einer der wichtigsten Ordoliberalen, als „Paläoliberalismus" brandmarkte. Und Wilhelm Röpke wurde nach 1945 nicht müde, den Liberalen einzuschärfen, dass „das Ideal des sogenannten wirtschaftlichen Liberalismus, nämlich die freie Marktwirtschaft, keineswegs zu den primären Zielen des geistig-politischen Liberalismus" gehöre.[13]

Für Neoliberale wie Röpke oder Rüstow war ein liberaler Staat vor allem ein Rechtsstaat, und damit standen sie in bester liberaler Tradition. Denn vor allem durch das Recht, so sahen es die frühen Liberalen, sollten dem Staat und staatlichem Handeln Grenzen gezogen werden. Von den „Grenzen der Wirksamkeit des Staates" sprach Wilhelm von Humboldt, der damit Staat und Gesellschaft voneinander geschieden wissen wollte, um die Entfaltungschancen des Einzelnen nicht einzuschränken, doch zugleich auch um die Entfaltungsräume zu sichern.[14] Das ist nicht grundsätzlich anti-staatlich, nicht gegen den Staat gedacht. Es wendet sich allerdings gegen obrigkeitliche Willkür und gegen einen bevormundenden Staat, der individuelle Aktivität und Entfaltung hemmt und verhindert. Aber der Staat, der sich als Verwaltungsstaat und vor allem als Sozialstaat seit Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt

13 Wilhelm Röpke: Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a. M. 1947; vgl. auch Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, oder Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 162 f.

14 Wilhelm von Humboldt: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen [1792], Stuttgart 1986.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hat, und dessen Entwicklung sehr wohl auf real existierende Problemlagen reagierte, lässt sich nicht einfach zurückdrängen. Seine umfassende Präsenz, ja seine Allzuständigkeit, sie ist auch Folge der immer weiter wachsenden Komplexität moderner Gesellschaften. So dürfte vor diesem Hintergrund heute eine wichtige Aufgabe liberaler Politik darin liegen, einen legitimen staatlichen Regelungs- und Steuerungsanspruch mit dem Imperativ individueller Entfaltung und der Verwirklichung von Lebenschancen in Übereinstimmung zu bringen.

IV.

Kann eine liberale Erinnerungskultur angesichts solcher Herausforderungen der Gegenwart irgendeine Funktion erfüllen? Und selbst wenn man ihr ganz generell eine Orientierungsfunktion für die Gegenwart zuschreibt, stellt sich doch die Frage, welche Inhalte, die eine liberale Erinnerungskultur prägen könnten, die Geschichte des Liberalismus bereithält.

Freiheit als „historische Erinnerungsgeste" habe sich erschöpft, behauptete kürzlich Paul Nolte.[15] Nicht allein die liberale Erinnerungs- und Gedenkkultur, sondern ganz allgemein die politische Erinnerungs- und Gedenkkultur hier in Deutschland ist bis heute von einem mächtigen Pathos der Freiheit bestimmt. Das kann angesichts der deutschen Geschichte gerade des 20. Jahrhunderts nicht überraschen. Historisches Gedenken folgt hierzulande über weite Strecken einem Freiheitsnarrativ, präziser gesagt, dem Narrativ einer permanenten Bedrohung der Freiheit, eines, in der Folge, permanenten Ringens um Freiheit. Und das ist ja auch nicht falsch. Im Gegenteil: Die Geschichte der Weimarer Republik, ihrer Entstehung und ihrer Zerstörung, sie fügt sich in dieses Narrativ ebenso ein wie der Nationalsozialismus, der durch Unterdrückung, Verfolgung und Terror dem Einzelnen nicht nur seine Freiheit raubte, sondern Millionen von Menschen ihr Leben. Und auch die Geschichte Deutschlands nach 1945, die Geschichte der deutschen Teilung, die Geschichte von Bundesrepublik und DDR lässt sich, und das auch vor dem internationalen Hintergrund des Ost-West-Konflikts, bis zur Zeitenwende von 1989/90 als Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit erzählen und erinnern.

Eine Erinnerungs- und Gedenkkultur freilich, die so ansetzt, die sich auf die große, fundamentale Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit konzentriert, kann sie beitragen zur Selbstverständigung einer Gesellschaft, deren Liberalität zwar immer wieder herausgefordert oder gefährdet sein

15 Paul Nolte: Freiheit in der Bürgergesellschaft. 4. Berliner Rede zur Freiheit, Berlin 2010, S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mag, die aber doch – nach allem, was man derzeit sagen kann – keiner existentiellen Bedrohung ausgesetzt ist? Die Gefahr liegt doch gerade darin, dass eine Erinnerungskultur, die nur eine große, ja übermenschlich große Idee von Freiheit kennt, dass eine solche Erinnerungskultur weder den richtigen Ton noch die richtigen Inhalte findet für die vielleicht nicht existentiellen, aber doch vorhandenen Gefährdungen von Freiheit und die Illiberalitätspotentiale unserer Gegenwart.[16]

Aber wo liegen Möglichkeiten oder Ansätze für ein anderes Narrativ oder besser: für andere Narrative einer liberalen Erinnerungskultur? Vermutlich kann man in der Tat mit dem Politikwissenschaftler Hans Vorländer „das Substrat einer liberalen Philosophie" benennen, nämlich ihren individualistischen Ansatz: Selbstbestimmung, Emanzipation, Mündigkeit bei Kant; Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum bei Locke; *pursuit of happiness* in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung; das größte Glück der größten Zahl bei Bentham und Mill; oder die Erweiterung eben der Lebenschancen bei Dahrendorf. Das läuft hinaus auf die Grundforderung, dem Einzelnen innerhalb einer freien Gesellschaft ein optimales Maß an persönlicher, politischer wie wirtschaftlicher Entfaltung zu ermöglichen.[17] Doch jenseits dieser „liberalen Programmformel" (Vorländer) begegnen wir doch allein schon im Blick auf die deutsche Entwicklung seit etwa 1800 einer Vielzahl von Liberalismus-Begriffen, von Liberalismen, die jeweils für sich für bestimmte historische Ausformungen oder Entwicklungsphasen stehen und sich auf bestimmte historische Konstellationen beziehen.[18] Wenn man das ernst nimmt, dann erledigt sich damit auch die Suche nach einem verbindenden, einem durchgängigen Erinnerungsnarrativ. An dessen Stelle träten dann je unterschiedliche Narrative mit je unterschiedlichen historischen Bezugspunkten.

Wie könnten solche Narrative aussehen? Worauf könnten sie sich beziehen? Wenn man Liberalismus nicht zuletzt als ein Geflecht aus politischen, sozialen und kulturellen Leitbildern charakterisiert, aus unterschiedlichen Leitbildern, die sich nicht nur im historischen Verlauf veränderten, die an Bedeutung gewannen oder verloren, sondern die auch immer wieder miteinander rangen, dann könnten diese Entwicklungen, spannungsreich und immer wieder auch konfliktträchtig, Erinnerungsnarrative bieten, die sich nicht in allzu groben und vereinfachenden Erfolgs- oder Niedergangsgeschichten erschöpfen. Die Frage nach Freiheit und Macht, gerade auch im internationalen Kontext, wäre eine solche Erinnerungsperspektive, das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit eine andere und die spannungsvolle Beziehung von Freiheit und Sicherheit eine dritte.

16 Vgl. auch ebd., S. 23.
17 Vorländer: Hat sich der Liberalismus totgesiegt? (wie Anm. 7), S. 31.
18 In dieser Perspektive jüngst auch Lisa Herzog: Freiheit gehört nicht nur den Reichen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4.3.2012, S. 36.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

V.

Freiheit und Macht also zunächst: Lässt sich nicht die Spannung zwischen der nationalen Orientierung liberalen Denkens einerseits und ihren übernationalen Bezügen andererseits als ein Narrativ herauspräparieren, das aus der Vergangenheit bis hin zu zentralen Fragen unserer Gegenwart und Zukunft reicht? Wir wissen, dass die ideale Gesellschaft, die ideale bürgerliche Gesellschaft des frühen Liberalismus, eingebettet sein sollte in ein sich selbst regulierendes System eines allgemeinen Friedens. Nicht von ungefähr lautet der „Erste Definitivartikel zum ewigen Frieden" bei Kant daher auch: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein."[19] Dieses Gedankengut der Aufklärung findet sich in vielfältigen Ausformungen in den Schriften der europäischen Liberalen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Von einem „Europa der Vaterländer" war immer wieder die Rede, und das meinte ein Europa liberal verfasster Nationalstaaten. Dem korrespondierte auch das wirtschaftsliberale Argument, dass eine rein machtstaatliche und insbesondere eine militarisierte Außenpolitik im Rahmen einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung systemwidrig sei.

Aber wir wissen auch, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts liberale Vorstellungen nicht nur immer stärker mit dem nationalen Gedanken verbanden, sondern wie gerade auch in Deutschland die Idee des nationalen Machtstaats den Liberalismus erfasste, die Idee des autonomen nationalen Machtstaats, dessen Machtinteressen zur Richtschnur staatlichen Handelns wurden und sich immer stärker von jeder übernationalen Bindung oder Einschränkung lösten.[20] Nach wie vor ist Max Webers Freiburger Antrittsvorlesung aus dem Jahr 1895 ein Schlüsseldokument dieser Entwicklung, jene Rede, in der Weber den Erhalt, die Sicherung und den Ausbau des nationalen Machtstaats zum höchsten und letzten Wert erhob, dem alles andere funktional zuzuordnen, ja unterzuordnen sei, auch die innere Reformpolitik. Da war nicht mehr viel übrig von jenem Kernbestand frühliberalen Denkens, vom Primat des Individuums. In scharfer Kürze brachte Weber diesen Wandel auf den Punkt: „Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung

19 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden [1795], Frankfurt a. M. 2011, S. 20 (Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden).

20 Dazu u.a. Manfred Meyer: Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher, insbesondere badischer Liberaler 1830-1848, Frankfurt a. M. u.a. 1994; Frank Nägler: Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges. Eine Untersuchung geistiger Strömungen im Umkreis des Rotteck-Welckerschen Staatslexikons, Baden-Baden 1990; Günter Wollstein: Das „Großdeutschland" der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977 sowie noch immer Hermann Heller: Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland [1919], in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Tübingen 1992, S. 21-240.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und Emporzüchtung unserer nationalen Art."[21] Der Freiheitsgedanke wurde dem Machtgedanken, dem Ziel höchster nationaler Machtentfaltung, untergeordnet.

Erst der Erste Weltkrieg führte dazu, dass der Primat des autonomen nationalen Machtstaats im deutschen politischen Liberalismus langsam an Bedeutung verlor. Als handelnder Politiker steht vor allem Gustav Stresemann für diese Entwicklung, dessen Außenpolitik, ohne ihren nationalen Anspruch und ihren Großmachtanspruch aufzugeben, langsam und tastend und gegen harte Widerstände einen neuen Pfad zu beschreiten versuchte: den Pfad des außenpolitischen Multilateralismus, des sensiblen Ausgleichs nationaler Interessen. Stresemanns Versuch scheiterte jedoch. Dem „demokratischen Nationalismus", für den der DVP-Politiker stand, fehlten die Zeit und die Möglichkeit, sich wirksam zu entfalten und zu stabilisieren.[22]

Erst nach 1945, nach Diktatur, Krieg und Völkermord, wurden im Zeichen der Westbindung und der europäischen Integration die alten Traditionsstränge gekappt. Die politische Westbindung, wie sie in den 1950er Jahren Gestalt annahm und zur tragenden Säule westdeutscher Außenpolitik wurde, ist nur zu verstehen als Teil, ja als Grundlegung weiter reichender und tiefer gehender innergesellschaftlicher Verwestlichungsprozesse, die in ihrem Kern Liberalisierungsprozesse waren.[23] Und außenpolitisch schienen nationale, einzelstaatliche Interessen und übernationale Ordnungsmodelle sich nicht mehr zu widersprechen, sondern in die gleiche Richtung zu laufen. Das gilt insbesondere für die Einigung Europas, so wie sie sich in den Nachkriegsjahrzehnten entwickelte.

In dem Maße freilich, in dem zum einen der durch Krieg und Nationalismus geprägte Erfahrungshorizont europäischer Politiker verblasste, jener Erfahrungshorizont der auch in der Bundesrepublik wohl zuletzt Politiker der Geburtsjahrgänge um 1930 auszeichnete, in dem Maße aber auch, in dem zum

21 Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaft. Akademische Antrittsrede (Freiburg, Mai 1895), in: Ders.: Gesammelte Politische Schriften hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1988, S. 1-25, hier 14; vgl. dazu auch Dirk Kaesler: Max Weber, München 2011, S. 29-32.

22 Zu Stresemann siehe u.a. Jonathan Wright: Gustav Stresemann. Weimars größter Staatsmann, München 2006, oder Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002; zum demokratischen Nationalismus siehe Jürgen C. Heß: Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

23 Dazu Anselm Doering-Manteuffel: Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt u.a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311-341 sowie Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte. Eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-52.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anderen die Strukturprobleme einer seit 1990 auf fast 30 Mitgliedsstaaten angewachsenen Europäischen Union immer deutlicher sichtbar geworden sind und in der akuten Krise nun in aller Schärfe hervortreten, in dem Maße droht eine Renationalisierung der Politik. Daraus resultiert auch ein liberales Dilemma, das hier nur angedeutet sei. Die Frage nämlich stellt sich, ob nicht die demokratischen und damit auch liberalen Defizite Europas zwangsläufig zu einer Renationalisierung führen, ja eine Renationalisierung erfordern, weil sich allein im nationalen Rahmen ein liberal-demokratisches politisches System voll ausformen kann. Die alte Spannung zwischen nationaler Orientierung und übernationaler Einbindung, die in der Geschichte des Liberalismus einen roten Faden bildet, hat sich nicht einfach aufgelöst, und deshalb muss sie uns weiter beschäftigen.

VI.

Freiheit und Gleichheit sodann: Dieses Spannungsfeld lenkt unseren Blick auf die Geschichte des sozialen Liberalismus. Der Sozialliberalismus ist in den liberalen Grundideen von den gleichen Rechten und Freiheiten des Einzelnen grundsätzlich angelegt. „Der frühe deutsche Liberalismus", so hat es Dieter Langewiesche formuliert, „wollte nicht ‚nur' den Rechts- und Verfassungsstaat, er dachte sozial."[24] Das Leitbild der „klassenlosen Bürgergesellschaft" hatte in seinen vorindustriellen, stadtbürgerlichen Ursprüngen auch eine egalitäre Dimension. Aber aus der Leitidee der „klassenlosen Bürgergesellschaft" wurde, wie es in dem berühmten Aufsatz von Lothar Gall heißt, in der Dynamik der Industrialisierung die Realität der „bürgerlichen Klassengesellschaft".[25] Aus dem in den Jahren nach 1800 entwickelten Ideal einer breiten politisch-sozialen Bewegung wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Ideologie des Besitz- und Bildungsbürgertums, in der Gleichheitsimperative an Bedeutung verloren.
Aber es gab, auch darauf hat Dieter Langewiesche hingewiesen, eine Tradition eines städtischen deutschen Sozialliberalismus, die auch über die Schwelle der Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus reichte und die erst mit der Einführung und dem Ausbau zentralstaatlich organisierter und administrierter sozialer Sicherungssysteme in den letzten beiden Jahrzehnten vor 1900 und dann vor allem im Zeichen des wohlfahrtsstaatlichen Zentralismus der Weimarer Republik verblasste.[26] Mühsam versuchte sich der politische Liberalismus

24 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 13), S. 7.
25 Lothar Gall: Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220 (1975), S. 324-356.
26 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 13), S. 7 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nach 1918, vor allem die linksliberale DDP, ein klares sozialpolitisches Profil zuzulegen. 1929 präsentierte der Ökonom Gustav Stolper, Vorstandsmitglied der Partei, zwölf Leitsätze zur „Weltanschauung der Demokratie". „Demokratie", so hieß es dort an erster Stelle, „Demokratie glaubt an die Möglichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Interessenausgleichs im freien Staat." Doch Stolpers sozialliberales Programm konnte sich in der DDP nicht durchsetzen, wichtige Sozialliberale wie zum Beispiel Anton Erkelenz traten zur SPD über, und wenige Monate nach diesem Vorstoß begann die Agonie der Partei, die bei den Reichstagswahlen 1930 nur noch 3,8 Prozent der Stimmen erreichte.[27]

Die soziale Marktwirtschaft löste, wenn man so will, den sozialen Liberalismus aus den engeren Bezügen der liberalen Bewegung und liberaler Parteien, so sehr sie sich ideengeschichtlich aus der Gedankenwelt des Ordoliberalismus speiste. Ordoliberale wie der bereits erwähnte Alexander Rüstow suchten nicht zuletzt in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise einen „dritten Weg" zwischen, wie es immer wieder hieß, „ungezügeltem" Liberalismus einerseits und Sozialismus beziehungsweise Kommunismus andererseits. Ohne den Ost-West-Konflikt und insbesondere die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz ist die Genese der sozialen Marktwirtschaft kaum denkbar, denn in der Bundesrepublik stand das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System unter ständigem Rechtfertigungsdruck und musste tagtäglich aufs Neue beweisen, dass ein „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" möglich sei.[28]

Doch welches Maß an Sozialstaatlichkeit erfordert die soziale Marktwirtschaft? Man griffe viel zu kurz, wollte man den Aufbau und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik als eine logische oder gar eine zwangsläufige Folge der politischen Grundentscheidung für die soziale Marktwirtschaft betrachten. Der Ausbau des Sozialstaats in der Bundesrepublik, seine Strukturen und seine Reichweite waren an konkret benennbare Bedingungen und Umstände gekoppelt: an wirtschaftliche oder demographische Entwicklungen und Prognosen, die in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik, als ihre sozialen Sicherungssysteme Gestalt annahmen, anders aussahen als in späteren Dekaden und an der Schwelle zur Gegenwart. Das so genannte „Modell Deutschland", die Verknüpfung von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Ausgleich als Grundlagen politischer

27 Siehe ebd., S. 267-270 (dort auch das Zitat).

28 Siehe Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 163; vgl. auch Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 707.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und gesellschaftlicher Stabilität, war nicht zeitlos, sondern an bestimmte historische Konstellationen gebunden.[29]
Daneben aber bleibt – und darauf hat Ralf Dahrendorf schon in den bildungspolitischen Debatten der 1960er Jahre immer wieder hingewiesen – der Imperativ der Chancengleichheit als eine liberale Grundforderung, Chancengleichheit als zentraler Anspruch an Sozial-, aber auch an Bildungspolitik. Es gehe darum, so hat Dahrendorf immer wieder betont, das „Fundament der Freiheit für den Einzelnen und seine Gesellschaft zu sichern", es gehe um „den Bestand der inneren Ordnung moderner Liberalität".[30] Liberalismus als Ringen um Chancengleichheit? Liberalismus und das Ziel der Chancengleichheit? Unter solchen Fragestellungen ließe sich das Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit vermessen, und auch ein solches Narrativ bliebe nicht historisch begrenzt, sondern würde Perspektiven bis in die Gegenwart hinein eröffnen.

VII.

Freiheit und Sicherheit schließlich. Das mag aktualistisch, ja modisch klingen, verweist aber doch auf ein Grundproblem des Liberalismus, auf ein Spannungsfeld, in welchem die Idee der Freiheit sich gleichsam prinzipiell befindet. Wie verhält sich der Anspruch individueller Freiheit zum Bedürfnis des Menschen nach Sicherheit? Die staatsphilosophischen Begründungen moderner Staatlichkeit kreisen um diese Frage, und liberale Staatstheorie, vor allem auch in ihrer vertragstheoretischen Ausformung, ist nichts Anderes als der Versuch, die Freiheit des Einzelnen mit der Sicherheit aller zu vereinbaren.
Aber ist nicht der moderne Staat auch verantwortlich für eine Entwicklung, in der politisches Handeln in immer weiteren Bereichen unter dem Primat der Sicherheit steht, in der immer mehr und immer größere Politikfelder „versicherheitlicht" werden, wie es im Jargon der Sozialwissenschaften neuerdings heißt?[31] Unser politischer Begriff von Sicherheit geht längst über die klassischen Felder der äußeren und der inneren Sicherheit hinaus. Warum ist das so? Weil Gefährdungen oder Bedrohungen von Sicherheit omnipräsent

29 Siehe dazu Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hrsg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007.
30 Siehe Ralf Dahrendorf: Es ist uns noch nie so gut gegangen. Über Lebenschancen, in: Dahrendorf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung (wie Anm. 8), S. 11-29.
31 Der englische Begriff dafür ist „securitization" („Versicherheitlichung"). Siehe dazu Ole Waever: Securitization and Desecuritization, in: Ronnie D. Lipschutz (Hrsg.): On Security, New York 1995, S. 46-86; vgl. auch Eckart Conze: „Securitization" – Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, demn. in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

geworden sind? Oder weil es in der Politik und von Seiten des Staates die Erwartung, ja die Hoffnung gibt, dass Staat und Politik in jenen Bereichen handlungsfähiger sind beziehungsweise handlungsfähiger bleiben, in denen sich Politik als Sicherheitspolitik darstellen lässt, in denen politisches und staatliches Handeln auf existentielle Gefährdungen zu reagieren beansprucht und in diesem Sinne Sicherheitsziele verfolgt? Scharf zugespitzt wird sogar argumentiert, dass die „Versicherheitlichung" von Politik dem Zweck diene, Prozesse und Strukturen demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, insbesondere die parlamentarische Beteiligung, mithin demokratische Erfordernisse von Verfassung und politischem System zu umgehen oder auszuhebeln.[32]

Ließe sich nicht auch unter solchen Vorzeichen ein Blick auf die Geschichte liberalen Denkens und liberaler Politik werfen? Das schließt anlass- und ereignisbezogene Erinnerung nicht aus, würde eine solche Erinnerung aber in eine weitere Perspektive stellen und ihr relevante Gegenwartsbezüge verleihen. Wo taucht sie auf, die Spannung von Freiheit und Sicherheit? Im Vormärz, unter den Bedingungen des Systems Metternich? Im Kaiserreich, nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie?

Der Liberalismus in Deutschland geriet in ein tiefes Dilemma, als ein immer weiter und besser entwickelter moderner Anstaltsstaat mit großer Effizienz und immer wieder auch legitimiert durch das Ziel der Sicherheit, der Ruhe und Ordnung, wie es oft genug hieß, Regelungen traf für komplexe gesellschaftliche Probleme und soziale Konflikte. Für innergesellschaftliche Lösungsversuche, geleitet von dem liberalen Anspruch gesellschaftlicher Autonomie, blieb bald kein Raum mehr. Das Verhältnis zum aufsteigenden modernen Interventionsstaat war die zentrale Herausforderung für den politischen Liberalismus insbesondere in der Zeit des Kaiserreichs und eine wesentliche Ursache seiner organisatorischen Zersplitterung.[33]

Und bis heute stellen die tatsächlichen oder vermeintlichen Erfordernisse der Sicherheit den liberalen Freiheitsanspruch immer wieder vor schwierige Herausforderungen. Die Geschichte der Bundesrepublik ist spätestens seit den 1970er Jahren, als das Politikfeld der „inneren Sicherheit" angesichts extremistischer und terroristischer Bedrohung Gestalt annahm, von dieser Spannung geprägt, die in den letzten Jahren nicht nachgelassen, sondern seit dem 11. September 2001 eher noch zugenommen hat. Die Frage nach der Balance zwischen dem Schutz der inneren Sicherheit und dem Respekt vor den

32 Vgl. Waever: Securitization (wie Anm. 31), S. 54.

33 Dazu Rainer Koch: Liberalismus und liberale Idee vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg, in: Vorländer (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus (wie Anm. 7), S. 37-56.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rechten des Einzelnen, den Persönlichkeitsrechten, gehört zu den zentralen Fragen unserer Gegenwart.
Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum hat jüngst darauf hingewiesen, dass im Zeitalter flächendeckender informationstechnischer Systeme, die unseren Alltag prägen und unser Leben verändert haben, der Rückgriff beispielsweise auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus dem Volkszählungsurteil von 1983 nicht mehr ausreiche. Baum hat den Schutz der Privatheit im Informationszeitalter als „eines der großen Freiheitsthemen dieser Zeit" bezeichnet.[34] Und wenn man die Kommunikations- und Informationsrevolution der letzten Jahrzehnte in ihren sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Wirkungen mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleicht – und vieles spricht ja für einen solchen Vergleich –,[35] dann mag ein solcher Vergleich auch der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Liberalismus neue Impulse und ein neues Narrativ bieten, das in der Alternative „Niedergang" oder „Zu Tode gesiegt" nicht aufgeht.

VIII.

Brauchen wir eine liberale Erinnerungskultur? Vermutlich ist am Ende nicht allein diese Frage entscheidend, sondern auch eine andere, gleichwohl mit ihr eng verbundene: Nicht nur darum, ob wir eine liberale Erinnerungskultur brauchen, muss es gehen – denn wir brauchen sie –, sondern auch darum, wozu wir sie brauchen. Die Geschichte des Liberalismus hält keine Lehren für unsere Gegenwart und unsere Zukunft bereit. Sie ist nicht, zumindest nicht in einem unmittelbaren Sinne, *magistra vitae*. Aber im Nachdenken über die Geschichte des Liberalismus und in der Erinnerung an diese Geschichte, in der Erinnerung an die Ziele, die Ansprüche, die Grundorientierungen liberalen Denkens, im Hinblick auch auf die Geschichte der liberalen Bewegung reflektieren wir die Entwicklung unserer modernen Gesellschaft und von Politik in modernen Gesellschaften insgesamt. Denn die Geschichte des Liberalismus ist aus der Geschichte der Moderne nicht wegzudenken. Eine Erinnerungskultur in dieser Perspektive setzt freilich keine Denkmäler. Sie monumentalisiert nicht, und sie heroisiert nicht. Doch darum kann es auch nicht gehen, sondern vielmehr um historische Erinnerung als Beitrag zu

34 Gerhart Baum: Eine neue Dimension der Privatheit, in: FAZ, 16.11.2011, S. 31.
35 Jeremy Rifkin: Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter. Frankfurt/M. 2011.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer Gegenwart: nicht sinnstiftend, vielleicht noch nicht einmal orientierend, wohl aber liberal – im besten Sinne des Wortes.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ralf Roth

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848

Die Revolution 1848 ist zweifellos ein zentrales Ereignis in der deutschen Geschichte, zumal sie in einem europäischen Kontext stand. Erstmals wurde versucht, die politischen Freiheitsräume entscheidend zu erweitern und an die Verfassungstradition der westlichen Nachbarn Frankreich und Großbritannien anzuschließen. Außerdem war es der erste große Versuch, an den staatlichen Autoritäten vorbei die nationale Einheit herzustellen. Beides betraf die Kernforderungen der liberalen Bewegung, die sich von den Befreiungskriegen und der Neuordnung Deutschlands auf dem Wiener Kongress ausgehend entfaltet hatte.

Im Revolutionsgeschehen zwischen Februar 1848 und Juli 1849 ragt die Eröffnung der Paulskirchenversammlung heraus. Besonders der Einzug der gewählten Abgeordneten gilt als Symbol der Einheit der Revolution – ähnlich wie bereits im März die Konstituierung des Vorparlaments und der Einzug seiner Mitglieder. Scheinbar zeigte sich hier der Konsens aller politischen Kräfte, die gegen Fürstenherrschaft, gegen die Politik der etablierten Monarchien, gegen autokratisch regierte Staaten, konservative Administrationen und den Volksglauben an Thron und Gottesgnadentum eintraten.

In der Tat schienen sich alle, die auf Seiten der politischen Umwälzung standen, des historischen Augenblicks bewusst. Immerhin waren sie aus für die Zeit frei zu nennenden Wahlen hervorgegangen, die weder ständisch, noch konfessionell ausgerichtet gewesen waren und in denen es keine Privilegierung der Aristokratie gegeben hatte. Das Wahlrecht zur Nationalversammlung unterschied sich von Einzelstaat zu Einzelstaat. Während in Württemberg, Holstein, dem Kurfürstentum Hessen sowie in den vier Freien Städten direkt gewählt wurde, entschieden sich die meisten Staaten für ein Wahlmännersystem. Für die Wahlberechtigung war lediglich die allgemeine und gleiche Wahl durch die volljährigen und „selbständigen“ Männer vorgegeben worden. Das ließ Spielraum zu, was unter „Selbständigkeit“ zu verstehen sei. In der Regel wurden Bezieher von Armenunterstützung ausgeschlossen, teilweise auch alle Personen ohne einen eigenen Hausstand. Das betraf die beim Meister wohnenden Handwerksgesellen. Schätzungen gehen von 85 Prozent der Männer aus, die das Wahlrecht besaßen – und das war für die Zeit ein sehr hoher Satz. Preußen übertraf diese Quote sogar noch, während

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Wahlgesetze Sachsens, Badens und Hannovers restriktiver gehandhabt wurden.

Das Ziel war durch die Aufstände im März 1848 vorgegeben worden: eine einheitliche politische Struktur für ganz Deutschland, in der die Rechte des „Volkes“ erweitert und die der Fürsten beschnitten werden sollten. Die Eröffnung der Paulskirche wurde dementsprechend als feierlicher Akt und als symbolträchtiges Ereignis gefeiert. Eigentlich war sie für den 1. Mai 1848 geplant. Da sich jedoch die Wahlen aus organisatorischen Gründen verzögerten, trafen sich erst am 18. Mai 397 gewählte Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung, und zwar zunächst im symbolträchtigen Kaisersaal des Frankfurter Römers. Dieter Hein zählt sogar nur 330 Abgeordnete, die bis zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt eingetroffen waren.[1] Nach dem Gesetz hätte die Versammlung eigentlich 649 Mitglieder haben müssen, doch boykottierten mehrere österreichische Wahlkreise mit fremdsprachlichen Nationalitäten die Wahl und im badischen Tiengen wählten die Bürger – später sogar noch in einem zweiten Wahlgang – den seit seinem gescheiterten Putschversuch Mitte April 1848 sich im Schweizer Exil aufhaltenden Friedrich Hecker, der im September 1848 nach Amerika emigrierte, ohne je seinen Fuß in die Frankfurter Paulskirche gesetzt zu haben. So kam das Parlament allenfalls auf 585 Mitglieder.[2]

Nach und nach trafen diese Abgeordneten in Frankfurt ein. Erst als über 300 ihre Legitimation abgegeben hatten, beschloss man, die Nationalversammlung zu eröffnen. Nach ihrer Zusammenkunft im Römer schritten die Abgeordneten in einem feierlichen Zug und mit entblößten Häuptern durch ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen, begleitet von Glockengeläut und Böllerschüssen und natürlich getragen von den Jubelrufen der Frankfurter Bürger zur nur wenige Schritte entfernten Paulskirche. Der junge Breslauer Abgeordnete Professor Theodor Paur, der in Breslau Geschichte studierte und einige Jahre als Oberlehrer in Neiße gearbeitet hatte, bevor er 1846 jedoch aus politischen Gründen suspendiert worden war, notierte in seinen Erinnerungen: „Nachmittags um 3 Uhr geschah am 18. Mai die Eröffnung des Deutschen Reichstages im alten Kaisersaal im sogenannten Römer. Hier sah ich zum erstenmal eine Reihe der größten Männer, die unser deutsches Vaterland aufzuweisen hat, versammelt. Der Fünfzigerausschuß legte vor der Nationalversammlung sein Amt nieder. Die alten Kaiserbilder blickten, wie aus schwerem Traum erwachend, auf uns nieder. Was ich dabei empfand, kann ich Ihnen nicht ausdrücken. Ich begrüßte Stenzel, Hildebrandt aus Marburg, sah Dahlmann, Gervinus und vermutete in anderen bedeutenden

1 Dieter Hein: Die Revolution von 1848/49. München 1998, S. 42.

2 Ulrike Ruttmann: Die Nationalversammlung in der Paulskirche, in: Lothar Gall (Hrsg.): 1848. Aufbruch zur Freiheit. Ausstellungskatalog. Berlin/ Frankfurt a. M. 1998, S. 185–231, hier S. 186.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gesichtszügen mir längst bekannte Männer, ohne ihre Personen mit ihren Namen vereinigen zu können. Kanonendonner geleitete unseren Zug durch ein glänzendes Spalier der Nationalgarden bis in die Paulskirche, welche zum Sitzungssaal der Nationalversammlung eingerichtet ist. Dass ganz Frankfurt auf den Beinen war und alle Galerien von Zuschauern besetzt waren, lässt sich denken."[3]

Wilhelm Wichmann, Rechtsanwalt aus Stendal, beeindruckte insbesondere die soziale Bandbreite der Abgeordneten. In seinen „Denkwürdigkeiten" schrieb er: „Die Nationalversammlung bot in ihrer äußeren Zusammensetzung ein so buntes Bild wie keine vor ihr. Vom Fürsten an bis zum Bauer, vom Minister bis zum Bierbrauer und Schlossermeister, von den Koryphäen der Wissenschaft bis zum Zeitungsredakteur und ‚literarischen Proletarier' waren alle Stände und Berufsklassen vertreten. Solche Mannigfaltigkeit war auch nur in unserem vielgestaltigen kleinstaatlichen Deutschland möglich, dem ‚Titelland', wie es Kant im Gegensatz zu dem ‚Modeland' Frankreich, dem ‚Launenland' England, dem ‚Prachtland' Italien und dem ‚Ahnenland' Spanien nennt."[4]

Das Geschehen in der Paulskirche schildert wiederum der Schriftsteller Robert Heller, ohne selbst Abgeordneter gewesen zu sein: „Den Altar überdeckte man mit einem Vorhang und die darüber befindliche Orgel mit dem Gemälde einer Germania. Von wo der Priester den Segen gesprochen hatte, dahin ward der Sitz des Präsidenten gepflanzt, die Kanzel in eine Rednerbühne verwandelt, und der Kirchendiener Meyer ließ sich einen Schnurrbart wachsen. Diese geringen Veränderungen, denn auch der Meyersche Schnurrbart gehört nicht zu den bedeutendsten Erscheinungen, reichten hin, um die geräumigste Kirche Frankfurts, die Paulskirche, in das größte Parlamentshaus Deutschlands und den Küster in einen Huissier [Parlamentsdiener, R. R.] umzugestalten. So sehr hatte der kirchliche Baumeister der politischen Zukunft vorgearbeitet. Das runde Schiff wird von einer hohen Säulenreihe eingefaßt, darin nahmen fünfhundert Abgeordnete ihre Plätze. Die Berichterstatter der Zeitungen setzte man zwischen die Säulen, die Zuhörer auf die ungeheure Emporkirche, welche auf der Säulenreihe ruht. Außerdem blieb ein beträchtlicher Raum zur Verteilung übrig. Nur insoweit sie gerade vor dem Auge des Vorsitzenden, das heißt hinter dem rechten und linken

3 Hans Jessen (Hrsg.): Die Deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten. München 1973, S. 131 f. Vgl. auch Eintrag im Biographischen Lexikon der Oberlausitz, http://wiki.olgdw.de/index.php?title=Biographisches_Lexikon_der_Oberlausitz:%C3%9Cber (letzter Zugriff am 15. März 2012). Der Nachlaß Theodor Paurs befindet sich im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

4 Wilhelm Wichmann: Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche. Hannover 1888, zit. n. Jessen (wie Anm. 3), S. 131 f. Jessen schreibt irrtümlich Julius statt Wilhelm Wichmann. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Mitglieder_der_Frankfurter_Nationalversammlung (letzter Zugriff am 15. März 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zentrum, liegen, sitzen auch in diesen Bankreihen Abgeordnete. Was dagegen auf beiden Seiten unmittelbar an die erhöhte Tribüne des Präsidiums stößt, ist zur Linken eine den Damen vorbehaltene Loge, zur Rechten eine bevorzugte Abteilung der mit Einlaßkarten versehenen Herren und Diplomaten."[5]

In einer Lithographie von Franz Heister wird dieser bewegende Moment ebenfalls festgehalten, als die Abgeordneten die rechte Hand erhoben und dreimal laut riefen: „Die Versammlung ist konstituiert! Sie lebe hoch!"[6] Mehr als zweitausend Zuschauer verfolgten von den hinteren Bankreihen und den Emporen die erste Sitzung der Nationalversammlung. Und damit hatte die deutsche Revolution ihren Höhepunkt erreicht. „Der Einklang zwischen dem städtischen Bürgertum und seiner politischen Schöpfung, dem ersten frei gewählten deutschen Parlament", meint Dieter Hein, „ist wohl nie größer gewesen als am 18. Mai 1848, dem Tag der feierlichen Eröffnung der verfassunggebenden deutschen Reichs-Versammlung in Frankfurt am Main."[7]

Nachdem sich die ca. 330 Abgeordneten im Frankfurter Kaisersaal zusammengefunden hatten, zogen sie feierlich zur Paulskirche. Die erste Sitzung einer expliziten deutschen Nationalversammlung sollte der Alterspräsident, der 70jährige Abgeordnete Dr. Friedrich Lang aus Hannover leiten. Doch die getragene Feierlichkeit litt, als die erste symbolträchtige Sitzung dann begann. „Er war", wie Ulrike Ruttmann in dem Katalog zur 150-Jahr-Feier der Revolution 1998 bemerkte, „mit dieser Aufgabe offenbar überfordert, und so drohte die Versammlung aufgrund der noch fehlenden Geschäftsordnung völlig ins Chaos abzugleiten: ‚Seine Worte waren zu schwach, um verstanden zu werden; auch [die Worte] der Deputierten konnten von der Tribüne herab nur halb oder gar nicht aufgefasst werden; das Volk auf den Galerien mischte zu wiederholten Malen seinen tobenden Ruf ein: Es entstand ein so schaudervoller, herzzerreißender Lärm in der Versammlung, eine solche Verwirrung, dass mir nicht wohl dabei wurde', notierte Theodor Paur. So glanzvoll dieser 18. Mai 1848 begonnen hatte, so wenig hoffnungsvoll ging er für manchen zu Ende, und Ludwig Bamberger vertraute den Lesern der Mainzer Zeitung an, dass ihn ‚die trockene, nüchterne Formlosigkeit, mit

5 Wilhelm Robert Heller: Brustbilder aus der Paulskirche. Leipzig 1849, S. 1 f. (http://books.google.de/books?id=csU5AAAAcAAJ, letzter Zugriff am 15. März 2012). Ebenfalls abgedruckt in Jessen: Die Deutsche Revolution 1848/49 (wie Anm. 3), S. 133. Nach einem abgebrochenen Jurastudium Anfang der 1830er Jahre verfasste Wilhelm Robert Heller vor allem historische Romane sowie Literatur- und Kunstkritiken. Damals bekannt war seine Novelle „Die Eroberung von Jerusalem", die zwischen 1837 und 1840 in loser Folge in der *Dresdner Abendzeitung* erschien.

6 Zit. n. Ruttmann: Die Nationalversammlung (wie Anm. 2), S. 196. Die Lithografie findet sich im Historischen Museum Frankfurt am Main Inv.Nr. C 5444.

7 Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 42.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

welcher eine immerhin welthistorische Handlung eingeweiht wurde', verletzt habe."[8] Immerhin in seiner Eröffnungsrede am darauffolgenden Tag definierte Heinrich von Gagern die Schaffung einer „Verfassung für Deutschland" und die deutsche Einheit als Hauptaufgaben der Nationalversammlung und gab damit das strategische Ziel vor. Heinrich von Gagern war sicher eine Zentralfigur des ersten deutschen Parlaments und von durchaus „charismatischer" Statur, wie sein Biograph Frank Möller bescheinigt. Sein Werdegang hatte es in der Tat in sich. Nach dem Studium begann von Gagern im Jahre 1821 eine Stelle mit der schwer auszusprechenden Bezeichnung „Hofgerichtsakzessorist" am Hof von Hessen-Darmstadt, stieg in wenigen Jahren zum Regierungsassessor auf und wurde 1829 dann Regierungsrat. Die Beamtenlaufbahn allein genügte ihm nicht. Es zog ihn in die Politik und Anfang der 1830er Jahre glückte ihm der Einzug in die zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen-Darmstadt. Seine liberale Haltung missfiel, und nur ein Jahr nach dem Aufstieg als Abgeordneter wurde er aus dem Staatsdienst entlassen. Finanziell konnte er den Hinauswurf verschmerzen. Er lebte als Grundbesitzer in Auerbach und betätigte sich im Interesse der liberalen Bewegung als politischer Publizist. Im Vormärz war er Mitglied im Hallgartenkreis um Johann Adam von Itzstein. 1847 gehörte er mit Karl Mathy und Georg Gottfried Gervinus zu den Gründern der *Deutschen Zeitung* und zog im März 1848 in das Vorparlament ein, bevor er dann in die Nationalversammlung gewählt wurde, und zwar für den südhessischen Wahlkreis Zwingenberg. Als Mitglied der gemäßigten Mitte und der Fraktion, die im Casino tagte, vereinigte er genügend Stimmen auf sich, um als Präsident der Nationalversammlung gewählt zu werden. Sein Ziel war eine konstitutionelle Monarchie, und auf dieses konnte er die Mehrheit der Abgeordneten einschwören. Kurz vor dem Ende der Verfassungsdiskussion wurde er im Dezember 1848 zum Reichsministerpräsidenten bestellt, das sowohl das Amt des Reichsinnen- wie dasjenige des Reichsaußenministers umfasste.[9]

In insgesamt 230 Sitzungen, unterstützt von 26 Ausschüssen und fünf Kommissionen, erarbeiteten die Parlamentarier unter der Regie von Gagerns

8 Ruttmann: Die Nationalversammlung (wie Anm. 2), S. 196. Vgl. auch Evelyn Hils-Brockhoff/Sabine Hock: Die Paulskirche. Symbol demokratischer Freiheit und nationaler Einheit. Begleitbroschüre zur Dauerausstellung des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt in der Wandelhalle der Paulskirche, erschienen anläßlich der 150-Jahr-Feier der ersten Deutschen Nationalversammlung im Mai 1998. Hrsg. v. Institut für Stadtgeschichte und von der Frankfurter Sparkasse. Frankfurt am Main 1998, S. 27.

9 Zu Heinrich von Gagern vgl. Frank Möller: Heinrich von Gagern. Eine Biographie. Habil. Universität Jena 2004, und ders.: Heinrich von Gagern. Charisma und Charakter, in: Frank Möller (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation. München 2004, S. 43–62, sowie G. Kaufmann: Gagern, Heinrich Freiherr von, in: Allgemeine Deutsche Biographie (ADB). Bd. 49. Leipzig 1904, S. 654–676, und Paul Wentzcke: Gagern, Heinrich Freiherr von, in: Neue Deutsche Biographie (NDB). Bd. 6. Berlin 1964, S. 32–36.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anschließend bis Dezember 1848 die Reichsverfassung, die erste nationale Verfassung Deutschlands. Von den 585 Mitgliedern nahmen etwa 400 bis 450 Abgeordnete an den Beratungen teil. Bei ganz wichtigen Abstimmungen erhöhte sich die Zahl der Sitzungsteilnehmer auf rund 540 Abgeordnete, was allerdings nur annähernde Vollständigkeit ergab. Insgesamt haben der Nationalversammlung während ihres gut einjährigen Bestehens, vom Mai 1848 bis zum Juni 1849, einschließlich aller Stellvertreter und Nachrücker 809 Abgeordnete angehört.[10]

Von ihrer sozialen Zusammensetzung her dominierten in der Nationalversammlung bürgerliche Schichten und zwar über die gesamte Sitzungsperiode hinweg.[11] Der Anteil des Adels lag nur bei knapp über 10 Prozent, jener der Landwirte, unter denen sich sowohl adelige als auch bürgerliche Gutsbesitzer befanden, bei 6,4 Prozent. Die unterbürgerlichen Schichten, aber auch kleinbürgerliche Gruppen wie Handwerker und Kleinhändler waren trotz des relativ offenen Wahlrechts kaum vertreten und fanden sich wenn, dann bei der radikaldemokratischen Linken wieder. Als einer der wenigen bekannten Vertreter ist hier die Ausnahmegestalt von Robert Blum zu nennen.

Mehr als die Hälfte des Plenums (56,2 Prozent) stand als Verwaltungsbeamte, Juristen, Offiziere und Hochschullehrer im Staatsdienst. Auch andere bildungsbürgerliche Gruppen waren weit überproportional repräsentiert, vor allem die Notare und Anwälte, Ärzte, Geistlichen, Journalisten und Schriftsteller, die zusammen 27,7 Prozent der Abgeordneten stellten. Das waren nicht weniger als 149 Abgeordnete. Darunter befanden sich so bekannte Politiker wie Alexander von Soiron, Johann Jacoby und Karl Mathy. Dazu fallen die nicht wenigen damals viel gelesenen Schriftsteller auf wie Anastasius Grün, Ludwig Uhland und Heinrich Laube.

Insgesamt besaßen 95 Prozent der Abgeordneten ein Abitur, und nicht weniger als 570 der Abgeordneten waren akademisch gebildet, d. h. um die 87 Prozent hatten eine Universität besucht. Daraus erklärt sich auch die große Zahl der Abgeordneten, die Mitglied eines Corps oder einer Burschenschaft gewesen waren.[12]

Beruflich handelte es sich dabei meist um Staatsbeamte, alles in allem 436 Abgeordnete, worunter auch 110 Richter und Staatsanwälte sowie 115

10 Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 42. Hils-Brockhoff und Hock nennen 600 Abgeordnete, die das Plenum bildeten, und einschließlich der Mandatsnachfolger hätten insgesamt 812 Abgeordnete der Nationalversammlung angehört. Hils-Brockhoff/ Hock, Die Paulskirche (wie Anm. 8), S. 28.

11 Immer noch grundlegend ist hier das Werk von Heinrich Best und Wilhelm Weege: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1998.

12 Vgl. Liste der Corpsstudenten in der Frankfurter Nationalversammlung, http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Corpsstudenten_in_der_Frankfurter_Nationalversammlung (letzer Zugriff am 15. März 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

höhere Verwaltungsbeamte und Landräte fielen.[13] Das Bild einer weitgehend vom Staat alimentierten Abgeordnetengruppe ist allerdings nicht ganz richtig, denn viele standen wegen ihrer liberalen Gesinnung schon seit vielen Jahren im Konflikt mit ihren jeweiligen Landesherren und hatten vielfach ihre Stelle aufgeben müssen. Dazu gehörten etwa von den „Göttinger Sieben" Jacob Grimm, Friedrich Christoph Dahlmann, Georg Gottfried Gervinus und Wilhelm Eduard Albrecht.

Unter den Akademikern stellten wiederum die Juristen den Löwenanteil, insgesamt 64,5 Prozent aller Abgeordneten.[14] Die meisten Juristen waren an Universitäten im Sinne der Historischen Rechtsschule, also eines eher konservativen Liberalismus, ausgebildet worden.

Demgegenüber war das wirtschaftende Bürgertum im engeren Sinne – Kaufleute, Bankiers und Fabrikanten – mit einem Anteil von 7,2 Prozent nur schwach vertreten. Rentiers stellten weitere 1,2 Prozent.[15] Alles in allem werden nur rund 60 Abgeordnete dieser Sozialgruppe zugeordnet. Das reichte vom Verleger Bassermann über die Kaufleute, Industriellen und Bankiers Hermann Henrich Meier, Ernst Merck, Hermann von Beckerath, Gustav Mevissen und Carl Mez. Konfessionell waren die Protestanten mit 54,6 Prozent überrepräsentiert, die Katholiken mit 43,1 Prozent unterrepräsentiert.[16]

Das Übergewicht der Staatsdiener und Akademiker unter den Abgeordneten veranlasste schon die Zeitgenossen, despektierlich von einem „Beamten- oder Professorenparlament" zu sprechen, das sich seiner Lust am Debattieren recht freizügig hingegeben hätte.[17] Das hing der Revolution nach. Spätestens in den 1850er Jahren gehörte es bei den gemäßigten Liberalen und bei den Konservativen zum guten Ton, seine Geringschätzung der Paulskirche auf diese Weise Ausdruck zu verleihen. Nach Hein resultierte die Zusammensetzung jedoch aus dem einfachen Grund „der Abkömmlichkeit. Auch wenn man vor der Wahl allgemein zunächst nur von einer Tagungsdauer von einigen Monaten ausging, so war doch von vornherein klar, dass sich der größte Teil des wirtschaftenden Bürgertums wie auch die klein- und unterbürgerlichen Gruppen eine lange Abwesenheit vom Heimatort schlicht

13 Vgl. Wolfram Siemann: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt am Main 1985, S. 126.

14 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution 1815–1845/49. München 1985, S. 739.

15 Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 43.

16 Ebd. S. 43 f.

17 Hils-Brockhoff/ Hock: Die Paulskirche (wie Anm. 8), S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht leisten konnten."[18] Insgesamt aber spielte die berufliche Zusammensetzung weit weniger eine Rolle als „regionale Bindungen" und „politische Orientierungen".[19] Diese und nicht berufliche Kriterien wurden zum entscheidenden Maßstab für die Ausbildung eines weiten Spektrums von Parlamentsfraktionen und dies bereits in den ersten Wochen der parlamentarischen Arbeit.

Nachdem die Eröffnungssitzung insgesamt recht chaotisch verlaufen war und die Abgeordneten unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit ohne feste Ordnung zusammensaßen, bildete sich schnell eine geordnete Parlamentsarbeit heraus. Schon bald sammelten sich Abgeordnete in Klubs als Diskussionsrunden Gleichgesinnter und schufen so die zur politischen Mehrheitsbildung notwendigen Fraktionen. Ende Juni kam dieser Prozess zu einem vorläufigen, keineswegs endgültigen Abschluss, denn eine starke Minderheit der Abgeordneten, ein Viertel bis ein Drittel, blieb fraktionslos, auch gab es Doppelmitgliedschaften, und natürlich kam es immer wieder zu Fraktionswechseln, Abspaltungen und zu Neubildungen von Fraktionen.[20] Dabei fällt auf, dass die Hochkonservativen auf der Rechten und Teile der äußersten Linken in Frankfurt nicht vertreten waren.

Allgemein unterscheidet man gemäß der Standpunkte zur Verfassung, der Macht des Parlaments und der Zentralgewalt drei grundsätzliche Richtungen im Strom der revolutionären Bewegung: 1. Die „demokratische Linke", die wiederum in einen extremen und einen gemäßigten Flügel zerfiel. Erstere trafen sich im Donnersberg, letztere im Deutschen Hof, Nürnberger Hof und in der Westendhall. Die Linke trat entschieden für die Republik ein. Dabei suchte allerdings der gemäßigte Flügel der Linken unter Führung Robert Blums immer wieder die Verständigung mit der Mitte. Die Abgeordneten des Clubs Donnersberg scheuten dagegen nicht vor gewaltsamen außerparlamentarischen Aktionen zurück. Die Hochburgen der etwa 100 bis 140 Abgeordnete starken Linken lagen in Sachsen, der Pfalz und Baden.

2. Die „liberale Mitte" setzte sich aus dem linken und rechten Zentrum zusammen, wobei sich die Rechtsliberalen im Casino und die Linksliberalen im Württemberger Hof trafen. Spätere Abspaltungen bevorzugten dann den Augsburger Hof, den Landsberg und den Pariser Hof. Die mit etwa 120 Abgeordneten größte Fraktion war in der rechten Mitte das Casino, benannt nach seinem Tagungsort, der Frankfurter Casinogesellschaft. Geführt wurde die Fraktion, die nach ihrer regionalen Herkunft breit gestreut war, vor allem von gemäßigten südwestdeutschen Liberalen wie Bassermann und Mathy, von rheinischen Unternehmern wie Beckerath und Mevissen und

18 Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 45.
19 Ebd. 45.
20 Vgl. Manfred Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus 1848–1850. Düsseldorf 1977, S. 415–441, und Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

norddeutschen Professoren wie Dahlmann, Droysen und dem erwähnten Heinrich von Gagern. So verfügte das Casino über einflussreiche Integrationsfiguren. Auch in der Reichsexekutive und im Verfassungsausschuss war das Casino stark vertreten. Politisch verbanden seine Mitglieder vor allem das Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie und einen Ausgleich mit den alten Machthabern. Die etwa 100 Köpfe starke linke Mitte sammelte sich im Württemberger Hof. Sie legte einen größeren Wert auf die Souveränität der Nationalversammlung und setzte sich für eine freiheitlich-demokratische Verfassung ein. Rechte und linke Mitte verfügten zusammen mit zahlreichen fraktionslosen Abgeordneten bei allen wichtigen Abstimmungen über eine ausreichende Mehrheit.

3. Die „konservative Rechte", die sich im Café Milani sammelte, war nicht nur heterogen, sondern mit nur rund 40 Abgeordneten stand die Rechte eher am Rand. Was ihre aus Preußen, aus Bayern, aus Österreich stammenden, teils protestantischen, vielfach jedoch auch katholischen Mitglieder miteinander verband, war am ehesten die enge Anlehnung an die bestehende, föderalistisch gegliederte und monarchisch regierte Staatenwelt.[21] Parallel zur Fraktionierung in die zahlreichen Clubs nahm das Parlament seine Arbeit auf. Der weitere Verlauf ist bekannt.

In vielen Interpretationen der deutschen Revolution wird davon ausgegangen, dass der Zeit der Einheit der Revolution zwischen Februar und Juni 1848 eine Zeit des Zerfalls gefolgt sei. Also erst nach dem Zusammentritt der Abgeordneten in Frankfurt am Main, hätten sich im Laufe der folgenden Wochen Abgründe aufgetan und hätte der Zerfall der Märzbewegung begonnen. Oft wird dabei nicht nur die Gründung der zahlreichen politischen Vereine und die Fraktionierung im Parlament angeführt, sondern auch auf die Eigendynamik der sich entfaltenden sozialen Frage verwiesen, auf die Unruhen der Arbeiter und Gesellen, die Arbeitsbeschaffung bzw. bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten einklagten (Mai und Juni 1848). Später, im September sei dann der Aufstand des linksradikalen Flügels hinzugekommen.

Es stellt sich die Frage: War dem so? Gab es die Einheit der politischen Revolutionskräfte, die am 18. Mai so feierlich demonstriert worden war, wirklich? Daran ist zu zweifeln. Warum sonst verflog der Rausch der Eröffnungsfeier so rasch, als hätte es die Einheit der revolutionären Bewegung nie gegeben? Dafür, dass diese „Einheit" Fiktion war, spricht eine Reihe von Indizien. Bereits zuvor hatte es im März und April schon die gewaltsamen Erhebungen von Bauern gegeben, die ihre Befreiung von den feudalen Lasten

21 Hein: Die Revolution (wie Anm. 1), S. 46 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

selbst in die Hand nahmen, und im April hatten die Demokraten einen Aufstand gewagt und versucht, gewaltsam eine Republik in Baden zu erzwingen.

Friedrich Hecker, Gustav Struve und mehrere andere Radikaldemokraten versuchten, im April 1848 im Großherzogtum Baden die Ziele der Märzrevolution direkt umzusetzen und die Monarchie zu stürzen. In der Hauptaktion des Aufstands, dem sogenannten Heckerzug, zog eine Freischar von mehreren hundert Bewaffneten unter Heckers Führung von Konstanz in Richtung Karlsruhe, um sich dort mit der Freischar Georg Herweghs zu vereinigen. Beide Gruppen wurden jedoch bereits vor dem Zusammenschluss von Truppen des Deutschen Bundes militärisch gestoppt und aufgerieben. Hecker flüchtete in die Schweiz.

Gehen wir noch weiter zurück, in die Wochen und Monate vor den Märzereignissen. Hier haben wir gleich zwei Versuche, die liberale Bewegung programmatisch festzulegen, doch der Versuch der Einheit scheiterte bereits im Ansatz. Als „Offenburger Versammlung" wird die Volksversammlung von 800 bis 900 Personen im und vor dem Gasthaus „Salmen" am 12. September 1847 im dem südbadischen Ort bezeichnet. Sie wurde von den Mannheimer Demokraten um Gustav Struve, Valentin Streuber und Friedrich Hecker im Rahmen des Wahlkampfes für die Nachwahlen zur Zweiten Kammer in Baden organisiert. Ergebnis der Veranstaltung war die Proklamation von 13 „Forderungen des Volkes in Baden", die im Wesentlichen bereits lange geforderte Grundrechte verlangten.[22] Dazu gehörte an zentraler Stelle „Selbstregierung des Volkes" nach dem Vorbild der Verfassung der USA sowie die Reduzierung der Macht der „Bureaukraten" und „Jesuiten". Der Macht des Kapitals stellte man die Forderung nach einem genossenschaftlich organisierten Wirtschaften gegenüber. Daneben wurde die hohe Steuer- und Abgabenlast angegriffen. Dieses Offenburger Programm war die programmatische Basis der demokratischen Bewegung. Es beinhaltete angesichts der 1847 grassierenden Not in den unteren Bevölkerungsschichten auch sozialreformerisches Gedankengut.

Rund einen Monat später trafen sich Vertreter des gemäßigt liberalen Flügels. Gemäß einer schriftlichen Schilderung Itzsteins an Blum 1847 zu einem zufälligen Treffen Itzsteins mit Hansemann in der Wohnung des Mitherausgebers der *Deutschen Zeitung*, Karl Mathy. Hierbei vertrat Hansemann die Idee, dass sich oppositionelle Kammerabgeordnete der Landtage Badens, Württembergs, Hessens und Rheinpreußens in einem gemeinsamen Treffen über ein koordiniertes Verhalten in den jeweiligen Kammerparlamenten abstimmen sollten, um der Idee der deutschen Einheit und der

22 Die Forderungen des Volkes (in Baden), http://de.wikisource.org/wiki/Die_Forderung_des_Volkes (letzter Zugriff am 15. März 2012).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bürgerrechte zu einem größeren Einfluss zu verhelfen. Die Heppenheimer Tagung oder Heppenheimer Versammlung fand am 10. Oktober 1847 im Gasthof „Zum halben Monde“ an der Bergstraße statt. Hier fanden sich 18 führende süd- und westdeutsche liberale Politiker ein.[23] Ein wesentliches Diskussionsergebnis der Heppenheimer Tagung war die Forderung nach der Schaffung eines deutschen Nationalstaats und die Gewährung von Bürgerrechten. Da „von der Bundesversammlung, wie sie gegenwärtig besteht, nichts Ersprießliches zu erwarten sei“, setzten die Anwesenden auf eine Reform des Zollvereins. Denn er sei „das einzige Band gemeinsamer deutscher Interessen“ und „außerhalb desselben, durch Verträge zwischen den einzelnen Staaten geschaffen“. Die Herausbildung eines einheitlichen Staatswesens sollte daher durch die Kompetenzübertragung der Handels-, Verkehrs- Steuer- und Gewerbepolitik der Staaten des Deutschen Bundes an den Zollverein geschehen. Hierbei sei „die Mitwirkung des Volkes durch gewählte Vertreter unerläßlich“.[24] Des Weiteren forderten die Parlamentarier „die Entfesselung der Presse, damit die Deutschen der ungehemmten Wirksamkeit dieses mächtigsten Bildungsmittels teilhaftig und von der Schmach befreit werden, die ihnen das Ausland so häufig ins Gesicht wirft, weil sie eines der höchsten Güter freier Völker, das ihnen längst verheißen ist, noch nicht errungen haben; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren mit Schwurgerichten, Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege, Übertragung aller Zweige der Rechtspflege, der Administrativjustiz und der Polizeistrafgewalt an die Gerichte und Abfassung zweckmäßiger Polizeistrafgesetze, Befreiung des Bodens und seiner Bearbeiter von mittelalterlichen Lasten, Selbständigkeit der Gemeinden in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, Minderung des Aufwands für das stehende Heer und Einführung einer Volkswehr.“ Sie stellten aber hierbei klar, dass dies mit verfassungsmäßigen Mitteln, also nicht durch Revolution, erreicht werden sollte.[25] Diese Forderungen können als Programm der gemäßigten bürgerlichen Kräfte im Vorfeld der Märzrevolution angesehen werden. Gleichzeitig wies das Treffen jedoch

23 Vgl. Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt am Main 1997. Siehe auch Friedrich Daniel Bassermann: Denkwürdigkeiten. Herausgegeben von Ernst von Bassermann-Jordan und Friedrich von Bassermann-Jordan. Frankfurt a. M. 1926.

24 Karl Mathy in der *Deutschen Zeitung* Nr. 107 vom 15. Oktober 1847. Abgedruckt in Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Bd. 1, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3. neubearb. u. verm. Aufl. Stuttgart 1978, S. 324–326. Siehe auch http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/4_P_O_Heppenheimer_Programm.pdf (letzter Zugriff am 15. März 2012).

25 Ebd. Vgl. Botzenhart: Deutscher Parlamentarismus (wie Anm. 20), S. 84–86.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

weit über die inhaltlichen Themen hinaus, da es über den Wunsch nach jährlichen Treffen bereits den Weg bereitete für die Heidelberger Versammlung und das Vorparlament.[26]

Über die Gegensätze beider programmatischer Erklärungen ist viel geschrieben worden. Klar unterscheiden sich die Auffassungen über Ziele und Durchsetzung eines freiheitlichen Programms. Somit bestand innerhalb der liberalen Bewegung keine Einheit über die Reichweite der Freiheitsforderungen und die Reichweite der einzufordernden Souveränität des Volkes. Struktur und Form der Gewaltenteilung sowie die grundsätzliche Staats- und Regierungsform fallen in den Vorstellungen beider Richtungen des Liberalismus weit auseinander. Unter den Abgeordneten sollte sich später eine Mehrheit für eine Einschränkung der Macht des monarchischen Staats aussprechen, aber nur eine Minderheit für die Durchsetzung republikanischer Freiheiten.

Diese tiefe politische Kluft existierte trotz aller Einigkeit über die grundlegende Zielsetzung einer liberalen Gesellschaft selbst dort, wo bereits – wie in den vier Stadtstaaten des Deutschen Bundes – Republiken bestanden. Diese bildeten durchaus nicht den Kern der demokratischen und republikanischen Bewegung, sondern diese kamen eher aus den süddeutschen Territorialstaaten wie etwa Baden. Zwar besaßen die vier Stadtrepubliken seit Jahrhunderten eine weitreichende Autonomie in der Regelung der städtischen Angelegenheiten und Übung in der republikanischen Selbstverwaltung. Dennoch enthielten diese politischen Systeme zahlreiche ständische Residuen und patrizische wie bourgeoise Abschottungen sowie inkonsequente Systeme der Gewaltenteilung und boten so durchaus ein weites Feld für liberale Reformanstrengungen. Doch bei alledem war im Falle der vier freien Städte die Frage der republikanischen Staatsform seit 1815 entschieden.

Die Verfassung Frankfurts als Sitz der Paulskirchenversammlung kann in dieser Hinsicht als am fortgeschrittensten gelten. Seit der Neufestsetzung der Verfassung nach dem Wiener Kongress waren die letzten Reste von Vorrechten für die Patrizier beseitigt worden und im Gegensatz zu Bremen, Hamburg und Lübeck durch eine für die Zeit moderne Verfassung ersetzt worden. Es gab seit 32 Jahren eine einflussreiche Gesetzgebende Versammlung, eine breite politische Partizipation aller Bürger, die rund die Hälfte der Bevölkerung repräsentierten. Aber auch hier überlebten zahlreiche ständische und konfessionelle Minderprivilegierungen und waren die Gewalten

26 Friedrich Daniel Bassermann: Denkwürdigkeiten (wie Anm. 23); Lothar Gall: Bürgertum in Deutschland. München 1989; Hoede: Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 23).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht klar geschieden. Bei alledem war das republikanische Selbstverständnis ausgeprägt.[27]

Doch selbst hier – sozusagen unter den geborenen Republikanern – bestand eine starke Gruppe, die sich früh für eine Einhegung der Revolution aussprach, die riet, sich mit den beschränkten Zielen einer konstitutionell organisierten Monarchie zu bescheiden, die skeptisch und misstrauisch der Forderung nach Mehrheitsentscheidungen durch das Volk gegenüberstand und die die Beteiligung der Unterschichten, des Pöbels, mehr fürchtete als einen anhaltenden Einfluss der Aristokratie. Diese Auseinandersetzung trat bereits im Vorfeld der Nationalversammlung, bei den Vorbereitungen für den später prächtig inszenierten Einzug der Abgeordneten, also in der Zeit des Vorparlaments zutage und spiegelt sich am deutlichsten in dem Streit zwischen dem Frankfurter Heinrich Hoffmann und dem Mannheimer Friedrich Hecker, der bereits als Verfechter eines radikalen Aktionismus mehrfach genannt worden ist.

Die Versammlung der 51 in Heidelberg vom 5. März 1848 setzte einen Siebener-Ausschuss ein, der für das geplante Vorparlament Männer aus ganz Deutschland nach Frankfurt einlud. Die beiden Frankfurter Mitglieder, Friedrich Siegmund Jucho und der Anwalt Georg Christoph Binding, hatten die Vorbereitungen vor Ort übernommen.[28] Sie konnten dabei auf das Netzwerk persönlicher Beziehungen deutscher Oppositioneller der vierziger Jahre zurückgreifen. Sie waren allerdings bereits bei der Frage der Unterkünfte auf die Hilfe der gesamten Bürgerschaft angewiesen. Jucho allein beherbergte beispielsweise zwischen dem 31. März und 3. April 1848 vier Vorparlamentarier. Aber nicht nur Oppositionelle, auch Senatoren und eine Vielzahl von einfachen Bürgern gaben den Mitgliedern des Vorparlaments Logis oder halfen in vielen praktischen Dingen. Die guten Kontakte der Opposition zu den konfessionellen Gemeinden hatte die Suche nach einem geeigneten Tagungsraum sehr erleichtert. Als Vertreter der Bürgerrepräsentation der 51er baten Jucho und Binding den lutherischen Gemeindevorstand um die Benutzung der Paulskirche, die eine große Anzahl von Zuhörern zuließ.[29]

Auch Heinrich Hoffmann, der Verfasser des „Struwwelpeters“, beteiligte sich an den Vorbereitungen. Er hielt die Märzereignisse in dem Gedicht *Horch auf mein Volk* fest:

27 Vgl. Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760 bis 1914. München 1996, S. 217–240, und ders.: Die Herausbildung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1789–1866. Ostfildern 2012 (demnächst).

28 Friedrich Siegmund Jucho (Hrsg.): Verhandlungen des Deutschen Parlaments, Frankfurt am Main 1848, S. Vl.

29 Hermann Dechent: Kirchengeschichte von Frankfurt am Main seit der Reformation. 2 Bde. Frankfurt am Main 1921, Bd. 2, S. 409 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Horch auf, mein Volk!
Ob deutschen Landen
Geht brausend jetzt ein Sturm einher!
Hoch weht dein Banner, frei von Banden;
Und beugen soll's der Sturm nicht mehr.

Sei frei, mein Volk! Du hast gebrochen
die Ketten schnöder Hinterlist.
Frei willst Du sein; du hast gesprochen,
du hast gewollt, und sieh: Es ist![30]

Doch Hoffmanns Begeisterung hielt nicht lange vor und hatte bereits vor dem Einzug der Abgeordneten einer großen Ernüchterung Platz gemacht. Auf den Boden der Realität hatte ihn sein Heidelberger Studienfreund, eben Friedrich Hecker, zurück geholt, der wenig später im Alleingang mit seinem „Heckerzug" eine deutsche Republik in Baden errichten wollte, in dem Irrglauben, die Mehrheit des deutschen Volkes sei reif für die nordamerikanische Verfassung.[31] Hoffmann beherbergte Hecker in der Zeit der Vorbereitung des Vorparlaments in seinen eigenen vier Wänden, und es kam, wie es bei diesen unterschiedlichen politischen Naturen kommen musste, zum Streit. In seinen Erinnerungen ließ es Hoffmann nicht an Deutlichkeit fehlen: „Ich geriet häufig mit ihm und gegen seine republikanischen Utopien in aufgeregte Diskussionen."[32] Hoffmann erinnerte ihn, „republikanische Sympathien, finden sich hier", also in der Republik Frankfurt, „und im unendlich größten Teil des Vaterlandes gar nicht, wenigstens jetzt noch nicht." Doch seine Mahnungen an Hecker wurden von diesem überhört: Heinrich Hoffmann sah in Heckers überschießender Radikalität einen Vorboten für das Scheitern der Revolution und sagte „blutige Folgen" voraus, was später dann auch eintraf.[33] Es waren wohl auch diese Vorahnungen, die ihm in den Auseinandersetzungen mit Hecker so zusetzten, dass er seine Mitarbeit im Vorparlament faktisch einstellte. Die beiden Freunde schieden unversöhnt: „Hecker nahm von mir mit den Worten Abschied: ‚Stürzen wir uns mutig in die

30 Heinrich Hoffmann: Horch auf mein Volk! Stadt- und Universitätsbibliothek, Handschriftenabteilung. Nachlass Speyer, Ms.Ff.K.W.W.Speyer.

31 So der Inhalt einer Resolution in der Heidelberger Versammlung, über die am 29. März im *Heidelberger Journal* berichtet wurde.

32 Heinrich Hoffmann: Lebenserinnerungen. Frankfurt am Main 1985, S. 163. Siehe auch Roland Hoede/Thomas Bauer: Heinrich Hoffmann. Ein Leben zwischen Wahn und Witz. Frankfurt am Main 1994, S. 95 f. Neuerdings auch: Wolfgang P. Cilleßen/Jan Willem Huntebrinker: Heinrich Hoffmann – Peter Struwwel. Ein Frankfurter Leben 1809–1894. Begleitbuch zur Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt, Frankfurt a. M. 2009.

33 Heinrich Hoffmann an Friedrich Hecker vom 25. März 1848. Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt. Zit. n. Ulrich Wiedemann u. Beate Zekorn-von Bebenburg (Hrsg.): Struwwelpeter wird Revolutionär. Heinrich Hoffmann und 1848. Begleitheft zur Ausstellung des Heinrich-Hoffmann-Museums zum 150jährigen Jubiläum der deutschen Revolution. Frankfurt am Main 1998, S. 12 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wogen der Revolution!‘ – ‚Und ersaufen wir darin!‘ erwiderte ich.“[34] Die wenigen Tage mit Hecker hatten genügt, Hoffmanns politische Welt und Überzeugungen gründlich aus dem Gleichgewicht zu bringen. Er suchte das Weite und Abstand von den turbulenten Ereignissen in Frankfurt – und ging erst einmal nach (Bad) Soden in die Kur.

Hoffmann spiegelte die Vorbehalte der Mehrheit gegen die radikale Linke. Wir finden in dem Streit beider sozusagen die Pole, das Spannungsverhältnis unter dem die Bewegung von Anfang an stand – selbst wenn wir nur das bürgerliche Lager betrachten und die weiteren Abgründe zur Bewegung der Bauern oder der Gesellenarbeiter außer Acht lassen. Man kann daraus die These ableiten, dass das Problem der Revolution nicht der Zerfall einer ursprünglichen Einheit gewesen war, sondern dass sie über die von Anfang an vorhandene Zerklüftung nicht zu einer handlungsfähigen Einheit fand – zu einer Einheit, die die Reaktion gezwungen hätte, entscheidende Machtpositionen preiszugeben. Diese Kluft wurde durch die Wahl und den symbolträchtigen Einzug der Abgeordneten nur für kurze Zeit überdeckt. Schon in der wenige Tage später einsetzenden Fraktionierung polarisierte sich die Auseinandersetzung über viele Schattierungen hinweg in die verschiedenen Lager.

Die Frage, die sich weiter stellt, ist, ob die fehlende politische Einheit überhaupt das zentrale Problem für das Scheitern der Revolution darstellte. Ein Vergleich mit der Amerikanischen Revolution von 1776–1783 und der Französischen Revolution von 1789–1798 und ihres jeweiligen Verlaufs lässt hier durchaus Spielraum für Zweifel. In beiden Revolutionen waren sich die politischen Kräfte durchaus nicht einig. Auch hier lag das jeweilige Spektrum der politischen Überzeugungen weit auseinander. Unsere Unterteilung in politische Richtungen nach Links und Rechts tradiert ja noch heute die Gegensätze in der Französischen Nationalversammlung, und es dauerte zwei Jahre, bis man nach dem furiosen Vorstoß mit der Erklärung der Menschenrechte zu einer (gemäßigten, konstitutionell monarchischen) Verfassung fand, die nicht lange Bestand hatte und von der republikanischen Verfassung von 1793 verdrängt wurde. In den USA dauerte die Verfassungsbildung sogar noch länger, nämlich 11 bzw. 15 Jahre (wenn die Ratifizierung durch die Einzelstaaten bis zum Inkrafttreten der Verfassung mit einbezogen wird (1787–1791) und stand im Kampf der Federalists und Antifederalists mehr als einmal vor dem Scheitern. Auch hier gab es allerdings gleich am Beginn

34 Hoffmann: Lebenserinnerungen (wie Anm. 32), S. 164.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Revolution eine furiose Grundsatzerklärung, die Declaration of Independence vom 4. Juli 1776 und die Konföderationsartikel von 1781.[35]
Beide Revolutionen unterschieden sich vor allem in einem Punkt von der deutschen Revolution. Vor der Verabschiedung der Verfassung war die Machtfrage zwischen den revolutionären Kräften und dem Ancien Régime geklärt bzw. die Macht der Gegenseite wirksam neutralisiert worden. Dies äußerte sich einerseits in der Loslösung der amerikanischen Kolonien vom Mutterland und damit in der Entmachtung des englischen Königs in den Territorien der 13 Staaten und andererseits in der Festsetzung des französischen Königs in Versailles und in der Neutralisierung des königlichen Militärs, später in der Verhaftung des Königs, seiner Hinrichtung und dem Aufbau eines Revolutionsheeres. Den amerikanischen Revolutionären kam dabei einerseits die große Distanz zum Mutterland und die Probleme Großbritanniens, über den Atlantik hinweg eine große Militärstreitmacht zu unterhalten, zur Hilfe und andererseits das absolutistische Frankreich, das seit dem verlorenen Siebenjährigen Krieg auf eine Gelegenheit zur Revanche für die Niederlage von 1763 wartete und die Milizen Washingtons wirksam unterstützte.
Die französischen Revolutionäre von 1789 konnten sich bei der Konstituierung des Dritten Standes zur Nation und bei der Entmachtung der bis dahin privilegierten Stände von Klerus und Adel sowie der Schaffung eines freiheitlichen Verfassungsstaates auf einen bereits existierenden gesamtfranzösischen Staat mit einem akzeptierten politischen Zentrum, der Hauptstadt Paris, beziehen und kamen nicht in Konflikt mit einer doppelten strategischen Zielsetzung: Einheit und/oder Freiheit, wie sie die deutsche Auseinandersetzung so nachhaltig bestimmt hatte.[36]

35 Vgl. zur Entstehung der amerikanischen Verfassung Carl Becker: The Declaration of Independence. A Study in the History of Political Ideas. New York 1922; Jürgen Heideking: Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der amerikanischen Verfassung 1787–1791. Berlin/New York 1988, und Pauline Maier: American Scripture. Making the declaration of independance. New York 1997. Zur Französischen Revolution vgl. hier: Rolf Reichardt: Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur. Frankfurt am Main 2002.

36 Vgl. hierzu den weiterführenden Essay von Peter Brandt: Nationale Frage und Nationalbewegung in der Revolution von 1848/49, in: Christoph Hamann/Volker Schröder (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin, Freiburg 2010, S. 33-38, bes. S. 35-37. Laut Brandt überkreuzten sich „in Deutschland 1848/49 (…) gewissermaßen die je besonderen regionalen Abläufe mit der Gruppierung der Parteiungen, die unterschiedlichen Auffassungen zur Lösung des nationalen Verfassungsproblems und der Grenzfragen mit den unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Staats- und Regierungsform und komplizierten den Gesamtprozess erheblich, etwa durch die parallele Existenz einer allgemeindeutschen Nationalversammlung in Frankfurt und einer insgesamt (deutlich weiter links stehenden) konstituierenden Versammlung für das Königreich Preußen“.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In der bunten deutschen Staatenwelt hatte es weder einen entscheidenden militärischen Sieg noch eine wirksame Neutralisierung der militärischen Potentiale der Höfe gegeben. Stattdessen rückte – forciert von den gemäßigten Kräften – von Anfang an die Verfassungsbildung ins Zentrum der Politik, die bei der Französischen wie Amerikanischen Revolution eher am Ende bzw. am Ende der ersten entscheidenden Etappe gestanden hatte. Es war in beiden Vergleichsfällen der schwierigste Part, weil sich in den verfassunggebenden Versammlungen die politischen Gegensätze voll entfalteten und nur mit Mühe eine Konsensbildung erzielt wurde. Deutlich trat dies insbesondere bei der Amerikanischen Revolution hervor.

Nach dem gewonnenen Krieg gegen Großbritannien (1781) brachen bei dem Versuch, eine Unionsverfassung zur politischen Stabilisierung des fragilen Staatenbundes zu verabschieden, die inneren Konflikte offen zutage. Es gab große Differenzen zwischen den nördlichen und südlichen Staaten, aber auch zwischen den kleineren und größeren. Dazu kamen gegensätzliche Vorstellungen über die Machtverteilung zwischen Bund und Gliedstaaten sowie über die Frage einer außenpolitischen Repräsentation. Eine Verfassung sollte für alle diese Bruchlinien des neuen Staatenbundes eine Lösung finden. Die Befürworter der bundesstaatlichen Verfassung traten mit einer Serie von Zeitungsartikeln hervor, mit der die Abstimmungen in den Einzelstaaten beeinflusst werden sollte. Die Gruppe der Befürworter nannten sich die „Federalists“, als Antwort nannten sich ihre Gegner „Anti-federalists“. Während die Federalists um James Madison, Alexander Hamilton und John Jay die straff geführte römische Republik als Vorbild nahmen und ihre Verfassungsentwürfe auf eine als starken Bundesstaat organisierte Repräsentativdemokratie zielten, in der die Legislative in zwei Kammern aufgeteilt, die Exekutive dem Präsidenten übertragen und eine unabhängige Judikative geschaffen werden sollte, wollten die Kritiker keine Verfassung, welche dem Bundesstaat zu viel Macht einräumte, da dies die Freiheit der Einzelstaaten und ihrer Bürger einschränkte. Im Konflikt zwischen den Nord- und Südstaaten der Union um das Privileg der Sklavenhaltung zeigte sich in aller Schärfe, warum verschiedene Einzelstaaten eine zu starke Macht der Union ablehnten. Die Widerstände waren so groß, dass das Thema in der Verfassung ausgespart werden musste. Vor allem aber wurde um die Austarierung der politischen Gewalten heftig gestritten. Die Federalists wurden gezwungen, ausführlich dazu Stellung zu beziehen. So hieß es etwa in einem ihrer Artikel: „Die symmetrische Verteilung der Macht auf getrennte Ressorts; die Einführung von Institutionen, die die Legislative ausbalancieren und kontrollieren; die Einsetzung von Gerichtshöfen, die sich aus Richtern zusammensetzen, deren Amt an ihre korrekte Amtsführung gebunden ist; die Vertretung des Volkes in der gesetzgebenden Körperschaft durch Abgeordnete ihrer Wahl – dies alles sind gänzlich neue Errungenschaften, oder sie haben zumindest

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

erst in neuester Zeit den jetzigen Grad an Vollkommenheit erreicht."[37] Es ging dabei um die Freiheit des Individuums im Staat. In den vorgesehenen Institutionen sollten keine tyrannischen Gruppen entstehen können, und auch eine Tyrannei der Mehrheit sollte verhindert werden. Mehrmals stand das Projekt kurz vor dem Scheitern. Erst nach mehr als sechsjähriger Diskussion konnte eine Verfassung verabschiedet werden. In Kraft trat sie erst 1791 – 15 Jahre nach dem Beginn des Unabhängigkeitskrieges.

Angesichts dieses Befunds ist das Ergebnis der deutschen Revolution, die nach nur etwas mehr als einem halben Jahr verabschiedete, jedoch nicht in Kraft getretene Reichsverfassung und die Kette der später folgenden oktroyierten Verfassungen mit durchaus erweiterten Freiheitsräumen für die Bewegung der 1850er und 1860er Jahre in den Einzelstaaten vielleicht mehr zu würdigen, als das oft getan wird.

37 Alexander Hamilton/James Madison/John Jay: Die Federalist Papers. Vollständige Ausgabe. Hrsg. und übersetzt von Barbara Zehnpfennig. München 2007, S. 89.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Christian Jansen

Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland

Als vor 150 Jahren, am 6. Juni 1861, in Berlin die Fortschrittspartei gegründet wurde, war dies eine entscheidende Weichenstellung für das deutsche Parteiensystem.[1] Die rund 20 Teilnehmer der Gründungsversammlung in Berlin waren fast alle Achtundvierziger, also aktiv beteiligt gewesen am Versuch, in der deutschen Revolution einen liberalen Nationalstaat zu gründen, oder wie es zeitgenössisch hieß, das Vaterland einig, mächtig und frei zu machen – und sie waren 1848/49 an der Größe dieser Aufgabe gescheitert. Diese Niederlage des Fortschritts gegen die Kräfte der Beharrung oder Reaktion nagte an ihrem Selbstbewusstsein und war ein wesentlicher Antrieb für ihr andauerndes politisches Engagement. Sie waren zumeist beruflich erfolgreiche Bürger wie der Unternehmer Werner Siemens oder die Professoren Rudolf Virchow und Theodor Mommsen, aber alle Politiker aus Leidenschaft. Im Jahre 1861 saßen sie teils auf den Oppositionsbänken des preußischen Landtags wie Max von Forckenbeck, Leopold von Hoverbeck oder Hermann Schulze-Delitzsch, teils hatten sie sich aus Protest gegen das preußische Reaktionsregime geweigert, für herausgehobene politische Ämter zu kandidieren wie Viktor von Unruh oder Franz Duncker. Unter den Teilnehmern der Versammlung am 6. Juni 1861 waren auch die Chefs der drei überregional bedeutenden oppositionellen Berliner Tageszeitungen, der *Vossischen*, der *Volks-Zeitung* und der *National-Zeitung*. Diese Medienmacht war im anbrechenden Zeitalter der Massenpolitik mitentscheidend für den Erfolg des Projektes, das sie aus der Taufe hoben, die Deutsche Fortschrittspartei. Und sie waren alle Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des Deutschen

1 Dieser Aufsatz basiert auf einem Festvortrag anlässlich des 150. Gründungsjubiläums der Fortschrittspartei in der Kaiserin Friedrich Stiftung in Berlin. Vgl. http://www.freiheit.org/Festveranstaltung-150-Jahre-Deutsche-Fortschrittspartei/616c19190i1p/index.html <2.5.2012>. Auf Fußnoten und allgemeine Verweise auf Sekundärliteratur wird – abgesehen von den üblichen Nachweisen von Zitaten – weitgehend verzichtet.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nationalvereins, der 1859 gegründeten wichtigsten Organisation des deutschen Nationalismus[2] in der Zeit zwischen Revolution und Reichsgründung, die eine Gründerzeit in vielfacher Hinsicht war. Zwischen Revolution und Reichsgründung, also zwischen 1849 und 1871 kam es nicht nur zum Durchbruch der Industrialisierung, Deutschland verwandelte sich von einer weitgehend agrarischen Ständegesellschaft in eine bürgerliche Klassengesellschaft. Darüber hinaus entstanden das moderne deutsche Parteiensystem und viele Vereine und Verbände, die teilweise bis heute bestehen – von der Sozialdemokratie über das Kolpingwerk und wissenschaftliche Vereinigungen bis zum Schützen- oder Sängerbund.

Die Epoche zwischen Revolution und Reichsgründung, die ich die deutsche Gründerzeit nenne[3], beginnt mit dem allmählichen Verlöschen der Revolution. Es ist eine viel diskutierte und schwer zu beantwortende Frage, ob die Revolution von 1848/49 gescheitert ist. Einerseits kann man argumentieren, dass bereits im Mai 1848 die militärische Unterlegenheit der Revolutionäre und ihre Unfähigkeit, die bestehende Ordnung durch gesellschaftliche Gegenmacht ernsthaft zu gefährden, absehbar waren. Andererseits zogen sich die Auseinandersetzungen um die Errungenschaften der Revolution in Schleswig-Holstein, Kurhessen und den süddeutschen Verfassungskonflikten bis 1851 hin. Außerdem waren die vorrevolutionären Verhältnisse unwiederbringlich zerstört. Nicht nur hatte das „tolle Jahr“ 1848/49 die deutschen Gesellschaften bis in die Unterschichten hinein irreversibel politisiert. Vielmehr war die gesamte Politikergeneration bis hin zu Revolutionsgegnern wie Otto von Bismarck für immer geprägt durch das Erlebnis „Revolution“. Außerdem hatte auch Preußen endlich eine Verfassung bekommen. Das

2 Der Begriff „Nationalismus“ und das Adjektiv „nationalistisch“ werden in diesem Text ohne jede Wertung als wissenschaftliche Kategorie benutzt, um eine Haltung zu charakterisieren, auf deren Agenda die Bildung eines Nationalstaates ganz oben stand. In der Umgangssprache, aber auch in einem Teil der wissenschaftlichen Literatur (je älter, desto häufiger) wird „Nationalismus“/„nationalistisch“ mit einer negativen Wertung versehen und als eine Übersteigerung normaler „nationaler“ (oder auch „patriotischer“) Gefühle angesehen. Dahinter steht die Unterscheidung eines „kosmopolitischen“ oder „emanzipatorischen“ Frühnationalismus von einem „integralen“ Chauvinismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Sichtweise verkennt meines Erachtens, dass „Nationalismus“/„Patriotismus“ immer janusköpfig war, da Inklusion in die Nation nicht ohne Exklusion der „Anderen“, „Fremden“, „Reichsfeinde“ usw. denkbar ist. Vgl. hierzu den bahnbrechenden Aufsatz von Dieter Langewiesche: Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression (1994; http://library.fes.de/fulltext/historiker/00625.htm#E9E2 <2.5.2012>), insb. S. 16 f., auch in ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 35-54; sowie Christian Jansen/Henning Borggräfe: Nation – Nationalität – Nationalismus. Frankfurt/M. 2007, S. 8 f. und 17 f.

3 Vgl. hierzu meine Überblicksdarstellung: Gründerzeit und Nationsbildung 1849-1871. Paderborn 2011, insb. S. 9-13 sowie Ulrike Laufer/Hans Ottomeyer (Hrsg.): Gründerzeit 1848-1871. Industrie und Lebensträume zwischen Vormärz und Kaiserreich. Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums. Berlin 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

revolutionäre allgemeine Männerwahlrecht blieb erhalten, wenn auch in der pervertierten Form des Dreiklassenwahlrechts. Von der Judenemanzipation bis zu rechtlichen und wirtschaftlichen Liberalisierungen überdauerten viele Errungenschaften das Scheitern der Revolution.

Deshalb war die 1851 beginnende Reaktionsperiode nicht von Dauer. *Erstens* war die Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft (Stichworte: Industrialisierung und Modernisierung) nicht vereinbar mit der von oben verordneten Erstarrung, mit Zensur und Einschränkungen der Bürgerrechte. *Zweitens* kam es zu einem folgenreichen politischen Umdenken in den Reihen der Achtundvierziger. Man wollte künftig die Machtverhältnisse stärker berücksichtigen. „Realpolitik" hieß das schon 1853 in Anlehnung an Ludwig August von Rochaus einflussreiches Buch „Grundsätze der Realpolitik"[4]. Die in den Staaten des Deutschen Bundes verbliebenen Oppositionellen wollten außerdem die Spaltung zwischen Liberalen und Demokraten überwinden, in der sie eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Revolution sahen. *Drittens* brachte der Krimkrieg das europäische Mächtegleichgewicht ins Wanken.

Am Ende der 1850er Jahre endete die Reaktionsperiode in den wichtigsten deutschen Staaten. Für die Entstehung der Fortschrittspartei ist die Entwicklung in Preußen am relevantesten. Nach dem Rückzug des psychisch kranken Königs Friedrich Wilhelm IV. trat sein Bruder Wilhelm I. die Regentschaft mit einer Reihe von Versprechen an: Er leistete den von der Opposition geforderten Eid auf die Verfassung und versprach damit, ihre Vorschriften zu respektieren. Er bekannte sich zur Nationalstaatsgründung und ersetzte den verhassten Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel durch Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. Dieser stammte zwar aus dem Hochadel, war aber ein Anhänger des Konstitutionalismus und somit einer verfassungsmäßigen Regierung und war außerdem der erste katholische Ministerpräsident in Preußen. Wilhelms politisches Umsteuern nach dem Antritt der Regentschaft wird von einer oft allzu preußenfreundlichen Geschichtsschreibung als „Neue Ära" bezeichnet, obwohl es nur halbherzig geschah und zudem verbunden war mit dem Projekt einer Heeresreform, die eine Verstärkung obrigkeitsstaatlicher Tendenzen in Preußen bedeutete. Nachdem die Opposition den Kurswechsel zunächst mit Sympathie beobachtet und die liberale Presse die Parole „Nur nicht drängen" ausgegeben hatte[5], machte sich

4 Ludwig August v. Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Stuttgart 1853. Neu hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1972.

5 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S. 699.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

seit der Jahreswende 1860/61 Frustration breit, da das Herrenhaus, die Vertretung des Adels, sämtliche von Regierung und Abgeordnetenhaus beschlossene Reformen blockierte.

Immerhin weigerte sich die gemäßigte preußische Regierung, den 1859 gegründeten Deutschen Nationalverein zu verbieten. Der Nationalverein war ein Zusammenschluss liberaler und demokratischer Achtundvierziger aus allen deutschen Staaten. Unter den verbesserten Rahmenbedingungen am Ende der Reaktionsperiode setzte sich der Nationalverein vornehmlich für die Gründung eines Nationalstaates auf der Basis der 1849 in der Paulskirche beschlossenen Verfassung ein, mithin für die kleindeutsche Lösung, eine parlamentarische Monarchie mit einem preußischen Kaiser an der Staatsspitze und ohne Österreich. Der Nationalverein knüpfte auch organisatorisch an die Revolution von 1848/49 an. Sein Vorbild war der Centralmärzverein, die erste Partei in Deutschland, die auf Massenorganisation setzte und ihren Erfolg an der Zahl ihrer Mitglieder maß. Damit wandte sich der Nationalverein vom klassischen liberalen Typus der Honoratiorenpartei ab und verkörperte den neuen Typus einer Mitgliederpartei mit möglichst vielen Ortsvereinen in möglichst allen deutschen Staaten. Anfang der 1860er Jahre hatte der Nationalverein weit mehr als 20.000 Mitglieder und bezahlte aus deren Beiträgen mehrere hauptamtliche Funktionäre, die den Verein und seine Agitation professionell organisierten.

Mit Blick auf die Fortschrittspartei ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung nötig: Politische Organisationen, die wir heute als Parteien bezeichnen würden, wie den Nationalverein, hießen im 19. Jahrhundert „Vereine“. Hingegen bezeichnete „Partei“ eine Gesinnungsgemeinschaft ohne feste Organisation. Insofern war die Bezeichnung „Fortschrittspartei“ seit dem Vormärz üblich, um die freiheitliche Opposition, die sich als Vorkämpferin eines unaufhaltsamen Fortschritts verstand, gegen die Rückschrittspartei der Reaktion und der Beharrung abzugrenzen.[6]

Die Männer, die vor 150 Jahren die „Deutsche Fortschrittspartei“ aus der Taufe hoben, schrieben sehr bewusst und geschickt diesen eingeführten Begriff auf ihre Fahnen und machten damit zugleich deutlich, dass die neue Partei den Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten überwinden und die gesamte Opposition zusammenfassen sollte. Die neue Partei bezeichnete sich auch als „Exekutive“ des Nationalvereins. Der Nationalverein sollte die in der Bevölkerung verankerte (Massen-)Organisation sein, die Fortschrittspartei dessen ausführendes Organ – vor allem in den Parlamenten. Die Fortschrittspartei war in ihrer „heroischen Zeit“ zwischen 1861 und 1866, als sie

6 Grundlegend zu diesen Fragen: Klaus von Beyme: Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 4, Studienausgabe, Stuttgart 2004, S. 677-733, sowie Wolfgang Hardtwig: Verein. Gesellschaft, Geheimgesellschaft, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft, in: ebenda, Bd. 6, S. 789-829.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der wichtigste Gegenspieler Bismarcks war, also keine Partei im heutigen Sinne, die um Mitglieder warb, sondern eine Parlamentsfraktion. In den zahlreichen Wahlkämpfen der frühen 1860er Jahre war das wichtigste Organ der Fortschrittspartei das Komitee, das jeweils das Wahlprogramm festlegte, unter dem in möglichst vielen Wahlkreisen Kandidaten antraten, die nach der Wahl auf dieses Programm festgelegt waren. In fast allen deutschen Staaten verstanden sich die zum Nationalverein gehörenden Abgeordneten als Mitglieder der „Fortschrittspartei".

Bereits der Gründungsaufruf vom Juni 1861 formulierte und veröffentlichte die Hauptziele der Fortschrittspartei und unterstrich ihre Abkehr von der klassischen Komiteepartei ohne überprüfbares Programm. Die Fortschrittsfraktion bekannte sich zur Monarchie, aber auch zu zentralen liberalen Forderungen aus Vormärz und Revolution: Einigung Deutschlands mit einem Nationalparlament und einer starken Exekutive in den Händen Preußens. Für Preußen forderte die Fortschrittspartei die „konsequente Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechtsstaates", insbesondere ein Gesetz, das die Ministerverantwortlichkeit regelte; kommunale Selbstverwaltung; Trennung von Kirche und Staat und damit Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften. Um die Zusammenarbeit von Liberalen und Demokraten nicht zu gefährden, klammerte das Gründungsprogramm die wichtigste Forderung der Demokraten, das allgemeine, gleiche (Männer-)Wahlrecht, aus. Im aktuellen Konflikt mit der preußischen Regierung um die Heeresreform bekannte sich das Gründungsprogramm zum Nationalkrieg: „Für die Ehre und die Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein." Allerdings könne auch eine „zweijährige Dienstzeit für die vollständige Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes in Waffen" Bürgschaft leisten.[7] Sowohl die Formel vom „Volk in Waffen" als auch die Beschränkung des Militärdienstes auf zwei Jahre zeigte, dass die Fortschrittspartei im Heereskonflikt einen harten Oppositionskurs fahren wollte.

Die Fortschrittspartei kombinierte liberale und demokratische Forderungen und war ein Zwitter aus Honoratiorenkomitee und moderner Programmpartei. Hatten zuvor bei Wahlen immer nur Individuen kandidiert, die entweder nur aufgrund ihrer Persönlichkeit oder wegen individueller Forderungskataloge gewählt worden waren, so trat die Fortschrittspartei in allen Wahlkreisen mit demselben Programm und Wahlaufruf an. Während jedoch die parallel entstehenden, im September 1861 gegründeten Preußischen

7 Das Gründungsprogramm ist zu finden unter http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/4_P_O_Deutschen_Fortschrittspartei.pdf <2.5.2012> sowie in: Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878, S. 33-36. Vgl. Andreas Biefang: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861-1867, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 360-383, hier S. 368 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Volksvereine, die als konservative Partei gelten können und mit Erfolg auf Massenorganisation setzten (sie hatten 1865 bereits 50.000 Mitglieder), gab es in der Fortschrittspartei keine Einzelmitgliedschaft. Sie hatte keinerlei Parteiapparat. Einzig vor Wahlen wurde jeweils ein Zentralwahlkomitee gebildet, das den Wahlkampf organisierte und das der aufgrund einer Amnestie 1861 aus den USA zurückgekehrte Demokrat Friedrich Wilhelm Loewe aus Calbe leitete, der als ehemaliger Vizepräsident der Deutschen Nationalversammlung die Kontinuität zur Revolution von 1848/49 verkörperte.

In der Logik der liberalen und demokratischen Parteistrategen war die Fortschrittspartei die Führungselite der freiheitlich-nationalistischen Bewegung. Ihre Massenbasis bildeten verschiedene Vorfeldorganisationen: erstens der Deutsche Nationalverein mit seinen zahlreichen Ortsvereinen als politische Basis – er brachte es 1862 bereits auf mehr als 25.000 Mitglieder und hatte mehrere hauptamtliche Funktionäre; zweitens die Turner- und Schützenvereine, die eine paramilitärische Ausbildung anboten und gegebenenfalls als Nationalmiliz (wie in Italien Garibaldis Freischaren) eingesetzt werden sollten; drittens die Sängervereine im kryptopolitischen geselligen Vorfeld, die in erster Linie freiheitliches und nationalistisches Denken verbreiten sollten; viertens standen verschiedene wirtschaftsliberale Vereinigungen der Fortschrittspartei nahe: der Kongreß deutscher Volkswirte, der Deutsche Handelstag und – last, but not least – die von Hermann Schulze-Delitzsch initiierten Genossenschaften, Konsumvereine, Versicherungen und Kreditanstalten.[8]

Der Wahlaufruf, den die Fortschrittspartei Ende September 1861 verabschiedete, kündigte eine härtere Opposition an, verwarf also die Politik nach der Parole „Nicht drängen!“ Mit diesem Programm erzielte die Fortschrittspartei den fulminantesten Wahlsieg in der deutschen Parteiengeschichte. Auf Anhieb gewann sie 89 Mandate im Abgeordnetenhaus, also rund 25 %. Dieser Erfolg fiel noch spektakulärer aus, wenn man die sogenannte „stille Fortschrittspartei“ hinzuzählt, Abgeordnete, die hinter dem Programm standen, sich aber keiner Partei- oder Fraktionsdisziplin unterwerfen wollten. Die Konservativen erlitten bei den Wahlen von 1861 eine vernichtende Niederlage.

Am 6. März 1862 verlangte der Fortschrittsabgeordnete Adolf Hagen, dass die Regierung innerhalb des Militäretats die einzelnen Ausgabenposten spezifizierte und damit erst eine wirkliche parlamentarische Kontrolle ermöglichte. Bis dahin war der Staatshaushaltsplan nur in einige wenige große Pauschalbeträge gegliedert. Die Annahme des „Antrags Hagen“ im Abgeordnetenhaus hinderte die Regierung daran, die Mehrkosten für die

8 Vgl. hierzu Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Reorganisation der Armee zu verschleiern. Sie antwortete auf diese Aufwertung der parlamentarischen Kontrolle mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses nach nur achtwöchiger Tätigkeit und *vor* der Verabschiedung des Staatshaushalts. Nicht einmal sechs Monate nach den Wahlen standen die Abgeordneten erneut im Wahlkampf. Die Wahl im Mai 1862 brachte eine glänzende Bestätigung für die Fortschrittspartei und eine verheerende Niederlage für die neue Regierung und alle Fraktionen, die die Heeresreform befürworteten: Kein Minister wurde zum Abgeordneten gewählt, die konservativen Fraktionen schrumpften. Hingegen steigerte sich die Fortschrittspartei von 109 (einschließlich der sogenannten Stillen) auf 141 Mandate. Die liberale und demokratische Opposition verfügte im „Konfliktslandtag" von 1862/63 über eine solide absolute Mehrheit der 352 Sitze.[9]

Nach diesem erneuten Wahlerfolg war die oppositionelle Presse voll von optimistischen Analysen: Das preußische „Volk" erkenne seinen „deutschen Beruf", nämlich die nationale Einigung unter liberalen Vorzeichen. Aufgrund ihres Glaubens an die Macht der öffentlichen Meinung ging die Opposition davon aus, dass sich die Regierung nicht lange gegen die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten werde stellen können. Mit einem Regimewechsel wurde spätestens nach der demnächst erwarteten Abdankung des 65jährigen Königs zugunsten seines liberalen Sohnes Friedrich gerechnet. Wenn jener eine liberale Regierung einsetzen würde, schien die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung nur mehr eine Frage der Zeit. Bald erwiesen sich jedoch die überwältigenden Wahlerfolge als Pyrrhussiege. Nach Art. 62 der Verfassung konnten in Preußen nur beide Häuser des Landtags und der König gemeinsam Gesetze und den Staatshaushalt beschließen. Die preußischen Liberalen standen damit vor dem Dilemma aller Landtage im Konstitutionalismus: Da sie über keine selbstständige Gesetzgebungskompetenz verfügten, konnten sie in Konflikten mit dem Monarchen nur versuchen, diesen mit Hilfe der Öffentlichkeit, d. h. mit guten Argumenten, unter Druck zu setzen. Ihre Ohnmacht trotz breiter parlamentarischer Mehrheit ließ nur zwei Wege offen, die für die Fortschrittspartei beide nicht gangbar waren: entweder eine weitere Radikalisierung, die auf eine neue Revolution hinauslief, oder die Rückkehr zu einem gouvernementalen Kurs des „Nur nicht drängen".

Zugleich drohte die Fortschrittspartei ihre Führungsrolle innerhalb der nationalen Einigungsbewegung zu verlieren, wenn ihr kein Durchbruch im Verfassungskonflikt gelang. Die Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses über die Heeresreform am 11. und 18. September 1862 gehört zu den Sternstunden des deutschen Parlamentarismus. Schroff prallten in der emotionalen Debatte die Gegensätze aufeinander: die Fortschrittspartei und ihre

9 Parisius: Deutschlands politische Parteien (wie Anm. 7), S. 56 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Koalitionspartner wollten die zweijährige Dienstzeit durchsetzen. Der König und seine Regierung beharrten auf drei Jahren. Am 23. September 1862 lehnte das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit alle Mehrausgaben ab, die mit der Heeresreform zusammenhingen. Das Herrenhaus, in der nicht gewählte, sondern ernannte Vertreter der Stände und des Hochadels saßen, hingegen bestätigte den Regierungsentwurf. Nach der preußischen Verfassung war für die Verabschiedung eines Gesetzes (eben auch des Haushaltsgesetzes) die Zustimmung beider Häuser sowie der Regierung erforderlich. Als 1862 das Abgeordnetenhaus den Etatentwurf veränderte, das Herrenhaus ihm aber zustimmte, war der Etat demnach abgelehnt. Da es sich um ein prinzipielles, in der Verfassung nicht vorgesehenes Problem handelte – für den Fall, dass sich beide Häuser in der Gesetzgebung nicht einigen konnten, bot die Verfassung keinerlei Lösungsmöglichkeiten an –, sprach man von einem Verfassungskonflikt. Der König fühlte sich berechtigt, auch ohne Haushaltsgesetz zu regieren. Aber das Ministerium hielt diese Vorgehensweise für verfassungswidrig. Daraufhin wollte König Wilhelm zugunsten seines Sohnes zurücktreten. Der Weg für eine Parlamentarisierung Preußens wäre damit offen gewesen. Denn Kronprinz Friedrich war ein Anhänger der parlamentarischen Monarchie nach britischem Vorbild und hatte sich auch öffentlich kritisch zum Konfliktkurs seines Vaters geäußert.

Im Grunde ging es darum, wer die Macht in Preußen ausübte: die Abgeordneten oder der Monarch? König Wilhelm fürchtete, der Monarch werde zum „Sklaven des Parlaments“. Das Abgeordnetenhaus versuche nun parlamentarisch durchzusetzen, was in der Revolution 1848/49 selbst misslungen war: die Entmachtung des Königs und die Etablierung der Parlamentsherrschaft. Am Hofe standen sich zwei Lager gegenüber: zum einen eine Staatsstreichfraktion, die den König zum budgetlosen Regiment überreden und den Verfassungskonflikt durch einen Bruch der Verfassung lösen wollte, und zum anderen die Kompromissbereiten, zu denen auch der Kronprinz zählte. Der einzige Minister, der den Konfliktkurs ohne Vorbehalte mit trug, war Kriegsminister Albrecht von Roon. Er hatte die letztlich entscheidende Idee, die den Konflikt im Sinne des Königs lösen und die Parlamentarisierung Preußens bis 1918 verzögern sollte. Er ließ den Gesandten in Paris, Otto von Bismarck, nach Berlin kommen und arrangierte eine Krisensitzung beim König. Bismarck bot ihm Vasallentreue unter Missachtung der Verfassung, auf die sowohl der König als auch der Ministerpräsident vereidigt waren.

Durch diese überraschende Wendung wurde bereits einen Tag später, nachdem das Abgeordnetenhaus den Staatshaushalt abgelehnt hatte, am 24. September 1862 Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt. Von Anfang an zeigte das Ministerium Bismarck durch öffentliche Äußerungen und seine Politik, dass es auch ohne die von der Verfassung vorgeschriebene parlamentarische Bewilligung Geld ausgeben wollte. Bismarcks

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gebetsmühlenartig wiederholte Rechtfertigung – seine berühmte „Lückentheorie“ – sah folgendermaßen aus: Wenn eine Einigung über das Budget nicht möglich sei, ergebe sich ein Notrecht der Regierung. Denn die Krone verfüge über alle Rechte, welche die Verfassung nicht ausdrücklich anderen Staatsorganen übertragen habe. Da die Verfassung nicht regele, was passieren müsse, wenn kein Etatgesetz verabschiedet würde, müsse die Regierung ohne Etatgesetz weiter arbeiten, da sie andernfalls handlungsunfähig sei und ein Zusammenbruch des Staates drohe. Diese kaltschnäuzige Machtpolitik flankierte Bismarck mit der Einschüchterung der oppositionellen Abgeordneten, die er aus dem Staatsdienst entließ, denen er die Pension kürzte und die er polizeilich verfolgen ließ.

Zwar versuchte die Fortschrittspartei ihrerseits, eine Drohkulisse aufzubauen, indem sie immer wieder die Inkraftsetzung der Reichsverfassung von 1849 verlangte. Aber wie Bismarck kühl erkannte und mehrfach auch der Opposition entgegenhielt, widersprach ihr Kult der Reichsverfassung den Prinzipien der Realpolitik. Denn die Chance, ihre Forderungen zu realisieren, war 1862/63 weitaus geringer als 1848/49. Es war keine revolutionäre Massenbewegung in Sicht, und die liberalen Tendenzen in vielen deutschen Staaten seit 1858 gingen keineswegs so weit, dass ein Programm, das im Wesentlichen auf der Reichsverfassung von 1849 basierte, durchzusetzen gewesen wäre. Die frustrierende Erfahrung der Fortschrittspartei war, dass selbst überwältigende Wahlerfolge die Regierung nicht zwingen konnten, auch nur Teile des liberal-demokratischen Reformprogramms zu realisieren.

Ihr zwar heroischer und von den Wählern immer wieder bestätigter, aber politisch erfolgloser Kampf gegen das autoritäre Bismarck-Regime führte neben allgemeiner Frustration auch zum Umdenken vieler Abgeordneter. Seit 1864, als die reorganisierte preußische Armee Schleswig und Holstein eroberte und damit die Agitation von Nationalverein und Fortschrittspartei, die beide auf einen Volkskrieg nach dem Vorbild Garibaldis setzten, erneut ins Leere lief, begannen führende Köpfe der Fortschrittspartei, über eine wie auch immer begrenzte Zusammenarbeit mit Bismarck nachzudenken. Diese Kompromissbereitschaft führte vor allem in Süddeutschland zu Abspaltungen von Nationalverein und Fortschrittspartei. Der demokratische Flügel organisierte sich selbstständig als Demokratische Volkspartei – eine Partei, die zumindest dem Namen nach bis heute existiert. Denn die baden-württembergische FDP nennt sich immer noch FDP/DVP. Auch das bis heute fortgeführte Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP/DVP geht auf die Demokraten zurück, die sich seit Ende 1864 aus dem großen Verband der Fortschrittspartei lösten. Am Dreikönigstag 1866 veranstaltete die Demokratische Volkspartei ihren ersten regionalen Parteitag. Der Name „Volkspartei“ war übrigens genau wie „Fortschrittspartei“ seit dem Vormärz

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gebräuchlich. Als „Volkspartei“ bezeichneten sich die Demokraten in Abgrenzung zu den Liberalen.
Auch in Preußen hielt das Bündnis der gesamten freiheitlich-nationalistischen Opposition nur bis 1866, als Bismarck den Deutschen Bund aufkündigte und den bundestreuen deutschen Staaten mit Krieg drohte. Die Führung der preußischen Fortschrittspartei zeigte sich nun bereit, einen Krieg zur Beendigung des preußisch-österreichischen Dualismus und zur Einigung Norddeutschlands durch Annexionen mitzutragen. Sie verband ihr Unterstützungsangebot aber mit weitgehenden Demokratisierungsforderungen und versuchte, die Kriegssituation, in der die Regierung auf Unterstützung angewiesen war, zur „Umänderung der Verfassungsverhältnisse“ zu nutzen. Für diesen Positionswechsel hin zu einer kritischen Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung Bismarck dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass die Fortschrittspartei sich seit der Auflösung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai im Wahlkampf befand. Sie musste deshalb in besonderem Maße auf die Stimmung in der Wählerschaft Rücksicht nehmen und wollte die drohende Spaltung unbedingt vermeiden, die sich bereits ankündigte, da der rechte, nationalliberale Parteiflügel mit eigenen Resolutionen an die Öffentlichkeit trat.
Das Abgeordnetenhaus vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen für einen Zeitpunkt anzusetzen, an dem sich Preußen absehbar im Krieg befinden würde, war ein ebenso geschickter wie brutaler Schachzug Bismarcks. Er konnte dadurch nicht nur den Wahlkampf der Fortschrittspartei polizeilich mehr als je zuvor behindern. Er konnte auch davon ausgehen, dass die Liberalen als Patrioten die Konvention akzeptierten, während eines Krieges innere Auseinandersetzungen einzustellen. So konnte Bismarck sie weiter in die Defensive drängen. Außerdem machte seine Annexionspolitik den nur durch Formeln kaschierten Richtungsstreit in der Fortschrittspartei öffentlich sichtbar. Alles zusammen war mitursächlich für die erste Wahlniederlage der Fortschrittspartei, die zugleich ihr Ende als Einheitspartei der freiheitlich-nationalistischen Opposition bedeutete.
In der entscheidenden Schlacht, am 3. Juli 1866 bei Königgrätz in Böhmen, gelang Preußen der Sieg gegen die wichtigsten Bundesstaaten und Österreich. Anschließend annektierte Preußen Schleswig und Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt. Es gewann so erstmals ein geschlossenes Territorium, das sich als breiter Riegel von Aachen bis an die Memel quer durch das nördliche Zentraleuropa zog. Der 3. Juli 1866 mit den Siegen der preußischen Armee bei Königgrätz und der Konservativen bei den preußischen Wahlen verschob die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend zugunsten Bismarcks. Die Fortschrittspartei war mit ihrer Forderung nach seiner Ablösung gescheitert. Sie hatte die Wähler aufgefordert, Abgeordnete zu entsenden, die dazu bereit gewesen wären, durch eine

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verschärfung des Verfassungskonflikts eine Entscheidung herbeizuführen. Aber statt wie im September 1863 253 Mandate erhielten Fortschrittspartei und linkes Zentrum nur noch 148. Hingegen gewannen die Konservativen mehr als 100 Sitze hinzu (142 statt 38). Das Ausmaß der Verluste lässt sich nicht allein mit Wahlmanipulation erklären, etwa mit der Einschränkung der Pressefreiheit und dem Druck der Behörden auf Wähler und Kandidaten. Nein, das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei hatte die „Meinung des Volks" falsch eingeschätzt. Die Wähler wollten keine Verschärfung des Verfassungskonflikts. Die Fortschrittspartei hatte in den fünf Jahren ihres Bestehens trotz permanenter Verfolgung Sieg um Sieg errungen. Deshalb fühlten sich die Fortschrittsabgeordneten als Träger eines unaufhaltsamen historischen Fortschritts. Entsprechend schwer und unerwartet traf sie ihre erste Wahlniederlage. Dieser Schock zerstörte den ohnehin brüchig gewordenen innerparteilichen Zusammenhalt. Es entstand eine neue Konstellation, die die liberale Politik seit 1866 bestimmt hat.

Die Regierung legte dem neuen Abgeordnetenhaus gleich einen Gesetzentwurf vor, der ihr für das verfassungswidrige, budgetlose Regime seit 1862 Indemnität (Schutz vor Verfolgung) erteilte. Seit Ende Mai hatte Bismarck mit führenden Liberalen über die Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen Regierungsweise und die nachträgliche Entlastung seiner Regierung verhandelt. Der von Bismarck eingebrachte Entwurf lag deutlich unter den Minimalbedingungen der Fortschrittspartei: Eingeständnis rechtswidrigen Verhaltens und Anerkennung des parlamentarischen Budgetrechts ohne Wenn und Aber. Bismarck demütigte außerdem die Liberalen durch die herablassende Attitüde eines großzügigen Siegers und erkannte mit keinem Wort die Rechtswidrigkeit seiner Politik seit 1862 an.

Der demokratische Flügel der Fortschrittspartei wies die Indemnitätsvorlage zurück. Er weigerte sich damit aber auch, die veränderten Machtverhältnisse seit dem 3. Juli 1866 anzuerkennen, und beharrte auf einem absoluten Rechtsstandpunkt. Hingegen akzeptierte der realpolitische Flügel zähneknirschend, dass die Regierung Bismarck nach ihren glanzvollen Siegen keinen Anlass hatte, der bereits von den Wählern abgestraften ehemaligen Mehrheitspartei entgegen zu kommen. In einer schonungslosen Analyse, die im Sommer 1866 keine liberale Zeitung drucken mochte, meinte Ludwig Bamberger, der Vordenker des realpolitischen Flügels, nicht Bismarck müsse das Parlament, sondern die Fortschrittspartei müsse „das deutsche Volk" um Indemnität bitten, also um Entlastung für ihre politischen Fehler. Zwischen diesen Polen bewegte sich die Diskussion 1866, unmittelbar vor der Spaltung der Fortschrittspartei: Ablehnung der Indemnität unter Verweis auf Ehre und Recht oder Zustimmung, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Regierung dem Parlament eventuell in anderen Fragen entgegenkäme.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mit dem Ende ihrer regelmäßigen Wahlerfolge brach die Fortschrittspartei auseinander. Im Herbst 1866 gründete der bismarckfreundliche Flügel die Nationalliberale Partei. Ihre Entstehung bedeutete personell und programmatisch eine tiefe Zäsur in der Geschichte des deutschen Liberalismus. Sie markierte das Ende der Zusammenarbeit mit den Demokraten, die die nachrevolutionäre Epoche gekennzeichnet hatte. Außerdem war die Nationalliberale Partei die erste bürgerliche Partei in der deutschen Geschichte, die sich mit einem Staat identifizierte und die Regierungsarbeit mittrug. Zusammen mit der realpolitischen Ideologie, ihrer Macht- und Mittelstandsorientierung, resultierte daraus eine strategische Neuorientierung: War die politische Maxime der Fortschrittspartei die Einheit der gesamten Opposition gewesen, so ging es den Nationalliberalen um ein möglichst breites Bündnis der politischen *Mitte*. Trotz dieser neuen Züge stand auch die Nationalliberale Partei in ideologischer Kontinuität zur Revolution von 1848/49. Dies galt insbesondere für den Nationalismus.

Der Zerfall der Fortschrittspartei und die Entscheidung der Nationalliberalen für die ältere Form der nur in den Wahlkämpfen aktivierten Honoratioren- oder Komiteepartei schwächten die autonome politische Handlungsfähigkeit des liberalen Bürgertums. Aufgrund ihrer Nähe zur Regierung meinten die Gründer der Nationalliberalen Partei, ohne Organisation auszukommen. Sie waren in der Liberalen Ära bis 1875 damit politisch erfolgreich und konnten bei der rechtlichen und wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Deutschen Reichs manche liberalen Grundsätze durchsetzen. Allerdings erscheint der Verzicht auf die modernere Organisationsform der Mitgliederpartei rückblickend als Fehler, durch den der Liberalismus langfristig den Massenorganisationen der Sozialdemokratie, der Konservativen und des politischen Katholizismus unterlegen war.

Angesichts der Erfolge der Nationalliberalen und infolge einer teleologischen Prägung der Geschichtsschreibung über die Bismarckzeit, den Verfassungskonflikt und die Reichsgründung geriet die Fortschrittspartei weitgehend in Vergessenheit und galt der Versuch der Zusammenarbeit von den Liberalen bis zu den Demokraten, vom Bürgertum bis in die Arbeiterbewegung hinein, als gescheitert. Nur die bismarck-kritischen Linksliberalen und Demokraten, die sich bis 1884, als sie in der Deutsch-Freisinnigen Partei aufgingen, weiter Fortschrittspartei nannten, versuchten eine Traditionsbildung. In der wechselvollen, an Spaltungen und Fusionen reichen Geschichte des Linksliberalismus und der bürgerlichen Demokraten (außerhalb der Sozialdemokratie) in Deutschland tauchte 1910 der „Fortschritt“ auch wieder im Parteinamen auf, als DVP und zwei Freisinnige Parteien sich zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen. Ein Jahr später erinnerte sie mit einem Festbankett sogar an den 50. Jahrestag der Parteigründung. Die Festrede hielt der 80jährige Reichstagsabgeordnete Albert Traeger – ein

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Veteran des Linksliberalismus, der als Student die Revolution von 1848/49 noch miterlebt hatte.[10]

Auch die Historikerinnen und Historiker haben die Fortschrittspartei nie sonderlich beachtet. Eine moderne Parteigeschichte ist ein Desiderat. Nach zwei Dissertationen in den 1960er Jahren[11] stand sie in den letzten Jahrzehnten nur sporadisch im Mittelpunkt der parteiengeschichtlichen Forschung: nur zwei weitere Monografien beschäftigten sich mit der Partei sowie eine Handvoll Aufsätze.[12] Dieser Forschungsstand spiegelt keineswegs die politische Bedeutung dieser ältesten liberalen Partei in Deutschland wider; für viele grundlegende Informationen muss man immer noch auf die Darstellungen Ludolf Parisius', eines führenden Parteifunktionärs der Fortschrittspartei, zurückgreifen.

Aufgrund dieser stiefmütterlichen Behandlung sind die Fortschrittspartei und ihre politische Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent. Sie ist deshalb auch kaum ein „liberaler Erinnerungsort", obwohl sie es ihrer Bedeutung nach durchaus sein könnte und sollte.[13] Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, dass in den heroischen Anfangsjahren der Fortschrittspartei während des preußischen Verfassungskonfliktes das gesamte freiheitliche Spektrum – von den Liberalen bis zu den Demokraten und vor der folgenreichen

10 Vgl. *Vossische Zeitung* und *Berliner Tageblatt* vom 10.6.1911; Jürgen Frölich: Zum Aufstieg und Niedergang einer liberalen Volkspartei, in: liberal 28 (1986), H. 2, S. 79.

11 Ursula Steinbrecher: Liberale Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871-1893. Phil. Diss. Köln 1960; Heinrich August Winkler: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861-66. Tübingen 1964.

12 Neben den bereits Genannten scheinen mir die folgenden die wichtigsten Beiträge zu sein: Nadja Süßmilch: Die Entwicklung des Linksliberalismus von 1864 bis 1871. Berlin 1978; Gerd Fesser: Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861-1866. Berlin 1976; Klaus Wrobel: Linksliberale Politik in der Reichsgründungszeit (1866-1871). Die Deutsche Fortschrittspartei zwischen Nationalliberalismus und Radikalismus. Erlangen-Nürnberg 1973; Hermann Hanschel: Liberalismus in der Reichsgründungszeit: Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern" 1865-1873, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 59 (1999), S. 243-348; Christian Jansen: Bismarck und die Linksliberalen, in: Lothar Gall (Hrsg.): Bismarck und die Parteien. Paderborn 2001, S. 91-110; Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878-1893). Köln 2002; Ansgar Lauterbach: Zwischen Reform und Opposition: Zum politischen Selbstverständnis von National- und Fortschrittsliberalen in der Ära Bismarck, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 9-30; Ulrich Naumann: Ein maßgebender Genossenschaftler und „Fortschrittsmann" der ersten Generation: Ludolf Parisius, in: Ebd., S. 113-135.

13 Vgl. zur Diskussion um liberale Erinnerungsorte: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21 (2009) und 22 (2010).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“[14] klassenübergreifend – in einer Partei vereint kämpfte, während ansonsten immer mehrere liberale Parteien existierten.

Die geringe Präsenz der Fortschrittspartei im kollektiven Gedächtnis und die Schwierigkeiten einer liberalen Traditionsbildung rund um die Fortschrittspartei basieren auf mehreren Faktoren der Geschichte des deutschen Linksliberalismus und der Nationsbildung in Deutschland:

- Die Fortschrittspartei existierte zu kurz – als Bündnis der gesamten liberalen und demokratischen Opposition, worin ihre Besonderheit in der deutschen Parteiengeschichte liegt, nur fünf Jahre – als linksliberale Partei immerhin weitere 18 Jahre.
- Die häufigen Namenswechsel der linksliberalen Parteien (ganz im Gegensatz zur SPD, die seit 1890 denselben Namen hat) weisen auf die Zersplitterung und das Sektierertum in diesem Spektrum hin und erschweren die Traditionsbildung.
- Die Fortschrittspartei hatte (trotz Eugen Richter[15]) – wiederum im Gegensatz zur SPD mit August Bebel – keine herausragenden Gestalten. Sie war – vor allem in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens und damit in ihrer heroischen Zeit – geprägt von einem starken Kollektiv.
- Die Fortschrittspartei stand in der öffentlichen Wahrnehmung immer im Schatten Bismarcks. Dafür sind auch liberale Historiker des späten 19. und des 20. Jahrhunderts verantwortlich.

Weit mehr als die Fortschrittspartei eignet sich ihr ideologischer Leitbegriff „Fortschritt“ als liberaler Erinnerungsort. Der Fortschrittsbegriff strukturiert eine der großen Erzählungen der Moderne. Im Mittelpunkt dieser großen Erzählung steht die Annahme, dass Geschichte einen Sinn habe und zielgerichtet aus einer dunklen Vergangenheit in eine hellere Zukunft verläuft. Dieses Geschichtsbild teilte die Fortschrittspartei mit der gesamten politischen Linken, insbesondere mit der Sozialdemokratie. Aus heutiger Perspektive einer reflexiven Moderne lässt sich „Fortschritt“ als Erinnerungsort nur in einer kritischen Absicht, die seine Ambivalenz betont, aufsuchen.

14 Gustav Mayer: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie 1863-1870. Leipzig 1911, wieder abgedruckt in: Ders.: Radikalismus, Sozialismus, bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt/ Main 1969, S. 108-178.

15 Vgl. Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter: Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1980; Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag. Düsseldorf 1998; Hans-Georg Fleck: Benevolenz, Mißachtung, Mißtrauen trotz „Schicksalsgemeinschaft“. Organisierter Linksliberalismus und sozialliberale Gesellschaftsreform zu Zeiten Eugen Richters, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 47-82.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dieter Hein

Für und wider die Erinnerung – Die Gründung der Freien Demokratischen Partei am 11./12.12.1948 in Heppenheim

Ein gezieltes und gekonnt inszeniertes Stück Erinnerungspolitik – das ist die naheliegende Deutung, die sich ergibt, wenn man die gut ein Jahrhundert umgreifende gedankliche Linie von jener Versammlung, zu der sich am 10. Oktober 1847 Vertreter der vormärzlichen liberalen Opposition in Heppenheim an der Bergstraße zusammengefunden hatten, zu dem „Gesamt-Vertretertag" zieht, auf dem sich am 11./12. Dezember 1948 die Freien Demokraten als Westzonen- bzw. Bundespartei konstituierten. Und in diesem Sinne sind die beiden Heppenheimer Zusammenkünfte auch in der jüngeren erinnerungsgeschichtlichen Literatur behandelt worden.[1] Blickt man freilich genauer auf Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen des Heppenheimer Gründungskongresses, so stellt sich der historische Zusammenhang erheblich komplexer dar, und an die Stelle gekonnter Inszenierung tritt – bestenfalls – ein heftiger Kampf um die Erinnerung.

Zunächst: Die Gründung der Freien Demokratischen Partei als Bundespartei begann – am 18. Januar 1948 – mit einem Scheitern, mit dem Eingeständnis, dass im besetzten Deutschland und unter den Bedingungen des sich verschärfenden Kalten Krieges eine Zusammenarbeit der Liberalen in allen vier Zonen nicht mehr möglich war, dass vielmehr die politischen Vorgaben der Besatzungsmächte ein differierendes Handeln und eine unterschiedliche Sprache in Ost und West erforderten, die von der jeweils anderen Seite als Belastung der eigenen Politik und als Verrat an der liberalen Sache empfunden wurde.[2]

1 Roland Hoede, Und warum in Heppenheim?, in: Liberal 39, 1997, H. 3, 60–65; ders., Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt am Main 1997, 153ff.; Birgit Bublies-Godau, Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22, 2010, 79–106.

2 Dazu v. a. Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985, bes. 295ff. Vgl. als knappen Überblick ferner Jürgen Frölich, Von Berlin nach Heppenheim. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945–1949, in: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.), Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus. Stuttgart/Leipzig 2008, 20–37.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Allerdings zeigte sich nun sehr rasch, dass sich auch in den Westzonen als Folge des dezentralen Gründungsvorgangs, der unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen für die liberale Parteibildung, auch aufgrund besatzungspolitischer Differenzen fundamentale Auffassungsunterschiede ausgeformt hatten, die sich im wesentlichen zwei verschiedenen Parteikonzeptionen zuordnen lassen.[3]

Die am Anfang dominierende Richtung, vertreten vor allem im deutschen Südwesten und in den Hansestädten, war die einer Fortführung der linksliberalen Traditionslinie. Die liberale Partei wurde nach wie vor als Emanzipations- und Freiheitsbewegung verstanden und sollte sich bewusst von jeder vordergründigen Vertretung bürgerlicher Interessen absetzen. Das bedeutete keineswegs, die Frage nach der sozialen Basis der neuen Partei außer Acht zu lassen, sondern dahinter stand die Überzeugung, dass es nach wie vor eine breite Anhängerschaft für eine so verstandene liberale Politik gebe, einen Anhängerkreis, bei dem sich soziale Herkunft, materielle Interessen und politische Zielsetzungen noch ganz selbstverständlich deckten und ineinanderflossen. Mit den Worten von Theodor Heuss: „Das eben unterscheidet vielleicht diesen Bereich von anderen; er lebte nicht daraus, daß er aus vielerlei Herkünften irgendeine ‚Gegenfront' zu formieren und sie mit einem programmatischen Stichwort zu plakatieren brauchte: er konnte in Gesinnungen, Menschen, Familienüberlieferungen, unerschütterten Sachüberzeugungen einen unzerstörten Bestand antreten."[4] In diesem Sinne war dann auch die Vermittlungsrolle, die Aufgabe des politischen und sozialen Ausgleichs, die man der liberalen Partei von neuem zugedacht hatte, nicht aus einer abstrakten Systemfunktion als Mittlerin zwischen Rechts und Links abgeleitet. Sie beruhte vielmehr auf der Überzeugung, dass das bürgerlich-liberale Milieu als eine eigenständige Lebenswelt neben dem konservativ-konfessionellen und dem sozialdemokratischen Einzugsbereich immer noch die eigentliche Mitte der Gesellschaft darstelle.

Die Gegenkonzeption, die sich nach und nach in besonderem Maße in Hessen, Nordhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchsetzte, fußte hingegen auf der schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik gewonnenen und sich nun 1945 bestätigenden Erfahrung, dass für eine klassische liberale Partei, gleich welcher Spielart, ja selbst für eine Zusammenfassung der beiden liberalen Strömungen kein ausreichendes Anhängerpotential mehr zur Verfügung stehe. Es komme deshalb darauf an, postulierte z.B. Friedrich Middelhauve, der führende Vertreter dieser Richtung in Nordrhein-Westfalen, „bei der Gestaltung unserer Partei und unserer

3 Hierzu ausführlich Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 202ff. u. passim.

4 Demokratische Volkspartei, in: Der Tagesspiegel Nr. 207 v. 5.9.1946.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politischen Arbeit sämtliche Kräfte zu erfassen, die es ablehnen, sich einer der marxistischen Parteien oder der christlich demokratischen Partei (Zentrumspartei) anzuschließen. Das bedeutet aber, daß wir sowohl die im besten Sinne liberalen als auch im besten Sinne konservativen Kreise unseres Volkes anzusprechen“ haben.[5] Bei der hier ins Auge gefassten Sammlung des protestantischen Bürgertums konnte dann auch nicht mehr der Liberalismus in einem umfassenden Sinne die ideologische Grundlage der neuen Partei bilden. Vielmehr mussten aus dem Katalog liberaler Zielsetzungen jene herausgegriffen und in den Vordergrund gerückt werden, die besonders geeignet erschienen, die verschiedenen politischen Strömungen in einer Partei zusammenzuführen, vor allem natürlich das Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung und die Betonung des nationalen Gedankens. Die Konzeption eines Middelhauve unterschied sich eben von dem Stuttgarter Modell nicht nur durch ihre Ausrichtung auf die rechte Seite des Parteienspektrums und alle sich daraus ergebenden Konsequenzen für die praktische Politik. Sie unterschied sich ebenso durch die in einem formalen Sinne ganz andere Art von Parteipolitik, die hier propagiert wurde. Statt eine sozial relativ homogene, zugleich aber stark regional geprägte und verwurzelte Anhängerschaft zu vertreten, sollten hier sehr unterschiedliche Wählergruppen durch überregional gültige, nationale Orientierungsmuster gewonnen werden. Die Zielvorstellung war also eine in doppeltem Sinne, von den Methoden wie von den politischen Inhalten her, nationale Sammlungsbewegung.

Die Bemühungen um den westzonalen Parteizusammenschluss fielen nun in eine historische Phase, in der sich die Kräfteverhältnisse zwischen diesen beiden Richtungen signifikant zu verschieben begannen.[6] Anfang 1948 war die unbestritten führende Kraft unter den westdeutschen Landesparteien noch die Demokratische Volkspartei Württemberg-Baden, nach Stimmenanteilen wie auch nach organisatorischer Stärke und finanzieller Kraft. Nicht umsonst hatte sie mit Theodor Heuss den mit Wilhelm Külz gleichberechtigten Vorsitzenden der bisherigen gesamtdeutschen Partei gestellt. In ihren Händen, konkret in denen ihres Generalsekretärs Ernst Mayer, lag deshalb auch seit dem Januar 1948 die Aufgabe der Koordinierung zwischen den westdeutschen Landesparteien.

Erstmals wurde auf einem informellen Treffen führender liberaler Politiker in Frankfurt am Main am 28. Juni 1948, also rund eine Woche nach der Währungsreform, erwogen, „im Herbst einen Gesamtvertretertag aller Landesparteien [...] an Stelle eines heute doch nicht zu finanzierenden Gesamtparteitages“ einzuberufen.[7] Ihm sollte die Aufgabe zufallen, Parteiprogramm

5 Friedrich Middelhauve an den Landesverband Westfalen der LDP v. 8.12.1945, Bl. 2, Kopie in: Archiv des deutschen Liberalismus (nachfolgend: AdL) 27662.

6 Vgl. im einzelnen Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 327ff.

7 DPD-Rdschr. Nr. 4 v. 5.7.1948, in: AdL 67.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und Satzung zu verabschieden, den Vorstand zu wählen und nicht zuletzt endgültig über den Namen der neuen Partei zu entscheiden. Bei dieser Gelegenheit ist, wie einem Brief des bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler zu entnehmen ist, auch erstmals der Name Heppenheim als Tagungsort erwähnt worden.[8]

Für ein Treffen an der Bergstraße sprachen zunächst einmal pragmatische Gründe: die Unmöglichkeit, eine Veranstaltung dieser Art unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit in einer Großstadt abzuhalten, die verkehrsgünstige Lage, die Bereitschaft der Liberalen vor Ort, eine solche Mammutaufgabe zu stemmen. Die besondere historische Bedeutung Heppenheims wurde in den aus Stuttgart versandten Rundschreiben nicht erwähnt; überhaupt gab sich Mayer auch hinsichtlich der Ortswahl betont offen,[9] zumal auch der angedachte Termin sich wegen der zahlreichen Wahlverpflichtungen der einzelnen Landesparteien immer weiter verschob.

Die Zeitumstände machten sich zudem, wie bereits oben angesprochen, dadurch massiv bemerkbar, dass mit der Währungsreform die bisherigen Formen der Finanzierung über Parteizeitschriften praktisch über Nacht zusammenbrachen.[10] Die Stuttgarter sahen sich deshalb nicht mehr in der Lage, die Kosten der Koordinierung alleine zu tragen und mussten die anderen Landesparteien um Unterstützungszahlungen bitten.

Zugleich vollzog sich mit der zunehmenden Lockerung des alliierten Lizenzzwangs ein Wandel der parteipolitischen Landschaft.[11] Neue Regionalparteien traten auf, rechtsradikale Gruppierungen erzielten erste nennenswerte Wahlerfolge, und die Bildung einer Vertriebenenpartei kündigte sich an. Vieles schien auch darauf hinzudeuten, dass sich die Union zu einer rein katholischen Partei zurückentwickeln werde, dass mithin hier eine gewaltige Konkursmasse zur Verfügung stehe. Die Verfechter eines Sammlungskurses sahen daher jetzt ihre Stunde gekommen und die Chance, mit ihrem politischen Konzept eine breite Wählerschaft an die liberale Partei zu binden, während die gemäßigten, auf die politische Mitte hin orientierten Kräfte zunehmend in die Defensive und in eine Minderheitsrolle gerieten.

Wie sehr gerade die Stuttgarter durch die neuen Entwicklungen beunruhigt und zutiefst getroffen waren, belegt vor allem ein Rundbrief, den Ernst Mayer am 27. November 1948 verschickte.[12] Es dürfe nicht sein, so Mayer,

8 Vgl. d. Schr. v. Thomas Dehler an Fritz Linnert v. 30.6.1948, in: AdL Nachlass Dehler/N 1-291.

9 DPD-Rdschr. Nr. 5 v. 6.9.1948, in: AdL 67: „Von hier aus wird als Tagungsort ein Städtchen an der hessischen Bergstrasse, etwa Heppenheim, vorgeschlagen. Andere Vorschläge werden erbeten."

10 Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 239ff.

11 Ebd., 210ff.

12 Rundbrief an d. Mitglieder d. Koordinierungsausschusses v. 27.11.1948, in: Bundesarchiv (nachfolgend: BA), Nachlass Heuss, Bd. 407.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„dass in einer liberalen Partei nicht nur einzelne Politiker, sondern ganze Gruppen sind, die aus dem Ansprechen der gefährlichen nationalistischen Instinkte unseres Volkes ein politisches Gewerbe machen. Das geschieht aber heute vielfach, teils von Leuten, die ihrer ganzen politischen Auffassung nach gar nicht zu uns gehören, teils von solchen, für die der Gebrauch des Harzburger Vokabulariums nur den ehrlichen, aber hoffnungslosen Versuch bedeutet, das Aufkommen einer neuen Rechtspartei zu verhindern." Vor allem „aus der Korrespondenz einer ganzen Anzahl jüngerer Menschen in unserer Partei muß man fortwährend mit Erschrecken feststellen, dass die Jahre der maßlosen Bestialität, des unerhörten Leidens und Leides, dass die selbstzerstörerische Grausamkeit des Dritten Reiches an ihrem Denken offenbar spurlos vorübergegangen sind". Aus „nationalen Gründen der nationalistischen Jahrmarktphrase den Kampf an[zu]sagen statt sich ihrer zu bedienen", darin sähen die süddeutschen Liberalen, aber auch ein großer Teil der anderen Landesorganisationen die vordringliche Aufgabe. Das Ergebnis des Gründungsaktes von Heppenheim müsse eine Partei sein, „die außenpolitisch an Stresemann und Brüning anknüpft, nicht an Hugenberg, und innenpolitisch eine liberale, aber nicht manchesterliche oder katheder-liberalistische, soziale, entschieden demokratische [...] Linie verfolgt und sich dabei absolute Handlungsfreiheit bewahrt, ihre vermittelnde Aufgabe einmal mit der Rechten und einmal mit der Linken zu lösen".

Erst jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentreffen der liberalen Delegierten in Heppenheim, spielte Mayer auch die historische Karte offen aus, die er mit der Wahl des Tagungsortes in der Hand hielt. An prominenter Stelle, im Berliner „Tagesspiegel", erschien am 8. Dezember unter der Überschrift „Einheit in Freiheit" ein Artikel aus seiner Feder:[13] „Einheit in Freiheit im Staatspolitischen wie im Parteipolitischen" zu schaffen, diese Aufgabe, die jetzt den Delegierten gestellt sei, ähnele jenen Fragen, „mit denen sich die süddeutschen Liberalen vor 101 Jahren im gleichen Heppenheim auseinanderzusetzen hatten, und sie werden in dieser Vergangenheit, an die der Tagungsort erinnert, eine Mahnung erblicken, nie mehr in Deutschland eine Politik zuzulassen, die nach hundert Jahren die Urenkel wieder vor dieselben Aufgaben stellt".

Die Konsequenzen aus dieser glasklaren politischen und historischen Standortbestimmung im Sinne einer expliziten Anknüpfung an liberale Parteitraditionen hat Mayer, haben aber auch sein Parteivorsitzender Theodor Heuss und die mit ihnen sympathisierenden gemäßigten liberalen Landesparteien Süddeutschlands und der Hansestädte in Heppenheim dann unmittelbar zu spüren bekommen.[14] Deutlich zeigte sich in den Wahlergebnissen eine

13 Der Tagesspiegel Nr. 286 v. 8.12.1948.

14 Dazu ausführlich Hein, Milieupartei und Sammlungsbewegung (wie Anm. 2), 333ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

scharfe Konfrontation zwischen den national und den liberal orientierten Landesverbänden. Für Heuss als ersten Vorsitzenden der FDP stimmten nur 72 von 89 Delegierten, und Mayer verpasste mit lediglich 31 Stimmen den Einzug in den Bundesvorstand, obwohl er als der maßgebliche Organisator der Bundespartei vorgesehen war. Außer dem bloßen Akt der Parteikonstituierung und einer Entschließung zu aktuellen politischen Fragen ließ diese Konfrontation keine weitere Gemeinsamkeit zu. Nüchtern konstatierte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich Middelhauve im Rückblick auf Heppenheim, eine Abstimmung der politischen Inhalte oder gar die Beratung eines Parteiprogramms sei nicht möglich gewesen, „weil durch die zu erwartenden Auseinandersetzungen die eben erst erfolgte Vereinigung in ein ungünstiges Licht gerückt worden wäre".[15]

Nur mit großer Mühe gelang es zudem, sich über den Namen der neuen Partei zu verständigen, und auch das nur, weil die innerparteilichen Fronten hier durch vielfältige Zeitumstände gebrochen waren: Denn die Liberalen in der Britischen Zone, unter denen die nationale Richtung besonders stark vertreten war, firmierte ja bereits als FDP, während jede Benennung, die das von den Südwestdeutschen vehement abgelehnte Adjektiv ‚liberal' enthielt, durch den Namen der LDP in der SBZ zusätzlich belastet erschien. Daher setzte sich der Name FDP mit 64 zu 25 Stimmen gegen die Bezeichnung LDP durch.

Im Ergebnis hat der Heppenheimer „Gesamt-Vertretertag" lediglich ein absolutes Minimum der ursprünglichen Agenda, nämlich den formalen Akt der Bundesparteigründung, erledigen können. Vor allem die von Ernst Mayer und seinen Mitstreitern mit der Wahl des Tagungsortes intendierte Verankerung der neuen Partei in der liberalen Tradition stieß dagegen auf den vehementen Widerspruch der national orientierten Landesverbände. Schon im Vorfeld von Heppenheim hatte der hessische LDP-Vorsitzende August Martin Euler die Richtung klar vorgegeben: „Um den kämpferischen Geist der Partei" werde „es schlecht stehen", wenn sie „mit einer unglücklichen Tradition (Demokratische Partei) verknüpft" sei.[16] Denn offensiv um politisch und sozial heterogene Wählergruppen werben und sie unter liberalen wie nationalen Parolen zusammenführen konnte nur eine historisch unbelastete, sich explizit als neu etikettierende Partei. Und nach Heppenheim triumphierte Friedrich Middelhauve: „Die Mehrheit scheint die Abkehr vom Liberalismus alter Prägung vollzogen zu haben. Sie hat erkannt, daß wir in

15 Protokoll der Sitzung d. FDP-Landesausschusses Nordrhein-Westfalen am 18.12.1948 in Düsseldorf, Bl. 3, in: AdL 26898.

16 Schr. v. August Martin Euler an Franz Blücher v. 21.9.1948, in: BA Nachlass Blücher,93.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer Revolution aller Werte stehen und es nicht angeht, dort wieder anzuknüpfen, wo die demokratischen Parteien 1933 aufgehört haben."[17]
In welch krassem Maße die beiden Richtungen in der neuen Partei ein höchst differierendes, ja konfligierendes Geschichtsverständnis vertraten, wurde nirgends deutlicher als in der Flaggenfrage. Das Tagungsprogramm von Heppenheim hatte, wie konnte es aus der Sicht der Württemberger und Badener auch anders sein, die Farben Schwarz-Rot-Gold geziert. Aber ein förmliches Bekenntnis zu dieser traditionellen Symbolik von Liberalismus und Demokratie war auf dem Heppenheimer Kongress nicht zu erlangen. Vielmehr wurde, so Ernst Mayers Bericht, „hinter den Kulissen" kräftig „für schwarz-weiss-rot plädiert".[18] Sogar nachdem das Grundgesetz mit seinem klaren Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold bereits verabschiedet war – auch die fünf FDP-Abgeordneten hatten im Parlamentarischen Rat einmütig mit „Ja" gestimmt –, setzte sich der Flaggenstreit auf dem ersten FDP-Bundesparteitag im Juni 1949 in Bremen fort. Das „Memorandum zur Flaggenfrage", das vom Parteitag aus Furcht vor offenem Streit ohne Aussprache und ohne Abstimmung angenommen wurde, gipfelte in dem Satz: „Die Freie Demokratische Partei erkennt die Flagge schwarz-rot-gold als die Fahne des neuen Deutschland an." – um dann allerdings fortzufahren: „Der schwarz-weiß-roten Fahne wird sie immer ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren."[19] Dass die national orientierten Landesverbände in dieser Kompromissformulierung ausdrücklich keine definitive Absage an Schwarz-Weiß-Rot sahen,[20] haben sie bereits im nachfolgenden ersten Bundestagswahlkampf deutlich werden lassen. Energisch musste sich der neue FDP-Vorsitzende Heuss dagegen verwahren, dass seine Wahlkampfkundgebungen in Niedersachsen mit schwarz-weiß-roten Plakaten angekündigt wurden: Er „lehne es ab, so nebenher als Führer einer Traditionskompagnie des Herrn Hugenberg angesehen oder missbraucht zu werden".[21] Dennoch blieben die national orientierten Landesverbände strikt auf ihrem Kurs, wie sie in den 1950er Jahren stets durch die Farbgebung ihrer Wahlplakate demonstrierten.[22]

17 Aktennotiz v. Friedrich Middelhauve v. 14.12.1948, in: Landesarchiv Düsseldorf, Nachlass Middelhauve, Fs. 427.
18 Schr. v. Ernst Mayer an Reinhold Maier v. 15.12.1948, in: HStA Stuttgart, Nachlass Maier, Bd. 196.
19 Memorandum zur Flaggenfrage, abgedr. bei: Peter Juling (Hrsg.), Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, 92.
20 Vgl. v.a. Franz Blücher, Flaggenstreit?, in: Kurze Nachrichten Nr. 96 v. 15.6.1949.
21 Theodor Heuss an Hermann Föge v. 19.7.1949, abgedr. in: Theodor Heuss, Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949. Hrsg. u. bearb. v. Ernst Wolfgang Becker. München 2007, 516 f.
22 Vgl. etwa die auf dem Buchumschlag von Kristian Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP, 1945–1953. München 2010, abgebildeten Plakate.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Der Heppenheimer Gründungskongress war also alles andere als der triumphale Start einer erneuerten liberalen Partei. Ein „Meilenstein liberaler Parteigeschichte“ war er nur in der Rückschau aus der sicheren Distanz von mehr als 60 Jahren. Er war eben weder ein Fanal im Sinne der Sammlungsbestrebungen der national orientierten Landesverbände, noch erfüllte er die ihm von den gemäßigt liberalen Landesverbänden zugedachte Aufgabe, die neue Partei fest in der liberalen Tradition zu verankern. Vielmehr begannen in Heppenheim und Bremen quälende Jahre des Ringens der beiden Parteiflügel mit- bzw. gegeneinander. Der offensive Druck von Seiten der Parteirechten hielt auch in der Folgezeit an, so lange, wie die politisch-soziale Entwicklung ihnen in die Hände zu spielen, ihrer politischen Konzeption recht zu geben schien.[23] Erst die Jahre 1952 und 1953 brachten hier den Höhepunkt der Auseinandersetzungen, und als Nachspiel folgte dann noch die Parteispaltung des Jahres 1956. Das entscheidende Datum aber, das diese Phase liberaler Parteientwicklung abschloss, war der 6. September 1953, der Tag der zweiten Bundestagswahl; denn sie brachte nicht nur eine eindrucksvolle Bestätigung des Wählers für Adenauers politischen Kurs, für seine Kanzlerdemokratie, sondern beendete mit der Restabilisierung der Union auch alle Zersplitterungstendenzen im bundesrepublikanischen Parteiensystem.

Zugleich haben diese schwierigen Anfänge dazu geführt, dass die Gründung der FDP als Bundespartei in Heppenheim zwar stets in einem organisatorisch-formalen wie auch in einem politisch-pragmatischen Sinne als wichtiges Datum der liberalen Parteigeschichte begriffen worden ist. Aber eine intensive Erinnerung an den Gründungsakt von Heppenheim, gerade auch in der länger zurückreichenden historischen Perspektive, wurde von der Partei nicht gepflegt. Das lässt sich wiederum zu einem gewissen Teil auf die Zeitumstände zurückführen: Es gibt nur wenige Fotos aus Heppenheim und – außer dem gedruckten Programm – kaum zeitgenössisches Quellenmaterial, auch kein vollständiges Protokoll des Vertretertages, und nicht einmal die Hauptreden der Parteiprominenz sind komplett überliefert. Doch das Erinnerungsdefizit war eben auch ein Spiegel der politischen Konstellationen in den 1950er und 1960er Jahren: Solange sich die FDP in erster Linie über ihre Funktion im bundesdeutschen Parteiensystem definierte, egal ob nun als Mehrheitsbeschafferin für eine bürgerliche Koalition, als liberales Korrektiv der CDU/CSU oder als dritte Kraft zwischen Union und SPD, war die historische Verankerung der Partei vernachlässigenswert, wenn nicht gar hinderlich. Ein schönes Beispiel bietet hier die Rede, die der damalige Bundesvorsitzende Thomas Dehler im April 1956 auf dem Würzburger Bundesparteitag gehalten hat: „Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der sich damals

23 Dazu jetzt ausführlich ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

manifestiert hat, ist ja von allen Parteien aufgenommen worden und bedarf gar nicht mehr der Vertretung durch eine Partei. – Ich brauche Ihnen nicht zu sagen: wir sind nicht die Vertreter des Liberalismus des 19. Jahrhunderts, wir sind eine Partei der geistigen, der politischen, der wirtschaftlichen Freiheit, aufgeschlossen den Aufgaben der Zeit; wir sind nicht antiquiert."[24]

Eine Änderung trat in dieser historischen Rückbesinnung erstaunlicherweise in dem Augenblick ein, als die FDP sich – befördert durch die Oppositionsrolle zu Zeiten der Großen Koalition – Ende der 1960er Jahre zu einer grundlegenden programmatischen und parteistrategischen Neuorientierung entschloss. Erstaunlich war diese Verbindung insofern, als die politische Neupositionierung der FDP auf den ersten Blick ganz auf die Betonung von Modernität und Fortschrittlichkeit setzte und die Partei sich auf vielen besonders umkämpften politischen Feldern wie etwa in der Deutschlandpolitik als dynamische Kraft des Wandels zu präsentieren suchte. „Wir schneiden die alten Zöpfe ab" lautete bekanntermaßen der Slogan der Liberalen für den Bundestagswahlkampf 1969, und äußeres Zeichen des Flirts mit dem Zeitgeist waren nicht zuletzt die modischen Pünktchen im Parteinamen.[25]

Doch zugleich vollzog sich der Umschwung in der FDP eben auch und gerade als eine Erneuerung aus liberalem Traditionsbewusstsein. Rückblickend betrachtet lässt sich bereits seit Anfang der 1960er Jahre in der Partei und ihrem Umfeld eine zunehmende Verwendung der zuvor nahezu verpönten Begriffe „liberal" und „Liberalismus" und eine Schärfung des aktuellen politischen Profils in der Auseinandersetzung mit historischen Positionen und Debatten des Liberalismus beobachten.[26] Bezeichnenderweise erschien 1966 die erste parteioffiziöse „Geschichte des deutschen Liberalismus", die einen großen zeitlichen Bogen von den Anfängen der liberalen Bewegung um 1800 bis zur Gegenwart der FDP spannte.[27] Erstmals bekannte sich die FDP dann im Hannoveraner Aktionsprogramm vom April 1967 offensiv zur liberalen Idee als der „bewegende[n] Kraft unserer Zeit".[28] Am klarsten aber war die neue Rückbesinnung auf die liberalen Parteitraditionen in der

24 Abgedr. in: Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948–1973). Hrsg. v. Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei. Bonn 1973, 73–82, hier 81.

25 Vgl. v. a. die Beiträge in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik. Göttingen 1980, sowie Daniel Koerfer, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal". Stuttgart 1981, Hans Vorländer, Der Soziale Liberalismus der F.D.P. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses, in: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.), Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, 190–226, u. ders., Die FDP zwischen Erfolg und Existenzgefährdung, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1990, 237–275, bes. 250ff.

26 Vgl. Lothar Döhn, Liberalismus als kategorialer Rahmen für die FDP, in: Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus (wie Anm. 25), 267–287, bes. 269 f.

27 Geschichte des deutschen Liberalismus. Opladen 1966.

28 Abgedr. in: Juling, Programmatische Entwicklung (wie Anm. 19), 180–199, hier 180.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Einleitung der berühmten „Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik“ vom Oktober 1971 formuliert: „Der Liberalismus war und ist Träger und Erbe der demokratischen Revolutionen, die zu Ende des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich vom Gedanken der Freiheit und Würde des Menschen ausgehen. [...] Einer freidemokratischen: liberaldemokratischen Partei in unserem Lande bleibt die unverzichtbare und unersetzbare Aufgabe eines Hüters und Wahrers dieser Tradition des klassischen Liberalismus gegenüber allen Freiheit und Recht bedrohenden staatlichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Entwicklungen.“[29]

Es war daher nur konsequent, dass im Dezember 1978, zum 30. Jahrestag des Gründungskongresses, erstmals eine offizielle Feier der Bundes-FDP in Heppenheim abgehalten wurde.[30] In seiner Jubiläumsansprache zog der damalige Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher genau jene Linie zwischen den Jahren 1847 und 1948, die dann auch in der Folgezeit die liberale Erinnerungskultur bestimmen sollte: Die Gründung der FDP in Heppenheim wird als das Werk „von traditionsbewussten Frauen und Männer[n] der ersten Stunde“ beschrieben, die „mit dem Namen ‚Heppenheim‘ die Erinnerung an die Zusammenkunft der Liberalen aus ganz Deutschland im Jahre 1847“ verbunden und deshalb auch bewusst diesen historisch vorbelasteten Tagungsort gewählt hätten. Zwar klingen in Genschers Rede die politischen Auffassungsunterschiede zwischen den verschiedenen Landesparteien, die in Heppenheim zusammenkamen, noch an, doch zugleich wird betont, dass es gerade die Rückbesinnung „auf die eigene Herkunft“ gewesen sei, die die Überwindung der Differenzen und damit den Gründungsakt möglich gemacht habe.[31]

Ganz in diesem Sinne wurde dann 1997/98 der 150. Jahrestag der vormärzlichen Heppenheimer Versammlung und der 50. Jahrestag der FDP-Gründung im selben Ort als eine Art Doppeljubiläum begangen, bei dem die Stadt Heppenheim und die Freie Demokratische Partei Hand in Hand arbeiteten.[32] Zugleich beteiligten sich liberale Zeitzeugen wie Wolfgang Mischnick tatkräftig daran zu belegen, dass gerade auch die jüngeren Teilnehmer des Heppenheimer Gründungskongresses – sei es nun stärker aus familiärer Tradition, sei es durch die Anleitung altgedienter Liberaler wie Theodor Heuss – von der historischen Aura des Versammlungsortes erfüllt waren und dass die vormärzlich-liberale Formel von der Einheit in Freiheit ein zentrales

29 Abgedr. in: Heino Kaack, Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 2., neubearb. Aufl. Meisenheim am Glan 1978, 113–147, hier 113.

30 Fünf Jahre zuvor waren zum 25jährigen Gründungsjubiläum vom FDP-Bundesvorstand „Zeugnisse liberaler Politik“ (wie Anm. 24) herausgegeben worden, unter denen auch erstmals die Heppenheimer Grundsatzreden von Theodor Heuss und Hermann Höpker-Aschoff abgedruckt wurden.

31 Zit. nach: Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 84 f.

32 Vgl. den Überblick ebd., 98ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gemeinsamkeit stiftendes Leitbild der deutschen Nachkriegsliberalen bildete.[33] Das Bewusstsein dafür, dass gerade die liberale Parteitradition 1948 ein konfliktträchtiges Thema unter den westdeutschen liberalen Landesparteien war bzw. dass sich in dem Umgang mit historischer Traditionsbildung die grundlegenden politischen Divergenzen der FDP-Gründer spiegelten, war vollends geschwunden und verdrängt.

Seither scheint freilich das Bedürfnis der aktiven FDP-Politiker nach einer historisch weit ausgreifenden Verortung ihrer gegenwärtigen Politik in liberalen Parteitraditionen bereits wieder eher rückläufig zu sein. Jedenfalls finden sich in der Ansprache, die der damalige Parteivorsitzende Guido Westerwelle im Dezember 2008 zum 60jährigen Gründungsjubiläum seiner Partei in Heppenheim hielt, nur wenige historische Bezüge; es dominieren Ausführungen zu grundlegenden Wandlungstendenzen der Gegenwart wie der Globalisierung und der künftigen Rolle Europas, ja sogar ausgesprochen tagesbezogene Aussagen zu politischen Detailfragen.[34] Ob es daneben zu einer „Akzentverschiebung in der liberalen Erinnerungskultur" von den beiden Heppenheimer Versammlungen der Jahre 1847 und 1948 auf einen Erinnerungsbogen, der sich von der 1848er Revolution über die FDP-Gründung bis in die Gegenwart spannt, gekommen ist,[35] lässt sich noch nicht mit letzter Bestimmtheit sagen.

Zusammenfassend muss zunächst festgehalten werden, dass die erinnerungskulturelle Bedeutung von Heppenheim lange Zeit eher mäßig war. Wenn sie in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich zugenommen hat, dann sagt das mehr über Konjunkturen des methodischen Konzepts Erinnerungskultur und über die Eigenheiten unseres kulturellen Gedächtnisses aus, das dahin tendiert, mit zunehmendem Zeitabstand die Erinnerung an bestimmte Fixpunkte in der Vergangenheit zu heften, – oder vielleicht auch über den aktuellen Zustand der liberalen Partei – als über den Erinnerungsort selbst. Deshalb empfiehlt es sich auch, Begriffe, die wie ‚Meilenstein' eher auf eine objektivierbare, nur bedingt dem historischen Wandel unterliegende Bedeutung von geschichtlichen Ereignissen zielen, besser nicht in diesem Zusammenhang zu verwenden.

Denn ein Erinnerungsort darf eben, so Etienne François und Hagen Schulze in der Einleitung zu ihrem bekannten dreibändigen Sammelwerk, „nicht als eine abgeschlossene Realität" gesehen werden, sondern erhält „seine

33 Vgl. die entsprechende Argumentation und die zugehörigen Belege bei Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 88ff. Siehe auch Günther Serfas, Gespräch mit Wolfgang Haussmann (März 1988), in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, 81–92.

34 Der Redetext ist wiedergegeben unter: http://cities.eurip.com/article/news/entry/81027.html (zuletzt abgerufen am 5.4.2012).

35 So Bublies-Godau, Vermächtnis der Versammlungen (wie Anm. 1), 105, u. a. mit Blick auf Gerhardt (Hrsg.), Kraft der Freiheit (wie Anm. 2).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bedeutung und seinen Sinn erst durch seine Bezüge und seine Stellung inmitten sich immer neu formierender Konstellationen und Beziehungen".[36] Diese Erkenntnis ist aus der Sicht desjenigen, der nach einer liberalen Erinnerungskultur fragt, zunächst einmal positiv zu sehen, denn sie belegt die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit einer gruppenspezifischen Erinnerungskultur, wobei sich freilich im Falle einer politischen Partei sogleich die Frage aufdrängt, ob denn diese parteibezogene Erinnerungskultur sich eher nach innen oder nach außen richten soll. Beides muss ja keineswegs immer Hand in Hand gehen, sondern kann durchaus in Konflikt zueinander geraten.

Wenn Erinnerung dem historischen Wandel unterliegt und sich erst in ihren Bezügen auf spezifische soziale und kulturelle Konstellationen mit Inhalt und Sinn erfüllt, so heißt dies ferner – eine an sich banale Erkenntnis, die aber nicht oft genug betont werden kann –, dass Erinnerung immer umkämpft ist, dass hinter jeder Forcierung oder Ablehnung von historischen Bezügen spezifische Interessen und Zielsetzungen stehen und dass Erinnerung stets instrumentalisiert wird. Die Gründung der Freien Demokratischen Partei in Heppenheim bietet in dieser Hinsicht, wie ich hoffe gezeigt zu haben, reiches Anschauungsmaterial. Aber es war eben nicht grundlegend anders in der Phase der Neuorientierung der FDP Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre.

Ist man sich dieser beständigen Instrumentalisierung von Erinnerung in vollem Umfang bewusst, so sind damit auch der sinnstiftenden oder parteitragenden Funktion von Erinnerungskultur in einer offenen Gesellschaft enge Grenzen gezogen. Hilfreicher als Kontinuitäts- und Diskontinuitätskonstruktionen erscheint vielmehr ein ergebnisoffenes Nachdenken über die eigene Geschichte, das nicht zuletzt darauf zielt, den „Sinn für Komplexität und Kontingenz" zu fördern.[37] Vielleicht wären ja auf diesem Wege, gerade weil die Geschichtsbetrachtung nicht vordergründig betrieben wird, für die parteipolitische Gegenwart hilfreiche Erkenntnisse zu erzielen. Beispielsweise ließen sich aus dem Aufstieg und Fall des parteistrategischen Konzepts nationaler Sammlung durchaus interessante allgemeine Einsichten in den Zusammenhang zwischen Stimmenanteilen, politisch-inhaltlicher Variabilität, Positionierung im Parteiensystem und konkretem politischem Einfluss gewinnen.

36 Etienne François/Hagen Schulze, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte. 3 Bde. München 2001, Bd. 1, 9–24, hier 18.

37 Rudolf Vierhaus, zit. nach: ebd., 24.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Karl Heinrich Pohl

Gustav Stresemann (1878–1929). Eine liberale Leitfigur in der Geschichte der Bundesrepublik?

Wirft man einen kurzen Blick auf das Leben und das politische Wirken Gustav Stresemanns, dann scheint es geradezu müßig zu sein, die Frage nach einer liberalen Leitfigur zu stellen. Wer sonst, wenn nicht Gustav Stresemann, besäße die notwendigen persönlichen, politischen und staatsmännischen Qualitäten und die Nachhaltigkeit im politischen Wirken, um ins kollektive Gedächtnis der Deutschen einzugehen und zu einer (vielleicht sogar nicht nur) liberalen Leitfigur für die Bundesrepublik nach 1945 zu werden? Der ursprünglich kaiserliche Liberale, der Anhänger der Monarchie und der „wilde Kriegstreiber" des Ersten Weltkrieges, wandelte sich – so die allgemeine Meinung – zu einer Persönlichkeit, die seit 1923 sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik friedliche Formen der Problembewältigung praktizierte.[1] Stresemann wird daher in Publizistik und Wissenschaft als guter Deutscher und zugleich als großer und früher Europäer geehrt.[2] Als ein „Republikaner aus Vernunft",[3] bekannte er sich mutig gegenüber links und rechts zum Parlamentarismus und wurde damit – so die allgemeine Meinung – einer der wenigen Stützen des demokratischen Weimarer Systems[4]

Diese Selbstverständlichkeit, mit der Stresemann eine Leitfigur in der Geschichte der Bundesrepublik sein könnte, erweist sich jedoch als ein Trugschluss. Stresemann scheint vielmehr – dies ist die These des Aufsatzes – in

1 Wolfgang Michalka / Marschall Lee (Hrsg.): Gustav Stresemann, Darmstadt 1982; Wolfgang Michalka: Stresemann im Lichte seiner gegenwärtigen Biographien. Stresemann aus deutscher Sicht, in: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002, S. 267-289; Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. New Literature on the Saxon Syndic and Weimar Politician, in: German Historical Institute London, Bulletin, Vol. XXVI, No. 1 (2004), S. 35-62.

2 Vorzügliche Zusammenfassung durch Peter Krüger: Zur europäischen Dimension der Außenpolitik Gustav Stresemanns, in: Pohl (Hrsg.) (wie Anm. 1),, S. 194-228. Zum „Europäer" Gustav Stresemann vgl. auch Heinz Duchhardt (Hrsg.): Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen" Europa, Mainz 2002.

3 Henry A. Turner: Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968.

4 So seine letzten Biografen: Jonathan Wright: Gustav Stresemann, Weimars Greatest Statesman, Oxford 2002 (deutsch, 2006). In ähnlichem Sinne Eberhard Kolb, Gustav Stresemann, München 2003. Etwas kritischer die Studie von John P. Birkelund, Gustav Stresemann. Patriot und Staatsmann, Hamburg 2003.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der gegenwärtigen Erinnerungskultur Deutschlands keine sehr bedeutende Rolle zu spielen. Nicht einmal der politische Liberalismus erinnert sich noch in besonderer Weise an ihn. Er favorisiert eher Friedrich Naumann, Theodor Heuß, Hugo Preuß oder Wilhelm Külz.[5] Die Frage ist, welche Gründe spielen dafür eine Rolle? Ist Stresemann „ungeeignet"? Und wenn dem so ist, warum? Kurzum: Es geht um die Frage, wie es um das „Nachleben", die „zweite Geschichte" Gustav Stresemanns bestellt ist.

Bei der Untersuchung dieser Frage werde ich folgendermaßen vorgehen: Als erstes sollen wichtige Aspekte seines Lebens knapp skizziert und zugleich soll über die Frage reflektiert werden, was – nicht nur gegenwärtig, sondern möglicherweise auch in Zukunft – an Stresemann und seiner Politik aus liberaler – aber auch aus allgemein deutscher – Sicht erinnerungswürdig sein könnte. Daran schließt sich die Darstellung der konkreten Erinnerungen an Stresemann seit dem Jahr 1929 an. In diesem Kontext wird vor allem die wissenschaftliche und die staatlich vermittelte Erinnerung, wie sie geradezu paradigmatisch in Schulbüchern zum Ausdruck kommt, diskutiert. Die offizielle Erinnerung in und durch die Politik und die Erinnerung in der Öffentlichkeit werden mangels belastbaren Quellenmaterials nur gestreift.

Zur Biografie Stresemanns

Hier nur eine knappe Vorbemerkung: Um die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen historischer Erinnerung zu erfassen, sind in den 1990er Jahren in der Forschung verstärkt drei Begriffe genutzt worden: „Erinnerungskultur", „Geschichtskultur" und „Geschichtspolitik".[6] In unserem Kontext interessiert vor allem die Erinnerungskultur, also die Frage, wie und warum

5 So nennen sich etwa die entsprechenden politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen oder liberalen Förderkreise der FDP nach diesen Politikern, nicht aber nach Stresemann. Die Stresemann Gesellschaft, die sich seit Jahrzehnten um die Erinnerung des Politikers bemüht, steht politisch auf einer deutlich über den Liberalismus hinausreichenden Basis. Die Bemühungen dieser in Mainz beheimateten Stiftung um die Erinnerung an Gustav Stresemann wären einer eigenen Untersuchung wert.

6 Zur fast unübersehbaren Literatur nur: Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Bonn 2007; Mathias Berek: Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen, Wiesbaden 2009; Christoph Cornelißen: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S. 548–563; Antonina Grunenberg: Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart, Berlin 2001; Harald Schmid (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009; Heidemarie Uhl (Hrsg.): Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts. Innsbruck/Wien 2003; Bernd Wagner (Hrsg.): Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Essen 2009; Harald Welzer: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, München 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gruppen und Gesellschaften Teile der Vergangenheit auswählen, um sie im öffentlichen Bewusstsein zu halten (z. B. durch Denkmale, Feiern, Ausstellungen, Filme usw.) – und warum andere nicht. Genau dies aber ist insbesondere für die Erinnerung an Gustav Stresemann von erheblicher Bedeutung.

„Erinnerungskultur" ist ein Oberbegriff für verschiedenste Formen bewusster Erinnerung an die Vergangenheit (Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse). Darunter fallen sowohl wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Geschichte und gesellschaftlich politische Erinnerung als auch private Erinnerungen, wenn sie in irgendeiner Form öffentlich Spuren hinterlassen (z.B. als Autobiographien). Als Träger der Erinnerungskultur können einzelne Personen, soziale Gruppen oder auch ganze Nationen in Erscheinung treten. Öffentliche Erinnerungspraktiken (z.B. offizielle Gedenktage) müssen dabei keineswegs immer oder sogar dauerhaft mit privaten Formen der Erinnerung übereinstimmen oder auch von allen gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden. Zugleich kann es durchaus eine gesellschaftliche oder gruppenspezifische Erinnerung geben, die wiederum politisch kaum oder keinen Ausdruck findet. Auch dies ist ein Faktum, das bei der Erinnerung an Stresemann eine erhebliche Rolle spielen dürfte.

Zur Person: Stresemann war ein typischer Aufsteiger aus der unteren Mittelschicht.[7] Damit stellte er allerdings keine Ausnahme im wilhelminischen Deutschland am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts dar. Das politische System bot einer ganzen Alterskohorte von jungen bildungsbeflissenen, dynamischen und ehrgeizigen jungen Männern aus der (unteren) Mittelschicht eine Fülle von Aufstiegschancen. Wer diese konsequent und mit dem nötigen Glück nutzte, konnte es weit bringen. Stresemanns steiler Aufstieg stellt insofern nur ein besonders gelungenes Beispiel für die partielle soziale Durchlässigkeit des wilhelminischen Systems dar. Diese Durchlässigkeit traf allerdings für die Arbeiterschaft, um ein Gegenbeispiel zu nennen, nicht zu.

Der Aufstieg führte Stresemann bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem erheblichen politischen und ökonomischen Einfluss und nicht zuletzt zu einem durchaus beachtlichen Vermögen – und dies alles trotz nicht gerader förderlicher persönlicher Ausgangsbedingungen:[8] Der Bierverlegersohn aus Berlin wuchs in seiner Kindheit mit starkem Alkoholismus in der Familie auf. Seine früheste Jugend war durch schwierige familiäre

7 Die Biografien über Stresemann sind geradezu Legende. Zum folgenden Teil vgl. – neben den bereits genannten Titeln – vor allem Kurt Koszyk: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat. Eine Biographie, Köln 1989, der eine Fülle von Einzelheiten zu der Jugend Stresemanns zusammengetragen hat. Im übrigen stütze ich mich auf die Vorarbeiten zu meiner Studie über Gustav Stresemann, die in nächster Zeit erscheinen wird.

8 Vgl. hierzu einführend Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann. Zur Konstruktion einer neuen Biographie, in: GWU 60 (2009), S. 554-567.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beziehungen (zwei Brüder waren alkoholkrank), durch Lärm und Grobheit gekennzeichnet, keineswegs aber durch feinsinnige Bürgerlichkeit. Immerhin, im Hause Stresemann an der Köpenicker Straße in Berlin herrschte lange Zeit keine direkte ökonomische Existenzangst. Die stellte sich erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nach Stresemanns Weggang ein – wie er später in seiner Dissertation vorhersagen würde. Vor allem aber: Was den jüngsten Sohn Gustav betraf, gab es einen verhältnismäßig bildungsbeflissenen Hintergrund, so dass der junge Stresemann wichtige Bildungs- und Sozialisationsinstanzen erfolgreich durchlaufen konnte. Insofern war es ihm möglich, ein erhebliches kulturelles Kapital zu erwerben.

Der phänomenale Aufstieg Stresemanns vollzog sich in verschiedenen Bereichen: Auf dem ökonomischen Feld etwa brachte er es sehr rasch zum Syndikus eines der mächtigsten regionalen Wirtschaftsverbände, dem Verband Sächsischer Industrieller (VSI) in Dresden.[9] Bereits mit 25 Jahren saß er dort so sicher im Sattel, dass er bald zu einer reichsweiten Führungsfigur im Hansabund[10] und im Bund der Industriellen (BdI) avancierte.[11] Sozialpolitisch entwickelte er einen Kurs, der auf eine Kooperation mit Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie abzielte, ohne dabei jedoch die Betonung der fundamentalen Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufzugeben.[12] Stresemann versuchte vor allem die Angestelltenschaft politisch an die Liberalen zu binden.[13] Insofern stellt er das Idealbild eines liberalen (Wirtschafts-)Bürgers dar, wenngleich ein wichtiges Merkmal, die

9 Zur Tätigkeit Stresemanns in Sachsen: Donald Warren: The Red Kingdom of Saxony. Lobbying Grounds for Gustav Stresemann 1901-1909, Den Haag 1964. Zusammenfassend Karl Heinrich Pohl: Politischer Liberalismus und Wirtschaftsbürgertum: Zum Aufschwung der sächsischen Liberalen vor 1914, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar u.a. 1997, S. 101-131.

10 Zu Stresemann und dem Hansabund Siegfried Mielke: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909 – 1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976.

11 Zu Stresemann und BdI: Hans-Peter Ullmann: Der Bund der Industriellen. Einfluss und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895-1914, Göttingen 1976. Zu der frühen Zeit Stresemanns in Sachsen: Holger Starke: Dresden in der Vorkriegszeit. Tätigkeitsfelder für den jungen Gustav Stresemann, in: Pohl (Hrsg.), Politiker und Bürger (wie Anm. 1), S. 86-113; Karl Heinrich Pohl,: Sachsen, Stresemann und der Verein Sächsischer Industrieller: "Moderne" Industriepolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts?, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1998), S. 407-440; derselbe: Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914. Eine Partei der konservativen Honoratioren auf dem Wege zur Partei der Industrie, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im 19. Jahrhundert im regionalen Vergleich, München 1994, S. 195-215.

12 Vgl. Pohl, Sachsen (wie Anm. 11) S. 407 ff.

13 Michael Prinz: Gustav Stresemann als Sozialpolitiker – Magier oder Zauberlehrling?, in: Pohl (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 114-142. Vgl. auch meinen demnächst erscheinenden Beitrag: Gustav Stresemann und die Sozialpolitik im Kaiserreich: Sozialer Liberalismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert?, in: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Köln 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unabhängigkeit und Selbständigkeit, fehlte. Dass Stresemann auch ökonomisch profitierte, passt durchaus in den liberalen Wertehimmel.[14] Diese (Wirtschafts-)Karriere endete mit dem Jahr 1919, spätestens jedoch 1923, als er Kanzler wurde.

Stresemann kann gleichzeitig auch als Beispiel für den Aufstieg in der Politik gelten, gewissermaßen „vom Kleinbürger bis zum Kanzler" – eine nahezu amerikanische Karriere. Die politische Tätigkeit umfasste in idealtypischer Weise die gesamte Breite liberaler politischer Arbeitsfelder. In den ersten Jahren in Dresden trat Stresemann vor allem als Kommunal- und Regionalpolitiker hervor. Er begann 1903 als Nationalsozialer, wechselte rasch zur Nationalliberalen Partei, die er dann in ganz Sachsen aus ihrem Dornröschenschlaf weckte. Seit Ende 1906 war er Mitglied der Dresdner Gemeindevertretung. Zur selben Zeit brachte er es auch zur Nummer eins im Landesverband der Nationalliberalen.[15]

Seit 1907 engagierte Stresemann sich in der Reichspolitik, wurde Reichstagsabgeordneter – der jüngste –, um dann im Kriege eine rasche Karriere zu machen. Er wurde erst Bassermanns junger Mann, dann im September 1917 stellvertretender Parteivorsitzender und im gleichen Monat auch noch Fraktionsvorsitzender der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Zweifellos hatte er sich damit zu einem der bedeutendsten Parlamentarier des späten Kaiserreiches, zugleich aber auch zu einem der massivsten Verfechter einer maßlosen deutschen Kriegszielpolitik entwickelt.[16]

In der Weimarer Republik war er nicht nur Gründer der Deutschen Volkspartei (DVP), sondern auch deren „Seele". Im System von Weimar stellte er geradezu das Paradebeispiel für einen modernen Parteipolitiker und Parlamentarier dar. Seine Redebeiträge waren Schwergewichte in den Diskussionen des Reichstages.[17] Nach einer Übergangsphase, in der er partiell noch mit der Reaktion und dem Kaiserreich kokettierte, wurde er schließlich 1923 Reichskanzler und dann „permanenter Außenminister" bis zu seinem Tode

14 Koszyk, Stresemann (wie Anm. 7), S. 79 ff.

15 Vgl. hierzu Karl Heinrich Pohl: Sachsen, Stresemann und die Nationalliberale Partei. Anmerkungen zur politischen Entwicklung, zum Aufstieg des industriellen Bürgertums und zur frühen Tätigkeit Stresemanns im Königreich Sachsen vor 1914, in: Jb. zur Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 197-216; derselbe: Ein zweiter politischer Emanzipationsprozeß des liberalen Unternehmertums? Zur Sozialstruktur und Politik der Liberalen in Sachsen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Klaus Tenfelde/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen 1994, S. 231-248.

16 Daten nach Kolb, Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 122 ff.

17 Aus der Sicht der neuen Politikwissenschaft Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002, der in dem Kontext verschiedentlich auf Stresemann eingeht. Die Reden Stresemanns sind dokumentiert in: Gustav Stresemann: Reichstagsreden, mit einem Vorwort von Walter Scheel, hrsg. von Gerhard Zwoch, Bonn 1972.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im Jahre 1929.[18] Für die Geschichtswissenschaft steht er als wichtiges Symbol für eine ganze politische Ära. Die mittleren Jahren der Weimarer Republik werden vielfach – vor allem in den deutschen Schulbüchern – als „Ära Stresemann" bezeichnet.
Im kulturell bürgerlichen Bereich schließlich – einer dritten Ebene – gelang Stresemann in vielem der Aufstieg ins gehobene Bürgertum: ein akademischer Abschluss mit einer in Leipzig bei Karl Bücher verfassten Promotion, eine bürgerliche Familie mit einer schönen und klugen Frau, zwei wohl geratene Söhne und ein sowohl in Dresden wie auch in Berlin „offenes" Haus, in dem Käte Stresemann glänzte. Ob berechtigt oder nicht, Stresemann galt sogar als ernstzunehmender Goethekenner und als literarischer Fachmann.[19] Allerdings fiel ein großer Schatten auf sein Glück. Das waren die ständigen Krankheiten, unter denen er schon seit frühester Jugend litt und die sein ganzes Leben massiv beeinträchtigt haben.[20]

Stresemanns Wirken: Ansätze für eine liberale Erinnerungskultur?

Analysiert man diese biografischen Daten unter dem Aspekt, welche Ansatzpunkte sich daraus für eine liberale Erinnerungskultur anbieten, wird man rasch und umfänglich fündig. Zweifellos entsprechen Lebensentwurf und das gelebte Leben Stresemanns in weiten Bereichen dem bürgerlich-liberalen Wertekanon.[21]
Hier einige Aspekte:

Der persönliche Aufstiegswille, die Anlehnung an „protestantische" Tugenden:

Wirtschaftlicher und politischer Erfolg durch zähe und harte Arbeit, durch Strebsamkeit und Fleiß, durch persönliches Engagement, das sind zentrale bürgerlich-liberale Tugenden. Das Motto: „Jeder kann den Aufstieg schaffen, wenn er nur persönlich tüchtig ist" und „will" und damit seines eigenen

18 Hierzu knapp alles Wesentliche zusammenfassend Kolb, Stresemann (wie Anm. 4), insbesondere S. 122 ff.
19 Lieselotte Kurth: Gustav Stresemanns Beiträge zur Goethe Forschung, in: Jahrbuch des Freien Hochstifts 1975, S. 362-380.
20 Vgl. hierzu u.a. die biografischen Erinnerungen seines Sohnes: Wolfgang Stresemann: Mein Vater Gustav Stresemann, Frankfurt a.M. u.a. 1985, etwa S. 13 ff. Einschlägige Informationen auch bei seinen neuesten Biografen, vor allem Wright (wie Anm. 4). Ferner Hermann Zondek: Auf festem Fuße, Stuttgart 1973.
21 Zum bürgerlichen Wertekanon vgl. u.a. Manfred Hettling/ Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der Bürgerliche Wertehimmel, Göttingen 2000.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Glückes Schmied ist, entsprach vollständig dem bürgerlich-liberalen Selbstverständnis.

Das politische Feld, das bürgerliche Engagement, die politische Tätigkeit in Gemeinde, Land und Reich:

Stresemann war nicht nur stark in das bürgerliche Milieu von Dresden (und später auch in Berlin) eingewoben, sondern er half intensiv dabei es mitzugestalten, zu fördern und auszubauen. Ein wichtiges Vehikel war dabei das Eintauchen in die bürgerlich-liberale politische, wirtschaftliche und kulturelle Vereinskultur. Sein Engagement auf diesem Gebiet war nach vielen Richtungen hin offen, eben liberal: Die Mitgliedschaft in Vereinen ist geradezu inflationär. Genannt seien nur etwa der Alldeutsche Verband und der Flottenverein, der Mieterbund und der Verein nationaler Arbeiter, der nationale Schulverein und der Ostmarkenverein, sowie der Verein vaterländischer Spiele und Rechtschreibung. Die weiteren wirtschaftlichen und politischen Vereinigungen, bei denen er z.T. an sehr prominenter Stelle agierte, sollen hier gar nicht erwähnt werden.[22] Die politische Tätigkeit in Land und später im Reich wurde schon skizziert. Auch sie entsprach vollständig bürgerlichen Wertvorstellungen.

Das Element bürgerlicher Sozialfürsorge:[23]

Soziale Sicherheit gilt als eines der wesentlichsten Merkmale fast aller moderner Staaten. Der Liberale Stresemann favorisierte hier – durchaus etwas überraschend – das Ideal einer Gesellschaft, im Idealfall vertreten durch liberale Unternehmer, die im Prinzip für das Wohlergehen ihrer verschiedenen Mitglieder (mit) zu sorgen habe. Diese Vorstellung vertrat er – zumindest partiell – auch als Industriesyndikus. Dazu gehörte die Sicherung im Falle von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter. Eingeschlossen in seine Vorstellungen vom Sozialstaat waren auch die Förderung (zumindest aber die rechtliche „Nichtbehinderung“) von Selbsthilfeorganisationen der am

22 Starke (wie Anm. 11), S. 99 ff. und Pohl: Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914 (wie Anm. 11), S. 200 ff.

23 Gerhard A. Ritter: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 3. Auflage München 2010; Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010; Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall. Stuttgart / München 2003.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen, wie z. B. der (Freien) Gewerkschaften, der Unternehmer und der Angestellten. In diesem Kontext ist sein Engagement für die Gründung einer Angestelltenversicherung und zugleich die politische Bekämpfung der Freien Gewerkschaften zu sehen.[24]
Stresemanns sozialpolitisches Wirken hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Königreich Sachsen, aber später auch im Deutschen Kaiserreich tiefe (sozialpolitische) Spuren hinterlassen. Dabei haben zum einen die besondere Verantwortung des Staates (vor allem aber der Unternehmer) für die Wohlfahrt der Bürger eine wichtige Rolle gespielt. Darüber hinaus – und vielleicht stärker noch – ging dies mit dem Wunsch zusammen, Arbeiterschaft und Mittelstand in Staat und Gesellschaft in einer Art „Volksgemeinschaft" zu integrieren, um auf diese Weise den Klassenkampf zu überwinden, die Stabilität des bestehenden Systems zu stärken, zugleich aber auch den Mittelstand parteipolitisch für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Kurzum: Stresemann hat versucht das Modell einer klassenlosen Bürgergesellschaft zu verwirklichen.[25] Auch das Modell einer „sozialen Marktwirtschaft" hätte seinen Vorstellungen sicherlich nicht widersprochen.

Die Betonung der Individualität, der Selbständigkeit und die Ablehnung aller kollektivistischen Ideen:

Zeit seines Lebens war Stresemann insofern ein überzeugter Liberaler, als er Sozialdemokraten und Freie Gewerkschaften ideologisch und praktisch massiv bekämpfte. Den Kollektivismus, den Freie Gewerkschaften und der Sozialdemokratie predigten, war ihm zuwider, obwohl er durchaus auch schon im Kaiserreich mit ihnen kooperierte. Hier zeigt er sich als ein ausgesprochener (national)liberaler Pragmatiker, mit Idealen, aber ohne verhärtete Ideologien. Sein großes politisches Ziel bestand darin, alle Bürger zu befähigen, sich selbst zu helfen und nicht auf kollektive Interessenvertretungen angewiesen zu sein.

Gustav Stresemann in der Erinnerungskultur nach 1929

Gustav Stresemann, so könnte man aufgrund dieser Überlegungen erneut meinen, bietet sich angesichts des gelebten Lebens und seiner Ideale daher als besonders geeigneter Träger liberaler Erinnerungskultur an. Ein Vertreter liberaler Grundwerte schon im Kaiserreich und geradezu *der* Verfechter einer liberalen Demokratie in der Weimarer Republik, der politische „Retter"

24 Prinz (wie Anm. 13), S. 114–142 sowie Pohl, Gustav Stresemann und die Sozialpolitik im Kaiserreich (wie Anm. 13).
25 Dies in Anlehnung an Lothar Gall: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1991.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im Jahre 1923, der nationale und europäische Staatsmann und Friedensnobelpreisträger; Stresemann, der innenpolitische Krisenmanager, der Sozialpolitiker und zugleich das liberale Bindeglied nach rechts zur DNVP und nach links zur Sozialdemokratie, ein moderner Parlamentarier und Parteiführer, gewissermaßen ein liberales Urgestein.
Hinzu kommt seine politische Grundpositionierung, ein für den Nachruhm nach dem „Dritten Reich" sicherlich mitentscheidender Faktor: Stresemann war immer ein aufrechter Gegner der Völkischen und Nationalsozialisten. Er wurde von ihnen bedroht und in den politischen Versammlungen massiv bekämpft. Gegen Antisemitismus wiederum war er allein schon deswegen weitgehend gefeit, weil er selber mit einer Jüdin verheiratet war und antisemitische Anfeindungen kannte. Er fühlte sich zwar durchaus als Vertreter des deutschen Nationalstaates, betonte aber immer die friedlichen Absichten Deutschlands. Zugleich präsentierte er sich als Vertreter des bürgerlichen Rechtsstaates und der bürgerlichen Wertordnungen, als Verteidiger der Weimarer Demokratie. Stresemann ist mithin einer der wenigen demokratischen Vorzeigemänner der Weimarer Republik, deren Stern auch durch Nationalsozialismus und Völkermord nicht getrübt wurde. Fazit: Dieser Politiker erfüllt alle Bedingungen, um nicht nur als Liberaler sondern auch als deutscher Demokrat erinnert zu werden. Dies gilt umso mehr für ein Land, das der aufrechten Demokraten in der Zeit der Weimarer Republik nicht viele besitzt.

Wie ist nun Stresemanns seit seinem Tode 1929 gedacht worden? Wie wurden er und seine Tätigkeit bewertet? Welche Aspekte haben eine Rolle in der liberalen und deutschen Erinnerungskultur gespielt?

1. Stresemann in der fachwissenschaftlichen Diskussion

Die Bewertung der Politik Stresemanns ist in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion seit seinem Tode höchst ambivalent gewesen.[26] In einer ersten Phase, bereits kurz nach seinem Tode und dann wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Stresemann in der biografischen Literatur, sei

26 Zu diesem Komplex vgl. vor allem Annelise Thimme: Einmal um die Uhr. Die Stresemann-Kontroverse von 1927-1979, in: Hartmut Lehmann (Hrsg.): Historikerkontroversen, Göttingen 2000, S. 31-85; dort auch weitere Literaturhinweise. Die weiteren Ausführungen folgen weitgehend ihren Gedanken. Annelise Thimme war persönlich in die Auseinandersetzung involviert und gehörte zu den ersten Kritikern Stresemanns. Vgl. dazu Annelise Thimme: Gustav Stresemann. Legende und Wirklichkeit, in: HZ 181 (1956), S. 287-338 und dieselbe: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1957.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie wissenschaftlich fundiert oder eher feuilletonistisch geprägt, nahezu kritiklos glorifiziert.[27] Stresemann wurde von seinen Freunden und zeitgenössischen Begleitern – viele von ihnen waren zugleich seine ersten Biografen – als liberales und demokratisches Vorbild für die neue Bundesrepublik gepriesen.[28] Das Verhalten im Ersten Weltkrieg wurde wenig beachtet.[29] Insofern setzte eine „Legendenbildung" ein, die nicht nur Öffentlichkeit und Politik, sondern auch die wissenschaftliche Publizistik beherrschte.

Seit Ende der 1950er Jahre, nicht zuletzt beschleunigt durch die Freigabe des (gesamten) Stresemann Nachlasses, bekam dieses harmonische Bild erhebliche Schrammen.[30] Seine „wirklichen" Ziele wurden nun sehr kontrovers diskutiert, die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität in Politik und Leben neu verhandelt und die lauteren europäischen Absichten bezweifelt. Indirekt ging es damit auch um die Frage, ob und inwieweit Stresemann noch geeignet sei, für eine positive Erinnerungskultur zu stehen.

Der Nachlass ließ in der Tat Zweifel daran aufkommen, ob Stresemann tatsächlich ein so friedliebender Außenpolitiker gewesen sei, wie es seine bisherigen Biografen dargestellt hatten. Wollte Stresemann vielleicht nur deswegen keine kriegerischen Mittel zur Revision des Versailler Vertrags und des (Wieder-)Aufstiegs Deutschlands als europäische Großmacht anwenden, weil Deutschland militärisch machtlos war? Zeigte er nicht doch noch – wenn auch etwas versteckt – das Gesicht eines außenpolitischen Chauvinisten, wie im Ersten Weltkrieg? War er nicht indirekt sogar ein Vorläufer Hitlers? Darüber wurde heftig – und sehr kontrovers – diskutiert. Hinzu kamen Diskussionen um seine Innenpolitik: War Stresemann auch in der Weimarer Republik (wenn auch nicht öffentlich zugegeben) ein unbelehrbarer Monarchist? War die Nähe zum Kronprinzen nicht ein wichtiger Beweis dafür? Oder aber hatte er sich tatsächlich zu einem „geläuterten Republikaner" entwickelt? Hielt er es nicht nach wie vor, obwohl politisch von ihnen bedroht,

27 Vgl. hierzu Heinrich Bauer; Stresemann. Ein deutscher Staatsmann, 2. Auflage Berlin 1930; Friedrich Hirth: Stresemann, Paris 1930; Rudolf Olden: Stresemann, Berlin 1929; Rochus Freiherr von Rheinbaben: Stresemann. Der Mensch und der Staatsmann, Dresden 1930; Edgar Stern Rubarth: Stresemann der Europäer, Berlin 1929 und Antonina Vallentin: Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee, Leipzig 1930.

28 Beispielhaft dafür Martin Göhring: Stresemann. Mensch, Staatsmann, Europäer, Mainz 1956; Walter Görlitz: Gustav Stresemann, Heidelberg 1957 und Hubertus Prinz zu Löwenstein: Stresemann. Das deutsche Schicksal im Spiegel seines Lebens, Frankfurt 1952.

29 So etwa Vallentin (wie Anm. 27), S. 36 ff.

30 Hier folge ich weitgehend der Darstellung von Thimme: Einmal um die Uhr (wie Anm. 26), S. 31 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

heimlich mit der äußersten politischen Rechten?[31] Auch das wurde intensiv diskutiert, in einer heftigen Debatte, die in manchem – vor allen auch in ihren politischen Implikationen – an die Fischer-Kontroverse erinnerte.

Diese Kontroverse scheint seit etwa 15 Jahren überwunden zu sein. Damit befinden wir uns in der dritten Phase der wissenschaftlichen Rezeption Stresemanns. Die letzten drei wichtigen Biografien – die gewissermaßen das Kapitel Stresemann vorläufig abschließen – von Kolb, Wright und Birkelund[32] – bescheinigen Stresemann ein weitgehend ehrliches Engagement für die parlamentarische Demokratie in der Weimarer Republik und den Wunsch, eine friedliche Außenpolitik zu betreiben und sich in das europäische System integrieren zu wollen.

Stresemann avanciert damit nicht nur zum außenpolitischen Vorzeigepolitiker und Verständigungspolitiker par excellence, sondern zugleich auch zu Weimars "Greatest Statesman".[33] Er gilt – aus Sicht der Wissenschaft – unisono als große Persönlichkeit, sogar als wahrscheinlich einziger Politiker, der die Republik hätte stabilisieren und möglicherweise vor dem Abgrund des Nationalsozialismus hätte retten können – wenn er nicht so früh gestorben wäre.[34] Kurzum: Am friedlichen Stresemann von Weimar wird in der historischen Wissenschaft kaum noch gezweifelt. Wenn es einen Politiker aus der Weimarer Republik gibt, der zu einer liberalen Leitfigur taugt, scheint es erneut der liberale Parteipolitiker, Außenminister, Reichskanzler und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann zu sein.

Was bedeutet das nun für die Erinnerungskultur? Knapp gesagt: Von wissenschaftlicher Seite wird – und wurde – kein Einwand dagegen erhoben, Stresemann als positive liberale, ja sogar nationale Erinnerungsfigur zu installieren und einen positiven Erinnerungsort „Stresemann“ zu konstruieren. Eine Etablierung gegen den Stand der Forschung müsste also – so der gegenwärtige Stand – nicht stattfinden.

31 Vgl. Wolfgang Ruge: Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin (0) 1965; ferner derselbe: Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD über die Weimarer Republik, in: ZfG 22 (1974), S. 679-700 und derselbe: Stresemann – Ein Leitbild? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 14 (1969), S. 468-484. Vgl. auch Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009, vor allem S. 257 ff.

32 Wright (wie Anm. 4), Kolb (wie Anm. 4) und Birkelund (wie Anm. 4).

33 So der Untertitel von Wright (wie Anm. 4).

34 So dezidiert Henry A. Turner: Überlegungen zu einer Biographie Stresemanns, in: Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger (wie Anm. 1), S. 290-297.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. Stresemann in der Darstellung in den deutschen Schulbüchern nach 1945

Wie wird Stresemann nun auf einer zweiten Ebene, dem des staatlich favorisierten historischen Gedächtnisses vermittelt? Dafür bieten sich Geschichtsschulbücher an.[35] Sie vermitteln zum einen die vom Staat für notwendig befundenen Kulturtechniken für den Umgang mit Geschichte an die Jugend, dazu Grundwissen. Sie sind insofern auch prägend für ihr Geschichtsbild. Andererseits sind Schulbücher zugleich ein Spiegel des politischen, ökonomischen und kulturellen Selbstverständnisses der jeweiligen Zeit. Mit ihrer Hilfe werden – das gilt besonders für die „Gesinnungsfächer" wie etwa Geschichte – gezielt staatlich bzw. gesellschaftlich gewünschte Identitätsangebote zur politischen und sozialen Sozialisation sowie zur kulturellen Orientierung angeboten und nachhaltig vertreten. Kurzum: Den Einfluss von Geschichtsschulbüchern auf das Geschichtsbewusstsein einer jeweils jungen Generation kann man daher kaum überschätzen. Er ist flächendeckend und zugleich generationenübergreifend – und er spiegelt zugleich die politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen von der Vergangenheit wieder.

Mit der öffentlichen Erinnerung, wie sie durch Geschichtsschulbücher vermittelt wird, hat sich besonders Andreas Körber befasst. Auf seine Forschungsergebnisse kann hier zurückgegriffen werden.[36] Zusammenfassend kommt er zu dem Ergebnis, das Stresemann-Bild sei in den deutschen Schulgeschichtsbüchern zu allen Zeiten insgesamt durchgehend positiv besetzt gewesen. Das gelte bis in die Gegenwart.[37] Wichtig für das vermittelte Geschichtsbild sei vor allem, dass Stresemann und seine Politik nicht nur als insgesamt positiv, sondern immer auch als höchst anpassungsfähig interpretiert wurden – und werden. Die Stresemannsche Politik (aber auch seine Person) besaßen „Leerstellen", die jeweils neu und anders „gefüllt" und interpretiert werden konnten. Stresemann ließ sich daher sehr gut in die jeweils gewünschten Vergangenheitskonstruktionen einpassen, die in verschiedenen Nachkriegskonstellationen dominierten.

Zum einen hängt diese Flexibilität mit der Breite seiner politischen Tätigkeit und der Vielfältigkeit der Politikfelder ab, auf denen er agierte. Zum anderen wird sie durch die politische Flexibilität gefördert, die den liberalen Realpolitiker Stresemann immer besonders auszeichnete. Auch sie bietet für die

35 Zur Bedeutung von Geschichtsschulbüchern für das Geschichtsbewusstsein vgl.: Eckhardt Fuchs/Joachim Kahlert/Uwe Sandfuchs (Hrsg.): Schulbuch konkret. Kontexte. Produktion. Unterricht, Bad Heilbrunn 2010. Hier insbesondere die Beiträge von Bodo von Borries, Karl Heinrich Pohl und Simone Lässig.

36 Andreas Körber: Gustav Stresemann als Europäer, Patriot, Wegbereiter und potentieller Verhinderer Hitlers. Historisch-politische Sinnbildungen in der öffentlichen Erinnerung, Hamburg 1999. Die Darstellung folgt im Wesentlichen seiner überzeugenden Argumentation.

37 Ebd., S. 335 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verschiedensten Erinnerungskulturen jeweils unterschiedliche Andockpunkte. Beides ist für eine nachhaltige und breite Erinnerungskultur geradezu ideal.

In der frühen Epoche der Bundesrepublik – so der Trend der Schulbücher – fungierte Stresemann als Vorbild des „guten Deutschen".[38] Er und seine Politik waren in der Lage, eine positive Traditionslinie zu Demokratie, Parlamentarismus und freiheitlichen Bestrebungen mitzubegründen. Er wurde als „wahrer deutscher Demokrat", als das einprägsame Gesicht des anderen, des guten Deutschland konstruiert. Er konnte das deutsche Bürgertum gewissermaßen von seiner Mitschuld an der Etablierung des nationalsozialistischen Systems entlasten und verkörperte doch zugleich dessen (positive) Werte und Normen. Neben den Widerständlern im „Dritten Reich" stellte er mithin die andere, die gute Kontinuität deutscher Geschichte dar, die es – so die Konstruktion – immer auch gegeben habe und auf die sich die bürgerliche Bundesrepublik beziehen konnte.

In einer späteren Phase, als es um die europäische Integration und die Westbindung der Bundesrepublik ging, wurde Stresemann als „früher Europäer", als Vorläufer der Montanunion der EWG und später der EU konstruiert.[39] Schließlich hatte er sich schon bei der Etablierung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (IRG) im Jahre 1926 für eine wirtschaftliche Kooperation eingesetzt.[40] Locarno und Völkerbund, internationale Wirtschaftsabkommen sowie die Verleihung des Friedensnobelpreises waren weitere wichtige Belege für diese Interpretation. Sie wurden zum historischen Beweis, dass Deutschland bereits in den 1920er Jahren Verständigungs- vor Gewaltpolitik gesetzt hatte. Damit wurde historisch gestützt, dass die deutsche Politik nach 1945 – die sich auf ihn berief – ähnliche Ziele verfolgte und es damit genau so ernst meinte. Die Legende vom „großen Europäer" war nützlich und ließ sich zugleich historisch untermauern – und wird zum Teil bis heute noch in den gängigen Schulbüchern tradiert.

Fazit: Die Schulbücher müssten eigentlich gleichfalls den Boden für Stresemann als eine große liberale Erinnerungsfigur geebnet haben, selbst wenn das Thema Weimar in den neuen Curricula der einzelnen Bundesländer mehr und mehr zurückgetreten ist.

38 Ebd., S. 201 f.
39 Ebd., S. 210 ff.
40 Karl Heinrich Pohl: Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1978.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In diesem Kontext ist für die Erinnerung an Stresemann besonders seine Tätigkeit als Außenpolitiker von Bedeutung. Außenpolitiker stehen, neben den Regierungschefs, in einer parlamentarischen Demokratie immer besonders im Blickpunkt, im Positiven wie im Negativen. Dies gilt vor allem dann, wenn sie in unruhigen Zeiten langfristig tätig sind. Genau das aber trifft für keinen anderen (Außen-)Politiker in der Weimarer Republik so zu wie für Gustav Stresemann. Politiker stehen zudem – und das ist ein zweiter grundsätzlicher Aspekt – dann verstärkt im Mittelpunkt, wenn das politische Geschehen bewegt, ihre Politik kontrovers beurteilt und ein politischer Konsens bestritten wird. Auch das gilt für Stresemann und seine Außenpolitik. Gerade sie stellte in der Weimarer Republik eines der wichtigsten und zugleich am meisten kontrovers diskutierten Themen dar.

Ein Schlüssel zum Verständnis dafür ist der Versailler Vertrag. Nahezu keine politische oder gesellschaftliche Gruppierung in Deutschland akzeptierte nach 1919 den „alliierten Siegfrieden“ und war bereit, ihn anzuerkennen. Die Außenpolitik nahezu aller Weimarer Politiker bestand mithin darin, eine Revision des Vertrages anzustreben. Der Weg zu dieser Revision, die Mittel und das Tempo dabei waren es nun, die die innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen anfachten. Dabei wurde nicht nur im Parlament und bei den Wahlen, sondern über die gesamte Periode hinweg öffentlich intensiv gestritten. Stresemann wollte den Weg von Verhandlungen gehen. An deren Ende hoffte er, die „Befreiung Deutschlands vom Versailler Joch“ erreichen zu können.

Mit dieser langfristig angelegten Strategie konnte es Stresemann jedoch vielen Zeitgenossen kaum recht machen. Das trifft um so mehr zu, als ihm und seiner Politik mit dem Aufbau des Hugenbergschen Zeitungskonzerns Mitte der 1920er Jahre ein mächtiger politischer Gegner erwuchs, der sowohl die politische (über die DNVP) als auch die Zeitungslandschaft immer stärker beeinflusste und der Stresemann persönlich sowie die eingeschlagne Außenpolitik massiv kritisierte, ja dem Außenminister „Verrat an Deutschland“ vorwarf.[41]

Angesichts dieser Ausgangslage überrascht es wenig, dass der frühe Tod Stresemanns national und auch international ein großes Echo fand. Es überrascht vielmehr und vor allem, wie positiv dieses Echo (zumindest auf den ersten Blick) war. Harry Graf Kessler notierte etwa am 3. Oktober aus

41 Grundlegend zu Hugenberg und seinem Konzern immer noch Heidrun Holzbach: Das „System“ Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981 und Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergeschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Frankreich:[42] „Er ist heute früh um fünfeinhalb einem Schlaganfall erlegen. Es ist ein unersetzlicher Verlust, dessen Folgen nicht abzusehen sind. So empfindet man ihn auch hier. Alles spricht davon, die Kellner im Restaurant, die Chauffeure, die Zeitungsfrauen... Es ist fast so, als ob der größte französische Staatsmann gestorben wäre. Die Trauer ist allgemein und echt."[43] Weiter fuhr Kessler fort:[44] „Die Legende beginnt; Stresemann ist durch seinen plötzlichen Tod fast eine mythische Figur geworden. Keiner von den großen Staatsmännern des 19. Jahrhunderts, weder Pitt noch Talleyrand, noch Metternich, noch Palmerston, noch Napoleon III., noch Cavour, noch Bismarck, noch Gambetta, noch Disraeli hat eine so einstimmige Weltgeltung und Apotheose erreicht. Er ist der erste, der als wirklich europäischer Staatsmann in Walhalla eingeht."[45] Zur Beisetzung Stresemanns in Berlin notierte er:[46] „Es zeigt sich immer mehr, in welch gewaltigem Ausmaße das Volk an der Trauerfeier für Stresemann teilgenommen hat. Viele Hunderttausende haben sich vor seinem Sarg verneigt. Eine Zeitung sagt mit Recht, es war kein Staatsbegräbnis, sondern ein Volksbegräbnis."

Weniger glänzend und positiv stellt sich das allgemeine Urteil über Stresemann und seine Außenpolitik in Deutschland allerdings dann dar, wenn man die Geschichte des Stresemann-Ehrenmals in Mainz untersucht.[47] Auch der rasche Bau des Ehrenmals kann oberflächlich betrachtet noch als ein Zeichen der Bewunderung und Wertschätzung betrachtet werden. Das von dem Stresemann und den Liberalen nahe stehenden Industriellen F. W. Kalle mit Hilfe des Mainzer Automobil Clubs kurz nach seinem Tode initiierte Denkmal erinnerte an den großen Politiker Gustav Stresemann und seine Verdienste um die Weimarer Republik. Der Akt kam offenbar einem (noch vorhandenen) spontanen Bedürfnis nach Würdigung Stresemanns – allerdings nur in bestimmten politischen Kreisen – entgegen.

Gleichzeitig und vor allem erinnerte das Ehrenmal aber auch an den gescheiterten Außenminister. Das Denkmal, dessen Grundstein nach einigen Verzögerungen am 5. Juli 1930 gelegt wurde, sollte nämlich vor allem die „Befreiung der Rheinlande" von französischer Besetzung am 30. Juni 1930 hervorheben. Es sollte gerade nicht für die Stresemannsche Europapapolitik oder die deutsch-französische Verständigung stehen. Für die Beendigung der

42 Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937, Frankfurt a.M. 1967, 594 f.
43 Ebenda, S. 595.
44 Ebenda, S. 595 f.
45 Bei dieser lobenden Analyse ist allerdings quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Kessler ein Liberaler und ein Freund der Stresemannschen Verständigungspolitik war.
46 Ebenda, S. 597.
47 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Joseph Scheidel: Die Entstehung des Stresemann-Ehrenmals, in: Gustav Stresemann. Festschrift zur Wiedererrichtung des Stresemann-Ehrenmals in Mainz am 16. Oktober 1960, bearbeitet von Joseph Scheidel, Mainz o.J., S. 123-153, ferner Körber (wie Anm. 36), S. 272 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Besetzung der Rheinlande hatte sich Stresemann zwar vehement (auch) eingesetzt, die ständige Hinauszögerung des Termins geradezu als eine persönliche Niederlage empfunden, denn er wünschte sich immer einen Erfolg ohne nationale Überheblichkeit. Die erhofften „Rückwirkungen von Locarno" hatte er jedoch nicht mehr erleben können. Die Rheinlandräumung erfolgte erst zu einem Zeitpunkt, als er bereits verstorben war.

Vor allem aber hatte sich inzwischen das politische Klima deutlich verändert:[48] Die Feierlichkeiten zu diesem Ereignis, in deren Kontext auch die Grundsteinlegung zu sehen ist, waren jetzt mehr oder weniger nationalistisch aufgeladen, geprägt durch Genugtuung und weniger durch den Geist der Versöhnung oder gar der Dankbarkeit gegenüber Frankreich. Insofern hatte das Ereignis nur noch wenig mit Stresemann und seiner Außenpolitik zu tun. Symbolisch für diesen Wandel war, dass „die offizielle Proklamation der Regierung Brüning dabei sogar die Nennung Stresemanns" vermied.[49] Ein Umdenken in der Außenpolitik, weg von Stresemanns Realpolitik, hatte also bereits eingesetzt. Die Politik wurde stärker ins Nationale umkonstruiert.

In diesem Kontext ist auch die weitere Geschichte des Ehrenmals zu sehen. Entgegen allen euphorischen Äußerungen der Initiatoren fiel die Konkretisierung des Projektes nämlich keinesfalls leicht, was nicht nur den schlechten wirtschaftlichen Umständen geschuldet war: „Giftpfeile aller Art wurden in Form von Briefen und Artikeln in den Zeitungen abgesandt. Die Gelder kamen in dieser Zeit sehr spärlich...".[50] Es mussten 10.000 Einzelbriefe und über 100.000 Bittbriefe und Einzeichnungsbogen versandt werden, um die finanzielle Basis für das Unternehmen zu schaffen. Stresemann „verkaufte" sich offensichtlich bereits kurz nach seinem Tode nicht mehr von selbst. Diese Veränderung zeigte auch die Feier zur Übergabe des Ehrenmals. Sie war kühl und sachlich, und die Reichsregierung war nur durch den Außenminister Curtius, einen Parteifreund Stresemanns, vertreten.[51]

Bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, die das Ehrenmal 1933 schließen und wenige Jahre später abreißen ließen, wurde es – soweit sich das dokumentieren lässt – noch rege besucht. Es zeigt sich immerhin, dass Stresemann im Gedächtnis eines großen Teiles der bürgerlich und demokratisch gesonnenen Bevölkerung Ende der 1920er, Anfang der 1930 Jahre noch eine Rolle spielte. Das aber änderte sich nach 1933 vollständig.

Die Legendenbildung ab 1945 schloss sich jedoch dieser (negativen) Interpretation der Stresemannschen Außenpolitik nicht an, sondern sie folgte eher der Interpretation Kesslers, deren historischer Wahrheitsgehalt hier allerdings weniger interessiert als die dort bereits vorgenommene Konstruktion

48 Körber (wie Anm. 36), S. 90 ff.
49 Ebd., S. 90.
50 Scheidel (wie Anm. 47), Entstehung, S. 126; danach auch die folgenden Gedanken.
51 Körber (wie Anm. 36), S. 90 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

des Stresemannbildes. Diese Legendenbildung wurde ab 1945 um so intensiver betrieben, als niemand wusste, wie Stresemann sich in den Jahren der finalen Krise verhalten hätte, ob er vielleicht den Nationalsozialismus verhindert hätte, sich angepasst hätte – was unwahrscheinlich erscheint – oder mit ihm in schwere Konflikte geraten wäre. Ein solcher Mann, der sich den Nazis in seiner Lebenszeit verweigerte und immer der meistgehasste Mann der politischen Rechten wegen seiner „Verzichtspolitik" gewesen war, musste sich – nicht nur den bürgerlichen – Politikern nach 1945 als politische Identifikationsfigur der neuen Bundesrepublik geradezu anbieten

Aus diesem Grunde verwundert nicht, dass es in den ersten Jahren der Bundesrepublik durchaus eine Erinnerung an Gustav Stresemann gab. Davon zeugen – auf einer ganz banalen Ebene – die vielen Stresemannstraßen und -alleen, die vielen Stresemannschulen, Stresemannbilder, die die entsprechenden Archive schmücken. Ein Beleg dafür ist auch die höchst aktive Stresemanngesellschaft, deren Ehrenmitglieder ein breites politisches Spektrum von konservativ (Helmut Kohl) über liberal (Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel) bis sozialdemokratisch (Kurt Beck) abdecken. Sie war es auch, die z. B. im Jahre 1978 eine große Festveranstaltung zu Ehren Stresemanns organisierte, in der sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sehr positiv zu Stresemann, dem „Europäer", äußerte.[52]

In diesen Kontext gehört schließlich auch, dass der Versuch gemacht wurde, an das zerstörte Stresemannehrenmal aus den 1920er Jahren anzuknüpfen, wiederum initiiert durch den Industriellen Kalle.[53] An Stelle des zerstörten Ehrenmals wurde eine Gedenkstätte im Mainzer Zeughaus errichtet, allerdings ein im Verhältnis zum alten Ehrenmal sehr bescheidenes Vorhaben. Dieses Anliegen wurde – und hier erkennt man immer noch eine breite Unterstützung – nicht nur finanziell durch die Bundesregierung gefördert, sondern zu der Einweihung des kleinen Ehrenmals am 16. Oktober 1960 äußerte sich auch die gesamte deutsche Politprominenz mit freundlichen und anerkennenden Worten zu Person und Politik Stresemanns.[54]

Auch die Politik der CDU hat in ähnlicher Weise anfangs an Stresemann erinnert. Lange Zeit hat sie die europäische Komponente in der Politik Stresemanns verstärkt hervorgehoben und in ihrem Sinne genutzt. Dabei spielte

52 Gustav Stresemann, 1878-1978. Hrsg. von der Stresemanngesellschaft, Mainz 1978, S. 36-47.
53 Körber (wie Anm. 36), S. 272 ff.
54 Scheidel (wie Anm. 47), S. 129 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

keine Rolle, dass Konrad Adenauer – ihr führender Kopf – schon in der Weimarer Zeit kein Freund Stresemanns gewesen war, und eine herzliche Abneigung den ehemaligen Kölner Oberbürgermeister mit dem damaligen Außenminister Stresemann verbunden hatte.[55] Adenauer wusste den symbolischen Nutzen Stresemanns für seine Politik nach den zwölf Jahren des Nationalsozialismus wohl einzukalkulieren und überwand daher alle persönlichen Gefühle.

Der politische Wunsch einen so konstruierten Politiker Stresemann für die eigene Politik zu nutzen, lässt sich sehr gut am Beispiel des von der CDU-Regierung staatlich geförderten Stresemann-Filmes aus dem Jahre 1956/57 zeigen.[56] Mit Körber kann man feststellen, dass „mit dem Stresemannfilm erstmalig gegenüber der breiten Öffentlichkeit versucht [wurde], den Reichsaußenminister eindeutig für die Westpolitik Adenauers zu vereinnahmen."[57] Mit dem Film wurde – wenn auch mit eher relativ geringem Erfolg – Geschichte instrumentalisiert und den aktuellen politischen Erfordernissen angepasst. Und das mit allem Pomp: „Die Inszenierung der Uraufführung des Films kam – so berichtete der Spiegel – geradezu einem Staatsakt gleich, den der Sohn Stresemanns, ein berühmter Dirigent, mit dem Berliner Rundfunk-Symphonieorchester musikalisch stimmungsvoll umrahmte".[58] Der Mythos Stresemann sollte helfen, die Westpolitik populär und durchsetzungsfähig zu machen. Diesen Akt der Instrumentalisierung Stresemanns unterstützten (indirekt) auch die evangelische Filmgilde, die den Stresemannfilm zum besten Film des Monats Februar erklärte und der katholische Filmdienst, der den Film ebenfalls lebhaft empfahl.[59]

Stresemann in der gegenwärtigen Erinnerungskultur: Ein Ausblick

Welchen Stellenwert nimmt nun Stresemann in der gegenwärtigen Erinnerungskultur in Deutschland ein? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Zu vermuten ist: einen relativ geringen. Dies wird bereits bestätigt durch den

55 Vgl. dazu ausführlich Karl Dietrich Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

56 Einzelheiten zur Analyse und Entstehung dieses Films in: Der Stresemann-Film, hrsg. von dem Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, zusammengestellt von Ernst Pietschack (Gegenwartsfragen 2), o. O. 1957; danach auch weitere Einzelheiten. Aus persönlicher Sicht dazu Wolfgang Stresemann: Zeiten und Klänge. Ein Leben zwischen Musik und Politik, Berlin 1997, S. 271 ff. Zur Interpretation des Kontextes Andreas Körber: Der Stresemann-Film in der öffentlichen Erinnerung an Gustav Stresemann, in: Pohl (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 243-266 sowie derselbe (wie Anm. 36), S. 229 ff.

57 Körber (wie Anm. 36), S. 260.

58 „Der Spiegel", 27.1.1957. Vgl. dazu auch Wolfgang Stresemann, Zeiten und Klänge (wie Anm. 56), S. 271 ff.

59 Der Stresemann-Film (wie Anm. 56), S. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Journalisten Gunter Groll, der schon 1957 – im Kontext der Entstehung des Stresemann-Films – in der „Süddeutschen Zeitung“[60] konstatierte: „Umfragen unter der jüngeren Generation hatten das traurige Ergebnis, dass sich unter ‚Stresemann’ viele gar nichts, manche einen feierlichen Anzug einige zwar immerhin den Erfinder desselben vorstellten, unter diesem aber teils einen Herrenschneider und teils einen Schauspieler.“

Daran hat sich anscheinend wenig geändert. Das muss nach dieser Vorgeschichte und den positiven Vorbedingungen ein wenig überraschen. Die Palette der Erinnerungen ist zwar gegenwärtig immer noch breit: Hotels – ohne Bezug zu ihm – schmücken sich in vielen Städten nach wie vor mit seinem Namen, setzen also auf die Erinnerung an ihn. Aber zugleich suchen auch Schüler im Internet verzweifelt nach Hilfen zur Beantwortung der Frage, warum ihre Schule nach Gustav Stresemann benannt werden soll. Umfrageergebnisse allerdings, die die Bevölkerung in den letzten Jahren nach ihm und ihrem Bild von ihm befragen, konnten nicht eruiert werden. Man kann aber vermuten, dass angesichts der wenigen Kenntnisse über die Weimarer Republik, dazu wohl auch nur wenig gesagt worden wäre. Stresemann scheint nicht völlig vergessen, aber auch nicht sehr präsent zu sein.

Auch die Erinnerungen der führenden Außenpolitiker an ihn sind eher knapp. Joschka Fischer hat zu ihm und seiner Politik Stellung genommen,[61] auch Willy Brandt[62] und Hans-Dietrich Genscher[63] haben ihn geehrt. Was aber verwundert ist, dass sich die FDP dieser liberalen Ikone so wenig angenommen, ihn nicht – oder nur sehr unzureichend – zum Objekt ihrer Geschichtspolitik gemacht hat. Theodor Heuß und Friedrich Naumann, das sind offenbar die liberalen Favoriten, nicht Gustav Stresemann. Zu fragen bleibt daher: Warum haben die Liberalen die liberale Erinnerungskultur an Gustav Stresemann nicht intensiver gepflegt, den Stresemannmythos nicht stärker politisch genutzt und inszeniert, haben sich – trotz dieser guten Ausgangslage – so wenig auf Stresemann als Träger liberaler Erinnerungskultur berufen, wollten von seinem Image nicht profitieren. Dieser Mangel an Interesse bleibt unverständlich. Es kann doch nicht nur daran gelegen haben, dass ein großer Liberaler – Theodor Heuß – Stresemann persönlich nicht mochte[64]

60 Gunter Groll: Denkmal ohne Pose „Stresemann“, Süddeutsche Zeitung, 23.1.1957.

61 Vgl. Joschka Fischer: Außenpolitik im Widerspruch, in: Die Zeit, 3.2.2000.

62 Vgl. die Einleitung von Willy Brandt zu: Gustav Stresemann. Schriften, hrsg. von Arnold Harttung, Berlin 1976, S. 7-16 (Abdruck der Rede Brandts zur Stresemann-Gedenkfeier in Mainz 1968).

63 Ausführungen Genschers bei der Eröffnung der Stresemann-Ausstellung am 9.5.1978 in Mainz, in: Gustav Stresemann, 1878-1978 (wie Anm. 52), S. 36-47.

64 Zum Verhältnis Stresemann – Heuss vgl. Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963, u.a. S. 272 („Ganz primitiv; ich habe ihn menschlich nicht leiden können und darf vermuten, daß dies auf Gegenseitigkeit beruhte...“); sowie ders.: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970: u.a. S. 182 f., 241, 246 und S. 505.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und dadurch die liberale Erinnerung an ihn hat unterdrücken können. Hier weiter zu forschen, wäre eine wichtige Aufgabe liberaler Zeitgeschichtsforschung.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ines Soldwisch

Theodor Heuss (1884–1963) – Symbolfigur für eine liberale Erinnerungskultur?

Erinnerungskulturen basieren in Anlehnung an Christoph Cornelißen auf bewusst herbeigeführten Erinnerungen an historische Ereignisse, Persönlichkeiten, Prozesse, Gegenstände, „die in der Öffentlichkeit Spuren hinterlassen haben".[1] Doch im Gegensatz zu Cornelißen, der den geschichtswissenschaftlichen Diskurs als einen Bestandteil der Erinnerungskultur sieht,[2] definiere ich die geschichtswissenschaftliche Analyse der oben genannten Exempla als Mittel, um Erinnerungskulturen der Öffentlichkeit zu bestätigen, zu relativieren und zu interpretieren. Sie ist somit kein originärer Bestandteil für die Schaffung dieser, aber für einen grundlegenden Blick eminent, indem sie den Blickt auf den zu untersuchenden Gegenstand maßgeblich erweitert.
Doch was ist dann, weiter gefragt, eine liberale Erinnerungskultur? Ist es eine bewusste Form der politischen Erinnerung, eine wertorientierte geistige Haltung, eine persönliche Wahrnehmung? Die Erinnerung auf dem politischen Feld allein greift meines Erachtens zu kurz. Ob Theodor Heuss eine liberale Erinnerungskultur im politischen Sinn mitgeprägt hat, scheint doch fraglich, war er doch seit seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1949 für die aktive liberale Politik „verloren". Betrachten wir die Zeit davor, seine enge Zusammenarbeit mit Friedrich Naumann, seine rege Publikationstätigkeit – nicht nur in der „Hilfe" -, sein Engagement in der Fortschrittlichen Volkspartei, der DDP, nach dem Zweiten Weltkrieg in der DVP und FDP, fällt es nicht schwer, die Frage nach dem Liberalen mit einem großen Ja zu beantworten. Doch greift ein solcher Zugang, der andere wichtige Phasen im Leben von Theodor Heuss ausklammert und weite Teile der öffentlichen Erinnerung unberücksichtigt lässt, zu kurz. Statt eines parteipolitisch verengten Zugriffs benutze ich eine wertorientierte Perspektive. Liberale Erinnerungskultur soll als Rahmen betrachtet werden, in dem Freiheit, Fortschritt und Verantwortung als tragende Säulen einer Geisteshaltung und Gesellschaft angesehen werden.

1 Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte. 11. 2.2010. https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen?oldid=75513, abgerufen 14. März 2012.
2 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Um den Anteil Theodor Heuss‘ zu einer so definierten liberalen Erinnerungskultur greifbar zu machen und seine Rolle nicht nur als Symbolfigur, sondern als liberale Symbolfigur herauszuarbeiten, werde ich untersuchen, wie in der Bundesrepublik an Theodor Heuss erinnert wurde und wird. Dabei lassen sich zumindest vier Diskursebenen unterscheiden.

1. Die Erinnerung an Heuss als „Bildungsbürger und Publizist“
2. Die Erinnerung an Heuss als „liberaler Politiker und Leitfigur der FDP“
3. Die Erinnerung an Heuss als „Bundespräsident“
4. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Theodor Heuss

Auf diesen vier Ebenen untersuche ich jeweils: Wer erinnert an Theodor Heuss, und wie wird an ihn erinnert? Welche Medien prägen den Erinnerungsdiskurs? In welchem Kontext fand die Erinnerung statt?

Sie ist, das unterscheidet Erinnerung von reinen naturwissenschaftlichen Gedächtnisstudien, gegenüber ihrem Gegenstand nicht neutral. Traditionell unterscheidet Geschichtswissenschaft zwischen Überrest und Tradition und differenziert damit zwischen Quellen, die „zufällig“ Vergangenes dokumentieren und solchen Überlieferungen, die absichtsvoll über Vergangenes Auskunft geben sollen. Für unseren Zusammenhang ist wichtig, dass Theodor Heuss kräftig an seiner Erinnerung mitgewirkt hat. Deshalb soll in einem ersten Schritt Theodor Heuss selbst zu Wort kommen, denn durch seine persönliche Entscheidung, aktiv an Publizistik und Politik der Weimarer Republik und der Bundesrepublik teilzunehmen und anschließend darüber zu schreiben, hat er selbst die Grundlagen für eine liberale Erinnerungskultur gelegt.[3] Somit gilt die Heusssche Erinnerungspolitik als Voraussetzung der Heussschen Erinnerungskultur. Diese wiederum wurde bestimmt durch seine praktische Arbeit, seine Reden, seine Veröffentlichungen und die seiner Familie über mehrere Jahrzehnte hinweg.[4]

3 Theodor Heuss: Aufzeichnungen 1945-1947. Aus dem Nachlaß herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Eberhard Pikart, Tübingen 1966, Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963; Theodor Heuss/Lulu von Strauss und Torney: Ein Briefwechsel, Düsseldorf/Köln 1965; Theodor Heuss: Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Praxis, Halberstadt 1927; Theodor Heuss: Friedrich Naumann und die Deutsche Demokratie, Wiesbaden 1960; Theodor Heuss: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen, Tübingen 1953.

4 U.a.: Hans Bott/Hermann Leins (Hrsg.): Begegnungen mit Theodor Heuss, Tübingen 1954; Konrad Adenauer/Theodor Heuss: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949-1959. Bearbeitet von Hans-Peter Mensing, Berlin 1997; Theodor Heuss: Die großen Reden, Der Humanist, Tübingen 1965; Ders.: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965; Theodor Heuss: Die Machtergreifung und das Ermächtigungsgesetz. 2 nachgelassene Kapitel der Erinnerungen 1905-1933. Hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart 1967; Theodor Heuss/Elly Knapp: So bist Du mir Heimat geworden. Eine Liebesgeschichte in Briefen aus dem Anfang des Jahrhunderts. Hrsg. von Hermann Rudolph, Stuttgart 1986; Hanna Friedinghaus-Heuss: Heuss-Anekdoten, München 1964; Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955-1963. Eine Auswahl an Briefen an Toni Stolper. Hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart/Tübingen

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wichtig für die Analyse der verschiedenen Diskursebenen sind die öffentliche Auseinandersetzung und Erinnerung etwa in der Publizistik, bei Feierlichkeiten zu seinen Geburtstagen, in Stellungnahmen von Freunden und Weggefährten, die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus oder in „Heuss-Sammelbänden". Aber auch auf den ersten Blick profan erscheinende Dinge, wie etwa die Benennung von Schulen nach Heuss oder die Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden, sollen hier berücksichtigt werden. Dabei muss betont werden, dass das erinnerungsgeschichtliche Nachleben nicht in Gänze, sondern nur ansatzweise dargestellt werden kann.
Da die wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht zur klassischen Erinnerungskultur gezählt wird,[5] widmet sich ihr ein für sich stehender Abschnitt. Thematisiert wird der Wandel der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Heuss, von Bracher über Möller, Hess und Hertfelder bis zu Becker.[6] Natürlich können in diesem Beitrag nicht alle Forschungsarbeiten ausgewertet werden; die von mir herangezogenen stehen aber durchaus exemplarisch für die Forschung der letzten Jahrzehnte.[7]
Am Schluss des Beitrages steht die Beantwortung der Frage: War Theodor Heuss in der bundesrepublikanischen Perzeption eine liberale Symbolfigur, und in welchem Ausmaß trug er zu einer liberalen Erinnerungskultur bei?

1. Die Erinnerung an Heuss als „Bildungsbürger und Publizist"

Wird Theodor Heuss mit anderen liberalen Politikern, anderen Publizisten oder seinen Nachfolgern an der Staatsspitze seit 1871 verglichen, war keiner wissenschaftlich und publizistisch so aktiv wie er.[8] Dies lässt ihn in der deutschen Vor- und Nachkriegsgeschichte einzigartig erscheinen. Heuss selbst meinte dazu in seinem ihm eigenen Stil: „Die Deutschen mögen sich daran gewöhnen, daß ihr Präsident nicht nur Politik betrieben hat".[9] Schon sehr früh begann Heuss, den Grundstein für sein später bewundertes Wissen im Bereich der Kultur, der Politik, der Geschichte zu legen. Durch intensives

1970; Theodor Heuss/Konrad Adenauer. Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948-1963. Hrsg. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1989.

5 Vgl. hier auch die Ausführungen bei Helmut König: Politik und Gedächtnis, Weilerswist 2008, S. 140ff.

6 Vgl. hier u.a. Karl Dietrich Bracher: Theodor Heuss, Tübingen 1965; Jürgen C. Hess: Theodor Heuss vor 1933, Stuttgart 1973 und spätere Schriften; die Veröffentlichungen der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus; Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung etc.

7 Auswahlbibliografie unter: http://www.stiftung-heuss-haus.de/downloads/Bibliograhie%20%FCber%20Heuss.pdf, abgerufen am 12. März 2012.

8 Ausführliche Bibliografie unter: http://www.stiftung-heuss-haus.de/downloads/Bibliographie%20von%20TH%20und%20EHK.pdf, abgerufen am 12. März 2012.

9 Zitiert nach: Doris Sieckmeyer/Klaus Füßmann: Theodor Heuss – Der Zeichner, Köln 1994, S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Literaturstudium und familiäre Förderung seines zeichnerischen und publizistischen Talents schuf er ein Oeuvre, das in seiner Breite bis heute beeindruckt.

Zu erwähnen sind hier zunächst seine Zeichnungen, die er auf Wanderungen und Reisen anfertigte. Sogar in seiner Zeit als Bundespräsident ließ er es sich nicht nehmen, ihn beeindruckende Orte zeichnerisch festzuhalten. Dabei ging es ihm weniger um Präzision als um die Lebendigkeit der Orte, an die er sich immer wieder erinnern wollte. „Vielleicht bin ich in der Perspektive etwas sorglos, nehme es mit Horizont und Fluchtpunkt nicht genau genug. […] Um solch ein Blatt des Skizzenbuchs hängt immer viel mehr als die bloße Lust des ‚Abmalens' – der ganze Atem einer Reise bleibt in ihm lebendig, und ich kann im tiefsten Winter ins Gebirge oder an die See fahren. Ich allein; das ist das Geheimnis des Dilettanten. Denn der Künstler muß damit zu den Leuten gehen, und sein Vergnügen ist ein Beruf geworden, mit Konjunktur und Konkurrenz, von diesen Sorgen bin ich gänzlich frei. Ich delektiere mich."[10] Diese Zeichnungen, die heute unter anderem im Archiv des Liberalismus, im Archiv Familie Heuss in Basel, im Archiv Raederscheidt in Bonn, im Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, im Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart und im Bundesarchiv in Koblenz aufbewahrt werden, sind immer wieder erinnert worden, wenn die Person Heuss, sei es in Aufsätzen, Bildbänden, Ausstellungskatalogen[11] oder biografischen Schriften, im Mittelpunkt stand. Auch waren sie Bestandteile eigener Ausstellungen, die zu Ehren Heuss' gezeigt wurden. Erwähnenswert ist hier die Wanderausstellung von Zeichnungen anlässlich des 30. Todestages von Theodor Heuss, die in zahlreichen „Theodor-Heuss-Schulen" und den Bildungsstätten der Friedrich-Naumann-Stiftung gezeigt wurde, die durch einen Ausstellungsband mit Zeichnungen, Fotos und biografischen Texten begleitet wurde.[12]

Schon früh wandte sich Heuss der Schriftstellerei zu. Er übte sich im Dichten, im Artikelschreiben und stand in ständigem Kontakt zu Freunden, mit denen er sich über Politik, Malerei und Literatur austauschte. In seinen „Jugenderinnerungen" erinnerte er selbst an diese für ihn prägende Zeit.[13]

Das Briefschreiben wurde zu seiner Passion. Zeit seines Lebens pflegte der „Homme de lettres"[14] eine aktive Korrespondenz mit seiner Frau, mit Freunden, Verwandten, Politikern und mit dem Volk. Becker schreibt in seiner

10 Zitiert nach: ebd. S. 10.

11 Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus. Im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Hrsg. v. Thomas Hertfelder u. Christine Ketterle. Mit einem Vorwort von Lord Ralf Dahrendorf, Stuttgart 2003.

12 Doris Sieckmeyer/Klaus Füßmann (wie Anm. 9).

13 Theodor Heuss: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen, Tübingen 1953.

14 Hildegard Hamm-Brücher in ihrem Geleitwort zum Ausstellungskatalog: Doris Sieckmeyer/Klaus Füßmann (wie Anm. 9), S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

jüngst erschienenen Biografie in diesem Zusammenhang von der „Kultivierung des Briefes als Mittel der Kommunikation und Selbstverständigung“.[15] Viele dieser Briefe sind veröffentlicht worden und legen Zeugnis ab über Fragen der Politik, des Zeitgeistes und der Lebenswelt, in der sich Heuss bewegte. Einen besonders breiten Blick bietet die Stuttgarter Ausgabe, die seit 2007 ausgewählte Briefe, die Heuss im Zeitraum 1892 bis 1959 schrieb, zusammenfasst und kommentiert.[16] Heuss griff aktiv durch testamentarische Anweisungen in die mögliche Veröffentlichung seiner Briefe ein. So wurden die allgemeine und politische Korrespondenz, die sich im Familienbesitz befand, dem 1964 gegründeten Theodor-Heuss-Archiv zur Sichtung und Aufbewahrung übergeben; ein Teil der persönlichen Korrespondenz jedoch, die mit der engen Freundin der Familie, Toni Stolper, wurde davon durch Heuss explizit ausgenommen. Diese sehr persönliche Korrespondenz sollte in den Händen Stolpers verbleiben, sie allein über eine eventuelle Veröffentlichung entscheiden. So entstanden bis 1970 die „Tagebuchbriefe“, eine Edition von Briefen aus den Jahren 1955-1963.[17] Die aus etwa 1000 von Toni Stolper erstellten Exzerptseiten – die Originale der Briefe kannte nur Stolper – zeigen eindrucksvoll biografische, publizistische und politische Wegmarken. Familiäre Ereignisse wurden außen vor gelassen, soweit sie nach Auffassung Stolpers unwichtig für eine Biografie Heuss’ waren.[18]

In diesen Briefen, seinen Lebensaufzeichnungen, seinen Zeichnungen hielt Heuss Erinnerungen fest. Nolens volens nahm er damit natürlich auch Einfluss auf die spätere Erinnerung an ihn selbst.

Doch war Heuss viel zu belesen, neugierig und in seinem Wissen drängend, um sich auf seine Person zu beschränken. Von Jugend an war er ein ebenso aufmerksamer wie vielseitiger Beobachter und Kommentator der Welt um ihn herum. Seit 1905 war er Mitarbeiter in der von Friedrich Naumann herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin, seit 1907 verantwortlich für das Ressort Politik. 1912 bis 1918 war Heuss Hauptschriftleiter der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn, für die er schon als Student meist feuilletonistische

15 Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme, Stuttgart 2011, S. 9.

16 Theodor Heuss: Stuttgarter Ausgabe, Briefe. Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus (Hrsg.). Wissenschaftliche Leitung Ernst Wolfgang Becker. Aufbruch im Kaiserreich, Briefe 1892-1917. Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther, München 2009; Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918-1933. Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dorrmann, München 2008; In der Defensive, Briefe 1933-1945. Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried, München 2009; Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949. Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, München 2007; Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949-1959. Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner, Berlin/New York 2010.

17 Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Herausgegeben und eingeleitet von Eberhard Pikart, Stuttgart 1970, S. 9.

18 Ebd. S. 30.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beiträge verfasst hatte. Nach Becker lagen mehr als 80% seiner Artikel im literarisch-künstlerischen Bereich, sie beinhalteten Buchbesprechungen, Reisebeschreibungen, kleinere Abhandlungen über Kunst.[19] 1913-1918 redigierte er ebenfalls in Heilbronn die Halbmonatszeitschrift „Der März" und übernahm nach seiner Rückkehr nach Berlin 1918 für fünf Jahre die Redaktion der Wochenzeitschrift „Deutsche Politik". 1919 arbeitete er bei der „Vossischen Zeitung" und der „Frankfurter Zeitung" und übernahm schließlich von 1923-1926 die Redaktion der Zeitschrift „Die deutsche Nation". Für die „Frankfurter Zeitung" wurde Heuss 1941 wieder tätig, in der er hauptsächlich historische und kulturpolitische Aufsätze veröffentlichen konnte.[20] Heuss arbeitete jedoch auch zu Beginn der 1940er Jahre für die NS-Wochenzeitung „Das Reich" – eine Tatsache, die in der Erinnerung an ihn nur selten erwähnt und kritisch hinterfragt wird.[21] An die vielfältige Tätigkeit als Journalist erinnert der Sammelband von Dahrendorf und Vogt, in dessen erstem Teil Aufsätze aus verschiedenen Tageszeitungen, dem „März", der „Hilfe", der „Neckar-Zeitung" u.a. wiederabgedruckt wurden.[22]

An diesen ersten Baustein seines Schaffens erinnert Theodor Heuss selbst am meisten – in seinen Briefen, die nicht selten von der prekären Situation seines journalistischen Bemühens besonders in der Zeit nach 1933 Zeugnis ablegen, als er als Herausgeber der „Hilfe" verzweifelt versuchte, die Zeitschrift journalistisch und finanziell zu retten, bis er nach mehreren Verwarnungen des Propagandaministeriums sein Amt niederlegte.[23]

In der „zwangsweisen Pause" seines journalistischen Wirkens ab 1942, mit bewirkt durch den erzwungenen Rückzug aus der Politik und der Lehre, widmete sich Heuss populärwissenschaftlichen Lebensbeschreibungen „großer Männer". Zu nennen sind hier an erster Stelle die Biografie über seinen

19 Vgl. Becker (wie Anm. 15), S. 25.
20 Vgl. ebd. S. 23-67.
21 Z.B. bei Becker (wie Anm. 15), S. 85.
22 Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden. Ausgewählt und kommentiert von Martin Vogt. Mit einem einleitenden Essay von Ralf Dahrendorf, Tübingen 1984.
23 Vgl. z.B. den Brief an Martha Dönhoff vom 8. August 1933, ADL N41-3, o. Bl; Jürgen Frölich: „Die Umformung des deutschen Seins erlaubt keine passive Resignation". Die Zeitschrift „Die Hilfe" im Nationalsozialismus. In: Christoph Studt (Hrsg.): „Diener des Staates" oder „Widerstand zwischen den Zeilen?" Die Rolle der Presse im Dritten Reich, Königswinter 2005, S. 115-129; Ders.: National-sozial versus Nationalsozialistisch? Die Hilfe und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1923-1933. In: Philippe Alexandre, Reiner Marcowitz (Hrsg.): Die Zeitschrift „Die Hilfe" 1894-1944. Ein Ideenlabor in Deutschland, Bern/Berlin u.a. 2011, S. 317-337; Jürgen C. Hess: „Die deutsche Lage ist ungeheuer ernst geworden." Theodor Heuss vor den Herausforderungen des Jahres 1933. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 6/1994, S. 65-137; Ders.: „Die Nazis haben gewußt, daß wir ihre Feinde gewesen und geblieben sind." Theodor Heuss und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14/2002, S. 143-195.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mentor und Vorbild Friedrich Naumann 1937,[24] über den Architekten Hans Poelzig 1939,[25] über den Zoologen und Begründer des ersten modernen Forschungsinstituts in Neapel Anton Dohrn 1940,[26] über den Begründer der organischen Chemie Justus von Liebig 1942[27] und über den liberalen Industriellen Robert Bosch 1946.[28] Durch diese einzigartige Leistung hat Heuss sich auch in der Wissenschaft selbst ein Denkmal gesetzt. Die ca. 700seitige Bosch-Biografie, für sich genommen schon ein Lebenswerk, erschien zuletzt 2008 in der 12. Auflage.[29]

Schreiben und Publizieren war für Heuss seit Jugendtagen ein zentraler Lebensinhalt, nicht nur aus privater Neigung, sondern es ermöglichte ihm den Einstieg ins Erwerbsleben und war ihm dann eine wichtige Einkommensquelle.[30] Das Schreiben hat Heuss zeit seines Lebens begleitet, in seinen späteren politischen Ämtern als Kultminister von Württemberg-Baden, als kurzzeitiger FDP-Parteivorsitzender und als Bundespräsident hat er es sehr vermisst. Im Ruhestand wollte er diese Leidenschaft des Lesens und Schreibens wieder ausleben, konnte allerdings nur noch wenig verwirklichen, bevor er starb. Zu viele Verpflichtungen, Korrespondenzen mit Bürgern und Krankheit nahmen seine Zeit in Anspruch.[31] Von 1960 bis 1962 arbeitete er an seinen Lebenserinnerungen, die 1963 unter dem Titel „Erinnerungen 1905-1933“[32] erschienen. Heuss wollte der Nachwelt eine Auswahl seines publizistischen und literarischen Werks überlassen. Aus diesem Grund arbeitete er gemeinsam mit dem Verleger Hermann Leins an deren Veröffentlichung.[33]

Öffentlich erinnert wurde an den Journalisten und Publizisten Heuss in geringerem Ausmaß als an den Zeichner. In Würdigung seiner Lebensleistung wurde Heuss zwar 1959 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

24 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, (zuerst 1937), 2. Aufl. Stuttgart 1949.
25 Theodor Heuss: Hans Poelzig. Das Lebensbild eines deutschen Baumeisters, (zuerst 1939), 2. Aufl. Tübingen 1948.
26 Theodor Heuss: Anton Dohrn in Neapel, Berlin/Zürich 1940.
27 Theodor Heuss: Justus von Liebig. Vom Genius der Forschung, Hamburg 1942.
28 Theodor Heuss: Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart 1946.
29 Theodor Heuss: Robert Bosch. Leben und Leistung, 12. Auflage Stuttgart 2008.
30 Becker (wie Anm. 15), S. 23 f.
31 Ebd. S. 167 f.
32 Heuss (wie Anm. 3).
33 Z.B. Theodor Heuss: Bei Gelegenheit… Außeramtliche, gelöste, nebenstündliche Produkte, Tübingen 1961.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

geehrt.[34] Doch ein detailliertes Bild seines publizistischen Wirkens fehlt bislang in der breiten Rezeption. Zwischen der öffentlichen Heusswahrnehmung als unpolitischer bildender Künstler und der Selbstwahrnehmung als liberaler Journalist und Publizist besteht eine auffallende Kluft.

2. Die Erinnerung an Heuss als „liberaler Politiker und Leitfigur der FDP"

Heuss als liberaler Politiker ist von seinen Weggefährten und Parteifreunden der FDP erinnert und von der Wissenschaft[35] analysiert worden, vielmehr als von ihm selbst. Heuss gilt bis heute vielen Liberalen als Traditionsfigur für das Streben nach Demokratie und als konstitutiv für den erfolgreichen Zusammenschluss liberaler Strömungen zur FDP nach 1945 und sein Bemühen um die Liberalen in der SBZ/DDR.
Begonnen hat sein politisches Engagement, dies vergaß Heuss nie zu betonen, beim national-sozialen Naumann. So war es nur folgerichtig, dass er 1910-1918 Mitglied der „Fortschrittlichen Volkspartei", 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wurde, die er 1919 als Bezirksverordneter in Berlin-Schöneberg und 1924-1929 im Reichstag vertrat. Auch für die Nachfolgepartei, die „Deutsche Staatspartei", nahm Heuss 1930-1933 ein Reichstagsmandat wahr.[36] Von diesen politischen Stationen wird die letzte am meisten erinnert, der er sich durch seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 22.3.1933 immer wieder stellen musste. Heuss selbst, die FDP, aber auch die Öffentlichkeit und die Wissenschaft setzten sich intensiv mit dem Verhalten Heuss' und seiner Parteikollegen auseinander. Seit mehreren Jahrzehnten wird hier um das Wie und Warum gestritten. Heuss selbst hat den ersten Versuch unternommen, seine Zustimmung zwar nicht zu rechtfertigen, aber zu erklären.[37]
Einen weiteren, wenn auch kleineren Teil der Erinnerungskultur an Heuss nehmen sein Amt als Kultminister in Württemberg-Baden 1945/46, seine Mitarbeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden und sein Mandat im Württembergischen Landtag ein, nachdem er im Januar 1946 zum Vorsitzenden der neu gegründeten liberalen „Demokratischen Volkspartei" (DVP) gewählt worden war. Diese recht kurzzeitigen, aber dennoch wichtigen Aufgaben und Herausforderungen, denen Heuss

34 http://www.literaturpreisgewinner.de/belletristik/friedenspreis-des-deutschen-buchhandels, abgerufen am 10. März 2012.
35 Z.B. Ernst Wolfgang Becker: Ein Intellektueller in der Vitrine? Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland nach 1945. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20/2008, S. 29-45.
36 Becker (wie Anm. 15), S. 57-71.
37 Heuss (wie Anm. 4).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich stellte, werden in der Rückschau von der Erinnerung an Heuss' Beitrag zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als liberaler Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender im Parlamentarischen Rat in Bonn in den Schatten gestellt. Im Gegensatz zu seinen früheren politischen Leistungen wird hier sein Engagement als Liberaler gewürdigt und immer wieder erinnert. So wird auch die Folgerichtigkeit betont, ihn am 12. Dezember 1948 in Heppenheim zum Vorsitzenden der westdeutschen liberalen Partei FDP zu wählen und am 12. Juni des folgenden Jahres zu bestätigen. Besonders für die FDP spielte Heuss in den nachfolgenden Jahrzehnten eine bedeutende Rolle als liberale Symbol- und Orientierungsfigur für die Öffentlichkeit, die der Partei nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten fehlte.

Nach seiner Zeit als Bundespräsident näherte er sich behutsam seiner politische Heimat wieder an: so nahm er z. B. 1961 am Frankfurter Bundesparteitag der FDP teil. Diese alte Verbundenheit zu den Liberalen kannte jedoch klare Grenzen. Als ein Plakat mit seinem Konterfei für den Bundestagswahlkampf verwendet werden sollte, verlangte er kurzerhand die Rücknahme. Öffentliche Parteinahme war für ihn als ehemaliges Staatsoberhaupt undenkbar.[38] Doch war die FDP immer bemüht, die Erinnerung an Heuss als Liberalen und FDP-Mitglied wachzuhalten. Auf einer Feierstunde des FDP-Landesverbandes Bayern bezeichnete Hildegard Hamm-Brücher Heuss als vorbildlichen Liberalen, dem es während der Diskussion um das Grundgesetz gelungen sei, urliberale Werte in die Verfassung einzubringen. Auch als Bundespräsident habe er seine politische Heimat niemals vergessen.[39]

Bis heute sieht sich die FDP in der Tradition ihres Gründervaters Heuss. Mit dieser Stilisierung seiner Person und „Verwendung" für liberale Parteipolitik war Heuss nicht immer einverstanden, sah er sich doch spätestens nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1949 als Präsident aller Deutschen. Dennoch versuchte er, auf zentrale parteipolitische Entscheidungen aus dem Hintergrund Einfluss zu nehmen, wie Weipert in seiner Studie von 2009 belegt.[40]

In gleichem Maße wie die Partei selbst sind auch liberale Stiftungen und Vereine bemüht, die Erinnerung an Heuss hochzuhalten. Zum 100. Geburtstag von Theodor Heuss 1984 widmete z. B. die liberale Karl-Hermann-Flach-Stiftung e.V. in Wiesbaden dem ersten Bundespräsidenten eine Ausstellung unter dem Titel „Theodor Heuss – Ein Leitbild des Liberalismus".[41]

38 Brief von Theodor Heuss an Erich Mende vom 11.3.1961, ADL A31-32, o.Bl.

39 Altbundespräsident Theodor Heuss zum Gedenken. Gedenkrede von Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, München 1964.

40 Mathias Weipert: „Verantwortung für das Allgemeine"? Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP, Stuttgart 2008.

41 Broschüre Theodor Heuss – Ein Leitbild des Liberalismus. herausgegeben von der Karl-Hermann-Flach-Stiftung e.V., Wiesbaden 1984.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

3. Die Erinnerung an Heuss als „Bundespräsident“

Die breiteste und stärkste Erinnerung gilt Theodor Heuss in seinem Amt als erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1959. Schon während seiner Amtszeit wurden ihm zahlreiche Ehrungen zuteil. 1953 wurde er Ehrenbürger der Stadt Heilbronn,[42] der Preis des deutschen Buchhandels ist oben schon erwähnt worden. Sein Mitarbeiter Hans Bott und sein Verlegerfreund Hermann Leins trugen aus Anlass des 70. Geburtstages „Begegnungen mit Theodor Heuss“ zusammen und veröffentlichten diese 1954.[43] In seiner zehnjährigen Amtszeit hatte er sich schon bald so viel Achtung und Respekt erarbeitet, dass die eine oder andere Stimme laut wurde, das Grundgesetz zu ändern, um ihm eine dritte Amtszeit zu ermöglichen – was Heuss ablehnte, getreu seinem Credo „Demokratie ist Herrschaftsauftrag auf Frist“.[44] Seine Abschiedsrede wurde am 12. September 1959 über alle deutschen Rundfunksender übertragen und später veröffentlicht.[45]
Er selbst versuchte in seinen letzten Lebensjahren, die – von ihm gewiss erwartete und/oder erhoffte – Erinnerungskultur und sein Bild in der deutschen Geschichte nach seinem Ausscheiden aus dem Amt und nach seinem Tod zu lenken. Wie oben schon erwähnt, widmete er sich in seinem Ruhestand intensiv der Aufarbeitung seines Schrifttums und seiner Reden.[46]
Die Erinnerung und die Sympathie, die dem ersten Staatsoberhaupt auch nach seiner Amtszeit entgegengebracht wurden, mündeten in ungezählten Einladungen zu Vorträgen, zu Jubiläumsveranstaltungen, Bitten zur Übernahme von Schirmherrschaften, intensivem Briefwechsel mit politischen Weggefährten und der deutschen Bevölkerung.[47] Heuss selbst nannte die Deutschen „jubiläumskrank und kongresswütig“.[48] Trotzdem nahm er an zahlreichen Veranstaltungen als Redner teil. Becker nennt allein für das Jahr 1960 40 In- und Auslandsreisen.[49]
Jedoch hatte diese Erinnerung kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Amt nicht immer positive Seiten; Heuss fühlte sich oft bedrängt, gar belästigt.

42 Michael Schwarz: Intellektuell und lokal verwurzelt. Große Feier in der Heilbronner Harmonie zum 125. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss. In: Echo am Sonntag vom 2. Februar 2009, ADL D6-808.
43 Hans Bott/Hermann Leins (Hrsg.): Begegnungen mit Theodor Heuss, Tübingen 1954.
44 Bundespräsident Theodor Heuss: Abschiedsrede an das deutsche Volk. 12. September 1959. Sonderdruck aus dem BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 169, Bonn 1959, S. 4.
45 Ebd. S. 4.
46 Heuss: Die großen Reden (wie Anm. 4).
47 Becker (wie Anm. 15), S. 167 f.
48 Zitiert nach: Gernot Stegert: Heilbronn war für Heuss auch geistige Vaterstadt. In: STIMME.de vom 2. Februar 2009, ADL D6-808, o.Bl.
49 Becker (wie Anm. 15), S. 168.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Becker spricht treffend vom „Unruhestand“.[50] Manchmal sah sich Heuss als Altbundespräsident verunglimpft, denn durch sein sehr entgegenkommendes Auftreten, seinen Humor, seine unbefangene Art, auf Menschen zuzugehen, entstand der Eindruck eines Vaters oder gar Großvaters der Nation, den Heuss als absolut unvereinbar mit seiner Vorstellung vom höchsten Staatsamt ansah. So war er stets bemüht, dem Amt des Bundespräsidenten, das er ja selbst entscheidend geprägt hatte, den nötigen Respekt und die entsprechende Achtung zu geben.[51]

Bei zahlreichen Anlässen wurde die Erinnerung an Heuss stets betont, sein Einsatz für die Demokratie, seine Arbeit am Grundgesetz und seine schwierige Aufgabe als erster Bundespräsident der Nachkriegszeit parteiübergreifend gewürdigt. So sagte Willy Brandt an Heuss‘ 100. Geburtstag im Deutschen Bundestag: „[…] Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Eugen Gerstenmaier, Gebhard Müller. Darf ich auch Kurt Georg Kiesinger nennen? Für sie alle gilt, daß sie – wie Heuss – ihre Pflichten für Berlin nicht als Stichwort für pathetische Sonntagsreden verstanden, daß ihnen die Erhaltung der deutschen Nation – in welcher Gestalt auch immer – am Herzen lag und, was vielleicht wichtiger ist, immer aufs neue durch den Kopf ging.“[52]

Auch heute noch gilt Theodor Heuss als ein Bundespräsident, der Maßstäbe gesetzt habe. „In seiner zehnjährigen Amtszeit“, so die online-verfügbare Kurzbiografie des Deutschen Historischen Museums, „hat Heuss der Institution des Bundespräsidenten durch Würde, Persönlichkeit und Geist ein weit über die formalen Rechte des Amts hinausgehendes Gewicht gegebenen und dazu beigetragen, Vorurteile in der Weltöffentlichkeit gegen die Deutschen abzubauen“.[53] Anlässlich des 125. Heuss-Geburtstages am 31. Januar 2009 fand ein von der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Reinhold-Maier-Stiftung und der Stadt Heilbronn gestiftetes Heuss-Kolloquium statt, in dem der „vorpräsidiale“ Heuss als einer der Väter des Grundgesetzes und als „Freund der Menschen und der Freiheit“[54] gewürdigt wurde. Ergänzt wurde das Kolloquium durch die von der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegebene und von Jürgen C. Heß verfasste Broschüre „Verfassungsarbeit. Theodor Heuss und der Parlamentarische Rat“.[55] Gleichzeitig wurde der erste Bundespräsident mit einem Festakt der Landesregierung und einer Festveranstaltung in

50 Ebd. S. 164.
51 Vgl. dazu Becker (wie Anm. 15), S. 164ff.
52 Ansprache des SPD-Vorsitzenden. In: Theodor Heuss 1884-1963. Zur Erinnerung an das politische Wirken von Theodor Heuss. Feierstunde anläßlich seines hundertsten Geburtstages am 31. Januar 1984 im Deutschen Bundestag, Bonn 1984, S. 31.
53 http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/HeussTheodor/index.html, abgerufen am 11. März 2012.
54 Stegert (wie Anm. 48).
55 Jürgen C. Hess: Verfassungsarbeit. Theodor Heuss und der Parlamentarische Rat, Berlin 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Geburtsstadt Heuss', Brackenheim, auf der u.a. sein amtierender Nachfolger Horst Köhler sprach, geehrt.[56] Auch die nach Heuss und seiner Frau benannten Gymnasien beteiligten sich mit einer Diskussion über „das Amt des Bundespräsidenten damals und heute – Selbstverständnis und politische Bedeutung von Heuss und Köhler im Vergleich"[57] an den Ehrungen.
Doch die Erinnerung an Heuss ist nicht nur eine abstrakt-ideelle. Seit 2002 ist das ehemalige Wohnhaus von Heuss auf dem Killesberg in Heilbronn, in dem er von 1959 bis 1963 lebte, zugänglich. Dort wird in einer Dauerausstellung, die die vom Bund finanzierte Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus trägt, über das gesamte Leben Heuss' informiert.[58] Auch das Theodor-Heuss-Museum in Brackenheim widmet sich intensiv der Erinnerung an den ersten Bundespräsidenten. Zum 125. Geburtstag von Heuss wurde eine lebensgroße Statue vor dem Museum durch Altbundespräsident Köhler enthüllt.[59]
In den letzten Jahrzehnten erinnerten vor allem private und öffentliche Stiftungen an Theodor Heuss. Die Friedrich-Naumann-Stiftung führte im Namen ihrer Bildungsarbeit in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach Symposien und Konferenzen durch, die das Wirken von Heuss zum Gegenstand hatten und haben. Auch die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus erinnert mit Ausstellungen, Führungen, aber auch wissenschaftlichen Veröffentlichungen an Ihren Namenspatron. 1964 wurde auf Initiative von Hildegard Hamm-Brücher und Ernst Ludwig Heuss die überparteiliche Theodor-Heuss-Stiftung gegründet, die mit dem Theodor-Heuss-Preis und der Theodor-Heuss-Medaille seit 1965 bürgerschaftliche Initiativen und Zivilcourage fördert.[60]
Das Amt als Bundespräsident stellte Heuss auf Augenhöhe mit anderen deutschen Staatsmännern. So ist das Erinnern an ihn Gegenstand von Veröffentlichungen, die sich auch anderen Persönlichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte widmen.[61] Besonders hervorgehoben sei hier der zwölfte Band der „Rhöndorfer Ausgabe", der unter dem Titel „Unter vier Augen" alle

56 Rüdiger Soldt: Liberaler Schwabe für Deutschland. 125. Geburtstag von Theodor Heuss. In: FAZ vom 31. Januar 2009, ADL D6-808.
57 „Heimatstadt" nähert sich dem Ehrenbürger wissenschaftlich. Großes Theodor-Heuss-Kolloquium am Freitag in der Harmonie – Diskussionsrunde mit Schülern in Alter Kelter. In: Heilbronner Stimme vom 27. Januar 2009, ADL D6-808.
58 http://www.stiftung-heuss-haus.de/html/theoheusshaus.html, abgerufen am 11. März 2012.
59 http://www.theodor-heuss-museum.de/, abgerufen am 11. März 2012.
60 http://www.theodor-heuss-stiftung.de/theodor-heuss-preis-2012/jahresthema.html, abgerufen am 11. März 2012.
61 Eberhard Jäckel/Horst Möller/Rudolf Hermann (Hrsg.): Von Heuss bis Herzog. Die Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik, Stuttgart 1999; Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren. Bearbeitet von Hans-Peter Mensing, Berlin 1997; Günther Scholz/Martin E. Süskind: Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler, München 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Niederschriften der von 1949 bis 1959 geführten Unterhaltungen zwischen Bundeskanzler und Bundespräsident umfasst.[62] Ediert wurden hier innen- und außenpolitische Gespräche. Die nationale Frage und die Folgen der deutschen Teilung, der Deutschlandvertrag, die Erlangung der Souveränität 1955, Personalfragen bei Regierungsbildungen kommen ebenso zur Sprache wie der Beginn der Einigung Europas und die Beziehungen zu den Staaten der Welt.
Nicht vergessen dürfen wir die ungezählten Plätze, Straßen, Schulen, Büsten, Brücken etc., die an Theodor Heuss als ersten Bundespräsidenten erinnern. Sie halten die Erinnerung an Theodor Heuss wach und tragen dazu bei, dass sich Menschen immer wieder mit dem Leben und dem Engagement des ersten Bundespräsidenten für einen demokratischen Wiederaufbau der Bundesrepublik nach 1945 auseinandersetzen.

4. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Theodor Heuss

Die wissenschaftliche Aufarbeitung von Heuss' Leben und Werk begann bald nach seinem Tod, war aber keineswegs von Kontinuität gekennzeichnet.[63] Erst seit Ende der 90er Jahre kann von einer regen Heuss-Forschung gesprochen werden. Zwar erschienen kurz nach seinem Tod Abhandlungen zu Teilaspekten seines Wirkens,[64] doch auf eine umfassende, wissenschaftlich fundierte Biografie muss man bis heute warten. 1990 legte Horst Möller[65] einen kleinen Band mit wissenschaftlichem Anspruch vor, der im letzten Jahr durch die zwar umfangreichere, aber noch keineswegs erschöpfende Biografie des Leiters der Heusschen Briefedition ersetzt worden ist.[66]
Heuss' Leben und Gesamtwerk trugen bis in die 90er Jahre hinein populärwissenschaftliche biografische Abhandlungen und Bildbände, aber auch Lebensdarstellungen seiner Mitarbeiter und Freunde Rechnung, z. B. 1959 das Lebensbild des ehemaligen Heuss-Schülers an der Deutschen Hochschule

62 Morsey/Schwarz (wie Anm. 61).
63 Z.B. Pikart (wie Anm. 3, 4, 17).
64 Modris Ekstein: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1969.
65 Horst Möller: Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller. Homme d'Etat et Homme de Lettres, Bonn 1990.
66 Becker (wie Anm. 15).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für Politik Welchert,[67] 1966 die Kurzbiografie des ehemaligen engen Heuss-Mitarbeiters Bott,[68] 1983 die Biografie von Winter,[69] 1997 die von Tschapke.[70] 1959 und 1983 erschienen die Bildbiografien von Proebst und Hamm-Brücher/Rudolph,[71] 1990 der Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart von Hertfelder/Ketterle.[72]

Botts, Welchert und Winters Biografien zeugen von tiefer Verehrung für Theodor Heuss und schildern durch die persönlichen Erfahrungen und auf Berufung seiner Schriften ein durchweg positives bis unkritisches Heuss-Bild.

Bott betont in diesem Sinn immer wieder dessen natürlichen, respektvollen und wohlwollenden Umgang mit seinen Mitmenschen, seien es Parteikollegen, Mitarbeiter oder die Bevölkerung. So formuliert er über diesen Umgang: „Seine rhetorische Unmittelbarkeit, ohne Pathos in befreiender Natürlichkeit und mit Humor, hatte stets eine starke Wirkung, so daß bald jede Universität, jede Stadt, Berufs- und Wirtschaftsverbände eine Rede von Theodor Heuss erbaten".[73]

Kleinere und größere wissenschaftlich fundierte Abhandlungen sind breit gefächert und befassen sich mit Teilaspekten des Heussschen Wirkens, mit seinem literarischen Wirken, seinen Zeichnungen, seiner Tätigkeit als Journalist[74] und west- und gesamtdeutscher Politiker,[75] seinem Einfluss auf die demokratische politische Kultur in Deutschland[76] und seinem Amt als Bundespräsidenten. Den größten Teil nehmen hierbei die Analysen zu Heuss als Politiker und Bundespräsident ein. Hier sind die Schwerpunkte auf die Auseinandersetzung Heuss' mit dem System der Weimarer Republik, seine Haltung zum Nationalsozialismus, sein Anteil beim Aufbau der liberalen Partei in Westdeutschland, die Bemühungen um eine gesamtdeutsche liberale Partei, sein Wirken im Parlamentarischen Rat und als Bundespräsident gesetzt.

67 Hans-Heinrich Welchert: Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Bonn 1953.
68 Hans Bott: Theodor Heuss in seiner Zeit, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1966.
69 Ingelore M. Winter: Theodor Heuss. Ein Porträt, Tübingen 1983.
70 Reinhard Tschapke: Theodor Heuss, Berlin 1997.
71 Hermann Proebst: Heuss. Eine Bildbiographie, München 1959; Hildegard Hamm-Brücher/Hermann Rudolph: Theodor Heuss. Eine Bildbiographie, Stuttgart 1983.
72 Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident (wie Anm. 11).
73 Bott (wie Anm. 68), S. 75.
74 Reiner Burger: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte, Münster 1999; Jürgen Frölich (wie Anm. 23).
75 Jürgen C. Hess: Fehlstart. Theodor Heuss und die Demokratische Partei Deutschlands 1947/48, In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 9/1997, S. 83-121; Ines Soldwisch: „… der Westen habe kein Verständnis für die besonders gearteten Verhältnisse in der deutschen Ostzone gezeigt…" – Das Scheitern der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) im Spiegel des „Morgen" 1947/48. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 20/2008, S. 47-58.
76 Hermann Rudolph: Ein neues Stück deutsche Geschichte. Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik, Stuttgart 2000.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schon früh begann Pikart, sich mit Heuss als Bundespräsidenten in seinem Verhältnis zum ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer zu befassen.[77]
Nicht wegzudenken aus der Heuss-Forschung sind besonders die Arbeiten von Hess und Becker, die schon quantitativ anderen voraus sind und auf wichtigen Feldern Grundlagenforschung betreiben. Hess beschäftigt sich vornehmlich mit Heuss' politischem Wirken vor 1933 und seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus danach,[78] aber auch mit der Deutschen Frage nach 1945[79] und dem Versuch der Gründung einer gesamtdeutschen liberalen Partei.[80] Auch Becker sieht – die Biografie einmal ausgenommen – seinen Schwerpunkt in der Erforschung des Lebens und Wirkens von Heuss während des Nationalsozialismus,[81] aber auch im Engagement Heuss' für den Liberalismus nach 1945.[82] Mit dem Intellektuellen und „Citoyen" Heuss befasst sich besonders Hertfelder, indem er versucht, in Heuss' politischem und journalistischem Arbeiten die tiefe Verwurzelung im Bildungsbürgertum nachzuweisen.[83] Zahlreiche Quellensammlungen und Quelleneditionen ergänzen diese Forschungen, bleiben aber auch ein Auftrag, sich intensiv interpretatorisch mit den Quellen auseinanderzusetzen.
Trotz Gesamtdarstellungen und Untersuchungen von Teilaspekten des Schaffens Heuss' bleiben noch viele Desiderata, etwa die intensive und detaillierte Auseinandersetzung mit dem dichterischen Frühwerk, Heuss' Arbeit beim Werkbund, seine Professur in Stuttgart, seine Zeit als Kultminister in Württemberg-Baden, aber auch die intensive Analyse seines politischen, privaten und gesellschaftlichen Briefwechsels. In all diesen Bereichen sind schon Anfänge unternommen worden, allein aufgrund der Masse an Primärquellen ist jedoch vieles des oben angesprochenen noch zu erforschen.

77 Eberhard Pikart: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart 1976.
78 Hess (wie Anm. 6 und 23).
79 Ders.: Machtlos inmitten des Mächtespiels der anderen. Theodor Heuss und die deutsche Frage 1945-1949. In Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33/1985, S. 88-135.
80 Ders. (wie Anm. 75).
81 Ernst Wolfgang Becker: Ermächtigung zum politischen Irrtum. Die Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz" von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten Württemberg-Badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit, Stuttgart 2001; Ders.: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus. In: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz (Hrsg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 57-89.
82 Becker (wie Anm. 35), S. 29-45.
83 Thomas Hertfelder: Das symbolische Kapital der Bildung. Theodor Heuss. In: Thomas Hertfelder/Gangolf Hübinger (Hrsg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000, S. 93-113; Ders.: Der Bürger als Präsident. Theodor Heuss. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 66/2007, S. 457-473.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5. Heuss als Symbolfigur für eine liberale Erinnerungskultur?

Es ist mit der Erinnerung an Heuss wie mit ihm selbst, „Vielfalt" scheint das Wort zu sein, das auf Heuss am besten passt. So sagte Hans-Dietrich Genscher, einer der Nachfolger Heuss' im Bundesvorsitz der FDP: „Es ist mit ihm immer ein wenig anders als man annimmt."[84]

So ist es auch mit einer Erinnerungskultur an Heuss. Wird sein eigenes Schaffen betrachtet, das in die Erinnerungskultur einfließt und/oder auch aktiv dafür geschaffen wurde, sind gerade seine journalistischen Arbeiten und sein „Output" als Bundespräsident Paradebeispiele für eine liberale Erinnerungskultur, die durch seine freiheitlich-demokratische Geisteshaltung bestimmt wurde. Davon zeugen seine Texte, seine Briefe, seine Redebeiträge. Für Heuss bedeutete Freiheit immer auch Verantwortung, die er mehr oder minder gern, durch Übernahme vieler differenzierter Ämter übernahm, sei es als Journalist, Kulturpatriot, Politiker, Bundespräsident, Mensch. Das ist zutiefst liberal.

Betrachten wir, was die Weggefährten, die Nachfolger, die deutsche Öffentlichkeit daraus in ihrer Erinnerung gemacht haben, muss ein modifiziertes Urteil gefällt werden. Theodor Heuss ist in der Erinnerung an ihn sozusagen „bundesrepublikanisch vergemeinschaftet" worden. Er ist Bestandteil der Erinnerungskultur an das demokratische Weimar, er ist positiv verwurzelt in einer publizistisch/journalistischen Erinnerungskultur durch die Erinnerung an seine meist kulturellen, teils politischen Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, bis hin zu seinen biografischen Abhandlungen über sich selbst und andere große Männer seiner Zeit. Tief verwurzelt ist er auch in der Erinnerung an die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschlandpolitik. Auch die Erinnerung an den „Papa Heuss", gegen die er sich immer gewehrt hatte, zeugt von der Zuneigung des deutschen Volkes und davon, dass dieses Volk ihren ersten Präsidenten für glaubwürdig hielt und ihm den Aufbau einer demokratischen Republik zutraute. Dass immer wieder das Demokratische, Erzieherische und Verantwortungsvolle an Heuss betont wurde, kann die These der liberalen Erinnerungskultur stützen, die jedoch hier neben anderen besteht.

Manchmal gerieten gerade liberale Politiker in Versuchung, Heuss zu sehr für sich zu vereinnahmen und auf ein Podest zu stellen. Nun, immerhin hatte er seine politische Heimat in liberalen Parteien und war nicht zuletzt als kurzzeitiger Bundesvorsitzender deren Identifikations- und Symbolfigur nach innen und außen. Vielleicht war er aber auch zu freiheitsbewusst, um sich nur von liberaler Parteipolitik lenken zu lassen. Auch in seiner Mitarbeit am Grundgesetz und als Bundespräsident trat er für Werte und Grundsätze

84 Ansprache des Bundesaußenministers. In: Theodor Heuss 1884-1963 (wie Anm. 52), S. 33.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ein, die liberale Politiker von jeher bestimmt hatten, aber im demokratischen Deutschland kein Alleinstellungsmerkmal einer einzigen Partei mehr waren.
Die wissenschaftliche Forschung über Theodor Heuss vermag mehrere Erinnerungskulturen zu bestätigen, zum ersten die des talentierten Journalisten, der durch seine Texte den immanenten Wert einer freiheitlichen Grundordnung in einer Gesellschaft immer wieder betonte. Zum zweiten wird auch der demokratische Politiker von Weimar angesprochen, allerdings viel kritischer und distanzierter, als in der öffentlichen Erinnerung. Dem liberalen Politiker nach 1945 wird ein fester Platz in der Geschichte der Bundesrepublik und der FDP zugestanden, wenn auch in unterschiedlicher Bewertung, die von sehr positiv z. B. bei Hertfelder bis kritisch beurteilend bei Becker ausfällt.
Einig ist sich die Forschung in der insgesamt positiven Bewertung der Leistung Heuss‘ als Bundespräsident. Doch auch hier ist das Bild ein exakteres als in der öffentlichen Erinnerung, gerade was problematische Entscheidungen (Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz), bestimmte Alleingänge (Ablehnung des Begriffs liberal für den Parteinamen FDP) und zu festes Beharren auf eigenen Standpunkten (Hymne der BRD) betrifft.
So kann die Forschung die oben genannten Facetten von Erinnerungskulturen bestätigen. Die konkrete Frage nach einer spezifisch liberalen Erinnerungskultur ist in dieser Form zum ersten Mal gestellt worden. Nach der oben geführten Analyse kann gesagt werden: Ja, es gibt sie, als Wahrnehmung einer Geisteshaltung der Freiheit, Toleranz und Verantwortung, die gerade an der Person Theodor Heuss exemplarisch zu erfahren ist.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Philippe Alexandre

Französische und deutsche Liberale und die Erinnerung an die Revolution von 1789

Einleitung

Das Thema, mit dem wir uns hier zu befassen haben, ist schwierig. In Deutschland gibt es nämlich seit Anfang des 19. Jahrhunderts nicht nur Anknüpfungspunkte für eine liberale Erinnerungskultur, sondern auch Personenkreise, die diese pflegen. Die „Aufklärung", die Befreiungskriege (1813-1815), das Wartburgfest (18./19. Oktober 1817), die Revolution von 1830, das Hambacher Fest (27.-30. Mai 1832), der Frankfurter Wachensturm (3. April 1833), die Märzrevolution und das Frankfurter Parlament bilden ein historisches und geistiges Vermächtnis, auf das sich die deutschen Liberalen berufen konnten und können. Die Erinnerung an diese Ereignisse, die z. B. bei den „Märzfeiern" gepflegt wurde, war und bleibt für diese eine identitätsstiftende Tradition; sie ist inzwischen teilweise ein Bezugssystem für die ganze deutsche Nation geworden.[1] Diese deutsche Entwicklung hängt damit zusammen, dass seit der Vormärzzeit in den einzelnen deutschen Parlamenten, in der Frankfurter Versammlung von 1848, seit 1861 im preußischen Landtag, dann ab 1871 im Deutschen Reichstag sowie schließlich im Deutschen Bundestag und in den deutschen Landtagen liberale Gruppen bzw. liberale Parteien existieren.

In Frankreich sieht die Situation anders aus. Liberale Denker und Historiker haben zwar nach 1789 bedeutende Beiträge zur Ideengeschichte der großen Strömung „Liberalismus" geleistet: Alexis de Tocqueville, Benjamin Constant, François Guizot oder Frédéric Bastiat gelten in der Geschichtsschreibung des Liberalismus[2] als Vordenker des modernen liberalen Staates oder sie sind als Wirtschaftstheoretiker im kollektiven Gedächtnis. Aber nicht Liberale, sondern Republikaner besetzten nach 1870, in der Entstehungszeit der Dritten Republik, die Machtpositionen im Staat. Die sogenannten

1 Vgl. z.B. die Beiträge zum Themenschwerpunkt „Erinnerungsorte des Liberalismus – liberale Erinnerungsorte in Deutschland". In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 21 (2009), S. 7-120; Otto Borst (Hrsg.): Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie. Tübingen 1997; 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden. Landesausstellung im Karlsruher Schloß vom 28.2.1998-2.8.1998. Baden Baden 1998.

2 Siehe Philippe Nemo/ Jean Petitot (Hrsg.): Histoire du libéralisme en Europe. Paris 2006, 2. Teil: Le libéralisme français, S. 176-553.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Regierungsrepublikaner“, auch „Opportunisten“ genannt, führten kirchen- und schulpolitisch entscheidende Reformen im liberalen Sinn durch; in den 1890er Jahren waren sie im wirtschaftlichen Bereich Befürworter einer Schutzzollpolitik, auch wenn sie mit Freihändlern regierten.

Sucht man heute vergeblich in der französischen Parteienlandschaft große Parteien, die das Etikett „liberal“ für sich beanspruchen, so ist das darauf zurückzuführen, dass das Wort „liberal“ in der öffentlichen Meinung, also in der Wählerschaft Frankreichs, abstoßend wirkt.[3] Parteien der Rechten, der Mitte und der sozialliberalen Linken, die in bestimmten Punkten ihres Programms liberale Ideen vertreten, hüten sich, das Prädikat „liberal“ für sich zu beanspruchen. Im jetzigen Frankreich existieren nur zwei „nominell“ liberale Parteien: Eine ist die „Alternative Libérale“, die auf einer Versammlung vom 5. November 2011 sich für ein Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung vom 26. März 1976 als Gründungsdokument des europäischen Liberalismus ausgesprochen und deren Inhalt anerkannt hat;[4] die andere ist die „Parti libéral-démocrate“ (Liberal-Demokratische Partei).[5] Beide konnten bei Lokal- oder Regionalwahlen der letzten Jahre kaum vier oder fünf Prozent der Stimmen erzielen.

Das Eigenartige an der Situation des Liberalismus in Frankreich zeigt sich ganz deutlich am Buch „Histoire du libéralisme en Europe“.[6] Die Geschichte des französischen Liberalismus endet hier mit einem Aufsatz von Marie-Claude Blais über den französischen Kantianismus und Charles Renouvier (1815-1903).[7] Renouvier gehörte zu jenen Republikanern, die am Ende des 19. Jahrhunderts versucht haben, einen Mittelweg zu finden zwischen dem parlamentarischen Regime und der sozialen Demokratie. Gegenüber den Lehren, die nur die politische Republik oder die „soziale“ Republik durchsetzen wollten, galt es für ihn, die individuelle Freiheit und die Garantie der vom Staat verbürgten Rechte miteinander zu verknüpfen. Marie-Claude Blais schließt mit der Feststellung, dass heutzutage „jeder Republikaner sein will“, dass „alle Parteien darüber streiten, ob die republikanische Idee sozialistisch oder liberal sei“. Dieser Mittelweg zwischen den Auswüchsen des liberalen Individualismus und dem autoritären Sozialismus kennzeichnet die

3 Pierre Manent/ Jean-Miguel Pire/ Jacques Rigaud/ Christian Stoffaës: Avant-propos. In: Christian Stoffaës (Hrsg.): Psychanalyse de l’antilibéralisme. Les Français ont-ils raison d’avoir peur? Institut d’Histoire de l’Industrie. Paris 2006, S. 7-9.

4 Die „Alternative libérale“ beruft sich auf die FDP.

5 Zum Liberalismus bekannte sich die „Parti républicain„ (Republikanische Partei), ein Teil der früheren UDF (Union pour la Démocratie Française), die sich 1997 unter dem Vorsitz von Alain Madelin in „Démocratie libérale“ umbenannte und sich von der UDF trennte. Bei der Präsidentschaftswahl von 2002 erhielt Madelin 3,9 Prozent der Stimmen. „Démocratie libérale“ schloss sich dann der UMP (Union pour un Mouvement Populaire) an.

6 Nemo/ Petitot (Hrsg.) (wie Anm. 2).

7 Marie-Claude Blais: Le kantisme français et la pensée de Charles Renouvier. In: Ebda., S. 531-553.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„demokratisch-liberale“ Synthese, auf der die französische Idee der Republik beruht.[8]

Kann man im heutigen Frankreich kaum von einem parteipolitisch stark organisierten Liberalismus sprechen, so existiert doch eine „famille libérale“. Als Gedankengut stellt der Liberalismus außerdem, wie es im Vorwort zu einer „Psychoanalyse des Antiliberalismus“ heißt, „eines der großen Rätsel des politischen und intellektuellen Lebens in Frankreich dar. Als Erbe der Aufklärung und der Revolution steht er im Herzen unserer kollektiven Mentalität und unserer staatlichen Einrichtungen, und er prägt die meisten politischen Strömungen, die – auf der Linken wie auf der Rechten – unser demokratisches Leben strukturieren.“[9]

Aus diesen Gründen muss unseres Erachtens die Frage, ob es in Frankreich eine liberale Erinnerungskultur gibt, eigentlich mit Nein beantwortet werden. Dennoch lässt sich folgende Feststellung machen: Die Diskussion um die Ursprünge, die Entwicklung und die Folgen der Französischen Revolution bietet eine Grundlage, auf der französische Liberale ihre Identität behaupten können, wie namentlich das 200jährige Jubiläum von 1989 gezeigt hat. Auch wenn die republikanische Tradition und der sogenannte „republikanische Konsens“ in Frankreich die Herausbildung einer eigenen Erinnerungskultur schwierig machen, interpretiert jede politische Strömung auf ihre Weise die Symbole der Revolution und macht davon Gebrauch, um sich selbst und ihre Einstellungen zu wichtigen Zeitfragen ideologisch zu legitimieren.

Um diese Situation zu verdeutlichen, werden wir die Erinnerung an die Revolution von 1789 unter drei Gesichtspunkten analysieren, und zwar unter denen der Geschichtsschreibung, der Begehung des Nationalfeiertags, des „14. Juli“, und der nationalen Symbole der Republik. Die Französische Revolution und ihre Folgen hatten aber eine internationale Dimension wegen ihrer vielseitigen Ausstrahlungen und Auswirkungen, nicht zuletzt in Bezug auf Deutschland. Deshalb soll auch die Einstellung deutscher Liberaler zu den Jubiläen dieses Epoche machenden Ereignisses mitberücksichtigt werden. Eine Feststellung drängt sich auf: Die Franzosen haben immer ihre „Große“ Revolution verherrlicht als ein Ereignis von weltweiter und weltgeschichtlicher Bedeutung, auf das allerdings in manchen Ländern bei revolutionären Prozessen Bezug genommen wurde; aber sie haben es unterlassen, die Frage danach zu stellen, auf welchem Weg andere Nationen zu ihrer eigenen Revolution kommen und ihren liberalen Nationalstaat verwirklichen konnten. Äußerungen deutscher Liberaler zu den Jubiläen von 1889 und 1989, also in ganz verschiedenen Zusammenhängen, lassen nicht nur die

8 Ebda., S. 552.
9 Manent u. a. (wie Anm. 3), S. 7-8.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Revolution von 1789 selbst, sondern auch die französischen Revolutionsjubiläen in einem etwas anderen Licht erscheinen.

An der Französischen Revolution scheiden sich die Geister: Französische Liberale und die Deutung der Revolution von 1789

Erinnerungskultur ist nicht nur eine Tradition von Ritualen, die zu bestimmten Zeiten, d. h. anlässlich von Jubiläen und Jahrestagen, wiederkehren; Erinnerung kann auch als Dauerprozess, als Ferment einer permanenten Diskussion, als identitätsstiftende Selbstbesinnung aufgefasst werden. Die Französische Revolution von 1789 war ein Gründungsereignis, ein entscheidender Faktor in der französischen Nationsbildung, aber auch eine ambivalente kollektive Erfahrung, aus der je nach politischem Lager unterschiedliche Lehren gezogen wurden. Die französische Geschichtsschreibung, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert mit diesem Ereignis auseinandergesetzt hat, liefert einen wesentlichen Beitrag zu dieser Erinnerungsarbeit. Die Interpretation der „Großen" Revolution zieht Trennungslinien zwischen Rechts und Links, zwischen Konservativen, Liberalen und Vertretern der „jakobinischen" bzw. sozialistischen Tradition;[10] sie stellt aber auch ein strukturierendes Moment im nationalen Leben der Franzosen dar, sie bleibt eine offene Diskussion nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über die Zukunft der Republik.
Schon 1850, also zwei Jahre nach der Februarrevolution, schrieb der liberale Nationalökonom und Publizist Henri Baudrillart in der „Revue des Deux Mondes":

> „Wieviel Regierungen hat diese Art von Sphinx, die man die Französische Revolution nennt, schon verschlungen! Noch immer sind wir auf der Suche nach der richtigen Bezeichnung, und doch fehlt es um uns herum nicht an solchen, die eine Lösung zu wissen glauben. Für dieses große Ereignis folgten die Kommentatoren bald den Geschichtsschreibern. Bis zur Februarrevolution beschränkte man sich darauf, die Revolution zu erzählen; heute streitet man darüber, man bekämpft sie oder man verteidigt sie, man stellt ihre Realität in Frage oder man proklamiert sie. Es handelt sich nicht mehr um ein fernes Ereignis, sondern es geht um uns selbst, um unsere gegenwärtige Situation und unsere Zukunft. Warum sollten wir uns nicht mit diesem seltsamen Bemühen der öffentlichen Meinung beschäftigen,

10 Vgl. dazu Helmut Berding: Die Französische Revolution in der Kontroverse. In: liberal 31(1989), H. 4, S. 40-50.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die eines der schwierigsten Probleme, die je das Leben einer Nation belastet haben, bald lösen, bald verneinen möchte?“[11]

In der Rezeptionsgeschichte der Revolution von 1789, die in den vergangenen drei Jahrzehnten einen großen Wandel durchgemacht hatte, unterschied Baudrillart drei Tendenzen: die liberale oder parlamentarische, die radikale und die konterrevolutionäre. Diese Entwicklung wirkte sich so verwirrend auf die innenpolitische Situation Frankreichs aus, dass die Franzosen sich nun etwas „skeptisch“ und „unentschlossen“ zeigten: Sie fragten sich unter dem Einfluss der Ereignisse von 1848, ob sie die Revolution von 1789, deren Abschluss sich unendlich hinauszuzögern schien, als einen Segen oder als ein Übel betrachten, als Ganzes oder nur teilweise akzeptieren sollten.
Diese Fragen bleiben bis heute offen, wie sich im Jahre 1989 deutlich zeigte, als es darum ging, den Feiern des Bicentenaire eine Orientierung zu geben. Präsident François Mitterrand musste damals Stellung beziehen. Er war der Ansicht, es gehöre zu den Befugnissen des Staatsoberhauptes, auch in geschichtlichen Fragen ein Machtwort zu sprechen. Er vertrat in der Frage des „Abschlusses“ der Französischen Revolution eine These, die genau das Gegenteil der liberalen These des Historikers François Furet war. Furet meinte – und Mitterrands Premierminister Michel Rocard teilte diese Sichtweise –, es gelte, eine „Kultur des Kompromisses“ und nicht eine „Kultur des Konfliktes“ zu begünstigen. In einer Festrede erklärte Mitterrand am 20. Juni 1989 in Versailles:

„Ein Volk ohne Gedächtnis ist kein freies Volk. Diktaturen beginnen immer damit, dass sie aus der Geschichte die Fakten streichen, die ihnen nicht ins Bild passen, um den Zugang zur Vergangenheit zu sperren und, weil sie die Wege in die Zukunft zu beherrschen glauben, knebeln sie jeden widerspenstigen Gedanken, jedes widerspenstige Wort. Jedesmal, wenn bei uns versucht wurde, die Spuren der Revolution verschwinden zu lassen, wurde die Freiheit bedroht. […] Die unangenehmen Momente unseres gemeinsamen Abenteuers von 1789 dürfen wir nicht verdrängen; wir dürfen auch nicht, was uns nicht gefällt, vergessen und, was uns gerecht ist, behalten. Dies wäre für uns kein Gewinn. Wir müssen im Gegenteil heftig darüber streiten; desto besser, das zeugt dafür, dass unsere Demokratie lebendig ist, dass die Revolution kein lebloses Objekt ist, dass die damals gestellten Fragen nichts von ihrer Modernität verloren haben.“[12]

11 H[enri] Baudrillart: Les nouveaux historiens de la révolution française et la révolution de février. In: La Revue des Deux Mondes, Bd. 8, Okt./ Dez. 1850, S. 808-830, hier S. 808-809.

12 Zitiert in Claude Estier: François Mitterrand toujours présent, le 6 juin 2009, à propos de Patrick Garcia, Présidents de la République face à l’histoire. In: Le Monde, 21.3.2009, http://www.mitterrand.org/spip.php? article425 (Zugriff: 1. Nov. 2011).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Diese These, nach der die Französische Revolution ihren Abschluss noch nicht gefunden habe, vertritt Vincent Peillon[13] in seinem 2008 erschienenen Buch „La Révolution française n'est pas terminée",[14] in dem die neuesten Ansichten über dieses zentrale Ereignis der Geschichte Frankreichs analysiert und kritisiert werden. Der Titel bedeutet, dass die Revolution als ein immerwährender Prozess, in dem sich die französische Nation ständig durch eine Selbstbesinnung erneuert, interpretiert werden soll. 2011 veröffentlichte der Historiker und Publizist Jean-Pierre Rioux, Mitglied der Demokratischen Bewegung (MoDem), eine Geschichte der *centristes*, d. h. der politischen Mitte, in Frankreich „von Mirabeau bis Bayrou". Nachdem der Mann der Mitte, François Bayrou, 2007 bei der Präsidentschaftswahl 18,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wollte der Autor die Geschichte einer politischen Strömung zur Geltung bringen, die zwar oft verschmäht wurde, die aber in Frankreich – über die bipolare Konstellation Rechte/Linke hinaus – seit 1789 zum Fortschritt der Demokratie beigetragen und das politische Leben attraktiver gemacht habe.[15] Jean-Pierre Rioux zeigt, welche Rolle der „liberale Zentrismus", der die Schreckensherrschaft wie die absolute Monarchie ablehnte, in der Revolutionszeit gespielt hat; seine Vertreter leiteten von 1794 bis 1799 eine eigene politische Tradition ein, indem sie einen Weg zu einer *démocratie à la française* suchten.[16]

Diese Beispiele zeigen, wie im heutigen Frankreich politische Strömungen immer noch auf die Französische Revolution Bezug nehmen, um sich zu definieren. Henri Baudrillart fasste schon 1850 die Situation sehr gut zusammen: 1. Die „katholisch-monarchische" oder „konterrevolutionäre" Interpretation lehnte die Revolution als Ganzes ab, da die Gewalt der Schreckensherrschaft schon in den Prinzipien von 1789 enthalten war. 2. Die „liberale" Interpretation berief sich auf das Gedankengut der Aufklärung und von 1789, d. h. der ersten Jahre der Revolution; sie verurteilte aber die Schreckensherrschaft von 1793/1794. 3. Im Gegensatz dazu bekannte sich die „jakobinische" Interpretation zur Revolution „*en bloc*", wie später der Radikale Georges Clemenceau, bekanntlich lange Jahre Ministerpräsident, diese Sicht auf den Punkt bringen sollte. Nach dieser Konzeption kann man kein Element von dem Gesamtereignis wegstreichen, ohne das Ganze in Frage zu stellen.

13 Vincent Peillon ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die französischen Sozialisten.
14 Vincent Peillon: La Révolution française n'est pas terminée. Paris 2008.
15 Jean-Pierre Rioux: Les Centristes de Mirabeau à Bayrou. Paris 2011, S. 7-8: „Une histoire répudiée".
16 Ebda., S. 18.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Liberal eingestellte Historiker wie François-Auguste Mignet[17] (1796-1884) oder Adolphe Thiers[18] (1797-1877) suchten – als Vertreter der sogenannten „deterministischen" Schule – in der Geschichte der Revolution Mechanismen hervortreten zu lassen und den Einfluss der Vernunft herauszustellen; das Postulat war, dass aus dem Chaos eine Ordnung entstanden war. Eine Revolution löst zwangsläufig eine Reaktion aus. Diese Theorie sollte die liberale Interpretation der Revolution nachhaltig beeinflussen.

Mignet, der als erster die soziale Dimension der Revolution von 1789 hervorgehoben hat, unterschied zwei Revolutionen. Die erste (1789-1791) resultierte aus der Notwendigkeit, politische Einrichtungen zu schaffen, die den neuen sozialen Verhältnissen in Frankreich entsprechen würden; diese Revolution vollzog sich unter dem Einfluss des Mittelstands, der regierungsfähig war, aber bis 1789 von der Regierungsgewalt ferngehalten wurde. Die zweite Revolution war eine defensive, die den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte zu bekämpfen hatte; durchgeführt wurde diese vom Volk, an das der Mittelstand appelliert hatte, um seine Revolution zu verteidigen. Anders als seine Vorgänger unterschied also Mignet zwei Gruppen im Dritten Stand: den Mittelstand und das Volk. Der Mittelstand, der die Revolution von 1789 vollbracht hatte, musste nicht mehr die Schuld an der Revolution von 1793 mittragen; seine Gegner, die privilegierte Klasse, waren verantwortlich. Die Geschichte der Revolution von Mignet war insofern wichtig, als sie auf Schwierigkeiten hinwies, mit denen eine *liberale* Revolution konfrontiert sein konnte und wie diese überwunden werden sollten, damit die Revolution sich erfolgreich vollzieht. Diese Schwierigkeiten waren der Krieg nach außen und die Mobilmachung der Masse.[19] Mignets Geschichte der Revolution sollte ein Lehrbuch werden für die liberalen Revolutionen des 19. Jahrhunderts in Frankreich.

Noch vor der Revolution von 1848 kam eine republikanische Geschichtsschreibung zum Durchbruch, die – anders als die Liberalen – die republikanische Periode, d. h. auch die Zeit der Schreckensherrschaft, akzeptierte. Mit seinem Buch „L'Ancien Régime et la Révolution" (1856) brachte Alexis de Tocqueville wieder einen liberalen Gesichtspunkt in der Debatte über die

17 François-Auguste Mignet: Histoire de la Révolution française depuis 1789 jusqu'en 1814. Paris 1824.

18 Adolphe Thiers: Histoire de la Révolution française, 10 Bände. Paris 1823-1827.

19 Das betont Mignet in der Einleitung seiner Geschichte der Französischen Revolution: „Um solche großen Reformen durchführen zu können", schreibt er, „mussten viele Hindernisse überwunden werden, was zeitweise zu Auswüchsen führte, aber auch dauerhafte Veränderungen mit sich brachte. Die Bevorrechteten wollten sich ihr [der Französischen Revolution] entgegensetzen, Europa versuchte, sie niederzuschlagen. Zum Kampf gezwungen, konnte sie weder ihre Kräfte bändigen, noch die Folgen ihres Sieges in Grenzen halten. Der Widerstand im Innern zeitigte die Souveränität der Menge, die Angriffe von außen die militärische Herrschaft." François-Auguste Mignet (wie Anm. 17), S. 1-2.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Große Revolution zur Geltung. Tocqueville nahm sich nicht vor, eine neue Geschichte der Französischen Revolution, sondern eine „Studie über die Revolution“[20] zu bieten. Er zeigte, welche Anstrengungen die Franzosen 1789 in Kauf genommen hatten, um ihrem gemeinsamen Schicksal eine radikale Wende zu geben und „eine Kluft zu schaffen zwischen dem, was sie bis dahin gewesen waren, und dem, was sie nun werden wollten“.[21] Tocqueville definierte die Revolution als „ein gewaltsames und schnelles Verfahren, mit dem die politischen Einrichtungen den sozialen Zuständen, die Tatsachen den Ideen und die Gesetze den Sitten angepasst wurden“.[22] Eine politische Entwicklung war unabwendbar und notwendig; die Revolution war nur eine Modalität unter anderen.

Die Republikaner aus der Zeit der Dritten Republik setzten nach ihrem endgültigen Sieg eine offizielle Interpretation der Französischen Revolution durch, und die *école républicaine* trug zur Verbreitung dieser Interpretation bei. Die Historiographie der Revolution institutionalisierte sich mit der Festigung der Republik. Zeitschriften, Historikergesellschaften und ein Lehrstuhl an der Sorbonne in Paris wurden zu diesem Zweck ins Leben gerufen. Das 100jährige Jubiläum der Revolution markierte im Jahre 1889 einen propagandistischen Höhepunkt zugunsten dieser republikanischen Ideologie.

Aus dieser Entwicklung heraus erklärt sich, dass bis heute mehrere Deutungsmuster miteinander konkurrieren. Michel Vovelle, Direktor des Instituts für die Geschichte der Französischen Revolution von 1984 bis 1993, gilt als der Hauptvertreter der marxistischen Schule. Die von ihm vertretene These ist die einer bürgerlichen Revolution, die vom Volk unterstützt wurde. Er betont das Einmalige an der Großen Revolution von 1789: Sie wurde zugleich vom Bürgertum und von den Bauern, von Stadt und Land durchgeführt. Die Periode von 1792 bis 1794 war, nach Vovelle und den Vertretern der jakobinischen und marxistischen Richtung, das soziale und volkstümliche Korrelat der Revolution von 1789. Eine solche Revolution, die aus einem Wandel der Gesellschaftsstrukturen und der Produktionsformen resultierte, hatte eine Mission in der Welt zu erfüllen; sie sollte sich überall in der Welt vollziehen.[23]

François Furet und die so genannte „revisionistische“ oder „liberale“ Richtung übten Kritik an der „klassischen“ republikanischen, sozialistischen und marxistischen Geschichtsschreibung über die Französische Revolution, der

20 Alexis de Tocqueville: L’Ancien Régime et la Révolution. Paris 1856, S. V-XXI.
21 Ebda., S. V.
22 Alexis de Tocqueville: L’état social et politique de la France avant et après 1789. Œuvres complètes, II: L’Ancien Régime et la Révolution (1952-1953), 1, S. 65-66.
23 Vgl. Michel Vovelle (Hrsg.): L’image de la Révolution Française. Communications présentées lors du Congrès mondial pour le bicentenaire de la Révolution, Sorbonne, Paris, 6-12 juillet 1989. Oxford/ Paris/ New York 1990; Michel Vovelle: 1789. L’héritage et la mémoire (Collection „Histoire“). Toulouse 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in den 1960er Jahren vorgeworfen wurde, gewissermaßen ihre Sichtweise institutionalisiert zu haben. Die liberale Interpretation besagt: 1. Die Ereignisse von 1789 resultierten nicht aus einem Klassenkampf zwischen einem liberalen Bürgertum und einem konservativen Adel. Sie waren weder unabwendbar noch notwendig. Die Ursprünge der Französischen Revolution sind äußerst komplex: Es gab sowohl kurzfristig auslösende Faktoren wie etwa die Missernte von 1788, als auch alte Konfliktlinien, und die Revolution hätte mit einem Kompromiss, d. h. mit der konstitutionellen Monarchie, ihren Abschluss finden können. 2. Man kann von *einer* Französischen Revolution insofern sprechen, als sie als ein grundlegender Umbruch betrachtet wird. Verfolgt man aber ihren Verlauf, so lassen sich mehrere Revolutionen unterscheiden. Die großen Bewegungen in Stadt und Land sind Erscheinungen, die einen spezifischen Charakter aufweisen und die nicht als eine einheitliche Gesamtbewegung angesehen werden sollten. Welcher Zusammenhang bestand schon zwischen den Vorstellungen der Eliten in den Akademien und gelehrten Gesellschaften und denen der Bauern der Provinz oder der Handwerker von Paris?[24] Die neuesten Manifestationen dieser Debatte haben sich nach 1989 um die Thesen des englischen Historikers Eric Hobsbawm gedreht,[25] der die jakobinische und republikanische Geschichtsschreibung der Französischen Revolution verteidigte gegen die „liberalen", auch „konterrevolutionär" genannten „Revisionisten". Letztere wiederum verwerfen dessen Auffassung mit dem Argument, dass sie nur eine Neuauflage der marxistischen Sicht seit dem 19. Jahrhundert sei.[26]

So geht die Kontroverse weiter, mitunter auch durch neue Gesichtspunkte und Thesen gespeist. Der deutsche Historiker Helmut Berding stellte 1989 die Hauptmerkmale der „liberalen" Deutung der Revolution von 1789 heraus. Diese Deutung räumt der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 die Priorität ein; sie betont die Vorbildfunktion der ersten geschriebenen Verfassung Frankreichs vom 3. September 1791 für die konstitutionelle Entwicklung, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in den meisten Staaten Europas vollzogen hat. Sie hebt ab auf die Abschaffung der Feudalrechte und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen und überhaupt auf die emanzipatorische Wirkung der Ideen der Aufklärung. Daraus entsteht ein idealisiertes Revolutionsbild, in dem das „Volk"

24 François Furet/ Denis Richet: Avant-propos. In: dies.:La Révolution française. Paris 1965, S. 7-11.

25 Eric Hobsbawm: Aux armes les citoyens. Paris 2007.

26 François Jarrige: La Révolution française dans l'Histoire: le regard engagé d'Eric Hobsbawm. In: http://www.mouvements.info/La-Revolution-francaise-dans-l.html. Eric Hobsbawm meinte, dass die Zeit, in der die Thesen von François Furet Einfluss ausgeübt haben, vorüber sei. Vgl. Eric Hobsbawm (wie Anm. 25), S. 136.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

als Subjekt die Grundlagen für die nationale Solidargemeinschaft, das Vaterland, selber geschaffen hat.[27]
Trotzdem kann man für Frankreich die These der „unliberalen" Republik aufstellen, die vergessen hat, dass die Revolution von 1789 doch eine „liberale" Revolution war. Die Franzosen wollen einmütig Republikaner sein, aber keine Liberalen: Den Liberalismus betrachten sie als Synonym für Einzelinteressen, Macht des Geldes, Schwächung des Staates, und – was noch schlimmer ist – als ein Importprodukt.[28] Der schon oben zitierte Sozialist Vincent Peillon meint, dass das republikanische Modell, das Erbe der Französischen Revolution, von Anfang an falsch interpretiert worden sei. Die Gegenüberstellung radikale Demokratie – liberale Demokratie sei nicht stichhaltig; die eine habe nicht vor der anderen kapituliert.[29] Vielmehr habe erst das republikanische Modell die Emanzipation des Individuums möglich gemacht: Insofern, als es in sozialer und politischer Hinsicht den Individuen die Freiheit sichere und sie von der persönlichen Abhängigkeit befreie, begünstige es die Emanzipation.[30]
Während in Frankreich auf der großen historiographischen Ebene die Deutung der Revolution von 1789 ein Zankapfel bleibt, herrscht bei den staatlichen Erinnerungsfeiern und hinsichtlich der Symbole der Republik eine gewisse Einmütigkeit.[31] Wie lässt sich diese Tatsache erklären?

Der „14. Juli" und andere revolutionäre Fixpunkte als Symbole der Republik

Als im Jahre 1879 die Republikaner bei den Kammerwahlen siegten, musste der monarchisch orientierte Präsident Patrice de MacMahon zurücktreten. Das Amt des Präsidenten übernahm der gemäßigte Republikaner Jules Grévy. Die Republik hatte sich mit diesem Wahlsieg gefestigt. Doch herrschte im Frankreich der 1880er Jahre keine Einmütigkeit; die neuen Machthaber mussten sich vorsichtig zeigen. Intensive Propaganda wäre unangebracht gewesen und hätte kontraproduktiv gewirkt; deshalb war ihre Politik „republikanisch-opportunistisch", d. h. sie zeigten sich kompromissbereit. Die *fêtes civiques nationales*, die staatlichen Erinnerungsfeiern, und die Revolutionssymbole, die zu jener Zeit auch Symbole der Republik und der Nation wurden, gehörten zu einer Strategie, die im ausgehenden 19. Jahrhundert viel zur Akzeptanz des republikanischen Regimes beitragen sollte; sie waren das

27 Helmut Berding (wie Anm. 10), S. 47 f.
28 Manent u. a. (wie Anm. 3), S. 7 f.
29 Die These der „unliberalen" französischen Republik wurde reaktiviert in der Zeit, als die Berliner Mauer fiel, d. h. als das 200jährige Jubiläum der Revolution gefeiert wurde.
30 Vincent Peillon (wie Anm. 14), Kapitel: „La république libérale", S. 48-68, hier S. 49.
31 Diese Feststellung macht auch Helmut Berding (wie Anm. 10), S. 43.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Korrelat der offiziellen Ideologie. Die Botschaft könnte man so zusammenfassen: Am Anfang war 1789. Die Ereignisse jenes Jahres wurden nämlich als der Ausgangspunkt aller späteren Entwicklungen in Frankreich dargestellt.

Dazu kam, dass die Republik von nun an in Frankreich als „die Tochter der Revolution und deren utopischer Aspekte“[32] galt. Diese Auffassung setzte sich durch, weil die Dritte Republik sich auf das Erbe der Revolution berief. Die „Trikolore“ war seit 1830 ein Nationalemblem, die „Marseillaise“, das populärste aller Revolutionslieder, wurde 1879 zur offiziellen Nationalhymne, der „14. Juli“ durch ein Gesetz vom 6. Juli 1880 zum Nationalfeiertag der Republik erklärt. Der Staat förderte die wissenschaftliche Erforschung der Revolution, und die Geschichtsbücher in den staatlichen Schulen verbreiteten die offizielle Selbstdarstellung der Republik bei den Heranwachsenden. Auf diese Weise wurde Schritt für Schritt die Legitimationsbasis der Dritten Republik geschaffen, und diese Traditionslinie – unterbrochen nur von der Zeit des Vichy-Regimes (1940-1944) – zieht sich bis heute hin.[33]

Wie lebt aber diese nationale Selbstdarstellung heute fort?[34] Der „14. Juli“, wie er in der Zeit der Gründungsväter der Republik konzipiert wurde, war ein Ritual, bei dem Symbolen und Daten eine ganz besondere Bedeutung zukam. Dieser Nationalfeiertag gehorchte in den Anfängen der Republik gewissermaßen der Staatsräson, er hatte eine historische Bedeutung; die *émotion nationale* spielte dabei eine wichtige Rolle. Heutzutage sind die Wirkungen dieses Nationalfeiertages kaum noch nachvollziehbar, ebenso wenig die Vielfalt der politischen Vorstellungen und die Heftigkeit der Polemiken, die er hervorrufen konnte.[35] Der „14. Juli“ war zusammen mit der laizistischen Schule von Jules Ferry eines der wirksamsten Mittel, die republikanische Idee im Land zu verbreiten. Der Sinn, der diesem Nationalfest offiziell verliehen wurde, war der Gegenstand einer umfangreichen Diskussion. Schon die Wahl des Datums war nicht so selbstverständlich: Sie sollte die Ideale der jungen Republik verdeutlichen und einen Gründungsmythos schaffen, der später nicht in Frage gestellt werden konnte. Vor allem: Die Republik war eine Erbschaft der Revolution; der 14. Juli 1789 markierte den Bruch

32 Jacques Solé: La Révolution en questions („Histoire“). Paris 1988, Kapitel: „La République française tire-t-elle ses origines de la Révolution?“, S. 323-329.

33 Helmut Berding (wie Anm. 10), S. 43-44.

34 Olivier Ihl betont die Skepsis, mit der die meisten Bürger heutzutage die großen Nationalfeste betrachten; sie glaubten kaum noch an die Macht, die solche Feste auf das Volk ausüben können und zeigten ein gewisses Misstrauen gegenüber den Massenveranstaltungen. Das „Volk“ ist heute in einer repräsentativen Demokratie vor allem ein abstrakter Begriff geworden, der sich als „Wahlvolk“ manifestiert. Olivier Ihl: Les fêtes civiques nationales. In: Vincent Duclert/Christophe Prochasson (Hrsg.): Dictionnaire critique de la République. Paris 2007, S. 864-868, hier S. 864.

35 Christian Amalvi: Le 14-Juillet. Du Dies irae à Jour de fête. In: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Paris 1997, Bd. 1: La République, S. 383-422, hier S. 383-384.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mit dem Ancien Régime. Diesem Gedanken maßen die überzeugten Republikaner ganz besondere Bedeutung bei; er kam aber auch in der liberalen Geschichtsschreibung zum Ausdruck. Außerdem erschien die Erstürmung der Bastille als eine heroische Tat, durch die man sich vom Absolutismus befreit habe.

Die Schwierigkeit, das Verhältnis der französischen Liberalen zur Revolution von 1789 zu definieren, liegt an der Tatsache, dass jede Phase der Revolution besondere Merkmale aufweist. In den Jahrzehnten nach der Revolution stellte sich die Frage des „14. Juli" als Nationalfeiertag gar nicht. Die Polemik setzte ein, als die „Marseillaise" zur Nationalhymne und der „14. Juli" zum Nationalfeiertag erklärt wurde. Nicht die Liberalen, sondern die Republikaner waren in Frankreich die Initiatoren dieser Erinnerungskultur um die Revolution von 1789, die allmählich zu einem Allgemeingut des französischen Volkes geworden war. Auch die Liberalen bekannten sich zu den Symbolen der Republik und zu der bei der großen Mehrheit der Franzosen verinnerlichten Idee, dass Frankreich die *patrie des droits de l'Homme*, die Heimat der Menschenrechte, sei.[36]

Der „14. Juli" war das Fest der „Freiheit"; er sollte nicht nur an den Bruch mit dem Ancien Régime erinnern, sondern auch an die *fête de la fédération* vom 14. Juli 1790, das anlässlich des ersten Jahrestags der Erstürmung der Bastille abgehalten worden war. Dieses Fest der „Verbrüderung" sollte für die Franzosen aller Départements und aller Denkrichtungen nach einem Jahr des Bürgerkrieges die nationale Einheit herbeiführen helfen. Die Wahl dieses ökumenischen Datums als Nationalfeiertag war im Jahre 1880 geeignet, die Zustimmung der Gemäßigten, also auch liberal gesinnter Bürger, zu gewinnen; es galt, die dunklen Seiten der Revolution zu verdrängen.[37] Liberale hätten die Wahl eines Tages abgelehnt, an dem die Tyrannei, die Schreckensherrschaft, begonnen hatte.[38] So hatte z. B. der 21. Januar 1793, der Tag der Hinrichtung des Königs Ludwig XVI., nicht in Frage kommen können. Es existierte andererseits schon im 19. Jahrhundert eine Tendenz, die den 14. Juli 1789 als einen apokalyptischen Tag hinstellte; sie wird heute von den Vertretern der jakobinischen Tradition als „revisionistisch" bezeichnet. In seinem Buch „Les origines de la France contemporaine" widmete 1878 der liberal-konservative Hippolyte Taine dem 14. Juli und den

36 „La Françafrique défile sur les Champs-Elysées". In : http//www.libgauche.fr/14-juillet-francafrique-champs-elysees (Zugriff?).

37 Der deutsche Liberale Friedrich Naumann hatte im Jahre 1900 die Situation klar erkannt: „Die Revolution scheint zur Legende geworden zu sein. Fast alle Franzosen behaupten, auf ihrem Boden zu stehen, aber freilich tun sie es oft nur so wie ein Mensch, der über der Flamme wandelt, die er der Luftheizung dienstbar machte." Friedrich Naumann, Pariser Briefe, I-IX. In: ders.: Werke. Bd. 6. Köln/ Opladen 1964, S. 352-411, hier S. 366.

38 „14 Juillet 2011". In: http://www.iPolitique.fr/archive/2011/07/03/07/13/14-juillet-1945.html (Zugriff 25.10.2011.).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ereignissen der folgenden Monate ein Kapitel, das er „L'anarchie spontanée"[39] betitelte. Die Reaktionäre sollten bis 1914 von diesem Buch Gebrauch machen, um die Revolution zu diskreditieren.

Inzwischen sind der 14. Juli und andere zentrale Daten der Revolution sowie ihre wichtigsten Symbole – die Erklärung der Menschenrechte, die Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", die seit 1946 in der Verfassung der Republik verankert ist, die „Trikolore", die „Marseillaise",[40] der Pantheon – gemeinsame Erinnerungsorte aller Franzosen, also auch der französischen Liberalen. Dabei spielte der Umstand eine Rolle, dass diese Erinnerungsorte und Symbole vor 1914 das Nationalgefühl – namentlich gegenüber Deutschland – nährten; heute bilden sie in einem ganz anderen Zusammenhang einen wichtigen Faktor für die Einheit der Nation.

Der Sinn, der den Symbolen der Revolution zuerkannt wird, ist aber heute immer noch nicht identisch bei Liberalen, Sozialisten und Kommunisten. Studien, die die konkreten Unterschiede aufzeigen würden, fehlen leider. Der liberale Präsident Giscard d'Estaing versuchte in seiner Amtszeit, an eine gewisse Tradition anzuknüpfen, indem er für die große militärische Parade des „14. Juli" die Strecke zwischen dem Place de la Bastille und dem Place de la République wählte. Heute nehmen Gäste aus der ganzen Welt an dieser Nationalfeier teil, wobei dieser Tag der Erinnerung seine ursprüngliche Bedeutung bewahrt: er bleibt der Tag der Freiheit, er wird aber auch ein Tag der Völkerverständigung. Giscard d'Estaing, der in den 1970er Jahren die „Marseillaise" in einem langsameren Tempo spielen ließ, soll am 11. November 2009 gesagt haben, er finde den Text der französischen Nationalhymne „lächerlich".[41]

Wie schon oben angedeutet, bleiben in Frankreich die Symbole der Republik auch heute noch mit dem „Patriotismus" eng verbunden. Einen Beweis dafür brachte der Präsidentschaftswahlkampf von 2007, in dem sich die Kandidaten in patriotischen Bekenntnissen überboten. Im „Spiegel" hieß es damals: „Trikolore hissen und Marseillaise singen – was einst als typischer Slogan der Rechten Frankreichs galt, ist im Wahlkampf um das höchste Staatsamt zu einer Art Pflichtbekenntnis der Kandidaten der großen Parteien geworden."[42] Damals winkte der Liberale François Bayrou ab und sprach von einer „Neurose".[43] Die Französische Republik als liberal-demokratischer

39 Hippolyte Taine: Les origines de la France contemporaine. La Révolution, Bd. 1. Paris 1878, S. 3-143.

40 Ein Gesetz vom 23. April 2005 verfügte, dass von nun an die „Marseillaise" in allen Grundschulen der Republik gelernt werden sollte.

41 „Giscard d'Estaing critique la Marseillaise". In: http://www.lexpress.fr/actualite/indiscret/giscard-d-estaing-critique-la-marseillaise_836450.html (Zugriff: 25.10.2011).

42 Kim Rahir (Paris): Frankreich-Wahlkampf. Trikolore hissen, Marseillaise singen. In: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,473938,00.html (Zugriff: 25.10.2011).

43 Ebda.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verfassungsstaat stützt heute ihr Selbstverständnis auf die Errungenschaften der Französischen Revolution, aber man sieht, wie während eines Wahlkampfes Symbole der Republik instrumentalisiert werden können. So geschieht es auch bei jeder Gelegenheit, wenn es gilt, in schwierigen Situationen den *consensus républicain* aufrechtzuerhalten.
In den politischen Programmen, auch in denen von Parteien, die den Liberalismus auf ihre Fahne schreiben, dürfen Hinweise auf die *valeurs*, die Werte der Französischen Revolution nicht fehlen. Die kleine Liberal-Demokratische Partei gründet ihr Programm auf die „Erklärung der Menschenrechte" von 1789, namentlich auf den Artikel 2: „Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung."[44] Der Liberalismus sei im Wesentlichen nicht eine wirtschaftliche Lehre, sondern eine politische, die sich zu den Rechten des Individuums bekenne: Kein Individuum, keine Gemeinschaft könne anderen ihre Entscheidungen aufzwingen, aus welchen Gründen auch immer.[45]
Auch wenn die Erklärung der Menschenrechte von 1789 und die Revolution von allen Parteien regelmäßig beschworen werden, scheint die ganze Entwicklung dieser französischen Erinnerungskultur dem Historiker Christian Amalvi Recht zu geben, der über den 14. Juli 1789 bemerkt: Die Erinnerung an dieses Gründungsereignis der Republik hat heute an Sakralität und Wirksamkeit für das nationale Leben verloren.[46]

Der Blick von außen: Die deutschen Liberalen und die Jubiläen der Französischen Revolution 1889 und 1989

Da die Große Revolution von 1789 nicht nur ein auf Frankreich beschränktes Ereignis blieb, sondern auch in den Nachbarstaaten tiefgreifende Veränderungen herbeigeführt und in anderen Staaten eine mehr oder weniger folgenschwere Resonanz gefunden hat, mussten die Erinnerungsfeiern von 1889 und 1989 weltweit Reaktionen auslösen.
In Deutschland regte das Jubiläum von 1989 bei einigen Historikern eine intensive Forschungsarbeit an. Friedrich Eberle und Theo Stammen schrieben

44 Vgl. http://www.legifrance.gouv.fr/Droit-francais/Constitution/Declaration-des-Droits-de-l-Homme-et-du-Citoyen-de-1789, zum Parti libérale democrate vgl. http://www.partiliberaldemocrate.fr (Zugriffe am 24.4.2012).
45 http://www.changezdere.hautetfort.com/archive/2011/07/15/14-juillet-pas-jolie-joly.html (Zugriff: 25.10.2011).
46 Amalvi (wie Anm. 35), S. 383.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

damals in der Einleitung zu einem Sammelband der Reclamschen Universal-Bibliothek:

> „Das Jahr 1989 gibt den Anlaß, des 200. Jahrestags der großen Französischen Revolution von 1789 zu gedenken. Die durch dieses säkulare Jubiläum ausgelöste Erinnerung an den Beginn der neueren Weltgeschichte läßt das Interesse nicht nur an den französischen Vorgängen aufkommen, sondern auch an den vielseitigen Ausstrahlungen und Auswirkungen dieses epochalen Ereignisses.“[47]

Das Goethe-Institut war 1989 der Ort einer interkulturellen Zusammenarbeit, aus der eine Wanderausstellung zum Thema „Deutschland und die Französische Revolution“ hervorging. Walter Grab, einer der deutschen Pioniere der Jakobinerforschung und Vertreter der jakobinischen Deutung der Revolution von 1789, gab doch in der Einleitung des Ausstellungskatalogs eine Definition der Französischen Revolution, die in Frankreich von Marxisten als liberal-revisionistisch hätte abgelehnt werden können: Er bezeichnete sie als „einen Übergang der politischen Macht von den aus dem Mittelalter tradierten aristokratischen Eliten der vornehmen Geburt und Herkunft auf jene gesellschaftlichen Kräfte, die ihren Führungsanspruch aus dem bürgerlichen Besitz herleiteten“. Und er fügte hinzu: „Dabei entsprach der von den Aufklärern geprägte individualistische Freiheitsbegriff, der zum zentralen Leitwort der Revolution wurde, den Bedürfnissen des entstehenden dynamischen kapitalistischen Leistungs- und Wettbewerbssystems.“[48]
Walter Grab betonte, dass es entscheidende Unterschiede gab zwischen den deutschen und den französischen Verhältnissen. Unterschiede in der Entwicklung beider Länder sollten durch das 19. Jahrhundert fortbestehen. Diese Tatsache erklärt, dass die Revolution von 1789 in den einzelnen deutschen Regionen nicht den gleichen Einfluss ausübte und unterschiedlich wahrgenommen wurde. Die politische Entwicklung in Deutschland bestimmte in diesem Land auch die Reaktionen der verschiedenen Parteien im Jahre 1889 wie im Jahre 1989.
Der liberale Publizist Jean de Grandvilliers versuchte 1914, in einem beachtenswerten, heute leider vergessenen „Essai sur le libéralisme allemand“ Gründe zu finden, warum der politische Individualismus als zentrale Idee der Revolution von 1789 die Volksmassen in Deutschland nie durchdringen konnte. Diese Gründe waren seiner Ansicht nach folgende: 1. Keiner der großen deutschen Denker des 19. Jahrhunderts – mit Ausnahme Wilhelm

47 Friedrich Eberle/ Theo Stammen: Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Die Französische Revolution in Deutschland. Zeitgenössische Texte deutscher Autoren. Augenzeugen, Pamphletisten, Dichter und Philosophen. Stuttgart 1989, S. 13.

48 Walter Grab: Politische Ideale und Illusionen der deutschen Intelligenz in der Epoche der Französischen Revolution. Eine Einführung. In: Goethe-Institut (Hrsg.): Deutschland und die Französische Revolution 1789/1989. Stuttgart 1989, S. 9-13, hier S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Humboldts – bekannte sich zum politischen Individualismus. Im „Staatslexikon“ (1834) von Rotteck und Welcker hieß es, dass der Kulturstaat sich um moralische und religiöse Fragen kümmern müsse, dass er mit einem Wort jene Kulturaufgabe zu erfüllen habe, die aus einem Volk ein Staatsvolk macht und den ständigen Fortschritt des Staates ermöglicht; 2. Die Reformation hätte, laut Grandvilliers, die Kirche geschwächt und deren Macht auf den Staat übertragen; 3. Die Auswüchse der Revolution und die fortdauernden Wirren, die die Revolution seit 1789 im Nachbarland zur Folge hatte, hätten die Verbreitung und die Akzeptanz ihrer Grundsätze verhindert; 4. Die Liberalen eines zerstückelten Deutschlands, die die Einheit ihres Landes herbeiwünschten, zeigten sich instinktiv skeptisch gegenüber einem übertriebenen Individualismus; sie waren gespalten zwischen ihren Einheitsbestrebungen und dem Prinzip der Selbstbestimmung des Individuums.[49]

Man mag Grandvilliers zustimmen oder nicht, die spezifische Entwicklung des Liberalismus in Deutschland – in geistes- und parteiengeschichtlicher Hinsicht – erklärt die Wahrnehmung der Französischen Revolution durch die deutschen Liberalen. Die Frage lautet: War die Französische Revolution ein Vorbild für sie? Im Fall der Linksliberalen kann man diese Frage bejahen. Gemäßigt-konservative Liberale dagegen unterschieden eine positive erste Phase von einer zweiten negativen, derjenigen der jakobinischen Schreckensherrschaft.[50] Der deutsche Historiker Christian Jansen zieht aus der deutschen 1848er Revolution folgende Lehre: „Der sehr unterschiedliche Verlauf der 1848er Revolution in den deutschen Staaten und im zentralistischen Frankreich verwischte die Vorstellung von einem revolutionären Idealtypus nach dem Muster von 1789 und in den Folgejahren. Die Degeneration der parlamentarischen Demokratie der zweiten französischen Republik [1848-1851] zur plebiszitär gestützten autoritären Monarchie ließ gerade auch viele Linksliberale an der Vorbildlichkeit des französischen Weges seit 1789 zweifeln.“[51]

Dazu kam, dass „die Heftigkeit der politischen Konflikte und die verbreitete Korruption in der französischen Klasse auf dem Wege zur Nationsbildung das nationale Selbstbewusstsein steigen ließen“.[52] Ein Gedanke drängte sich auf: Die Deutschen hatten ihren „eigenständigen Entwicklungsweg der Nationsbildung“. Der deutsche Nationalstaat sollte „nicht durch einen großen revolutionären Eklat, sondern durch Vereinbarungen mit den herrschenden

49 Jean de Grandvilliers: Essai sur le libéralisme allemand. Paris 1914, S. 112-113.

50 Christian Jansen: Das Bild der Französischen Revolution im deutschen Liberalismus der 1850er und 1860er Jahre. In: Gudrun Gersmann/ Hubertus Kohle (Hrsg.): Frankreich 1848-1870: Die französische Revolution in der Erinnerungskultur des Zweiten Kaiserreiches. Stuttgart 1998, S. 175-187, hier S. 175.

51 Ebda., S. 177.

52 Ebda.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fürsten und durch Reformen ›von oben‹“[53] erreicht werden. An diesen Hintergrund muss hier erinnert werden, um die Haltung der liberalen Presse im Jahre 1889 gegenüber dem Jubiläum der Französischen Revolution besser verstehen zu können.

Am 5. Mai 1889 widmete die „Frankfurter Zeitung“ ihren Leitartikel dem Jahrestag des Zusammentritts der Generalstände, jener „Nationalversammlung“, „welche Frankreich aus seiner absoluten Monarchie in einen Verfassungsstaat verwandelt hat“.[54] Das linksliberale Blatt bedauerte – wie andere liberale Zeitungen Deutschlands – die Verknüpfung dieses Jubiläums mit der Eröffnung der Weltausstellung, von der die Diplomaten hätten fernbleiben müssen, „weil sie einen Abscheu vor der Revolution“ gehabt hätten. Die Revolution von 1789 habe trotz ihrer negativen Seiten einen Fortschritt mit sich gebracht, so die „Frankfurter Zeitung“, sie habe einen kulturellen Wert für die ganze Menschheit.

> „Man feiert eben nicht das zufällige Schlechte bei einem großen Ereignis“, bemerkte sie weiter, „sondern das andauernde Gute an ihm. Nationale Patente auf kulturhistorische Segnungen gibt es nicht und wird es nicht geben; was eine Nation erringt, das erringt sie für alle, und es soll sich keine einbilden, sie könne für sich allein den Gipfel der Vollkommenheit ersteigen.“

Beachtenswert ist, dass die „Frankfurter Zeitung“ die Revolution von 1789 nur als einen Moment im Gesamtprozess des Fortschrittes der Menschheit ansah. Deshalb übte sie Kritik am Nationalstolz der Franzosen, die sich als Retter der ganzen Menschheit ausgaben. „In kindlicher Begeisterung“, hieß es hier weiter, „haben die Franzosen vor hundert Jahren geglaubt, die ganze Welt befreien und wo es mit Güte nicht ging, mit Gewalt eingreifen zu können. Das war ein schwerer Irrtum, für den die Franzosen selbst am meisten gebüßt haben.“ Dieser Vorwurf wurde den Franzosen vielfach gemacht. Die in der „Frankfurter Zeitung“ vertretene These war, dass die Menschheit als Ganzes einen weltweiten Prozess durchmache, unter dem Einfluss eines „geistigen Fluidums“, das „keine Grenzpfähle“ kenne. Trotz ihrer Fehler verdienten die Franzosen allerdings die Dankbarkeit der ganzen Welt:

> „Die Bahn dieses Fortschritts ist unabsehbar und die Völker wandern auf ihr mit innerer Nothwendigkeit. Das haben wir nicht zum geringsten Theile der französischen Revolution zu verdanken, die für das festländische Europa den Rechts- und Verfassungsstaat begründete und den Völkern das mächtige Gefühl einflößte, daß

53 Ebda.

54 Frankfurter Zeitung, 33. Jg., Nr. 125, 5.5.1889, Morgen-Blatt, S. 1. Dort auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie ihren geistlichen und weltlichen Herrschern gegenüber nicht bloß Unterthanen-Pflichten, sondern auch als Menschen und Bürger, bestimmte und unveräußerliche Rechte haben."

Bei diesem Jubiläum kommunizierten alle Fortschrittsgläubigen der Welt:

„Die Verhältnisse verbieten uns eine laute Festesfreude", schrieb die „Frankfurter Zeitung" abschließend; „aber der Wohlthaten der großen Revolution dürfen wir uns doch, ohne irgendeine Schuld auf uns zu laden, mit Genugthuung erinnern und in diesen Tagen ihr Gedächtniß still in unseren Herzen feiern. Wir dürfen sicher sein, daß wir uns dabei in einer großen auserlesenen Gemeinde befinden, die sich aus Volksgenossen aller civilisirten Nationen der Welt bildet und sich im Geiste jedesmal vereinigt, wenn es gilt, einen jener Tage zu ehren, an welchen der duldenden, nach Fortschritt strebenden und nach Glückseligkeit lechzenden Menschen wieder eine ihrer drückendsten Lasten abgenommen worden ist."[55]

Auch die „Vossische Zeitung" bedauerte die Verknüpfung der Weltausstellung mit der Hundertjahrfeier der Revolution, die das Fernbleiben der Botschafter der Großmächte zur Folge hatte:

„Es ist dies um so beklagenswerter, als die Veranstalter der Weltausstellung durchaus nicht von der Absicht geleitet waren, den Aufstand und die Anarchie gegenüber den Regierungen und der Autorität, sondern jene liberalen Prinzipien zu feiern, auf welchen heute die Gesetzgebungen aller zivilisirten Nationen beruhen." [56]

Der alte Demokrat und 48er Karl Blind, der an der Badischen Revolution teilgenommen hatte und seit 1852 in London lebte, dekonstruierte im „Berliner Tageblatt" den Mythos der Revolution von 1789 als universelles Gründungsereignis, den die Franzosen vor allem seit 1879/1880 aufgebaut hatten. Die Franzosen stellten 1789 als „den Beginn eines ›neuen Zeitalters‹ nicht bloß in der Geschichte Frankreichs, sondern in der Weltgeschichte überhaupt"[57] dar. Karl Blind betonte nicht ohne Ironie, was die „große" Revolution der Franzosen Amerika und Männern wie Benjamin Franklin verdankte. 1789 war nur ein Glied in einer langen Kette von Revolutionen, die sich vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg über die puritanische Erhebung in England und die deutsche Reformation bis auf die Lombardischen Städte-Bünde zurückverfolgen lässt. Den Kernpunkt seiner Botschaft fasste Blind mit diesen Worten zusammen: „Auch die französische Revolution ist nicht

55 Ebda.
56 „Frankreich". In: Vossische Zeitung, Nr. 203, Morgen-Ausgabe, 2.5.1889, S. 2.
57 Karl Blind: Hundertjahr-Feier in Amerika und Frankreich. I. London, 21. April [1889]. In: Der Zeitgeist. Beiblatt zum Berliner Tageblatt, Nr. 17, 29.4.1889, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

geradezu vom Himmel gefallen. Sie hatte mancherlei Vorgänger und Vorbilder.“[58] Unannehmbar fand er den Nationalstolz der Franzosen, ihre Überheblichkeit. „Die berechtigten Ansprüche der französischen Staatsumwälzung soll niemand angreifen“, sagte er abschließend. „Jener ungeschichtlichen Meinung aber, als habe die Revolution von 1789 gewißermaßen Alles aus ihrem Kopfe erfunden, muß entgegengetreten werden. Denn diese Meinung steht im krassen Widerspruch mit den Äußerungen der französischen Revolutionsführer selbst, und sie enthält überdies eine Ungerechtigkeit gegen andere Völker.“[59]

Wie Karl Blind suchte auch die „National-Zeitung“, im Namen der historischen Wahrheit die Bedeutung und Tragweite der Erstürmung der Bastille zu korrigieren. Sie betonte: „Kaum giebt es ein Ereignis, das so oft beschrieben und gemalt, gefeiert und besungen, nach allen Seiten hin untersucht, von dem Einen durch das Vergrößerungsglas betrachtet, von dem Anderen unter die Lupe genommen worden wäre, wie der Sturm der Bastille.“[60] Eine Heldentat wäre die Erstürmung der Bastille nicht gewesen; aber ihre symbolische Bedeutung würde allgemein anerkannt, und die „National-Zeitung“ erklärte, wie dieses französische Ereignis auch zu einem „Weltereignis“ geworden war:

> „Die Vorherrschaft, welche die Franzosen so lange in Europa übten, ihre glänzende Kunst der Darstellung und der Popularisirung der Idee hat die Erstürmung der Bastille in eine geradezu einzige Stellung gerückt und auch wenn ein Jahrhundert französischer Geschichte den Beweis geliefert hat, daß der stürmische Aufschwung eines Tages nicht genügt, um ein Volk wirklich frei und glücklich zu machen, daß in harter und nachhaltiger Arbeit allein Dauerndes geschaffen werden kann, so ist doch in den Augen der Völker etwas von dem Glanze auf jenem Ereignis haften geblieben, der es bei seinem Erscheinen so blendend umstrahlte.“[61]

In der „National-Zeitung“ kam auch die Ambivalenz in der Wahrnehmung und Feier dieses Ereignisses deutlich zum Ausdruck: Einerseits würde es nicht nur als „ein Eckstein unserer politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen, der Freiheit der Presse und der Rede, der Gleichheit vor dem Gesetz, dem Ende der Standesvorurtheile“ gefeiert, sondern auch als „das glänzende Luftschloß einer idealischen Verbrüderung der in Frieden und Freiheit geeinigten Menschheit“. Und auch wenn die Bedeutung der Erstürmung der Bastille als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer freiheitlicheren

58 Ebda.
59 Karl Blind: Hundertjahr-Feier in Amerika und Frankreich (Schluß). In: Der Zeitgeist. Beiblatt zum Berliner Tageblatt, Nr. 19, 13.5.1889, S. 2.
60 „Berlin, 13. Juli. Die Erstürmung der Bastille“. In: National-Zeitung, Nr. 406, 14.7.1889, S. 1.
61 Ebda.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ordnung anerkannt wurde, wurde hier die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit hervorgehoben: „Von allen Völkern haben die Franzosen selbst diesmal am wenigsten Ursache, diesen politischen Gedenktag festlich zu begehen. Denn innerlich zerrissener und haltungsloser wie gerade jetzt hat sich seit langem Frankreich nicht mehr der Welt gezeigt.“[62] Wie in anderen deutschen Blättern wurde auf diese Weise die historische Rolle relativiert, die Frankreich gespielt zu haben und immer noch zu spielen glaubte. Damit wurde aber der Revolution von 1789 ihr Charakter als ein entscheidendes und folgenreiches Ereignis nicht abgesprochen.

Fielen die französischen Republikaner 1889 in einen gewissen Übereifer, so hing das damit zusammen, dass das 100jährige Jubiläum „ein sehr politisches Ereignis“ war: Es galt, in einer Krisenzeit[63] einerseits und im Zusammenhang der Weltausstellung andererseits den Triumph der Republik zu sichern.[64] Das 200jährige Jubiläum traf mit den Ereignissen in Osteuropa und dem Fall der Berliner Mauer zusammen. Auch 1989 war ein „Revolutionsjahr“.[65] Der Vergleich mit 1789 drängte sich auf. „Der Spiegel“ widmete der Revolution von 1789 eine Artikelreihe mit dem Titel: „Vom Freiheitsrausch bis Waterloo“, die vom Herausgeber Rudolf Augstein selber verfasst wurde.[66] Hier wurden alle Fragen aufgegriffen, über die sich die Franzosen streiten, wenn es um das Gründungsereignis der Republik und der Nation geht. Augstein schrieb kritisch:

> „Nicht einig ist man sich darüber, wann die Große Französische Revolution anfing und wann sie zu Ende war. Bestritten ist, was sie bewirkt hat und ob sie das heutige Geschehen noch beeinflußt. Bestritten auch, ob sie eine oder die ›Große‹ gewesen sei; ob ihre Errungenschaften erstens nicht nur scheinbar und zweitens nicht zu teuer erkauft worden sind; ja, ob eine vernünftige Reform nicht dasselbe und ohne die Blutbäder erbracht hätte.“[67]

Augstein fragte auch, wie lang eigentlich die Revolution gedauert habe:

> „War sie mit Robespierres Sturz 1794 zu Ende? Oder mit dem Ersten Konsulat Napoleons 1799? Oder mit der Errichtung des Kaiserreichs 1804? Oder mit der ehelichen Verbindung zwischen Napoleon und der Tochter des Wiener Kaisers

62 Ebda.
63 Die Boulanger-Affäre sorgte damals im Lande für Bürgerkriegsstimmung und steigerte wieder einmal die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland.
64 Jarrige (wie Anm. 26).
65 „Das Revolutionsjahr 1989“. In: Der Spiegel, 44. Jg., Nr. 1, 1.1.1990, S. 78-92.
66 Rudolf Augstein: Vom Freiheitsrausch bis Waterloo. I-V. In: Der Spiegel Nr. 1 bis 5, 2.1. bis 30.1.1989.
67 Rudolf Augstein: Vom Freiheitsrausch bis Waterloo. I. In: ebda. Nr. 1, 2.1.1989, S. 84-98, hier S. 84.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Franz II., Marie-Louise, 1810? Oder aber erst mit der Restauration der Bourbonen 1814/15?“[68]

Eine weitere Frage lautete: Bedeutete die Revolution einen großen definitiven Bruch mit dem Ancien Régime? Soll sie nach dem Wort von Clémenceau *en bloc*, d. h. als Ganzes, betrachtet werden oder kann man mehrere Revolutionen unterscheiden, die nach Brüchen aufeinanderfolgten und sich doch überlagerten? Auch über die Bedeutung Napoleons für die europäische Geschichte wurde gestritten.

Wie schon die liberalen Zeitungen Deutschlands im Jahre 1889 relativierte Rudolf Augstein 100 Jahre später die Tragweite der „großen“ Revolution. Erstens konnte er Karl Marx nicht Recht geben, der behauptet hat, „die Ideen der Französischen Revolution hätten ›über die Ideen des ganzen alten Weltzustandes hinausgewiesen‹“. In dem Weltzustand, wie er sich 1989 abzeichnete, schienen sich die Ideen der Revolution von 1789 „verflüchtigt“ zu haben, so Augstein. Zweitens betonte dieser die Diskrepanz zwischen dem Missionsbewusstsein der französischen Republik, das in den Ideen von 1789 wurzelt, und der Rückständigkeit Frankreichs in wichtigen Punkten: Es hat z. B. „die letzten beiden Kolonialkriege geführt, den in Vietnam bis 1954, den in Algerien bis 1962“.[69]

Rudolf Augstein griff auch in die französische Debatte über die Revolution von 1789 ein. Er hielt nicht nur die These des marxistischen Revolutionshistorikers und langjährigen Sorbonne-Professors Albert Soboul, die eigentlich „unvollendete“ Revolution habe ein allgemeingültiges Modell, „die Gestalt einer universellen Weltordnung“, hervorgebracht, für unzutreffend. Genauso oder fast noch mehr wandte sich Augstein gegen Sobouls ideologischen Kontrahenten François Furet und dessen Behauptung, die Revolution sei kein notwendiges Ereignis gewesen, sondern die Kulturrevolution einer intellektuellen Schicht. Augstein meinte, auch dies sei nicht stichhaltig, da die Revolution nun einmal stattgefunden habe. Man solle sich also von solch eher spekulativen Fragen verabschieden und sich „wieder den Tatsachen“ zuwenden.[70] Die Leser des „Spiegel“, die 1989 das 200jährige Jubiläum der Revolution in Frankreich nicht so genau verfolgten, konnten von den Feierlichkeiten des „14. Juli“ dreierlei behalten. 1. Unter dem Titel „Die schrecklich große Revolution“ hieß es:

„Mit drei Millionen Gästen aus aller Welt, darunter rund 30 Staats- und Regierungschefs, begeht Frankreich diesen Freitag endlich den 200. Geburtstag der Revolution von 1789. Doch zwei von drei Franzosen sind gegen die Feier-Orgie, die

68 Ebda.
69 Ebda., S. 85.
70 Ebda.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Revolution sagt ihnen nur noch wenig. Staatschef François Mitterrand dagegen nutzt das Jubiläum zu einer Selbstverherrlichung in Stein und Glas."[71]

2. Augstein fasste den Verlauf des Jubiläums mit folgenden Worten zusammen: „Das Jubeljahr der Französischen Revolution hat bislang viel Feuerwerk und wenig neue Erkenntnisse gebracht; dafür jede Menge ›langue de bois‹, Sprache aus Holz, Denkschablonen."[72] 3. Wie das 100jährige war das 200jährige Jubiläum der Revolution weitgehend auch ein politisches Ereignis. 1989 galt es für den geschichtsbewussten Präsidenten Mitterrand – so der „Spiegel"-Redakteur Lutz Krusche – „aus dem revolutionären Ereignis eine zeitgenössische sozialistische Legitimation zu beziehen."[73]

So kann man sagen, dass „Der Spiegel" 1989 nicht mitgefeiert und recht wenig Sympathie für das Jubiläum der Franzosen unter Beweis gestellt hat; er hat es sogar in den Augen seiner Leser diskreditiert. Der Sinn seiner Artikel verdichtet sich in diesem Satz: „Nur wuchsen die Freiheitsbäume, die allenthalben, einer sogar in Hamburg, aufgerichtet wurden, nicht in den Himmel."[74]

Ganz anders klangen die Betrachtungen des deutschen Historikers und Frankreichkenners Helmut Berding. Auch er analysierte die oben geschilderten Gegensätze in der Grundeinstellung zum äußerst komplexen Gesamtereignis, das die Französische Revolution von 1789 darstellt, aber dessen Bedeutung negierte er nicht. Im Gegenteil. Er schrieb: Der Ausbruch dieser Revolution „läutete ein neues Zeitalter in der Geschichte der Menschheit ein"; es war ein „epochales Ereignis".[75]

Drei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer veranstaltete die Liberal-Demokratische Partei (LDPD) am 29. November 1989 eine Erinnerungsfeier, bei der der Historiker Helmut Bock, damals tätig am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, die Botschaft der Revolution von 1789 neu interpretierte. Im Zusammenhang der sich anbahnenden Wende im Ostteil Europas lautete diese Botschaft: „Menschenrechte – Frieden – Fortschritt". Damals begann für die ostdeutschen Liberalen wie für ihre Mitbürger eine Übergangszeit; man befand sich in einer Art Schwebezustand, in dem man unsicher, aber auch hoffnungsvoll in die Zukunft blickte. Helmut Bock sah eine Analogie zwischen 1789 und 1989: er hob die „entscheidende Rolle der Volksmassen in der Geschichte" hervor; die Massen,

71 Der Spiegel Nr. 28, 10.7.1989, S. 5, aufgeführt dafür werden die Glaspyramide im Louvre-Hof, die Volksoper an der Bastille und der „Große Bogen" an der Défense.
72 Rudolf Augstein: 1789 bis 1989: Und was dann? In: Ebda., S. 122-123, hier S. 122.
73 Lutz Krusche: Zwischen Karneval in Rio und Oberammergau. „Spiegel"-Redakteur Lutz Krusche über Frankreich am 200. Jahrestag der Großen Revolution. In: ebda., S. 142-146, hier S. 146.
74 Rudolf Augstein (wie Anm. 71), S. 98.
75 Helmut Berding (wie Anm. 10), S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die die sich anbahnende Wende möglich gemacht hatten, bezeichnete er als die „Bastille-Stürmer unserer Zeit".[76] Auch Bock betonte die Gegensätze zwischen dem „bürgerlichen Liberalismus" und den „Strömungen des revolutionären Demokratismus" sowie die Grenzen der sogenannten „Großen" Revolution; aber den drei Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" erkannte er eine dauernde und allgemeine Gültigkeit zu: „Die epochale und unvergessliche Losung war nicht nur Geist vom Geiste der Bourgeoisie. Sie erklang mehr und mehr auch als Einforderung der Menschenrechte im Namen des gesamten Volkes und somit als ein Appell an die Besitzenden."[77] Es galt, so Helmut Bock, der im Herbst 1989 noch in den Kategorien der DDR-Zeit dachte, einen „erneuerten Sozialismus" herbeizuführen.[78]

Bei dieser Erinnerungsfeier, dieser „Ehrung" von 1789, berief sich Hans-Dieter Raspe, stellvertretender Vorsitzender der LDPD, auf die Tradition seiner Partei. „Die Erinnerung an die Französische Revolution gerade jetzt und durch uns sollte niemand verwundern", erklärte er. „Wir Liberaldemokraten haben das Beispiel der Französischen Revolution häufig beschworen, bis in die jüngste Zeit. Aber die ›eigene Art‹,[79] ihm zu folgen, ging uns irgendwann in den 1960er Jahren verloren. Die Berufung auf den Geist von 1789 erstarrte zum Ritual. Das berührt Grundfragen der DDR-Geschichte überhaupt."[80] Erinnerungsfeiern sind oft der Anlass zu einer Rückbesinnung auf die eigene Vergangenheit, ja manchmal auch zur Selbstkritik. Hans-Dieter Raspe erklärte:

> „Wir müssen uns von der Auffassung trennen, als könne unsere Gesellschaft auf die weltgeschichtlich bedeutsamen demokratischen Errungenschaften des Kapitalismus verzichten, weil die revolutionär veränderten Macht- und Eigentumsverhältnisse Garantie genug seien für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit."[81]

76 Helmut Bock: Menschenrechte – Frieden – Fortschritt. In: 200 Jahre Französische Revolution. Ehrung der LDPD Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Zwei Vorträge der Veranstaltung des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD am 29. November 1989 in Berlin, hg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD. Berlin 1989, S. 2-15, hier S. 2.

77 Ebda., S. 8.

78 Ebda., S. 14.

79 Nach dem Wort von Thomas Mann: „Auf eigene Art einem Beispiel folgen, das ist Tradition.".

80 Hans-Dieter Raspe: Die Französische Revolution 1789-1794 im Traditionsverständnis der LDPD. In: Ebda., S. 17-21, hier S. 17.

81 Ebda., S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schluss

Die Beschäftigung mit den Erinnerungsfeiern der Revolution von 1789 in Frankreich und Deutschland führt uns zu folgenden Schlussfolgerungen: Erinnerungskultur besteht nicht nur aus einer Reihe von Gedenktagen und Ritualen, die einen nationalen Konsens herbeiführen bzw. aufrechterhalten sollen; sie ist auch ein Dauerprozess, der einer Nation die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf Gründungsereignisse und -erfahrungen und damit einer selbstkritischen Selbstbesinnung gibt. Dieser Prozess ist allerdings ambivalent, denn an ihm können sich auch die Geister scheiden. Fruchtbar kann er nur sein, wenn es zu einer Synthese kommt, die trennende Gegensätze zu überwinden erlaubt. Im Fall der Revolution von 1789 in Frankreich stellt man fest, dass die Nationalisierung der Erinnerungskultur, d. h. ihre patriotische Indienstnahme, eine entscheidende Rolle zu spielen scheint, insofern sie weitgehend den republikanischen Konsens ermöglicht und dadurch die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze überdeckt. Französische Liberale mögen der jakobinisch-marxistischen Revolutionsdeutung skeptisch bzw. ablehnend gegenüberstehen, zu den Revolutionssymbolen der Republik können sie keine ablehnende Haltung einnehmen. Liberale und Marxisten stimmen in Frankreich zumindest darin überein, dass die Revolution von 1789 eine weltgeschichtliche Bedeutung hat.

Die Einstellung der deutschen Liberalen zur Revolution selbst und zu den Erinnerungsfeiern im Nachbarland verdient insofern unsere Aufmerksamkeit, als sie dieses französische Erbe in einem anderen Licht erscheinen lässt, die Einseitigkeit der französischen Deutungsmuster und den Revolutionsmythos der Franzosen korrigiert. Dieser Mythos wurzelt zum großen Teil schon im Missionsbewusstsein der französischen Republikaner in der Zeit der Dritten Republik. Die offizielle Teilnahme von deutschen Soldaten des Eurokorps an der Parade des „14. Juli“ auf den Champs Elysées seit 1994 und die Anwesenheit zahlreicher Gäste aus der ganzen Welt verleihen dieser Feier neuerdings eine übernationale Dimension; aber die französische Debatte über die Revolution von 1789 zeigt, dass die Deutung dieses Gesamtereignisses in Frankreich schließlich weitgehend national-zentriert bleibt. Die Berücksichtigung der Kritik von außen, wie sie z. B. deutsche Liberale im Sinne einer Neubewertung dieser Revolution im großen Rahmen der abendländischen Geschichte formuliert haben, wäre zweifelsohne ein Gewinn für die Erinnerungsfeiern von 1889 und 1989 gewesen.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rolf-Ulrich Kunze

Liberale Faktoren niederländischer Geschichte. Ein Aufriss und eine erinnerungspolitische Fehlanzeige

I.

Um es gleich passend zu den Niederlanden, dem Land von Kaufmann und Prediger, gut calvinistisch vorwegzuschicken – *Deine Rede sei Ja-Ja, Nein-Nein* – eine liberale Erinnerungskultur, die mit Revolutionen, Parteigründungen und Politikergeburtstagen zu tun hat, wird man in der Geschichte der niederländischen politischen Kultur vergeblich suchen, so sehr man sie auch finden möchte.[1] Revolutionen sind nicht charakteristisch für die höchst evolutionäre Geschichte dieses nordwesteuropäischen Landes, das schon kurz nach seiner Entstehung im 17. Jahrhundert und gleichsam etwas frühreif in die bürgergesellschaftliche Moderne eintrat[2] und Amsterdam zum frühneuzeitlichen New York machte.[3] Bei den Parteigründungen des 19., des konstitutionellen Jahrhunderts waren Liberale in allen politischen Lagern vertreten, aber die organisierte und insbesondere parteipolitisch liberale Politik blieb so oligarchisch-patrizisch konturiert, dass man sich im 20. Jahrhundert im Zeichen anderer Auseinandersetzungen um den Liberalismus und anderes[4] wenig gern an sie und ihre Leitfiguren wie Johan Rudolf Thorbecke[5] erinnern mochte. Politikergeburtstage gibt es, aber in einem Land, in dem es bis heute üblich ist, seinen Vornamen meistens mit den Initialen abzukürzen – *Gott kennt unsere Namen* – verfiel bis zur Durchmedialisierung des Landes seit den 1960er Jahren dem Vorwurf der Eitelkeit. Und auch heute wird noch kritisch wahrgenommen, wer als Vertreter der politischen Klasse

1 Grundlegend für das 20. Jahrhundert Friso Wielenga: Nederland in de twintigste eeuw, Amsterdam 2009, S. 7-14.
2 Dazu Horst Lademacher: Geschichte der Niederlande. Politik – Verfassung – Wirtschaft, Darmstadt 1983, S. 75-206.
3 Geert Mak: Amsterdam. Biographie einer Stadt, Berlin 1997 [zuerst ndl. u. d. T. Een kleine geschiedenis van Amsterdam, Amsterdam 1994].
4 Besonders einflussreich die familienbiographische Darstellung von Geert Mak: Das Jahrhundert meines Vaters, Berlin 2003 [zuerst ndl. u. d. T. De eeuw van mijn vader, Amsterdam 1999].
5 Rolf-Ulrich Kunze: „Wacht op onze daden!“ Johan Rudolf Thorbecke (1798–1872): der liberale Vater der modernen Niederlande, in: liberal 45 (2003), S. 74-76.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

seine Person allzu wichtig nimmt. Er hört dann schnell den Satz: *Doe maar gewoon!*, was sich eigentlich nicht übersetzen lässt und ungefähr so viel heißt wie: Bleib auf dem Teppich. Beachtet werden die Geburtstage der Königlichen Familie, und gerade die achtet seit den Zeiten von Königin Wilhelmina, der Großmutter von Königin Beatrix, sehr genau darauf, die ausgeprägte gesellschaftliche Gleichheitskultur nicht durch ostentativen Personenkult zu provozieren. Um es thesenhaft zuzuspitzen: Eine liberale niederländische Erinnerungskultur gibt es nicht, aber viel niederländische Liberalität im Kontext.[6]

Um etwas anderes zu finden, nämlich eine bemerkenswert hohe Präsenz liberaler Werte im historisch-politischen Selbstbild der Niederlande und insbesondere des politischen Systems,[7] muss man andere Fragen stellen. Eine könnte lauten, welche liberalen Themen und Wirkungen bis heute in der Historiographie, aber auch in dem von vielen gesellschaftlichen Akteuren konstruierten Geschichtsbild der Niederlande erkennbar sind.[8] Darum soll es im folgenden an Beispielen gehen, die mehr mit Strukturen als mit Personen zu tun haben. Im einzelnen stehen die liberalen Dimensionen der Verstädterung, des calvinistischen Charakters der Landes, der Rolle des Hauses Oranien, des Widerstands gegen die deutsche Besatzung und der Tradition der sozialen Partizipation im Vordergrund.

Doch bevor es um diesen Blick auf erinnerbare niederländische Liberalität in Ermangelung einer dezidierten niederländischen liberalen Erinnerungskultur geht, soll die Eigenartigkeit dieses Befundes noch einmal thesenhaft zugespitzt werden. Das scheint sinnvoll, weil die Unterartikuliertheit eines liberalen Gedächtnisses nicht an einer Schwäche liberaler politischer Positionen, Sinnstiftungsangebote und Wirkungshorizonte in einer der älteren parlamentarischen Monarchien und frühliberalen Gesellschaften Europas, sondern an Besonderheiten des sozialmoralischen Milieus und der politischen Kultur der Niederlande zu liegen scheint.

These 1: Das Adjektiv *liberaal* ruft im niederländischen Sprachgebrauch als Quellenbegriff im 19. und 20. Jahrhundert sowie in der veröffentlichten Meinung heute aufgrund eines anderen Pfades in der Epoche der politisch-industriellen Doppelrevolution andere historisch-politische Assoziationen auf als das deutsche ‚liberal'. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier nur einige Aspekte angedeutet: Bürgerliche Liberalität als Lebensform war im 17. Jahrhundert bereits ebenso verwirklicht wie ein großer Teil der

6 Die derzeit beste Darstellung auf deutsch bei Geert Mak: Niederlande, München 2008.

7 Vgl. Horst Lademacher: Einleitung: Politische Kultur und internationaler Status. In: Ders., Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1989, S. 1-14.

8 Vgl. Kees Ribbens: Een eigentijds verleden. Alledaagse historische cultuur in Nederland, 1945–2000, Hilversum 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bürgerlichen Rechte – wenn auch vor allem durch die Abwesenheit irgendeiner Form von Zentralstaatlichkeit. Die Wirtschaftsliberalität verbindet sich bis tief ins 20. Jahrhundert mit der Trägerschicht eines profitablen Kolonialhandels in einer vorindustriellen Lebenswelt, in der bürgerliche Liberale nicht in demselben Umfang als Modernisierungsagenten auftreten wie vor allem in Preußen und dann in Preußen-Deutschland. Alles, was sich hier erinnerungspolitisch feiern ließe, ist die Andersartigkeit niederländischer Gesellschaftsgeschichte.

These 2: Durch die evolutionäre konstitutionelle und politische Entwicklung im Königreich der Niederlande nach dem batavischen Zwischenspiel erhielten die bürgerlichen Liberalen früher als andernorts die Chance zur politischen Mitgestaltung. Dafür steht in besonderer Weise der nach deutschen Begriffen pragmatische, liberalkonservative Verfassungsschöpfer von 1848, Jan Rudolf Thorbecke.[9] Bis heute gibt es dafür sehr wenige Denkmäler und bestenfalls lokale Erinnerungskulturen, weil kaum irgendjemand so sehr die patrizisch-elitäre liberale Tradition der – aus den ‚Buddenbrooks' ja gut bekannten – oligarischen ‚Regenten'-Politik verkörpert, die seit den 1950er Jahren einer scharfen politischen Kritik unterzogen wird.[10] Man feiert nicht das, was man erfolgreich hinter sich gelassen zu haben wünscht.

These 3: Der calvinistische Mentalitätsschatten mit seinen *dissenter*-Reflexen blockiert bis heute sehr effektiv eine personalisierte Erinnerungskultur: nicht nur bei den Liberalen, sondern bei allen politischen Richtungen. Zumindest bis in die Zeit der beginnenden Erosion der theologischen Milieubindung in den 1960er Jahren dürfte zudem in orthodox-protestantischen Kreisen die klare Abgrenzung von liberal-freisinnigen, nicht wortgläubigen Theologien und Frömmigkeitspraktiken eine entscheidende Rolle gespielt haben: Das ist eindrucksvoll nachzulesen in den Gegenwartsromanen des derzeitigen niederländischen Erfolgsautors Maarten 't Haart, Jahrgang 1944, und in der eindrucksvollen Familiengeschichte des wohl bekanntesten niederländischen Gegenwartspublizisten Geert Mak, „De eeuw van mijn vader".[11] Man macht nicht so viel Aufhebens um die Person: *Doe maar gewoon!*

Nach so viel Lückentheorie nun aber zu den mit Händen greifbaren liberalen Traditionen niederländischer Geschichte und politischer Kultur.

9 Siep Stuurman: Wacht op onze daden. Het liberalisme en de verniewing van de Nederlandse staat, Amsterdam 1992, S. 13-19.

10 Vgl. Hans Daalder: Van oude en niewe regenten. Politiek in Nederland, Amsterdam 1995, S. 146 ff.

11 Geert Mak: De euuw van mijn vader, Amsterdam/Antwerpen 1999 u. ö.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

II.

Eine erste liberale Dimension niederländischer Geschichte ist die der Verstädterung.[12] Die flämisch-niederländische Landschaftsmalerei seit dem 16. Jahrhundert zeigt es deutlich: wenigstens am Horizont ist zumeist die nächste Stadt zu erkennen. In diesen Städten hatten die Stadtbürger seit dem Hochmittelalter ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein entwickelt, das auf die Sicherung eigener Rechts- und Handlungssphären gerichtet war, die nach innen und außen gegen Eindringlinge, Emporkömmlinge und Konkurrenten eifersüchtig verteidigt wurden. Daraus resultierte eine so subtile wie prekäre Balance von Freiheit und Toleranz im Wortsinn: Duldung, nicht etwa Akzeptanz. Das mag man als ‚frühliberal', vielleicht sogar in manchen Aspekten als ‚frühdemokratisch' bezeichnen, jedenfalls war diese von Koexistenz, Leistungsdenken und Verhandlungslogik geprägte städtische Atmosphäre deutlich egalitär – und das lange vor der Großen Französischen Revolution. Außerdem fehlte im gesamten Land ein starker Adel als Gegengewicht zu so viel bürgerlicher Selbstentfaltung, die daher bereits in der Frühneuzeit zur gesellschaftlichen Normalkultur avancieren konnte: Die niederländische Gesellschaft war in dieser Beziehung eigentümlich frühreif. Das herrschaftlichste Gebäude des ganzen Landes war kein Schloss, sondern das 1648 bis 1662 errichtete majestätische Rathaus des reichen patrizischen Amsterdam. Aber Amsterdam war nur ein – wenn auch einflussreicher – Hauptort neben anderen: Rotterdam, Utrecht, Haarlem, Den Haag, Groningen. So klein das Land auch war, so ausgeprägt blieben die Unterschiede zwischen den Provinzen und Städten: Nicht wenige Friesen in der Provinz Friesland empfanden es als unzumutbar, durch einen Damm über das Ijsselmeer mit der Provinz Nordholland direkt verbunden zu werden. Den gestrengen friesischen Calvinisten galten die verstädterten Nordholländer als gottlos und verweltlicht.

Eine zweite liberale niederländische Geschichtsdimension ist – es klang eben schon an – der calvinistische Charakter des Landes.[13] Man geht nicht fehl, im niederländischen Fall von einer spezifisch protestantischen Modernisierung zwischen der Mitte der 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Bereits an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hatten die orthodoxen Reformierten ihre Nische der Rechtgläubigkeit verlassen und mit dem Identitätskonstrukt von *Nederlands Israël* den Sprung auf den umstrittenen öffentlichen Sinnstiftungsmarkt gewagt. Gottes Segen, so der calvinistische Beitrag zur Erfindung der Nation, ruhe vielfach auf den von ihm

12 G. Mak: Niederlande (wie Anm. 6), S. 35-54.

13 Das Folgende nach Gerrit J. Schutte, Eine calvinistische Nation? Mythos und Wirklichkeit. In: Friso Wielenga/ Ilona Taute (Hrsg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 2004, 131-187.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auserwählten Niederlanden, dem Zweiten Israel, und seiner reformierten Kirche. Zwar seien nur die rechtgläubigen Calvinisten ein Bündnis mit dem Herrn eingegangen, dennoch profitiere das gesamte Land von ihrer Auserwähltheit. Konsequenterweise müsse ihrer Kirche eine hegemoniale Stellung in Staat und Gesellschaft zufallen. Dieses Konzept ermöglichte die Gleichsetzung von niederländischer und calvinistischer Identität und stilisierte ex post den *Vader des Vaderlands*, Willem I. von Oranien-Nassau, zum nationalreligiösen Erzvater. Für die Dynastie der Oranier bedeutete dies eine bedeutende Aufwertung, hatte das *Oranje boven* – „Oranien an der Spitze" – nun doch einen Klang von Gotteserwähltheit, wenn schon nicht von Gottesgnadentum. In diesem über das fromme calvinistische Widerstandsrecht des 16. Jahrhunderts hinausgehenden Geschichtsbild bildeten *God, Nederland en Oranje* eine nationalreligiöse Dreieinigkeit. Konsequenterweise benannte König Willem I. die reformierte Kirche 1816 in *Nederlandse Hervormde Kerk* um und ersetzte die Dordrechter Kirchenordnung durch ein neues Allgemeines Reglement.

Für die Erweckungsbewegung *Néderlands Reveil*, seit den 1820er Jahren angeführt von dem zum Calvinismus konvertierten Juden Isaac da Costa (1798-1860), waren diese nationalkirchlichen Ordnungen allerdings Äußerlichkeiten, ja Verfallserscheinungen der Glaubensintensität, deren Ursache in der Aufklärung als Inbegriff des Abfalls von Gott zu sehen sei. In da Costas Biblizismus lebte echter niederländischer Dissentergeist als Variante der europäischen Erweckungsbewegungen neu auf und mündete 1834 in die *Acte van Afscheiding*, die Separation der extrem orthodoxen Reformierten, die sich von der reformierten Nationalkirche abspalteten und zu den Dordrechter Vorschriften zurückkehren wollten. Der Regierung in Den Haag erschien dies als subversiver Akt, und sie ging sogar repressiv gegen die *Afgescheidenen* vor, die daraufhin massenhaft in die USA emigrierten. Gleichwohl wuchs die Gruppe; 1890 gehörten ihr vier Prozent der Niederländer an. Es waren vorwiegend die ‚kleinen Leute', nicht die liberalen, wohlhabenden bürgerlichen Eliten, die den Frömmigkeitstypus des *Réveil* attraktiv fanden. Ihre sozialen Nöte und ihre Nichtteilhabe an der politischen Nation veränderte die Agenda der Bewegung und ließ Fragen der Diakonie, der Mission und der Selbstorganisation auf christlicher Grundlage in den Vordergrund treten. Aus einer religiösen Erweckungsbewegung wurde eine politische Gruppierung. Für diese Veränderung stand Guillaume Groen van Prinsterer (1801-1876). Der Altphilologe und Jurist, zwischen 1827 und 1833 im Privatsekretariat des Königs tätig, profilierte sich zunächst als Archivar und Historiker des Hauses Oranien.

Sein stark calivinistisch durchformtes ‚*Handboek der geschiedenis van het vaderland*' aus dem Jahr 1846 beeinflusste Generationen im Sinne des nationalreligiösen *nationbuilding*. Groen van Prinsterer konzipierte die

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

‚antirevolutionäre' Denkrichtung, in der sich Einflüsse der Historischen Schule Friedrich von Savignys mit charakteristisch niederländischem Nationalcalvinismus mischten und welche die konservative Alternative zum patrizischen Liberalkonservatismus von Johan Rudolf Thorbecke, des Verfassungsvaters von 1848, darstellte. Bemerkenswerterweise waren sowohl Groen van Prinsterer wie auch Thorbecke in ihrer intellektuellen Ausrichtung dezidiert germanophil und bezogen ihre Anregungen zum großen Teil aus ihren Kontakten nach Deutschland. Gerade die Tatsache, dass Groen van Prinsterer den von Thorbecke gestalteten Rahmen der konstitutionellen Monarchie akzeptierte und insbesondere die Zweite Kammer zum Forum für sein politisches Konzept und seine praktischen politischen Vorstellungen z.B. in Schulfragen machte, beförderte die Fundamentalpolitisierung der antirevolutionären Bewegung und ihres Anhangs. Die Frommen und die Stillen im Lande hatten nun eine deutlich vernehmbare Stimme im Parlament und in der sich verändernden politischen Kultur. Die schärfsten Kritiker der Modernisierungsfolgen standen nun selbst im Mittelpunkt eines soziokulturellen Modernisierungsprozesses, der sie vom Rand der Gesellschaft in deren politisches Zentrum führte. Der Einfluss dieses Prozesses auf das soziopolitische System der Niederlande ist kaum zu überschätzen: Modernisierungskonflikte polarisierten sich in der niederländischen Gesellschaft von nun an nicht in erster Linie entlang von Klassen-, sondern Bekenntnisgegensätzen. In wohl keiner anderen politischen Kultur eines europäischen Landes waren und sind daher theologische Denkmuster und Mentalitäten derartig einflussreich wie in den Niederlanden. Die Motivation zu volkskirchlichen Mobilisierungs- und Rechristianisierungsinitiativen war hier gering, weil der Theologisierungsgrad des öffentlichen politischen Raums und des sozialmoralischen Klimas einzigartig hoch war: ein später, aber nachhaltiger Sieg des Auserwähltheitskonzepts von *Nederlands Israël*.

Die durch Groen van Prinsterer geschaffenen Grundlagen nutzte der calvinistische Theologe und charismatische Pastor Abraham Kuyper (1837-1920) zum Aufbau einer schlagkräftigen politischen Organisation. Kuyper war eines der großen Talente in der niederländischen Politik im Zeitalter der Modernisierung. Als Führer der Orthodoxie gründete er zwei konfessionelle Tageszeitungen, die er als Chefredakteur leitete. 1874 wurde der großartige Redner Mitglied der Zweiten Kammer. 1879 sammelte er die schon bestehenden antirivolutionären Splittergruppen im Land zu der von ihm programmatisch begründeten Antirevolutionären Partei. Die von ihm vor dem Hintergrund des heftigen Streits um die christliche Staats- bzw. staatsfreie Konfessionsschule formulierte ‚Antithese', in der er scharf zwischen christlichen und antichristlichen Strömungen in der Politik unterschied, ermöglichte eine Revolution in der niederländischen Politik: Kuyper machte einen Schritt auf die bis dahin aus der politischen Nation ausgeschlossenen und

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

diskriminierten Katholiken zu, in denen er trotz konfessioneller Verschiedenheit potentielle christliche Koalitionspartner für seine christlich-historische, antirevolutionäre Politik erkannte. Die Kombination aus der erfolgreichen Integration der orthodoxen gesellschaftlichen Säule auf der Grundlage des Schlagworts von der ‚Souveränität im eigenen Kreis' und der Kooperation mit dem politischen Katholizismus brachte Kuyper und seiner ARP bereits 1887 die Mehrheit in der Zweiten Kammer. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurden die Niederlande von einer interkonfessionellen christlichen Koalition regiert; für mehr als einhundert Jahre sollte zumindest die Beteiligung einer christlichen Partei den Normalfall niederländischer Politik darstellen. Kuyper kann, abgesehen von seiner Bedeutung für die Integration der orthodox-calvinistischen Säule in der niederländischen Gesellschaft, im europäischen Kontext als ein, wenn nicht sogar der Gründungsvater der europäischen Christdemokratie angesehen werden. Seit 1880 Theologieprofessor an der maßgeblich von ihm mitgegründeten *Vrije Universiteit* in Amsterdam, die auf der Basis calvinistischer Prinzipien akademischen Unterricht erteilte und sich insbesondere den Kindern der ‚kleinen Leute' öffnete, wurde Kupyer 1901 Ministerpräsident in der zweiten christlichen Koalition.

Die Interpretation der Versäulung wird mittlerweile auch in Hinblick auf ihre Reichweite kritisch gesehen.[14] Unstrittig ist, dass die Versäulung der niederländischen Gesellschaft zwischen dem Ersten Weltkrieg und den späten 1950er Jahren ihren sozialformativen Höhepunkt erreichte. Die vier großen Säulen, die orthodox-protestantische, die katholische, die sozialistische und die im Hinblick auf ihre Binnenintegration kaum als solche zu bezeichnende liberale bzw. neutrale Säule, erfassten nicht die gesamte Gesellschaft und unterschieden sich markant voneinander, abgesehen von nicht zu unterschätzenden regionalen Unterschieden. Alle Säulen boten um den Preis starker sozialer Kontrolle Schutz der eigenen Identität und eines spezifischen Lebensentwurfs nach außen und soziale Integration einschließlich säuleninterner sozialer Aufstiegschancen nach innen. Sie umschlossen tendenziell alle Lebensbereiche von der Geburt bis zum Tod: Ehe, Kinderfürsorge, Schule, berufsständische und Freizeitorganisationen, Sparkassen, Konsummöglichkeiten, Gewerkschaften, Weiterbildung, Wohnungsfürsorge und Sport. In Zeiten industrialisierungsbedingten sozialen Wandels boten sie Stabilität und beförderten eine politische Konsensmentalität. Die niederländischen Städtebilder wurden von versäulten Quartieren ebenso geprägt wie Presse und Rundfunk von säuleneigenen Medienangeboten. Doch seit der Mitte des 20. Jahrhunderts führte die durch die Versäulung mitbedingte gesellschaftliche Pluralisierung und Differenzierung über die Säulen hinaus. Auf die

14 Vgl. Wilhelm Damberg: Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980, Paderborn u. a. 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Versäulungs- folgte eine bis heute andauernde Entkirchlichungs- und Entkonfessionalisierungsphase. Im Jahr 1899 gehörten 48,6 % der niederländischen Gesamtbevölkerung der Mehrheitskirche, der *Hervormde Kerk*, an; 8,28 % waren sonstige orthodoxe Reformierte, 35,5 % Katholiken und 17,1 % konfessionslos. 1999 standen 14.0 % Angehörigen der Hervormde Kerk 6,66 % Orthodoxe, 30,0 % Katholiken und 41,0 % Konfessionslose als mittlerweile größte Gruppe gegenüber.[15] Die Zeit von Krieg und Besatzung 1940 bis 1945 revitalisierte die konfessionellen Identitäten noch einmal stark: orthodoxe Calvinisten und die Katholiken spielten eine Schlüsselrolle im Widerstand. Jedoch mündete ihre Forderung nach einem einem Durchbruch zu einer neuen christlich-humanistischen Nachkriegskultur nach 1945 lediglich in eine intensive Wiederbelebung der Säulenkultur, erneuert allerdings um die nun mögliche Kooperation zwischen den Konfessionellen und den Sozialisten in der PvdA. Die Heftigkeit der Erschüttung des Landes durch die soziokulturellen Brüche der 1960er und 1970er Jahre sowie die Entwicklung zu Europas permissiver Mustergesellschaft lässt sich allerdings nur vor dem Hintergrund der mehr denn je versäulten Nachkriegsrealität einordnen. Die Kinder der Kriegs- und Wiederaufbaugeneration lehnten die kleinbürgerlich engen Milieus ihrer Eltern nun endgültig ab, und emanzipierten sich nicht nur von diesen, sondern auch von ihren konfessionellen Bindung überhaupt. Doch selbst in diesem Gestus der Abgrenzung sind die Mentalitätsschatten calvinistischer Dissenter- und Subjektivitätskultur unschwer erkennbar. In diesem Sinn sind die Niederlande auch heute noch ein ‚calvinistisches' Land.

Eine dritte, aus heutiger deutscher Sicht durchaus erstaunliche Dimension niederländischer Geschichte kommt hinzu, die das liberale soziopolitische Klima der Niederlande tiefer geprägt hat, als diesseits der Grenze in der Regel bewusst ist: das Haus Oranien-Nassau.[16] Die dynastisch-historische Kontinuität der Oranier bildet kein Korrektiv oder Kontrastprogramm zur niederländischen Gesellschaft in der Moderne. Das unterscheidet sie insbesondere von den Hohenzollern. Die Oranier sind daher nicht treffend in den Kategorien traditioneller Herrschergeschichte zu beschreiben. Sie stellten nicht in erster Linie große Männer – und große Frauen –, die niederländische Geschichte geschrieben haben, sondern die Art und Weise, wie die herrschenden Oranier als Zeitgenossen einer Epoche agierten, war stets eigentümlich niederländisch. Auch die sehr deutsche, auf die Hohenzollern zielende Idealisierung von Fürsten als ‚ersten Dienern ihres Landes' passt in ihrer aufgeklärt absolutistischen Betonung von Pflicht, Dienst und Amt wenig auf die

15 Schutte: Nation (wie Anm. 13), S. 172.

16 Vgl. Rolf-Ulrich Kunze: Das Haus Oranien-Nassau in der Neuzeit. Ein Überblick. In: Zentrum für Niederlande-Studien Jahrbuch 18 (2007), S. 11-32.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

niederländischen Verhältnisse, die zwischen dem konfessionellen Zeitalter und dem der konstitutionellen Monarchie keine Form des Fürstenabsolutismus kannten. Die Gründe dafür liegen im 16. Jahrhundert. Die Oranier als herrschende Dynastie waren ein Nebenprodukt der Selbsterfindung der Niederlande als Nation im Aufstand der sieben freien Provinzen. Die Eigenarten dieses konservativen nationalreligiösen Aufstands heterogener ständisch-patrizisch-provinzialer Kräfte gegen die wesentlich modernere Großmacht Habsburg-Spanien bedingten die in vielerlei Hinsicht ungewöhnliche Position eines Statthalters als Quasi-Monarchen, dessen besondere Legitimität sich nicht aus Gottesgnadentum speiste. Für die weitere niederländische Geschichte waren bestimmte Konfliktkonstellationen der Partizipationsgeschichte in der Behauptung der Volksmehrheit gegenüber dem Monarchen bereits beim Eintritt in die politisch-soziale Moderne praktisch erledigt, die im Rest Europas erst in blutigen Revolutionen im Zeitalter der politisch-industriellen Doppelrevolution zwischen 1789 und 1914 ausgetragen wurden. Damit ist keineswegs gesagt, dass das Verhältnis der Oranier zur niederländischen Gesellschaft immer konfliktfrei war. König Wilhelm I. (1815-40), der neben Wilhelm von Oranien und Wilhelmina als markanteste Herrscherpersönlichkeit der Oranier herausragt, unternahm den Versuch eines zentralistischen *nationbuilding* von oben, das einer monarchischen Neuerfindung des Königreichs der Niederlande insbesondere nach der Verselbständigung Belgiens 1830 gleichkam. Damit brachte er sich trotz aller Verdienste um die infrastrukturelle Modernisierung des Landes in einen so starken Gegensatz zu den herrschenden politischen Strömungen und zur liberalen Grundstimmung dieser Zeit, dass er den politischen und persönlichen Rückzug anzutreten gezwungen war. Der ‚Republik der Rivalitäten'[17] von provinziellen, konfessionellen und schichtungsspezifischen Milieus ließ sich vor 1840 genausowenig durch einen Oranier homogenisieren wie Ende des 16. Jahrhunderts durch den landfremden Katholiken Philipp II. Wo es den Absolutismus nicht gegeben hatte, war auch für Neoabsolutismus kein Platz. Mentalitätsgeschichtlich gesehen, fanden Ansätze zu charismatisch-autoritärer Herrschaft stets ihre Grenzen im ausgeprägten niederländischen Pluralismus und Egalitätsbewusstsein. Insofern hat auch die bisweilen vernehmbare aktuelle Kritik an der professionell-elitären, managementbetonten Amtsauffassung von Königin Beatrix höchst traditionelle Vorbilder. Mit dem für den deutschen Geschichtsraum entscheidenden Gegensatz von monarchischer Prärogative und Verbürgerlichung der Monarchie seit 1789 bzw. ‚Fürstenstaat oder Bürgernation' wird man den Eigenarten des Hauses Oranien sowie seiner Stellung in der niederländischen Nationalgesellschaft kaum gerecht.

17 Vgl. Piet de Rooy: Republiek van rivaliteiten. Nederland sinds 1813, Amsterdam 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Waren, so mag man dann fragen, die Oranier dann nur volksnahe, innen- wie außenpolitisch schwache Repräsentationsfiguren, die sich weder gegen die ‚Pfeffersack'-Politik patrizisch-oligarchischer Regentenfamilien aus den mächtigen Städten und Provinzen noch gegen die wirtschaftlich-militärische Überlegenheit dreier großer Nachbarn: Englands, Frankreichs und, seit 1871, des großpreußischen Deutschland durchsetzen konnten? Das wiederum könnte eine vorschnelle, zu negative Bewertung des Einflusses sein, den das Haus Oranien in der niederländischen Gesellschaft traditionell ausübt und der auf anderem Gebiet liegt. Die Oranier standen nur kurze Zeit, im ‚goldenen' 17. Jahrhundert, dem Johan Huizinga ein Denkmal in der Kulturgeschichte Europas gesetzt hat,[18] einer maritimen Groß- und Handelsmacht vor, die sich seither als militärisch schwacher und zumindest latent bedrohter Kleinstaat mit kolonialem Entfaltungsraum im Kräftefeld aggressiver, um ‚Weltmacht oder Untergang' ringender Großmächte behaupten musste. Das wirkte sich auch auf die Funktion der regierenden Fürsten aus, die nicht zur europäischen Machtelite der Pentarchie und/oder der weltmarktorientierten Industriestaaten gehörten. Worin lag also ihre Funktion? Die Bedeutung Wilhelminas für den Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung und die schmerzhafte Kollaborationsbewältigung nach 1945 oder Julianas Umsetzung der Erkenntnisse des Club-of-Rome-Berichts auf niederländische Verhältnisse durch die Thematisierung von Raumnutzung und Nachhaltigkeit im Jahr 1979 – „Nederland is vol" – lassen sich nicht angemessen als bloßes Integrationshandeln eines um Popularität bemühten Staatsoberhaupts verstehen. In beiden Fällen gab eine niederländische Königin maßstabsbildende Stichworte dafür, wie die niederländische Gesellschaft mit einer bestimmten Art von Krise umgehen sollte. In beiden – sehr verschiedenen – Fällen lagen diese Stichworte ganz auf der Linie von Wertvorstellungen, die im sozialmoralischen Klima der Niederlande in der Neuzeit besonders gut gedeihen konnten: Rechtsbewusstsein, Individualität und gewissensgeleitetes Verantwortungsbewusstsein. Ein Mentalitätsschatten der nationalreligiösen Moralität Wilhelms I., des ‚Vaters des Vaterlands', liegt auf jedem Oranier, der sein Handeln an den beiden ersten Strophen des ‚Wilhelmus', der niederländischen Nationalhymne seit 1932, messen lassen muss.[19]

18 Dt. u. a. Johan Huizinga: Holländische Kultur im siebzehnten Jahrhundert, Frankfurt am Main 1977, auf der Grundlage einer 1941 überarbeiteten Fassung eines Vortrages aus dem Jahr 1932.

19 Vgl. Rolf-Ulrich Kunze: Radelnde Royals: Die Niederlande und ihre Monarchie. In: liberal 50 (2008), S. 56-58.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eine vierte niederländische Geschichtsdimension ist die Tradition des Widerstands, und auch sie hat klare liberale Bezüge.[20] Widerstand ist, aus einer vergleichenden Perspektive der ‚Nationalstaatstypologie' betrachtet, ein wesentlicher integrativer Faktor des niederländischen *nationbuilding*, des Nationswerdungsprozesses, in dessen Verlauf Geschichte mittels Interpretation und aktualisierender Popularisierung, also durch ‚soziale Kommunikation', in nationale Identität umgesetzt wird. Der niederländische Nationsbegriff war von Anfang an auf das politisch-kulturelle, stark konfessionell überformte Erbe des niederländischen Unabhängigkeitskrieges[21] und den erfolgreichen politisch-voluntaristischen Akt des Widerstandes bezogen: er betonte folglich nicht Herkunft und Abstammung, sondern die religiöse und politische Überzeugungsgemeinschaft der Niederländer in Abgrenzung zu den Großmächten: zunächst Spanien, dann Großbritannien und Frankreich, schließlich Deutschland. Die Besonderheit des niederländischen *nationbuilding* und seines wichtigsten Ergebnisses: der Ausprägung eines stark eigengesetzlichen, eigentümlichen nationalen soziokulturellen Klimas, liegt in der Spannung zwischen der Widerstandstradition als historischer Legitimation niederländischer Eigenständigkeit und den ambivalenten, zwischen Abgrenzung und Anpassung schwankenden Beziehungen zu den ‚starken Nachbarn' in Europa. Besonders deutlich wurde das im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung, als sich mit der Frage nach Widerstand oder Anpassung zugleich die Frage nach der legitimen Berufung auf die nationale Tradition und nach deren Erhalt stellte. Widerstand gegen die deutschen Besatzer, welche die Niederlande im Mai 1940 ohne Kriegserklärung überfallen und überrannt haben, war nicht nur nationale Notwehr, sondern zugleich auch Verteidigung des Rechts. Die Berufung auf das Völkerrecht stand ihrerseits in einer langen, bis auf Hugo Grotius zurückgehenden Tradition des Rechtsdenkens in den Niederlanden, die um die Jahrhundertwende in den beiden Haager Friedenskonferenzen und der Gründung des Haager Schiedsgerichts ihren Ausdruck gefunden hatte. Das Völkerrecht, seine Weiterentwicklung und weitgehende Durchsetzung sind für die kleine, militärisch schwache Handelsnation mit dem kolonialen Annex in Südostasien stets ein zentrales Anliegen in den internationalen Beziehungen gewesen.

Gleichwohl gab es Kollaboration: die rasche und totale Niederlage gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Mai 1940 hatte nicht nur mit der überwältigenden militärischen Überlegenheit des Angreifers,

20 Das Folgende nach Rolf-Ulrich Kunze: Rechtskultur, politische Kultur und Widerstand. Die politische Bedeutung des niederländischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische deutsche Besatzungsmacht nach 1945. In: Archiv für Kulturgeschichte 83 (2001), S. 221-238.

21 Von der ‚Widersetzlichkeit einer Landschaft' spricht Horst Lademacher: Die Niederlande. Politische Kultur zwischen Anpassung und Individualität, Berlin 1993, S. 71-77.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sondern auch mit der innenpolitischen Zerrissenheit der niederländischen Politik vor 1940 zu tun. Die NSB, die *Nationaal-Socialistische Beweging van Nederland* des ‚Leiders' Anton Adriaan Mussert, hatte schon vor dem deutschen Einmarsch Sympathien für Hitlers Nationalsozialismus gezeigt. Das ist, wie schon die umfangreichen, grundlegenden Forschungen zu nationalsozialistischen Gruppierungen in den Niederlanden vor dem deutschen Einmarsch aus den 1960er Jahren zeigen, durchaus keine niederländische Variante der ‚Dolchstoßlegende' vom Verrat der Heimat an der kämpfenden Truppe, sondern ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Sympathien in der eher faschistisch als nationalsozialistisch ausgerichteten NSB für das ‚Großdeutsche Reich' zur Schwächung der nationalen Einheit in der Krise vom Mai 1940 erheblich beigetragen haben, auch wenn sich die Bedeutung der NSB nicht vollständig in der Funktion als ‚fünfte Kolonne' des ‚Dritten Reiches' erklärt. Dafür war die NSB als ein Produkt der niederländischen Innenpolitik der Zwischenkriegszeit zu vielschichtig und trotz aller Bezugnahme auf das nationalsozialistische Deutschland und die NSDAP bei weitem zu niederländisch. Dennoch war niederländischer Widerstand eben immer auch Widerstand gegen einen bestimmten Teil der eigenen Landsleute. Die neuere Forschung zur niederländischen Zeitgeschichte der Zwischenkriegszeit und der Besatzung in den Niederlanden – von einem deutschen Forschungsschwerpunkt kann keine Rede sein – hebt diesen Bezug, wenngleich unterschiedlich akzentuiert, deutlich hervor; besonders der sozialgeschichtliche Ansatz hat hier den Erkenntnishorizont durch Fallstudien, zum Beispiel zu Kontinuität und Diskontinuität im Verhalten einzelner politischer Funktionsträgergruppen während der Besatzung, erweitert.[22]

Widerstand leistete auf ihre Weise auch die Königin Wilhelmina,[23] die sich mit ihrer Regierung dem Zugriff durch die Besatzungsmacht durch Flucht nach Großbritannien entzogen hatte. Für die Entwicklung des Widerstandes im Land selbst war es von großer Bedeutung, dass die mit ihrer Exilregierung in London residierende Königin sich zur Wortführerin des Widerstandes machte und, unter anderem durch ihre regelmäßigen und vielbeachteten Radioansprachen, verbindliche Maßstäbe für das widerständige Verhalten gegenüber den deutschen Besatzern setzen konnte. Aber auch für die politische Glaubwürdigkeit der Monarchie nach der Befreiung von 1945 war die klare, untadelig-ablehnende Haltung der Königin gegenüber jeder Art von Kollaboration wichtig. Widerstand und Monarchie gehörten in der politischen Traditionsbildung nach 1945 zusammen.

22 Z. B. Bart van den Boom: ‚We leven nog'. De stemming in bezet Nederland, Amsterdam 2003.

23 Dazu Cees Fasseur: Wilhelmina. Krijgshaftig in een vormeloze jas, Amsterdam 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Der Widerstand der Kirchen in den Niederlanden bildete das Rückgrat des Widerstandes überhaupt. Sowohl im Bereich der Motivation als auch der Organisation kam ihnen weitgehend die Führungsrolle zu. Einen in den Kirchen ausgetragenen Kirchenkampf zwischen Bekenntnistreuen und Vermittlern oder gar Vertretern der nationalsozialistischen Ideologie gab es, ganz anders als in Deutschland, in allen niederländischen Kirchen und Konfessionen nicht. Hier waren die Fronten von Anfang an klar. Die Bedeutung von Kirchenvertretern als Multiplikatoren des Widerstands wird besonders durch ihre Beteiligung an der illegalen Presse deutlich. Für die Zeit nach 1945 war der auch durch die illegale Presse vermittelte kirchliche Widerstand von zentraler Bedeutung, da er die Grundlage der konfessions- und parteiübergreifenden Bemühungen um eine ‚Rechristianisierung' der niederländischen Gesellschaft darstellte. Der Widerstand der Kirchen sollte der Auftakt zur Wiederherstellung einer christlichen Gesellschaft durch Umkehr der Säkularisierung und der Hinwendung zum Materialismus seit dem Beginn der Moderne sein: ein ganz im Kontext des europäischen ‚Rechristianisierungs'-Denken stehendes Konzept. Für die spätere Interpretation des Widerstandes war dieser christlich-humanitäre Zug bedeutsam, weil er für alle Widerstandsgruppen und ihre unterschiedliche Motivation gleichermaßen galt. Der Kampf um die Bewahrung der Menschenwürde und der nationalen Eigenart ließ die Klassen- und Konfessionsgrenzen, die scharfe Unterscheidung zwischen den ‚Ständen' in Bildung und Beruf, zunehmend fragwürdig erscheinen, auch wenn der Widerstand von konträren konfessionellen oder parteipolitischen Einzelpositionen seinen Ausgang genommen hatte. Genau hier lag die für die Nachkriegszeit entscheidende soziokulturelle Erneuerungskraft, der modernisierende Effekt des Widerstandes: aus allen ‚Säulen' der stark gegeneinander abgegrenzten soziokulturellen Milieus der niederländischen Vorkriegsgesellschaft und den ihnen zugeordneten politischen Parteien heraus, also aus dem gesamten, in seinem vielstimmigen Pluralismus nur in Ausnahmefällen konsensfähigen neuorthodox-reformierten, reformiert-gemäßigten, katholischen, liberal-bürgerlichen und sozialistisch-sozialdemokratischen Spektrum, war Widerstand geleistet worden. Jede ‚Säule' hatte ‚ihre' Widerstandserfahrungen gemacht und dabei hatten die Träger des Widerstandes zueinander gefunden. Fraglich war, ob das ein Modell für den *Doorbraak*, den ‚Durchbruch' zu einer neuen politischen Kultur auf der Grundlage der gemeinsamen Widerstandserfahrung sein könnte oder ob sich die Beharrungskräfte der traditionellen ‚Versäulung' als stärker erweisen würden. Auf allen Seiten war die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang groß.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eine fünfte niederländische Geschichtsdimension ist die des modernen Wohlfahrtsstaats.[24] Der niederländische Staat gab nach 1945 auch innenpolitisch seine Neutralität der Vorkriegszeit auf, die von sozialer Indifferenz kaum zu unterscheiden gewesen war: auch dies ein Erbe der ‚Versäulung' und der korporativen Verpflichtung jeder ‚Säule', für sich selbst zu sorgen. Eine Vielzahl von grundlegenden Sozialgesetzen u.a. zur Altersversorgung, Lohn- und Steuerpolitik, zum Wohnungsbau, zu den Mieten und zur Arbeitsförderung und Sozialfürsorge zeigte einen Trend zum Wohlfahrtsstaat an, der ein gewandeltes Staatsverständnis voraussetzte und mit der altständisch-oligarchisch-frommen Kaufmannsrepublik, auf die Max Webers „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" so idealtypisch passte, nichts mehr zu tun hatte.

Die soziale und politische Eigendynamik, die dieser gesellschaftliche Aufhol- und Anpassungprozess als säkulare Modernisierung der niederländischen Gesellschaft entfaltete, war im Widerstand bei aller Befürwortung sozialstaatlicher Kompetenz der Regierung nicht vorausgesehen worden. Die soziale Fürsorge des Staates in Verbindung mit dem seit den späten 1950er Jahren spürbar wachsenden, breit verteilten Wohlstand, die steigende Mobilität der Niederländer in ihrem kleinen Land und über dessen Grenzen hinaus, die verbesserten Bildungs- und Informationsmöglichkeiten für alle Schichten und auch im ländlichen Bereich, die rasante Urbanisierung des städtischen Verdichtungsraums Westholland zwischen Rotterdam und Amsterdam: all dies beseitigte nicht nur effektiv die der ‚Versäulung' zugrundeliegenden sozialmoralischen Milieus, sondern brachte ein egalisierendes Moment in die niederländische Nachkriegsgesellschaft, das die letzten Reste bürgerlich-patrizischen Sonderbewusstseins planierte. Weitere Kennzeichen dieser Entwicklung waren eine gezielt vorangetriebene Landesentwicklung, eine im europäischen Vergleich erstaunliche Bevölkerungszunahme und die Ausbildung von Strukturen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft bei gleichzeitigem Ausbau einer hocheffektiven Agroindustrie.[25] Am Ende dieses Prozesses, dessen Anfang die Widerstandskritik am liberalistischen Vorkriegsstaat bezeichnete, stand ein Mentalitätswandel, der zugleich ein harter Generationenkonflikt war. Die materielle Absicherung und die Sozialisation im dynamischen, optimistischen Wohlfahrtsstaat führte bei den Kindern der Wiederaufbaugeneration zum endgültigen Bruch mit der Tradition, und das hieß vor allem: zum Bruch mit den Kirchen und nahezu jeder Form staatlicher Autorität zugunsten eines Individualismus, der nicht mehr durch die Prägungen eines sozialkulturellen Lebensverbands aufgefangen

24 F.Wielenga, Nederland (wie Anm. 1), S. 191-234.

25 Eindrucksvoll dazu Sietse van der Hoek: Het platteland. Over de laatste Nederlandse boeren, Amsterdam/Antwerpen 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wurde. Die schweren Konflikte der unruhigen 1960er Jahre, ausgelöst wie auch später in der Bundesrepublik im Bildungsbereich, ebneten in den Niederlanden nicht nur den Weg in die ‚permissive' Gesellschaft, sondern erzeugten eine Art europäisches Modell der Permissivität. Hierzulande wurde das bisweilen gern als ‚niederländische Toleranz' missverstanden: dabei hatte der die niederländische Geschichte und Mentalität bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts prägende altkorporative Toleranz-Begriff einer Freiheit jedes Standes vor Gott nicht das geringste mit Hausbesetzung, Feminismus und Drogenlegalisierung zu tun. Mit ihm lässt sich bestenfalls der mentalitätsgeschichtliche Bruch in der niederländischen Zeitgeschichte nachweisen, dessen Folgen bis heute spürbar sind.

III.

Auch wenn es keine liberale Erinnerungskultur in den Niederlanden gibt, lässt sich die gewachsene Liberalität der politischen Kultur des Landes mit Händen greifen, und dies gerade aus deutscher Perspektive in einem Umfang, der leicht zur Idealisierung führt.[26] Das ist hier nicht der Punkt. Hier ging es darum, die strukturelle Prävalenz der bürgerlichen Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat, ihre Erhaltung auch in der Zeit des Weltbürgerkrieges und in einer komplexen Gegenwart aufzuzeigen. Darin kann man den strukturell liberalen niederländischen Praxisbeitrag zur politischen Moderne in Europa sehen.[27] Und der ist vielleicht denk- und erinnerungswürdiger als es den Niederländern selbst erscheint.

26 Ein aktueller Literaturbericht bei Rolf-Ulrich Kunze: Zur historisch-politischen Topographie eines ‚Vorreiterlandes': Wandel und Kontinuität im Selbstbild der Niederlande. In: Neue Politische Literatur 53 (2008), H. 3, S. 381-39.

27 Und dies prägt auch den niederländischen Blick auf Europa; vgl. Geert Mak: In Europa. Reisen durch das 20. Jahrhundert, München 2005 [zuerst ndl. u. d. T. Europa. Reizen door de twintigste eeuw, Amsterdam 2004].

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Elif Özmen

Liberalismus zwischen Wahrheitsskepsis und Wahrheitsanspruch – Friedrich August von Hayek über politische Rationalität und politische Ordnung

Die politische Philosophie der Gegenwart ist nachdrücklich durch das Werk von John Rawls und seinem Versuch der kritischen Weiterführung der klassischen liberalen Vertragstheorien geprägt. Nicht nur die Renaissance der normativen politischen Philosophie ist seiner 1971 veröffentlichten „Theory of Justice" geschuldet.[1] Auch die Revisionen und Verwerfungen, die Rawls selbst in Reaktion auf die Kritik an der ursprünglichen Theorie ab den 1980er Jahren vorgenommen hat, entwickelten nachhaltige, die philosophische Debatte begrifflich und methodisch prägende Kraft. Das gilt vor allem für den Terminus, den Rawls zur Bezeichnung seiner späteren Theorie wählt: „Politischer Liberalismus". Kurz gesagt ist eine Theorie der Gerechtigkeit politisch und nicht metaphysisch, wenn sie angesichts des faktischen weltanschaulichen Pluralismus, der charakteristisch ist für moderne demokratische Gesellschaften, alle strittigen, inkommensurablen und konfliktträchtigen Lehren meidet – auch wenn es durchaus sein kann, dass einige dieser Lehren wahr und andere falsch sind.[2]

An dieses Rawlssche Diktum knüpft eine Debatte über das Verhältnis von Wahrheit und Politik an, die für die begründungstheoretische Grundlegung, mithin das Selbstverständnis des Liberalismus als einer normativen politischen Theorie zentral ist. Diese Liberalismus-interne Debatte (zu der der sogenannte „Familienstreit" zwischen Jürgen Habermas und John Rawls, der postmoderne Entwurf eines (selbst-)ironischen Liberalismus von Richard

1 John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M. 1971.

2 „Welche Urteile alles in allem wahr sind, ist für den politischen Liberalismus ohne Bedeutung, da er alle Probleme unter seinen eigenen, begrenzteren Gesichtspunkten betrachtet." John Rawls: Politischer Liberalismus. Frankfurt a.M. 1998, S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rorty wie auch die Diskussion um einen neutralen Liberalismus von Bruce Ackerman und Charles Larmore gehören)[3] kreist um die Frage, ob und in welchem Sinne es die methodisch-argumentative Systematik des Liberalismus erlaubt, Wahrheit als einen Gegenstand oder gar als Ergebnis der Begründung der politischen Ordnung zu verstehen.

Die naheliegende Antwort auf diese Frage scheint negativ zu sein. Der Liberalismus ist geradezu dadurch charakterisiert, dass er Wahrheitsansprüche zurückweist in dem Sinne, dass die normativen Regeln des Zusammenlebens nicht als vom Subjekt unabhängige Sachverhalte einer metaphysischen Wirklichkeit gegeben sind. Sondern diese Normen sind Gegenstand und Ergebnis der Begründung der politischen Ordnung selbst. Während dieses metaphysisch hypostasierte Verständnis von Wahrheit also zurückgewiesen wird, historisch durch den radikalen neuzeitlichen Bruch mit der politischen Philosophie der Antike und des Mittelalters vollzogen, legt es die normative Grammatik des Liberalismus zugleich nahe, dass Wahrheitsansprüche in einem nicht-metaphysischen Sinne, im Sinne der objektiven Geltung bzw. der allgemeinen rationalen Akzeptabilität sehr wohl erhoben werden.[4]

Ich werde mich im Folgenden weitgehend auf das Moment der liberalen Wahrheitsskepsis konzentrieren, zunächst durch eine Gegenüberstellung von zwei Begründungsmodi der politischen Ordnung, die zwei unterschiedliche Politikverständnisse – als Erkenntnisproblem einerseits, als Entscheidungsproblem andererseits – begründen (1). Der Liberalismus versteht Politik als Entscheidungsproblem – als ein wichtiger Grund hierfür wird die Idee der negativen Freiheit analysiert werden (2). Abschießend wird diese konstruktive Verknüpfung von negativem Freiheitsbegriff und Wahrheitsskepsis an einem Aspekt des Werkes von Friedrich August von Hayek konkretisiert werden, nämlich der Rolle der politischen Rationalität für eine freiheitlich verfasste politische Ordnung (3).[5]

3 Siehe Wilfried Hinsch: Zur Idee des politischen Liberalismus. John Rawls in der Diskussion. Frankfurt a.M. 1997, darin: Jürgen Habermas: Versöhnung durch öffentlichen Vernunftgebrauch, S. 169-195, und John Rawls: Erwiderung auf Habermas, S. 196-262. Richard Rorty: Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt a.M. 1992; Bruce Ackerman: Social Justice in the Liberal State. New Haven/London 1980, S. 349ff.; Ders.: Political Liberalisms. In: Journal of Philosophy 91 (1994), S. 364-386; Charles Larmore: Strukturen moralischer Komplexität. Stuttgart/Weimar 1995, Kap. 3.

4 Diese Position wird ausführlich begründet in meiner Habilitationsschrift: Truth matters! Zu den begründungstheoretischen Grundlagen des politischen Liberalismus (in Vorbereitung für die Publikation). Ein Teil der Kritik an Rawls' Diktum liegt vor mit: Julian Nida-Rümelin/Elif Özmen: Zur Normativität des Politischen in der säkularen, liberalen und sozialen Demokratie. In: Jahrbuch für Recht und Ethik, Bd. 19 (2011), S. 51-63.

5 Im Folgenden werden durchweg die Begriffe „Liberalismus" und „liberal" verwendet, ohne auf Binnendifferenzierungen einzugehen, etwa zwischen „Libertarismus" (wofür von Hayek stehen würde) oder „sozialstaatlicher Liberalismus" (John Rawls könnte als ein Vertreter gelten). Diese Unterscheidungen sind für die hier leitende erkenntnis- und begründungstheoretische Frage irrelevant.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1. Die Begründung der politischen Ordnung als Erkenntnis- und Entscheidungsproblem

Das Problem der Wahrheit als das Problem des Verhältnisses von Wahrheit und Politik kann mit Blick auf die Geschichte des politikphilosophischen Denkens auf zweierlei Weise verstanden werden. Die erste Möglichkeit ist einem „fundamentalistischen Begründungsprojekt" geschuldet (vom engl. „foundationalism"), demzufolge wir unsere Überzeugungen dadurch rechtfertigen, dass wir auf etwas rekurrieren, das seinerseits weder begründungsbedürftig noch begründungsfähig ist, sondern gewissermaßen aus sich selbst heraus wahr. Dieses Fundament unseres Wissens wird üblicherweise durch einen erkenntnistheoretischen und metaphysischen Realismus gestützt. Demzufolge sind die Objekte der Erkenntnis Elemente einer realen Welt, die unabhängig ist vom Subjekt – also unseren Kenntnissen, Meinungen, Überzeugungen, ja unabhängig von unserer Existenz. Daher müssen wir uns als Subjekte der Erkenntnis in unseren Erkenntnisbemühungen an dem Objekt der Erkenntnis orientieren und zwar in einem vorwiegend passiven und rezeptiven Modus. Nicht, dass wir unsere Überzeugungen für begründet oder wahr halten, sondern dass sie in Relation zu objektiven, von unserem Fürwahrhalten unabhängigen Sachverhalten begründet sind, qualifiziert sie als Wissen.
Der locus classicus für eine fundamentalistische Begründung der politischen Ordnung mittels der Erkenntnis einer alleinigen, umfassenden, unbezweifelbaren Wahrheit ist Platons „Politeia". Normen, Prinzipien, Institutionen sowie der Aufbau der Polis werden begründet durch Rekurs auf ein Fundament, das seine Substanz durch einen erkenntnistheoretischen und metaphysischen Realismus gewinnt. Die Idee des Guten, die in einer real existierenden Welt des Denkbaren „den Dingen, welche erkannt werden, Wahrheit verleiht",[6] ist das Objekt der politischen Erkenntnis, an welchem sich deren Subjekt rezeptiv orientieren muss. Das Erkenntnisobjekt ist unabhängig von dem, was Menschen für wahr halten, d.h. von ihren Meinungen (doxa). Will man zu Wissen, zu wahren gerechtfertigten Meinungen (episteme) gelangen, muss eine Übereinstimmung zwischen dem, was wirklich ist – die Idee des Guten und die davon abhängige Gerechtigkeit – und den menschlichen Begründungen der politischen Ordnung hergestellt sein. Diese Übereinstimmung des subjektiven Denkens mit dem objektiven Sein ist das Ergebnis einer richtigen Einsicht, die, von Platon als exklusiv vorgestellt, die politische Tugend der Weisheit (sophia) begründet. Die Wenigen, die zu dieser exklusiven Einsicht gelangen, sind somit im Besitz eines „Wissen[s], auf Grund dessen sie nicht über irgendeine einzelne staatliche Angelegenheit, sondern

6 Platon: Der Staat. In: Sämtliche Dialoge, Bd. V, in der Übersetzung von Otto Apelt. Hamburg 1998, hier (508).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

über den Staat als Ganzes“[7] beraten können. Deswegen sollen eben diese Wissenden als Philosophenkönige über die Polis herrschen.

In Abgrenzung von dem fundamentalistischen Begründungsmodus und den mit ihm verbundenen metaphysischen Grundlegungen des Wissens und unseres Erkenntnisvermögens betrachtet das „liberale Begründungsprojekt“ die Vorstellung einer substantiellen alleinigen Wahrheit, an der sich die Begründung der politischen Ordnung orientieren könne oder gar müsse, mit großer Skepsis. Die Normen des Zusammenlebens sind nicht irgendwo „gegeben“, so dass die Begründungsleistung darin aufgehen könnte, diese Sachverhalte zu erkennen und als unabhängige Strukturprinzipien nachzuvollziehen im Sinne des „Spiegelns“ des Vorgegeben.[8] Sondern diese Normen sind Gegenstand und Ergebnis der Begründung selbst; sie werden gleichsam „gemacht“. Nicht, dass Wahrheit unwichtig oder überflüssig ist, sondern dass es keine alleinige umfassende Wahrheit in der Politik gibt, mithin kein metaphysisches Wissen über die richtige Form, Funktion und Handlungsweise politischer Ordnungen, ist der Ausgangspunkt dieses Begründungsprojekts. Sein Ziel besteht darin, zuvorderst den Gegenstand, die Bedingungen und auch die Grenzen der Begründung der politischen Ordnung festzulegen, als dessen Ergebnis dann erst die „richtige“, besser gesagt: die rechtfertigungsfähige politische Ordnung konstituiert bzw. legitimiert werden kann.

Die klassischen Vertragstheorien sind ein gutes Beispiel für das liberale Begründungsprojekt, insofern sie sich nicht an feststehenden Strategien, fertigen Lösungen oder einer gegebenen, lediglich zu „spiegelnden“ Ordnung orientieren, sondern an der (kontrafaktischen) Situation der Individuen vor aller Politik. Zur Veranschaulichung dieses vorpolitischen und vorsozialen Ausgangspunkts der Begründung dient der „Naturzustand“ mit seiner argumentationsstrategischen Abstraktion von Zwang. In einem Zustand, in dem verbindliche politische und rechtliche Ordnungen fehlen, verfolgen freie und gleiche Individuen ihre Interessen mit allen geeigneten Mitteln, was unweigerlich zu Konflikten führt. Jedenfalls einige dieser Interessenskonflikte sind in ihren Auswirkungen für jeden so nachteilig, dass ihre Befriedung jedem Einzelnen vernünftig erscheinen muss. Da die langfristige und verlässliche Konfliktlösung allerdings weder durch das einzelne Individuum geleistet werden kann, noch durch Koalitionen oder bloße Kooperationsversprechen mit einigen anderen, muss die Kooperationsvereinbarung, ergo: der Vertrag, vernünftigerweise von allen Individuen getragen und durch Zwangsbefugnis, d.h. politische und rechtliche Institutionen, den Staat, gesichert werden. Die politische Ordnung ist somit in ihrer Funktion, ihren Zwecken und

7 Platon: Der Staat (428).

8 Diese erkenntnistheoretische Konzeption des „Spiegelns“ einer gegebenen Ordnung führt Richard Rorty aus in: Der Spiegel der Natur. Eine Kritik der Philosophie. Frankfurt a.M 1981.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Befugnissen eine Konvention, deren Konstituierung und Legitimierung der (hypothetischen) Zustimmung freier und gleicher, zunächst apolitischer Individuen unterliegt.

Der fundamentalistische und der liberale Modus der Begründung der politischen Ordnung unterscheiden sich also schon in ihrem Verständnis davon, welche Art von Problem die politische Philosophie eigentlich verhandelt und auf welche Weise und mit welcher erkenntnis- und begründungstheoretischen Methode dieses Problem gelöst werden kann. Für den Fundamentalismus ist das vorrangige Problem der politischen Philosophie ein Erkenntnisproblem. Die Begründung der politischen Ordnung kommt nicht durch den Meinungsaustausch, das Argumentieren und Überzeugenwollen, die Willensbildung oder durch Kooperation und Konsens zustande, sondern durch die Erkenntnis einer substantiellen Wahrheit. Die Begründung der politischen Ordnung ist daher von den Meinungen und Überzeugungen der schlussendlich von ihr Betroffenen – der Untertanen, der Bürger – unabhängig, in letzter Konsequenz ihren Beurteilungen und ihrer Zustimmung entzogen. Dagegen verortet der Liberalismus das zentrale politikphilosophische Problem nicht in der Erkenntnis, sondern in der Analyse der Bedingungen und Gründe, unter denen die politische Ordnung überhaupt erst „gemacht" wird. Für den Liberalismus ist das Problem der Begründung somit ein Entscheidungsproblem, das von der Vorstellung ausgeht, „daß es zur Frage politischer Zielsetzung prinzipiell verschiedene Einstellungen, Ansichten und Interessen geben kann und daß keine ‚objektiven' Kriterien für die Bestimmung einer exklusiven, allgemeinverbindlichen Lösung existieren. (…) Es muß ein Entscheidungsmodell angegeben werden, das dem Festlegen einer Zielvorgabe dienen soll."[9]

Viktor Vanberg, von dem dieses Zitat wie auch die Unterscheidung von „Erkenntnis"- und „Entscheidungsproblem" stammt, sieht das liberale Politikverständnis im Zusammenhang mit der Auffassung, „daß niemand die Legitimation haben kann und von daher auch niemandem die Möglichkeit gegeben werden soll, für andere festzulegen, was sie als Ziel ihres Handelns zu wählen habe."[10] Diese Auffassung gründet in einer Idee der Freiheit, die im Folgenden einen weiteren Aspekt der liberalen Wahrheitsskepsis erhellen soll.

9 Viktor Vanberg: Wissenschaftsverständnis, Sozialtheorie und politische Programmatik. Tübingen 1973, S. 59.

10 Ebda. S. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. Die Idee der negativen Freiheit

Der Liberalismus ist eine Philosophie der Freiheit. Das Plädoyer für die Freiheit des Individuums – für die bürgerlichen Freiheitsrechte im politischen Bereich und für die Freiheit der Handlungen, Überzeugungen, Praktiken und Lebensformen im persönlichen Bereich – ist sein charakteristisches Merkmal.[11] Zugleich ist der Begriff „Freiheit" Gegenstand von nicht enden wollenden Disputen, verschiedenen Interpretationen oder gar inkommensurablen Freiheitskonzeptionen. Diese grundsätzliche Umstrittenheit („essential contestability")[12] des Freiheitsbegriffs kann aber für die im Detail wohlmöglich sehr unterschiedlichen Theorie-Varianten auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt heruntergebrochen werden: die Idee der negativen Freiheit.
Die Unterscheidung von „negativer" und „positiver Freiheit" hat durch die Arbeiten von Isaiah Berlin Eingang in die politische Philosophie gefunden.[13] Ihm zufolge begründet die „Ansicht, daß es einen bestimmten persönlichen Freiraum geben müsse, der unter keinen Umständen verletzt werden dürfe",[14] die Idee negativer Freiheit als „den Bereich, in dem sich ein Mensch ungehindert durch andere betätigen kann."[15] Dieser (schlußendlich durch liberale Freiheits- bzw. Abwehrrechte) zu garantierende persönliche Bereich ist im Sinne einer Bedingung der Möglichkeit der Persönlichkeitsentwicklung und Lebensführung des Individuums zu verstehen, dem „Mindestmaß an Platz, das notwendig ist, um jene natürlichen Fähigkeiten zu entwickeln, die es ihm überhaupt erst ermöglichen, die verschiedenen Zwecke, die Menschen für gut, richtig und heilig halten, zu verfolgen oder auch nur zu erkennen."[16] Diese Idee der Freiheit als Unabhängigkeit von Fremdbestimmung, insbesondere als das Freisein von Zwang durch Dritte, steht im Zentrum des Liberalismus. Es ist eine genuin politische Freiheit, denn sie meint weder das Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zur Welt oder zu Gott, sondern die Freiheit von Menschen im äußeren Verhältnis zu anderen Menschen und

11 Jedenfalls dann, wenn man Freiheit verknüpft mit Gleichheit (es geht stets um gleiche Freiheit) und einem methodischen und normativen Individualismus (die Einschränkung der individuellen Freiheiten ist gegenüber jedem betroffenen Individuum legitimationsbedürftig). Siehe die Darstellung des Liberalismus als zeitgenössisches Paradigma der politischen Philosophie in Elif Özmen: Politische Philosophie. Zur Einführung. Hamburg 2013.

12 Von einer „essential contestability" spricht erstmal Gallie bei solchen Begriffe, z.B. "freedom (…) the proper use of which inevitably involves endless disputes about their proper uses on the part of their users", Walter Bryce Gallie: Essentially Contested Concepts. In: Proceedings of the Aristotelian Society 56 (1955/56), S. 167-198, hier S. 169.

13 Isaiah Berlin: Zwei Freiheitsbegriffe. In: Ders.: Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt a.M. 2006, S. 197-256. (Erstmals veröffentlicht in englischer Sprache 1958).

14 Ebda. S. 203.

15 Ebda. S. 201.

16 Ebda. S. 203.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

innerhalb der Gesellschaft, insbesondere im Verhältnis zu staatlichen Institutionen.

Der Gegenbegriff zu negativer Freiheit ist somit Zwang: „Einen Menschen zwingen heißt ihn seiner Freiheit berauben."[17] Für Friedrich von Hayek ist Zwang „gerade deshalb ein Übel, weil er auf diese Weise ein Individuum als denkendes und wertendes Wesen ausschaltet und es zum bloßen Werkzeug zur Erreichung der Zwecke eines anderen macht."[18] Personen sind demzufolge in dem Maße frei, in dem sie freie Handlungsoptionen haben. In welcher Weise die freie, d.h. äußerlich ungehinderte, keinem Zwang durch Dritte unterliegende Person handelt – ob sie etwa bestimmte Prinzipien des moralischen oder auch nur rationalen Handelns oder des guten oder autonomen Lebens befolgt – ist kein Gegenstand der negativen Freiheitskonzeption. Demzufolge hat es auch nichts mit der Freiheit oder Unfreiheit der Person zu tun, ob sie bestimmte Fähigkeiten und Überzeugungen ausbildet oder fördert, bestimmte Gelegenheiten ergreift oder unverwirklicht lässt. Negative Freiheit ist ein „Möglichkeitsbegriff". Er ist nicht substantiiert, sondern gewissermaßen leer, insofern den Individuen in der Ausübung ihrer Freiheit, d.h. ihren Handlungen und Entscheidungen und ihrer Lebensführung, nicht schon bestimmte Zwecke unterstellt werden dürfen.[19] Eben diese Idee der negativen Freiheit stellt von Hayek seinen Überlegungen zur „Verfassung der Freiheit" voran: „Ob er [der Einzelne, EÖ] frei ist oder nicht, hängt nicht vom Bereich der Wahl ab, sondern davon, ob er erwarten kann, den Lauf seiner Handlungen nach seinen gegenwärtigen Absichten zu gestalten, oder ob jemand anderer die Macht hat, die Umstände so zu modifizieren, daß er nach dem Willen des anderen und nicht nach seinem eigenen Willen handeln wird. Freiheit setzt daher voraus, daß dem Einzelnen ein privater Bereich gesichert ist, daß es in seiner Umgebung einen Bereich von Umständen gibt, in die andere nicht eingreifen können."[20]

Isaiah Berlin verbindet das Plädoyer für die Idee der negativen Freiheit mit einer Kritik an denjenigen („positiven") Freiheitskonzeptionen, die unter einer „metaphysischen Decke" arbeiten, indem sie ihre moralischen, religiösen

17 Ebda. S. 201.

18 F. A. von Hayek: Die Verfassung der Freiheit. 4. Auflage, Tübingen 2005, S. 29 (Erstmals veröffentlicht in englischer Sprache 1960). Zum Zwangsbegriff vgl. Philipp Batthyány: Zwang als Grundübel der Gesellschaft? Der Begriff des Zwangs bei Friedrich August von Hayek. Tübingen 2007.

19 Dieses in der Diskussion mittlerweile etablierte Verständnis von negativer Freiheit als „Möglichkeitsbegriff" und positiver Freiheit als „Verwirklichungsbegriff" geht zurück auf Charles Taylor: Der Irrtum der negativen Freiheit. In: Ders.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt a.M. 1999, S. 118-144.

20 Von Hayek: Verfassung (wie Anm. 18) S. 17. Für seine Freiheitskonzeption vgl. John N. Gray: Freiheit im Denken Hayeks, Tübingen 1995, und Calvin M. Hoy: A Philosophy of Individual Freedom. The Political Thought of F. A. von Hayek. Westport 1984.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und ideologischen Ziele unter dem hehren Namen der Freiheit verfolgen.[21] Negative Freiheit hat und braucht keine solche „metaphysische Decke", was es erlaubt, auf das (anti-fundamentalistische) liberale Begründungsprojekt zurückzukommen. Als dessen Ausgangspunkt wurde die Zurückweisung eines vor aller Begründung stehenden, letztlich metaphysischen Wissens über die richtige Form, Funktion und Handlungsweise politischer Ordnungen dargestellt. Hinter dem gemeinschaftlichen Leben und dem Regiertwerden, oder anders gesagt: hinter der Faktizität sozialer und politischer Ordnungen steckt keine höhere Wahrheit oder Politologik.[22] Im nicht-konventionalisierten, natürlichen Zustand kommt dem Einzelnen zunächst und vorrangig Freiheit zu – etwa die „Freiheit von" (sozialen, rechtlichen, moralischen) Bindungen, äußeren und inneren Hindernissen und damit verbunden die „Freiheit zu" tun, was ihm beliebt, zu nehmen, was ihm begehrenswert erscheint, zu leben, wie es ihm angenehm ist. Diese natürliche Freiheit des Menschen ist normativ grundlegend, d.h. ihre politische Einschränkung, primär mit dem Mittel der rechtlichen Befugnis zu zwingen, bedarf grundsätzlich der Legitimation. Diese erfolgt gegenüber und zugleich durch die Mitglieder der politischen und rechtlichen Gemeinschaft, die Freiheitsbeschränkungen hinnehmen müssen. Unter welchen Bedingungen werden sie das vernünftigerweise tun? Die liberale Antwort bedient sich erneut der Idee der Freiheit: freie und gleiche Individuen werden einer staatlichen Befugnis, sie zur Erhaltung von allgemeinen gesatzten Regeln zu zwingen, nur dann zustimmen, wenn dieser freiheitsbegrenzende Zwang zugleich Freiheit sichert. Es gibt also Formen und Funktionen staatlichen Zwangs, die aufgrund ihrer freiheitsbeschränkenden Konsequenzen gewissermaßen immer noch übel, aber dennoch gerechtfertigt sind, um größeres Übel – die unvermeidlichen Konflikte des menschlichen Zusammenlebens, die ihrerseits mit Gewalt und Zwang einhergehen können – zu vermeiden. Friedrich von Hayek analysiert das als „Paradoxon der Freiheit" bekannte Problem wie folgt: „Zwang kann jedoch nicht völlig vermieden werden, weil die einzige Methode, ihn zu verhindern, die Androhung von Zwang ist. Eine freie Gesellschaft hat dieses Problem gelöst, indem sie dem Staat das Monopol der Zwangsausübung überträgt und

21 Berlin: Zwei Freiheitsbegriffe (wie Anm. 12), S. 255. Während Berlin die „Heuchelei" und „Selbsttäuschung" der politischen Agitatoren kritisiert, spricht von Hayek von „Sophismen" und „Tricks, mit denen die Menschen bewogen werden können, im Namen der Freiheit ihre Freiheit aufzugeben", von Hayek: Verfassung (wie Anm. 18), S. 22 f.

22 Als „Politologik" bezeichnet Dolf Sternberger eine normative politische Anthropologie, die das natürliche Wesen des Menschen als sozial bzw. politisch charakterisiert und dieses zugleich als natürliche Norm begreift. Die Aussage des Aristoteles, dass der Mensch ein politisches Lebewesen ist, ein „zoon politikon", ist deskriptiv-definitorisch wie auch normativ zu verstehen. So fällt Aristoteles über den, der freiwillig außerhalb der Polis lebt, ein harsches Urteil, dieser sei schlechter oder besser als ein Mensch: ein Tier oder ein Gott. Siehe Aristoteles: Politik, Buch I, und Dolf Sternberger: Drei Wurzeln der Politik. Frankfurt a.M. 1978.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

versucht, diese Gewalt des Staates auf jene Fälle zu beschränken, in denen sie zur Vermeidung von Zwang durch private Personen erforderlich ist. Das ist nur dadurch möglich, dass der Staat bekannte private Bereiche der Einzelnen gegen Eingriffe von anderen schützt."[23] Hier wäre dann statt von illegitimem, willkürlichem von legitimiertem, rationalem Zwang zu sprechen.
Die Rationalität des staatlichen Zwangs folgt aus von Hayeks Konzeption politischer Rationalität, die im Folgenden mit Bezug auf die liberale Wahrheitsskepsis untersucht werden wird.

3. Friedrich von Hayek über politische Rationalität und politische Ordnung

Der österreichische Ökonom, Rechts- und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek zählt zu den bedeutendsten liberalen Theoretikern des 20. Jahrhunderts. Eine Verkürzung seines Schaffens auf den ökonomischen (Neo-)Liberalismus erscheint so falsch wie betrüblich angesichts eines thematisch vielfältigen und originellen Lebenswerks, das neben wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten zahlreiche Schriften zur Kritik des Sozialismus, eine Theorie spontaner Ordnung und kultureller Evolution, Arbeiten zur Geschichte des politischen Denkens und vor allem zu zentralen Fragen der Rechts- und Politik-Philosophie umfasst. Für unsere Fragestellung sind aber weniger die inhaltlichen Aspekte seines Werkes als vielmehr ihr epistemologischer Hintergrund relevant, insofern hier von einem genuinen Wissensproblem ausgehend eine formale statt eine substantielle Rationalität für die Begründung der politischen Ordnung anempfohlen wird. Das steht in Einklang mit der These von Viktor Vanberg, „daß [die] liberale Auffassung das Problem der ‚Rationalität' politischer Ordnung nicht auf das ‚Was', sondern auf das ‚Wie' politischer Praxis bezieht. In diesem Sinne liegt dem liberalen Politikverständnis eine ‚formale' Rationalitätskonzeption von Politik zugrunde."[24]
Die Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung – negative Freiheitsrechte, Beschränkung des staatlichen Zwangs auf ihre Sicherung, die Herrschaft des Gesetzes – sind für von Hayek nicht zuletzt deswegen wünschenswert, weil sie der Einsicht in die Begrenztheit der menschlichen Verstandeskräfte angemessen sind. Der Liberalismus sei, wenngleich nicht die einzige,

23 Von Hayek: Verfassung (wie Anm. 18), S. 29.
24 Vanberg (wie Anm. 9), S. 58. Eine vergleichbare Unterscheidung von zwei Typen der Ordnung, „Markt" und „Plan", die auf zwei Typen der Rationalität zurückgeführt werden, hat Ralf Dahrendorf entwickelt in: Markt und Plan. Zwei Typen der Rationalität. Tübingen 1966.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

aber die erfolgreichste Methode, „mit dem unvollständigen, verstreuten Wissen fertigzuwerden, das des Menschen unabänderliches Los ist."[25] Die verbreitete politikphilosophische Überzeugung hingegen, dass sich die Begründung der politischen Ordnung einer rationalen Konstruktion aus reinem Vernunftgebrauch, einer absichtsvollen vernunftgeleiteten Planung verdanke, weist von Hayek als schiere „Anmaßung von Wissen" zurück. Ein solcher „rationaler Konstruktivismus" zielt auf ein nicht einlösbares „Was" der Politik, mithin „durch einen Prozeß des deduktiven Denkens die Wahrheit zu finden, der seinen Ausgang von einigen wenigen, klar umrissenen und nicht bezweifelbaren Prämissen nimmt."[26] Dieser Vorstellung von Politik als Konstruktionsaufgabe, die mit einem Fundamentalismus der Begründung verbunden ist (und häufig genug mit fundamentalistischen politischen Ordnungen einhergeht),[27] stehe aber die „entscheidende Tatsache unseres Lebens [gegenüber]: daß wir *nicht* allwissend sind, daß wir uns von Augenblick zu Augenblick neuen Tatsachen anpassen müssen, die wir zuvor nicht gekannt haben, und daß wir deshalb unser Leben nicht nach einem vorgefaßten, detaillierten Plan einrichten können, in dem jede einzelne Handlung im voraus jeder anderen rational angepasst ist."[28] Ohne umfassendes Wissen, ohne Kenntnis der Wahrheit, ist die politische Ordnung als Ergebnis menschlichen Handelns, nicht aber menschlichen Entwurfs zu verstehen, vor allem nicht als das Ergebnis einer planenden Vernunft. Damit müsse aber auch die sozialwissenschaftliche Erklärung wie gegebenenfalls die normative Überprüfung konkreter politischer Ordnungen davon ausgehen, „daß das Recht niemals ausschließlich das Ergebnis eines Entwurfs ist, sondern nur im

25 F. A. von Hayek: Die Sprachverwirrung im politischen Denken mit einigen Vorschlägen zur Abhilfe. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 206-231, hier S. 207.

26 F. A. von Hayek: Arten des Rationalismus. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 75-90, hier S. 78. Diesem Irrtum des konstruktiven Rationalismus unterliegen auch einige klassische Liberalisten, allen voran Jean-Jacques Rousseau, siehe F. A. von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 108-125. Diese Kritik an bestimmten Spielarten des Liberalismus, mehr aber noch der ausschließlich negative Freiheitsbegriff und die Theorie des *self-ownership* machen von Hayek zu einem Vertreter des Libertarismus.

27 Für von Hayek wie für den von ihm häufig zitierten Karl Popper ist dieses Denken prädestiniert für die intellektuelle Grundlegung des Totalitarismus, so von Hayek: Arten des Rationalismus (wie Anm. 26), S. 88: „der konstruktivistische Rationalismus [ist] immer und überall zutiefst antiliberal gewesen." Siehe auch Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2. Bde., München 1980.

28 Ebda. S. 84. Daraus folgert, „daß die Philosophie wichtiger ist als die Wissenschaft. Denn auf sehr vielen Gebieten kann es sich nicht darum handeln, unsere Unwissenscheit durch Fortschritt des Wissens zu beseitigen, sondern nur darum, wie wir uns am besten der Tatsache unabänderlichen Unwissens konkreter Umstände anpassen können", F. A. von Hayek: Rechtsordnung und Handelnsordnung. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 161-198, hier S. 170/1.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rahmen der Regeln der Gerechtigkeit beurteilt und geprüft wird, die niemand erfunden hat [und auch niemand als höhere Wahrheit erkannt hat, Anm. E.Ö] und die Denken und Handeln der Menschen leiteten, schon eh solche Regeln jemals in Worte gefaßt wurden."[29] Das Recht, die Idee und die Institutionen der Gerechtigkeit haben sich im Laufe einer langen kulturellen Evolution entwickelt. Daher können sie nicht von einem archimedischen Punkt aus (neu) begründet oder rational konstruiert werden (allerdings, wie später noch ausgeführt werden wird, „formal" und „negativ" überprüft werden).

Diese erkenntnistheoretischen Überlegungen liegen von Hayeks Theorie der „spontanen", selbstgewirkten Ordnung zugrunde, nach der die Gesellschaft weder ausschließlich als Ergebnis von „Physis", einer vom menschlichen Handeln unabhängigen Natur, noch ausschließlich als Ergebnis von „Nomos", einer der menschlichen Planung und Rationalität unterworfenen Konvention, zu betrachten sei, sondern als regelgeleitete Ordnung, die sich aus einem letztlich evolutionären kulturellen Prozess ergeben habe.[30] Nur ein kleiner Teil dieser Regeln sei der Rationalisierung und Planung zugänglich, wobei sich verschiedene „Schichten von Verhaltensregeln" überlagern: einerseits genetisch ererbte, instinktive Antriebe, die durch die Physiologie des Menschen bestimmt sind, dann die Überreste kultureller Traditionen, die sich erfolgreich durchgesetzt und etabliert haben. Schließlich „über all dem jene dünne Schicht von Regeln, die bewusst angenommen und modifiziert wurden, um bestimmten Zwecken zu dienen."[31] Insofern auch die moderne menschliche Gesellschaft einer spontanen, zugleich abstrakten und hoch komplexen Ordnung entspricht, gilt auch für sie, dass nur ein geringer Teil ihrer Regeln für gewählte Zwecke intendiert und konstituiert wurde und als rational kontrolliert gelten kann.[32] Damit sind die Grenzen der Begründbarkeit der politischen Ordnung bereits markiert: der Rückgriff auf höhere oder tiefere Wahrheiten der Politik verbietet sich ebenso wie die Unterstellung von substantiellen politischen Funktionen und Zwecken. Die Regeln des

29 F. A. von Hayek: Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 97-107, hier S. 104.

30 Zu der Kritik an der *Nomos*- und *Physis*-Vorstellung von Ordnung siehe von Hayek: Die Sprachverwirrung (wie Anm. 25) und Ders.: Arten der Ordnung. In: Ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969, S. 32-46. Die ausgearbeitete Theorie der kulturellen Evolution, die die genetischen und funktionalen Aspekte der sozialen Ordnung als untrennbar darstellt, findet sich in: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996. Eine Untersuchung der erkenntnistheoretischen Grundlagen der Theorie spontaner Ordnung liegt vor mit Hardy Bouillon: Ordnung, Evolution und Erkenntnis. Hayeks Sozialphilosophie und ihre erkenntnistheoretische Grundlage. Tübingen 1991.

31 F. A. von Hayek: Die drei Quellen der menschlichen Werte. In: Die Anmaßung von Wissen (wie Anm. 30), S. 37-75, hier S. 48.

32 Siehe von Hayek: Arten der Ordnung (wie Anm. 30).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

menschlichen Zusammenlebens haben keine gemeinsamen Zielsetzungen zum Inhalt (dem methodologischen Individualismus von Hayeks zufolge können ohnehin ausschließlich Individuen Ziele haben)[33] und müssen sich darauf beschränken, es keinem Individuum zu verunmöglichen, seine persönlichen Ziele zu verfolgen. Anders gesagt: politische und rechtliche Regeln und Normen formulieren und schützen Handlungsgrenzen und keine Handlungsziele.

Die ordnungstheoretische Grundlegung wird hier mit der Idee der negativen Freiheit verbunden: „Freie Menschen, denen erlaubt sein soll, ihre Mittel und Kenntnisse für ihre persönlichen Ziele einzusetzen, dürfen keinen Regeln unterworfen werden, die ihnen sagen, was sie tun sollen, sondern nur Regeln, die ihnen sagen, was sie *nicht* tun dürfen."[34] Damit wird die Brücke von allgemeinen Überlegungen zur Genese politischer Ordnungen hin zur politischen Ordnung des Liberalismus geschlagen: Zwar haben sich die gegenwärtigen, modernen und „offenen" Großgesellschaften aus kleineren „geschlossenen" Stammesgesellschaften entwickelt, deren Mitglieder durch gemeinsame konkrete Zwecke verbunden waren. Aber eine solche Zweckbindung und Wahrheitsunterstellung ist für die großen pluralistischen Gesellschaften der Gegenwart letztlich nur um den Preis geschlossener, in letzter Konsequenz totalitaristischer Gesellschaften zu haben. Deshalb „beruht die Ordnung einer Offenen Gesellschaft und aller modernen Zivilisation weitgehend auf Meinungen."[35] Denn: „Aus der Diskussion und gegenseitigen Kritik der unterschiedlichen, auf verschiedene Erfahrungen gestützten menschlichen Ansichten erwartet man eine erfolgreichere Wahrheitsfindung oder wenigstens die beste erreichbare Annäherung an die Wahrheit."[36]

Diesen immer wieder durch demokratische Willensbildungen und Entscheidungsfindungen zu eruierenden „Wahrheiten", die einer Entscheidung, aber keiner Erkenntnis geschuldet sind, ein „Wie", aber kein „Was" der Politik ausdrücken, stellt von Hayek einen formalen und negativen Gerechtigkeitstest zur Seite. Dieser Test der verbotenen Ungerechtigkeit ist der Tatsache geschuldet, „daß wir negative Kriterien haben, die uns zeigen, was ungerecht

33 Siehe F. A. von Hayek: Individualism: True and False. In: Individualism and Economic Order. London 1976, S. 1-32. Für den Zusammenhang von Individualismus und Liberalismus vgl. auch Reinhard Zintl: Individualistische Theorien und die Ordnung der Gesellschaft. Untersuchungen zur politischen Theorie von James M. Buchanan und Friedrich A. v. Hayek, Berlin 1983.

34 Von Hayek: Grundsätze (wie Anm. 26), hier S. 115.

35 Von Hayek: Sprachverwirrung (wie Anm. 25), S. 218.

36 Von Hayek: Anmaßung von Wissen (wie Anm. 30), S. 244.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ist, obgleich wir keine positiven Kriterien der Gerechtigkeit haben."[37] Die Skepsis, die gegenüber philosophischen oder politischen Theorien der kollektiven Zweckbindung und Zielkonstruktion zum Ausdruck gebracht wurde, von Hayeks Kritik an dem Versuch, alle menschlichen Lebensbereiche zum Gegenstand rationaler Kontrolle zu machen, hat somit keine umfassende Wertneutralität, auch keinen Subjektivismus oder gar Fatalismus bezüglich der Verfassungsgrundsätze politischer Ordnungen zur Folge. Denn „daß die Erkenntnis der eigentlichen Grenzen rationaler Kontrolle eine der wichtigsten Anwendungen der Vernunft ist",[38] führt weg von einer substantiellen erkennenden Rationalität in der Politik, hin zu einer formalen Rationalität der Verallgemeinerung, der Unparteilichkeit, Gleichheit und der abstrakten Regeln, die in gleicher Weise für alle annehmbar und anwendbar sind.[39] Unter den Bedingungen unserer unüberwindbaren relativen Unwissenheit und der Nicht-Planbarkeit komplexer menschlicher Ordnungen sowie der Offenheit und Pluralität menschlicher Zielsetzungen werden diese allgemeinen gemeinsamen Regeln den Grundsätzen einer liberalen Gesellschaftsordnung entsprechen. Diese „*erzwingen keine bestimmten Handlungen* (was immer ein konkretes *Ziel* voraussetzt), sondern verbieten lediglich, die geschützte Sphäre eines Individuums zu verletzen, die durch eben diese Regeln abgesteckt wird,"[40] das ermöglicht „jedem zufällig herausgegriffenen Individuum die beste Chance (…), seine Kenntnisse erfolgreich für seine persönlichen Zwecke zu nutzen" und garantiert „eine friedliche Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen der Menschen."[41]

Friedrich von Hayeks politische Philosophie ist ein in seiner Originalität bestechendes, zugleich charakteristisches Beispiel dafür, dass die liberale Begründung der politischen Ordnung auch unter dem metaphysisch desillusionierten Lichte der Wahrheitsskepsis gelingt. Die nicht-substantiierte, formale politische Rationalität reicht hin für die Verteidigung einer Verfassung der Freiheit unter der Herrschaft des Gesetzes, die das friedliche Zusammenleben von Menschen regelt, welche keine gemeinsamen Zwecke anstreben. Die zentrale Frage der politischen Philosophie: „Was für Regeln müssen die

37 F. A. von Hayek: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Landsberg/Lech 1981, S. 66 f. Der Test wird an dieser Stelle „objektiv" genannt: „In einer solchen Bemühung in Richtung auf die Weiterentwicklung eines Systems von Regeln, die zum größten Teil von den Mitgliedern einer Gesellschaft akzeptiert sind, gibt es auch eine objektive Prüfung dessen, was ungerecht ist (‚objektiv' im Sinne von ‚intersubjektiv gültig', aber nicht im Sinne von universal).".

38 Von Hayek: Arten des Rationalismus (wie Anm. 26), S. 87.

39 Ebda. S. 84: „Die einzige Art und Weise, in der wir unserem Leben tatsächlich eine gewisse Ordnung geben können, besteht darin, gewisse abstrakte Regeln oder Prinzipien als Wegweiser anzunehmen und uns dann streng an die angenommen Regeln zu halten, wenn wir uns mit neu entstehenden Situationen auseinandersetzen."

40 Von Hayek: Grundsätze (wie Anm. 26), S. 113.

41 Ebda. S. 111.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Individuen befolgen, wenn sich eine Ordnung ergeben soll?“,[42] kann im Sinne einer freiheitlichen politischen Ordnung beantwortet werden – ohne die Notwendigkeit einer Wahrheit, aber mit Rücksicht auf das, was selbst unter dem Faktum des gesellschaftlichen Pluralismus für alle freien und gleichen Individuen zur Realisierung ihrer eigenen Lebenspläne vernünftig und akzeptabel erscheint.

42 Von Hayek: Arten der Ordnung (wie Anm. 30), S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Volker Stalmann

Bernhard Falk (1867–1944) – Liberaler, Jude und deutscher Patriot

Als langjähriger Fraktionsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag hatte Bernhard Falk nicht unwesentlichen Anteil an der Gestaltung der Politik im größten deutschen Land. Auch spielte er in der Kölner Politik und in der Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 eine zentrale Rolle. Das Interesse an der Person Bernhard Falk resultiert allerdings nicht nur aus der herausgehobenen politischen Position des Liberalen, sondern auch aus seiner Stellung als jüdischer Deutscher, der 1939 in die Emigration gezwungen wurde. Anhand seines Lebensweges kann exemplarisch die Geschichte akkulturierter Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sowie das facettenreiche Verhältnis der deutschen Juden zum politischen Liberalismus nachgezeichnet und konkretisiert werden. Falks 1936 verfassten Lebenserinnerungen, die dieses Jahr von der Parlamentarismuskommission (KGParl) herausgegeben werden,[1] stellen mithin eine höchst interessante Quelle für die Geschichte des deutschen und preußischen Liberalismus dar. Beispielhaft vermögen sie die Handlungszwänge und -spielräume einer Partei zu erhellen, deren Niedergang die schleichende Erosion der parlamentarischen Grundlagen des Weimarer Staates wie in einem Brennspiegel erkennen lässt.

Bernhard Falk wurde am 26. März 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft nahe Köln geboren, wo sich seine Vorfahren im 18. Jahrhundert niedergelassen hatten. Bernhards Vater Salomon, im Nachbarort Oberaussem geboren, gehörte als Metzger zu den wohlhabenden jüdischen Familien in Bergheim. Die gehobene soziale Stellung, das Ansehen und der Respekt, der ihm zuteil wurde, kamen darin zum Ausdruck, dass er, wie bereits sein Vater Samuel Falk, mit kurzen Unterbrechungen von 1857 bis 1870 der jüdischen Gemeinde Bergheims vorstand.[2]

Zu den prägenden Momenten seiner Kindheit und Jugend zählte Bernhard Falk die tiefe Religiosität seiner Eltern. Sein Elternhaus sei ein „streng

1 Bernhard Falk (1867-1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalmann, Düsseldorf 2012.

2 Vgl. Heinz Gerd Friedt/Norbert Esser: Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bergheim 1239-1945, Bergheim 1983, S. 13–59, 244.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

religiöses jüdisches Haus“[3] gewesen, seine Mutter eine „wirkliche fromme Frau“,[4] die von ihrem Sohn die gleiche tiefe Religiosität erwartete, die für sie nach Erziehung und Werdegang Selbstverständlichkeit und Bedürfnis war. Der im Zuge der allgemeinen Säkularisierung einhergehende Bedeutungsverlust der Religion führte allerdings auch im Hause Falk zu „ernsten Auseinandersetzungen mit erregten Gefühlsausbrüchen“,[5] da die Einhaltung der jüdischen Feiertage oder der mosaischen Speisegesetze für Bernhard nicht mehr jenen unverwechselbaren Stellenwert besaßen wie für seine Eltern.

Ein wichtiges identitätsstiftendes Moment der Erziehung und Sozialisation Bernhards, auch dies kennzeichnend für die Assimilation der Juden, stellte die in seinem Elternhaus gepflegte Vaterlandsliebe dar. Für das Selbstverständnis der sich verbürgerlichenden Juden gewann die nationale und patriotische Gesinnung im Laufe des 19. Jahrhunderts eine immer größere Bedeutung. Seine Eltern seien, so meinte Bernhard Falk, „bewußt deutsche Patrioten“[6] gewesen. Zu den Bezugs- und Orientierungspunkten seiner Jugend gehörte schließlich auch die liberale Orientierung seiner Eltern, die für das jüdische Bürgertum im Kaiserreich insgesamt charakteristisch und kennzeichnend war.

In Köln besuchte Bernhard das katholische Gymnasium an der Apostelkirche, auf dem ihm das klassische Bildungsgut der Antike vermittelt wurde. Angenehm berührt war er von der an der katholischen Anstalt herrschenden „echte[n] und ernste[n] Toleranz gegenüber Andersgläubigen“.[7] Dem Abitur folgte 1885 ein dreijähriges Jurastudium an der Bonner Universität, das er kurzzeitig für seinen Militärdienst unterbrechen musste. 1888 bestand er sein Referendarexamen in Köln und trat anschließend sein Referendariat an. Da er die Große Staatsprüfung 1893 nicht mit Prädikat bestand, blieb ihm eine Laufbahn im Staatsdienst verschlossen, so dass er sich als Anwalt niederließ, zuerst vier Jahre lang am Landgericht in Elberfeld, später am Oberlandesgericht in Köln. Angesichts der für Juden geltenden Zugangsbeschränkungen zur höheren Verwaltung im Reich und in Preußen wäre ihm eine Karriere im Staatsdienst ohnedies nicht vergönnt gewesen.[8] Dass Bernhard seine Große Staatsprüfung in den Sand setzte, mochte daran gelegen haben, dass er sich im April 1893 mit der 21-jährigen Else Wahl verlobte und andere, schönere

3 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 202.
4 Ebd., S. 201.
5 Ebd., S. 202.
6 Ebd., S. 202.
7 Ebd., S. 203.
8 Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 401 f.; Barbara Strenge: Juden im preußischen Justizdienst 1812-1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München u.a. 1996, S. 151-342, hier S. 250.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dinge als Paragraphen im Kopf hatte. Die Heirat fand ein Jahr nach der Verlobung am 3. April 1894 in Bergheim statt.[9]

Die Jungliberale Bewegung

Bereits in Elberfeld wurde Bernhard Falk Mitglied der Nationalliberalen Partei und trat damit in die Fußstapfen seines Vaters. „Mich begeisterte zunächst die große Vergangenheit der Partei, ihre bedeutsame Mitarbeit an der Einigung Deutschlands und der Reichsgründung, ihre unbedingte Treue zu Bismarck und seinem Werk. In ihr vereinigten sich die kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte, die die Zukunft Deutschlands zu verbürgen schienen." Ihr Programm sei „freiheitlich und fortschrittlich" gewesen, das Recht des Einzelnen habe man zwar betont, es gleichzeitig aber „der Notwendigkeit der Allgemeinheit, den Bedürfnissen des Staates und den Aufgaben der Nation" untergeordnet. Anstoß nahm er allerdings an der Dominanz der Großindustrie in der Partei, die zu einer betont antisozialistischen und antigewerkschaftlichen Haltung geführt und sozialpolitische sowie sozialreformerische Überlegungen ausgeschlossen habe. Aber auch die „unzulängliche Ablehnung des Antisemitismus" oder das „verschämte[] Werben um antisemitische Stimmen" bereitete Falk Bauchschmerzen.[10]
Die Hoffnung auf eine Erneuerung der Partei schien die sich seit der Jahrhundertwende entfaltende jungliberale Bewegung zu bieten. Ansatzpunkt und Movens war die Kritik an der politischen Zusammenarbeit mit den Konservativen, ein dezidierter Antiklerikalismus sowie der Protest gegen das Zurückstellen genuin liberaler Forderungen. In der Welt- und Wehrpolitik traten die Jungliberalen betont national, ja imperialistisch auf, während sie in der inneren Politik, in der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik, die liberalen Grundvorstellungen stärker zur Geltung gebracht sehen wollten.[11] Mit der Forderung nach Stärkung des liberalen, freiheitlichen Gedankenguts verband sich der Wunsch nach einer Kooperation mit den Linksliberalen in innenpolitischen Fragen. An Brisanz gewann die Bewegung durch ihre sozialpolitischen Anliegen, mit denen sie scharf gegen den großindustriellen Flügel der Partei Position bezog.[12]

9 Meldeformular von Bernhard und Else Falk, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else Falk.
10 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 209 f.
11 Vgl. auch die Ausführungen Falks zur Kolonialpolitik. Er sei, so Falk, ein „entschiedener Anhänger der Kolonialpolitik" gewesen. „Der Deutschen Kolonialgesellschaft gehörte ich ununterbrochen seit 1888 an." Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 248.
12 Das Programm der Jungliberalen ist abgedruckt in: Felix Salomon: Deutsche Parteiprogramme, 3 Bde., 2. Aufl., Berlin/Leipzig 1931–1932, hier Bd. 2, S. 54 f. Ferner „Unser Programm. Ansprache des Rechtsanwalts Dr. Fischer an die gründende Versammlung des

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die jungliberale Bewegung breitete sich seit 1899 von Köln aus über das ganze Reichsgebiet aus und schloss sich im Oktober 1900 zu einem der Partei angegliederten selbständigen Reichsverband unter Vorsitz des Kölner Rechtsanwalts Hermann Fischer zusammen.[13] Falk zählte zu den Gründern des Kölner „Vereins der nationalliberalen Jugend“[14] und sollte bald zu dessen Vorsitzenden avancieren. Die Jungliberalen verstanden sich, um das Bonmot des Parteifreundes Falks, Emil Bau, zu zitieren, als „Juckpulver der nationalliberalen Partei“[15] und sahen ihre Aufgabe darin, die Mutter-Partei mit ihren Ideen und Vorstellungen zu erfüllen und sie vorwärts zu treiben.
Die jungliberale Bewegung konnte bereits 1906 auf 64 jungliberale Ortsverbände mit insgesamt über 10.000 Mitgliedern blicken und 1914 wohl etwa 16.000 bis 18.000 Mitglieder organisieren. 1907 stellte die Bewegung in den nationalliberalen Hochburgen, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, der Pfalz, Württemberg und Baden, allein 100 jungliberale Vereine gegenüber 531 allgemeinen Parteivereinen.[16]
Wenn die Jungliberalen auch keine eigenen Abgeordneten in den Reichstag oder ins Preußische Abgeordnetenhaus entsenden konnten, so wurden ihre führenden Vertreter, wie Hermann Fischer und Bernhard Falk, früh in den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei gewählt, wo sie die jungen reformbereiten Kräfte um den Parteivorsitzenden Ernst Bassermann verstärkten.[17]
Zur offenen Konfrontation zwischen der jungliberalen Bewegung und dem konservativen Flügel der Partei kam es auf dem Reichsparteitag in Goslar im Oktober 1906. Die Jungliberalen hatten im Vorfeld die enge Zusammenarbeit ihrer Partei mit Zentrum und Konservativen im Reich und Preußen

Reichsverbandes, Köln, 21. Oktober 1900“, in: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 2 f. Zu den Jungliberalen vgl. auch Paul Zimmermann, Die nationalliberale Jugendbewegung. Ursprung, Wesen und Ziele, Frankfurt a.M. 1905; Paul Harms: Die Nationalliberale Partei. Ein Gedenkblatt zu ihrer geschichtlichen Entwicklung, Berlin 1907, S. 46 f.; Wilhelm Kulemann: Politische Erinnerungen: Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte, Berlin 1911, S. 194–197; Alexander Burger: Geschichte der Parteien des deutschen Reichstags. II. Die nationalliberale Partei, Gautzsch b. Leipzig 1913, S. 14–16. Vgl. auch Schulthess´ Europäischer Geschichtskalender 1903, S. 128, zum Delegiertentag der nationalliberalen Jugendvereine in Mannheim vom 31. August 1903.

13 Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“, in: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

14 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. ebd., S. 7.

15 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 212.

16 Vgl. Schulthess´ Europäischer Geschichtskalender 1906, S. 161; Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 97, 100 (zu den Ortsvereinen 1907 und den Mitgliedszahlen 1914).

17 Vgl. Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstands 1912-1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967, S. 66–80, hier S. 66, 69.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

heftig kritisiert. Als Vertreter der Jungliberalen trat Falk vor die Delegierten. Eine politische Partei, so Falk, werde „nur dann auf die Dauer hoffen können, bestimmenden Einfluß auszuüben“, werde „nur dann in der Lage sein, mit den Zielen des Staates zugleich auch ihre ureigensten Ziele zu verfolgen, wenn sie von ihrer Idee auch kein Titelchen aufgibt.“ Deshalb könne er nicht umhin, die Politik der Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses als „nicht glücklich für unsere Partei“ zu bezeichnen.[18]
Die Parteioberen empfanden den Auftritt des Neununddreißigjährigen als Zumutung. Umgehend rief ihn der stellvertretende Vorsitzende, Robert Friedberg, in die Schranken und wies den Vorwurf, die Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses würden den Anschluss nach rechts suchen, zurück.[19] Die Jungliberalen, so Friedberg am nächsten Tag, sollten einmal die Vergangenheit ruhen lassen und versuchen, konstruktiv mitzuarbeiten, „damit wir auch in Zukunft eine mächtige und starke Partei in unserem Vaterlande bilden.“[20]
Mit dem Parteitag in Goslar 1906 hatte sich Falk erstmals vor einer größeren Öffentlichkeit politisch positioniert. Er galt seitdem als Parteilinker, als ein selbstbewusster Jungpolitiker, der ungeachtet seines betont nationalen Standpunkts für einen dezidierten Reformkurs in der Innenpolitik stand. Die sich hieraus ergebenden Berührungspunkte zur Programmatik der Freisinnigen ließen den Wunsch nach einer Einigung der liberalen Parteien erkennen, der bereits in der Forderung nach einem Zusammenwirken der Liberalen bei den nächsten Wahlen seinen Niederschlag fand.
Falks Bemühungen, ein Mandat für den Reichstag zu erhalten, war vor dem Krieg kein Erfolg beschieden.[21] Dies lag daran, dass die Nationalliberalen in Köln, wo Falk 1907, 1910 und 1912 ins Rennen ging, nichts zu bestellen hatten. Die sechs Kölner Wahlkreise blieben Domänen des Zentrums.[22]

In der Kölner Stadtverordnetenversammlung

1908 wurde Falk in die Kölner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dort schloss er sich der liberalen Fraktion an, der damals der 67-jährige

18 Neunter Allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 6. und 7. Oktober 1906 in Goslar a./H. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen, Berlin 1906, S. 83-90, hier S. 85 f.
19 Vgl. ebd., S. 90 f.
20 Ebd., S. 119–123, hier S. 123.
21 Für das Preußische Abgeordnetenhaus kandidierte Falk nicht. Vgl. Thomas Kühne: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.
22 Vgl. Carl-Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918, 2 Bde., hier Bd. 1, Düsseldorf 2007, S. 828-832.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Vorsitzende der rheinischen Ärztekammer, Eduard Lent, vorstand. Lent, so erinnerte sich Falk, sei „ein freiheitlich gesonnener Mann“ gewesen, „in dem das alte liberale Gedankengut wie ein heiliges Feuer glühte, grundsatztreu, von fester unerschütterlicher Überzeugung.“[23] Nach Lents Tod 1911 wählte die liberale Fraktion den 74-jährigen Chemiker Theodor Kyll an die Spitze, den Falk als einen „geistvolle[n], gemütreiche[n], kämpferische[n] Fortschrittsmann, der gegen das Zentrum in der ersten Linie focht“, beschrieb.[24] Als Kyll 1916 starb, sollte Falk seine Nachfolge antreten.

Die Stadtverordnetenversammlungen waren kurz vor dem Weltkrieg eine der letzten Bastionen des liberalen Bürgertums. Denn seit 1845 wurden die Stadtverordneten nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, das die Teilnahme an den Gemeindewahlen von einem jährlichen Mindesteinkommen oder von Hausbesitz abhängig machte. Die Wahlberechtigten wurden nach der Höhe der von ihnen entrichteten direkten Steuern in drei Klassen eingeteilt, auf die jeweils ein Drittel der Gesamtsumme des Steuerbetrages entfiel. Das Rekrutierungssystem führte letztlich dazu, dass die Stimme eines in der ersten Klasse Wählenden ein Vielfaches der Stimme eines Wählers der dritten Abteilung wert war. In Köln entsandten die wohlhabenden Wähler der ersten Klasse in der Regel liberale Abgeordnete in das Kommunalparlament, während die in die dritte Klasse fallende Masse der Wähler dem Zentrum zum Sieg verhalf. Umkämpft waren besonders die Wahlen in der zweiten Klasse, die über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung entschieden. Und hier, so Falk, „wurde gekämpft, geredet, agitiert und geschleppt. Ich habe als braver Wahlschlepper einen Wähler von seiner Hochzeit weggeholt, was als Großtat gefeiert wurde. Die Mehrheit des Zentrums in der zweiten Abteilung war schwach. Mehrfach bis zuletzt sind liberale Kandidaten auch in der zweiten Abteilung durchgedrungen.“[25] Das Dreiklassenwahlrecht garantierte den Liberalen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die absolute Mehrheit im Kölner Stadtparlament.[26]

1907 war der 47-jährige, erfahrene Verwaltungsbeamte Max Wallraf zum Kölner Oberbürgermeister gewählt worden. Er war zwar parteilos, stand jedoch den Liberalen nahe. Zu den zwölf Beigeordneten zählte seit 1906 auch Konrad Adenauer, mit seinen 30 Jahren damals der jüngste Beigeordnete der Stadt. 1909 avancierte Adenauer zum Ersten Beigeordneten und damit zum

23 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 219.
24 Ebd.
25 Ebd., S. 216.
26 Zum Dreiklassenwahlrecht vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 132-139; ferner Helmuth Croon: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, S. 200-211.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Fortan war er für das Steuer- und Finanzdezernat sowie das Personalreferat zuständig.[27] Falk hatte Adenauer früh schätzen gelernt. „Von Beginn unserer Bekanntschaft an bis auf den heutigen Tag habe ich Adenauer für einen toleranten, freimütigen und fortschrittlich eingestellten Menschen mit einem starken sozialen und demokratischen Einschlag gehalten. Seinem Charakter gab seine unbeugsame Energie, die sich bis zur Eigensinnigkeit steigern konnte, die bestimmende Note."[28]

Mit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde Falk in zahlreiche Ausschüsse gewählt, zu denen auch die Deputation für das Grundstückswesen, der Finanzausschuss oder der Verfassungsausschuss zählten. „Ich darf behaupten", so versuchte Falk in seinen Erinnerungen sein Wirken in der Kölner Kommunalpolitik zu umreißen, „daß im Verfassungsausschuß wie in der Finanzkommission Beschlüsse von großer Tragweite wohl kaum gegen meinen Widerspruch gefaßt worden sind, soweit es sich nicht um Fragen politischer Art handelte, bei denen die Mehrheit des Zentrums uns majorisierte. Ebenso hatte ich das Ohr der Vollversammlung. Auch auf die Gegner blieben meine Ausführungen selten ohne Eindruck. Sie wirkten umso besser, weil ich vollkommen frei, ohne Konzept, meist ohne irgendwelche Notizen sprach. Ich konnte mir das infolge meiner Kenntnis des Etats leisten."[29]

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Falk ein angesehener und erfolgreicher Rechtsanwalt und Politiker. Seine Arbeit als Kölner Stadtverordneter erhöhte seinen Bekanntheitsgrad, verschaffte ihm Ansehen und Respekt und führte ihm neue Mandanten zu. 1912 wurde ihm auch der Titel Justizrat verliehen. Seine Anwaltspraxis lief bald so gut, dass er Dr. Fritz Fuchs, den Mitherausgeber der „Kölner Rundschau", als Sozius in seine Kanzlei aufnahm. 1926 sollte Falk noch seinen Sohn Ernst und dessen Freund Wilhelm Koll, den Sohn eines früheren Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts, ins Boot holen.[30]

Falk hatte 1914 seinen Platz in der Gesellschaft des Kaiserreichs gefunden, ohne seine Konfession, sein Milieu und seine Herkunft verleugnen zu müssen. Falks Lebensweg ist letztlich exemplarisch für die erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration der deutschen Juden im Kaiserreich,

27 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986, S. 142 f.; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, 2 Bde., hier Bd. 1, Frankfurt/M./Berlin 1997, S. 58-60; Everhard Kleinertz: Konrad Adenauer als Beigeordneter der Stadt Köln (1906-1917), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 33-78, hier S. 51-53.

28 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 230.

29 Ebd., S. 226.

30 Vgl. ebd., S. 217.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die durch ihre Assimilationsbereitschaft, ihre Bildungsmotivation und ihren Aufstiegswillen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelangten. Diese Entwicklung verlief freilich nicht ohne innere Widersprüche, da die Integration und Assimilation der Juden teilweise mit der Aufgabe der jüdischen Identität, der Sitten und Gebräuche verbunden war. Auch im Haus Bernhard Falks verloren die jüdischen Religionsgesetze an Verbindlichkeit und Wertschätzung. Die allgemeine Säkularisierung des Lebens und der damit verbundene Bedeutungsverlust der Religion, des Religiösen waren auch hier greifbar. Andererseits zeigte der im Kaiserreich latent vorhandene und sich wiederholt offen artikulierende Antisemitismus die Grenzen des deutsch-jüdischen Dialogs auf. Dies mochte in Köln vor dem Krieg noch kein zentrales Thema darstellen und nur vereinzelt problematisiert worden sein. Auch Falk gab sich damals noch der Hoffnung auf ein friedliches Miteinander hin. Erst im Laufe der zwanziger Jahre wuchs auch bei ihm die Erkenntnis, dass der schlagartig an Bedeutung gewinnende Antisemitismus diesen Prozess in Frage stellen konnte und die Emanzipation der Juden dadurch zu scheitern drohte.[31]

Der Erste Weltkrieg

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges diente Falk als Hauptmann der Landwehr beim Ersatzbataillon des Reserveinfanterieregiments 8 in Zweibrücken. Dort musste er Reservisten und alte Landwehrmänner auf den Kriegseinsatz vorbereiten. „Ein bedeutungsvoller Tag war es, als ich den ersten Transport zur Front entließ. Es waren etwa 200 Mann, die stolz und stark mit der Musik an der Spitze auszogen. Ich hatte ihnen eine Abschiedsrede gehalten, die sichtlich eine große Wirkung auf sie ausübte.“[32] Bald darauf wurde Falk dem Kreischef von Bastogne in Belgien als Adjutant zugeteilt. Als Auszeichnung für seine Verdienste erhielt er im Oktober 1915 das Eiserne Kreuz.[33] Als er im August 1916 wieder zu seinem Truppenteil nach Zweibrücken zurückkehren sollte, hatte sich die Situation grundlegend geändert. Statt erfahrener Reservisten mussten nun gerade aus der Schule entlassene Rekruten für den Einsatz an der Front ausgebildet werden. Von der Begeisterung der ersten Kriegstage war auch nichts mehr zu spüren. Das Kriegsgericht, dem der Jurist Falk zugeteilt wurde, musste wiederholt über Fälle von

31 Vgl. Shulamit Volkov: Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München ^{2}2000, S. 131-145; Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1 (wie Anm. 8), S. 396–413, hier S. 403–413.

32 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 234 f.

33 Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744, Bl. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fahnenflucht, von Ungehorsam oder über tätliche Angriffe auf Vorgesetzte entscheiden.
Im Januar 1917 fiel Falks Sohn Alfred. Nach seinem Abitur hatte Alfred ein Semester in Freiburg studiert, um 1913 seinen Militärdienst in München anzutreten. Von dort kam er im August 1914 direkt an die Front und wurde auch bald darauf schwer verwundet. Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, meldete er sich im Sommer 1916 zur Luftwaffe. Bei Houplines in der Nähe von Lille starb er wenige Monate später den Fliegertod. Auch Bernhards zweiter Sohn Fritz stand an der Front, wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und bald zum Leutnant befördert.
Der Fliegertod seines Sohnes verleidete Bernhard die Arbeit in Zweibrücken. Es ist anzunehmen, dass auch die Zunahme des Antisemitismus ihm zugesetzt haben dürfte. Ihren prägnanten Ausdruck fand sie in der sog. Judenzählung des preußischen Kriegsministeriums, die 1916 mittels einer statistischen Erhebung dem von den Rechten erhobenen Vorwurf der „jüdischen Drückebergerei" nachgehen sollte. Die Geheimhaltung der Untersuchung, die die Unsinnigkeit der Klagen deutlich machte, förderte die antisemitische Hetze, da sie zu den absurdesten Gerüchten Anlass bot. Jüdische Patrioten mussten die „Judenzählung" als unglaubliche Demütigung und Erniedrigung empfinden.[34] Man halte sich das Denkwürdige der Situation vor Augen: Falk, der mit seinen beiden Söhnen an der Front stand und ebenso wie diese mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, wurde der feigen Drückebergerei und der nationalen Unzuverlässigkeit verdächtigt!
Es mag deshalb nicht verwundern, dass sich Falk um eine Versetzung nach Köln bemühte. Während des Krieges hatte er wiederholt an den Sitzungen des Stadtverordnetengremiums teilgenommen und war 1916 auch zum Vorsitzenden der liberalen Fraktion gewählt worden. Im darauf folgenden Jahr übernahm er zudem die Leitung des Nationalliberalen Vereins in Köln.[35] Oberbürgermeister Wallraf sprach sich deshalb im Februar 1917 bei den zuständigen Armeedienststellen für eine Versetzung Falks nach Köln aus. „Die Rückkehr des Hauptmann Falk nach Cöln", so Wallraf, „wäre im Interesse der Stadt Cöln von größtem Wert."[36] Nachdem das stellvertretende Generalkommando das Gesuch abgelehnt hatte – das deutsche Heer, so die Antwort, könne in der damaligen Situation auf keinen Mann verzichten –, drängte Falk. Er bat Wallraf „zu erwägen: a) ob nicht gesagt werden kann, daß ich nötig bin, nicht nur daß meine Rückkehr wünschenswert" sei, „b) ob nicht

34 Vgl. Moshe Zimmermann, Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997, S. 2–4, bes. S. 3; Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1 (wie Anm. 8), S. 413.
35 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 219, 250.
36 Schreiben von Oberbürgermeister Wallraf an das stellvertretende II. bayerische Armeekorps in Würzburg, Köln, 20.2.1917, in: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte Falks), Bl. 9 (Entwurf) und Bl. 10 f. (Schreiben).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mit starker Betonung mein Einfluß auf erhebliche Teile der Bevölkerung angeführt werden“ könne. Es könne, so Falk, „vielleicht angedeutet werden, daß für die Zeit der bevorstehenden Lebensmittelkrise die Anwesenheit und Mitarbeit des Parteiführers geboten erscheint.“[37] Im März bat Wallraf erneut um die Freistellung Falks – und hatte endlich Erfolg.[38] Falk konnte in seine Heimatstadt zurückkehren. Dort wurde er rasch mit den Versorgungsproblemen der Stadt konfrontiert, als er zum Leiter des städtischen Kohlenamtes ernannt und für die Zwangsbewirtschaftung des Kohlenhandels zuständig wurde.[39]

Im August 1917 stand die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters an.[40] Wallraf wurde zum Staatssekretär des Innern und preußischen Staatsminister ernannt. Da das Zentrum über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügte, schien die Wahl des Ersten Beigeordneten Konrad Adenauer sicher. Um während des Krieges eine Kampfabstimmung zu vermeiden, bemühte man sich um die Zustimmung der Liberalen. In der liberalen Fraktion hatte Adenauer, den viele für einen „eingefleichste[n] Parteimann“[41] hielten, jedoch nicht nur Freunde. Dennoch setzte sich Falk als Fraktionsvorsitzender für die Wahl des Ersten Beigeordneten ein.[42] Ihm kam es darauf an, dass das Bild der Einmütigkeit und Geschlossenheit während des Krieges nicht getrübt wurde. Falk, so meinte der Liberale Louis Hagen gegenüber Adenauer, sei der Ansicht, „dass auch der letzte Widerstand zu beseitigen sein wird.“ Adenauer könne sich auf Falk „durchaus verlassen und ich bin der Meinung, daß gegenwärtig auch sein Einfluss bei der anderen Partei nicht zu unterschätzen ist.“[43] Am 5. September gab es bei einer Probeabstimmung über die Wahl Adenauers in der liberalen Fraktion nur drei Gegenstimmen. „Falk“, so schrieb Hagen an Adenauer, „hat gestern sehr geschickt operiert und ist mit aller Offenheit, Klarheit und Energie, nicht nur für Sie, sondern auch für eine sofortige Wahl eingetreten.“[44] Als Gegenleistung forderten die Liberalen allerdings die Stelle des Ersten Beigeordneten für einen der Ihren.[45] Am 18. September 1917 wurde Adenauer schließlich mit 52 von 54

37 Falk an Wallraf, Zweibrücken, 16.3.1917, in: ebd., Bl. 15-18.
38 Vgl. das Schreiben Wallrafs an das Kgl. Bayerische Kriegsministerium, Köln, 21.3.1917, in: ebd., Bl. 14.
39 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 239.
40 Vgl. Gertrud Wegener: Die Wahl Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln im Jahre 1917, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 79-98.
41 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 231. Vgl. auch Wegener (wie Anm. 40), S. 84-86.
42 Vgl. das Schreiben Falks an Konrad Adenauer, 16.8.1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 26 f.
43 Louis Hagen an Konrad Adenauer, 11.8.1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 14-16, hier Bl. 15. Mit der anderen Partei sind offensichtlich die linksliberalen Abgeordneten gemeint.
44 Louis Hagen an Konrad Adenauer, 6.9.1917, in: ebd., Bl. 44 f.
45 Vgl. Wegener (wie Anm. 40), S. 85.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stimmen zum neuen Oberbürgermeister Kölns gewählt. Nur zwei liberale Abgeordnete hatten leere Stimmzettel abgegeben. Erster Beigeordneter wurde der Liberale Bruno Matzerath.[46]
Seine Wertschätzung für Adenauer brachte Falk in seinen Lebenserinnerungen deutlich zum Ausdruck. Adenauer

> „war nicht nur ein hervorragender Verwaltungsbeamter, ein unermüdlicher Arbeiter, ein kenntnisreicher Kommunalpolitiker, ein ausgezeichneter Redner, sondern kannte darüber hinaus die stadtkölnische Verwaltung bis zum letzten. Er hatte maßgeblich die Entwicklung der letzten Jahre gefördert, in den bis dahin abgelaufenen Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit großem Erfolge geleitet. […] Im Gegensatz zu Wallraf, der sehr behutsam, bisweilen vielleicht nicht ohne Zagen vorging, ist Adenauer ein Mann der Initiative, die vor keinem Hindernis zurückschr[eckt] und sich an die größten und schwierigsten Aufgaben heranwagt."

Allerdings konnte Falk seine Kritik an der Personalpolitik des neuen Oberbürgermeisters nicht verbergen.

> „Was ihm fehlte", so Falk über Adenauer, „war Menschenkenntnis. Er ging zwar mit einem gesunden Mißtrauen an fremde Persönlichkeiten heran, bildete sich aber dann sein Urteil wohl zu schnell. Nicht wenige haben es verstanden, ihm zu imponieren und sich dadurch zu bedeutsamen Stellungen aufzuschwingen. Aber schnellem Aufstieg [folgte] sehr häufig jäher Absturz. Er verbrauchte die Menschen in sehr kurzer Zeit. Unter verfehlter Beurteilung seitens des Chefs haben verdiente Beigeordnete und Oberbeamte der Stadt Köln leiden müssen. Dabei war er [Adenauer] von Haus aus wohlwollend und gerecht gegen seine Mitarbeiter."[47]

Die Revolution von 1918/19 in Köln

Zusammenbruch und Revolution überraschten Falk in Köln. Als am 6. November die Nachricht eintraf, dass ein Trupp von ca. 150 Kieler Matrosen sich auf dem Weg nach Köln befände, war die Aufregung im Rathaus, wo sich der Oberbürgermeister mit den Vertretern der politischen Parteien besprach, groß. „Dieses Häuflein", so erinnerte sich Falk, hätte auch in jenen Tagen des Zusammenbruchs nichts bedeutet, wenn man ihm entschieden entgegengetreten wäre. „Wir waren im Rathause, als die Meldung eintraf,

46 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 231. Zu Matzerath vgl. Everhard Kleinertz/Klaus Pabst: Die Kölner Beigeordneten 1906-1933 (Biographische Daten), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 619-641, hier S. 633 f.

47 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 230-232.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Zug der Matrosen sei be[reits] in Hannover oder Osnabrück angelangt. Ich äußerte die Meinung, [man] solle den Zug irgendwo auf ein totes Gleis fahren und die Lokomotiven davon dampfen lassen. Dann werde sich das Weitere schon finden."[48] Eine mit Maschinengewehren bestückte Kompanie marschierte zwar dann auch zum Bahnhof, rückte aber auf Drängen der Sozialdemokraten wieder ab.[49] Der SPD unter Wilhelm Sollmann gelang es überdies, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Entwicklung in ruhigere Bahnen zu lenken.[50] Am 8. November war die Stadt bereits fest in der Hand der Aufständischen. Der Militärgouverneur flüchtete aus Köln, ein Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die Macht. Der Oberbürgermeister vermochte allerdings die revolutionäre Bewegung durch die Schaffung eines Wohlfahrtsausschusses zu neutralisieren. In diesem Ausschuss, der sich rasch zu einem Koordinationsorgan mit weitreichenden exekutiven und legislativen Befugnissen entwickeln sollte, waren neben Unabhängigen und Sozialdemokraten auch Verwaltungsbeamte und Unternehmer vertreten.[51] Falk ließ es sich nicht nehmen, den radikalen Sozialisten dort entschieden Paroli zu bieten. „Ich bin dort sehr oft und sehr scharf den Sozialisten beider Richtungen entgegengetreten, unterstützt von meinem Freund Generaldirektor Becker aus Kalk und dem Christlichen Gewerkschaftler Jakob Kaiser."[52]
„Zum Politisieren kamen wir nie," so beschrieb der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich Schäfer die damalige Situation im Wohlfahrtsausschuss, „außer in einem Fall, wo wir uns mit den bürgerlichen Herren einmal recht gründlich über die politische Seite der Revolution aussprachen. Mich interessierte hierbei besonders Herr Justizrat Falk, der Führer der Kölner Liberalen, dem man anmerkte, wie sehr der Umsturz der Dinge sein Innerstes getroffen hat. Zerschlugen doch die Novemberereignisse das politische Glaubensbekenntnis des Liberalismus in tausend Scherben. Und Herr Falk hatte sein ganzes Leben diesem Bekenntnis gewidmet. Es schien, als ob er als alter ergrauter Mann diesen Zusammenbruch der alten Welt nicht verwinden könne. Um so erfreulicher war es für mich, daß er sich an die Spitze der neuen demokratischen Partei stellte. Er, der Alte, den Jungen voran. Herr Falk wird sich darüber im Klaren sein, daß die neue demokratische Partei um so längeren Bestand haben wird, je mehr sie sich von den Überlieferungen der wilhelminischen Zeit entfernt hält. In wirtschaftlichen Fragen, das sahen wir

48 Ebd., S. 259.
49 Vgl. Schwarz (wie Anm. 27), S. 188; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 259.
50 Vgl. Sollmann, Die Revolution in Köln, S. 7 f.; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 259.
51 Zum Wohlfahrtsausschuss vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 261; Heinrich Schäfer: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919, S. 19 f., 30-36.
52 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 261.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

voraus, werden Herr Falk und seine demokratischen Freunde der neuen Zeit nur der Not gehorchend Zugeständnisse zu machen bereit sein."[53]
Die Revolution war in Köln mit der Besetzung der Stadt durch britische Truppen am 6. Dezember 1918 zu Ende. Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 sollte das gesamte linke Rheinufer mit den drei Brückenköpfen bei Köln, Mainz und Koblenz innerhalb von drei Wochen geräumt und von den Alliierten besetzt werden.[54]

Die Rheinlandbewegung von 1918/19

Die lange Zeit diffuse Situation in der Reichshauptstadt, die Unbestimmtheit über die zukünftige Ordnung des Reichs, die traditionelle Abneigung gegen Berlin, aber auch die Ungewissheit über die Ziele und Friedensbedingungen der Ententemächte, insbesondere die Angst, von Frankreich annektiert zu werden, förderten Ende 1918 eine Bewegung, die auf die politische Selbständigkeit der Rheinlande abzielte.[55]
Mit der namentlich auch von Politikern des Zentrums erhobenen Forderung nach einem selbständigen Rheinstaat im Verband des Reiches glaubte man den sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs Rechnung tragen und damit Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen erlangen zu können. Im Windschatten dieser Zentrumspolitiker segelte eine kleine Gruppe um den früheren Staatsanwalt Hans Adam Dorten, die auf einen vom Reich unabhängigen, eng an Frankreich angelehnten Rheinstaat reflektierte. Diese Gruppe rückte die Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 in die Nähe von Landesverrätern.[56]
Die Forderung nach „Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik" wurde am 4. Dezember in einer Kölner Zentrumsversammlung erhoben. „Mit der Dynastie der Hohenzollern, der wir durch Eid verpflichtet waren", so der Vorsitzende des

53 Schäfer (wie Anm. 51), S. 30 f.
54 Vgl. Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München ^{6}2002, S. 8 f.; Schwarz (wie Anm. 27), S. 196 f.
55 Vgl. Rudolf Morsey: Die Rheinlande, Preußen und das Reich, in: Rheinische Vierteljahresblätter 30 (1965), S. 180-195; Rudolf Vierhaus: Preußen und die Rheinlande 1815-1915, in: ebd., S. 152-175; Karl Dietrich Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966; Henning Köhler: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924, Opladen 1986; Martin Schlemmer: „Los von Berlin". Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007; Ferner Gitta Steinmeyer: Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979; Pierre Renouvin: Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914-1918, in: GWU 17 (1966), S. 129-158; Paul Tirard: La France sur le Rhin, Paris 1930, S. 9-68.
56 Zu Dorten vgl. Erwin Bischof: Rheinischer Separatismus 1918-1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Bern 1969.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rheinischen Zentrums, Karl Trimborn, „ist für uns jede rechtliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten, verschwunden".[57] Gegen diese Separationsbestrebungen bezogen die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die SPD, die im Gürzenich und im Börsensaal „gewaltige Gegenkundgebung[en]" veranstalteten, rasch Position. „Die Straßen", so Falk, „standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen."[58]

Die Mitte November 1918 gegründete DDP war Falks neue politische Heimat. Die Gründung hatte den Versuch dargestellt, das gespaltene liberale Lager zu einen. Aber letztlich stellte die Partei nur eine umetikettierte Neuauflage der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei dar. Nur wenige Nationalliberale, wie deren Parteivorsitzender Robert Friedberg oder Falk, hatten sich der Neugründung angeschlossen. Die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen ging in der Mitte Dezember gegründeten Deutschen Volkspartei (DVP) auf.[59]

Die Gründung der DDP in Köln wurde durch die jahrelange Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern auf kommunaler Ebene erleichtert. „Der Zustrom zu dieser Partei", so Falk, „war gewaltig. Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten."[60]

Als sich Anfang 1919 der Eindruck verdichtete, dass das Rheinufer zu den französischen Kriegszielen gehörte, glaubten die Protagonisten der Rheinlandbewegung die Friedensverhandlungen durch die Errichtung eines westdeutschen Staates in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Zudem stand in der am 19. Januar gewählten Nationalversammlung die Beratung des neuen Verfassungsstatuts an. Einer Einladung Adenauers folgend kamen am 1. Februar die zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten im Kölner Rathaus zusammen. Offen sprach sich nun auch Adenauer für die Errichtung eines von Preußen unabhängigen, aber dem Reichsverband angehörenden Westdeutschen Staates

57 Kölnische Volkszeitung, 957, 5.12.1918: „Das rheinische Bürgertum zu den Forderungen der Zeit." Vgl. auch die Denkschrift Adenauers über sein Verhältnis zu den Rheinstaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 4, S. 238-253, hier S. 239.

58 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 264.

59 Zur Gründung von DDP und DVP vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, bes. S. 25-88; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985, S. 38-54; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933, Chapel Hill/London 1988, S. 15-29; Langewiesche (wie Anm. 26), S. 241.

60 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 265.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

aus. Bei den anderen Parteien stießen diese Überlegungen auf teilweise scharfe Ablehnung. Auch Falk trat diesen Plänen entgegen. „Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns und das Reich."[61] Die Tagung endete mit der Einsetzung eines Westdeutschen Ausschusses, dem die Bearbeitung der auf die Errichtung einer westdeutschen Staates gerichteten Pläne übertragen wurde und mit dem man hoffte, die Rheinlandbewegung institutionell einbinden zu können.[62] Dem Ausschuss sollte nur ein kurzes Leben beschieden sein. Nur einmal, am 30. Mai, trat er zur Besprechung der politischen Lage zusammen.[63]

Die Situation spitzte sich am 1. Juni zu, als mit Unterstützung des französischen Oberkommandierenden in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamiert wurde. Da die Beamtenschaft die neuen Machthaber mit Nichtachtung strafte, nahm das Unternehmen ein rasches Ende.[64] Seine Verärgerung über diesen Operettencoup ließ Falk wenige Tage später in einem im „Kölner Tageblatt" veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Verfluchtes Bilsenkraut" freien Lauf. „Wichtigmacher und Wirrköpfe sind am Werke, um die gefährliche Hohlheit ihrer eigenen armen Gedankengänge in das rheinische Volk zu ergießen." Es lohne sich nicht, über die Separatisten, „über diese Helden ein Wort zu verlieren. Kein Lied, kein Heldentuch wird ihre Namen nennen; es wäre eine Beleidigung für Herostrat, wollte man ihn mit diesen Burschen vergleichen." Deutschland brauche nun Ruhe, Selbstdisziplin und Vertrauen. „Das Gift des Bilsenkrautes darf keinen Einzug bei uns finden."[65]

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandstatuts am 28. Juni 1919 setzte schließlich den Separationsbestrebungen ein Ende. Die bereits im Waffenstillstandsabkommen geschaffene Lage wurde festgeschrieben. Das Rheinland trat unter ein alliiertes Besatzungsregime, dessen Ende allerdings trotz der fünfzehnjährigen Befristung ungewiss war.[66] Den Neugliederungsplänen entzog auch die am 14. August 1919 verkündete

61 Ebd., S. 273.

62 Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sowie der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte in Köln am 1. Februar 1919. Niederschrift o.D., in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 1, S. 212-234.

63 Sitzung des „Westdeutschen politischen Ausschusses". Köln, 30. Mai 1919, in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 5, S. 253-279, hier S. 265.

64 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 1143 f.; Bischof (wie Anm. 56), S. 81-93.

65 Kölner Tageblatt, 276, 8.6.1919: „Verfluchtes Bilsenkraut". Von Justizrat Bernhard Falk.

66 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 64), S. 1175; Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), S. 65 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weimarer Reichsverfassung den Boden. So war nach Art. 18 zwar die Neubildung von Ländern durch verfassungsänderndes oder durch einfaches Reichsgesetz im Falle der Zustimmung der betroffenen Länder oder nach erfolgreicher Volksabstimmung möglich. Doch konnte in die Verfassung mit Art. 167 eine zweijährige Sperrfrist eingebaut werden. „Die nächsten zwei Jahre", so Falk am 22. Juli 1919 in der Nationalversammlung, „sind die Jahre, in denen die Gefahr auf den Höhepunkt steigen wird. Es sind die Jahre, in denen sich zeigen wird, ob und inwieweit dieser Friede getragen werden kann", in denen „das rheinische Volk der Gefahr der Verführung und der Verwelschung" unterliege. Es gelte deshalb, den Loslösungsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben und das Rheinland beim Reich zu halten.[67]
Es gelang zudem, die Parteien des Rheinlands, Zentrum, SPD, DDP, DVP und DNVP, auf eine gemeinsame Position festzulegen. Auf ihren Tagungen in Königswinter im Juni, Oktober, Dezember 1921 und im April 1922 wandten sich die Parteien nicht nur scharf gegen den rheinischen Separatismus, sondern machten auch deutlich, dass sie eine Abstimmung nach Art. 18 der Reichsverfassung für die Dauer der Besatzung ablehnten.[68] „In Königswinter", so Falk rückblickend, „wurde also das erreicht, um was in Weimar erfolglos gerungen [worden] war. Damit aber war die schwerste Gefahr für die Loslösung gebannt. Jetzt waren auch die‚legalen' Vorkämpfer für den Rheinstaat mattgesetzt."[69] Erst im krisengeschüttelten Jahr 1923 sollte es erneut zu einem Wiederaufleben der rheinischen Absonderungspläne kommen, die diesmal sogar heftiger als im Jahr 1919 den Bestand des Reiches in Frage stellen sollten.

Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung 1919/20

Falk wurde am 19. Januar 1919 für die DDP in die Verfassunggebende Nationalversammlung gewählt.[70] Die neugegründete linksliberale Partei avancierte mit 18,5 Prozent der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Partei. Ihr Wahlerfolg war der Tatsache geschuldet, dass sie sich erfolgreich als

67 Falk in der 63. Sitzung am 22.7.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. S. 1803 f., hier S. 1804.
68 Vgl. Kölnische Zeitung, 417, 11.6.1921: „Gegen die Zwangsmaßnahmen im Rheinland"; Kölnische Zeitung, 847, 13.12.1921: „Zum Schutz des Rheinlands"; Kölnische Zeitung, 711, 21.10.1921: „Eine Kundgebung der rheinischen politischen Parteien". Zur Koalition von Königswinter vgl. Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979, S. 180-182.
69 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 277.
70 Vgl. Kölnische Zeitung, 1188, 31.12.1918: „Städtische Nachrichten. Die Deutsche Demokratische Partei".

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bollwerk gegen eine sozialistische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum darzustellen vermochte.[71] Die Regierung bildeten MSPD, Zentrum und DDP, die damit die während des Krieges begonnene und u.a. bei der Verabschiedung der Friedensresolution im Juli 1917 zum Tragen gekommene Zusammenarbeit fortsetzten. Der neuen Regierung unter Reichsministerpräsident Scheidemann gehörten auch drei Demokraten an.[72]

Aufgrund des Ansehens und der Bedeutung, die Falk durch sein entschiedenes Auftreten gegen den rheinischen Separatismus erlangt hatte, wurde er von seiner Fraktion bereits bei der Aussprache über die Regierungserklärung ins Rennen geschickt. Damit sollte die Fürsorge und Aufmerksamkeit, die man den besetzten Gebieten und besonders dem Rheinland zukommen lassen wollte, zum Ausdruck gebracht werden. In seiner Rede am 19. Februar 1919 verurteilte Falk die Loslösungsbestrebungen im Rheinlande. Sein Bekenntnis zum Reich und die Betonung der Reichstreue der Rheinländer wurden mit lautem Bravo quittiert.

„Wir Rheinländer", so Falk, „lieben unser engeres schönes Vaterland mit unserem ganzen Herzen. […] Wir sind stolz auf den grünen Rhein, den der Zauber der Romantik mit seinen goldenen Fäden umsponnen hat, und der das Lebensmark und die Lebensstraße für uns und darüber hinaus für ganz Deutschland geworden ist". Wenn es auch sein möge, dass es im Rheinland Personen gebe, die sich mit separatistischen Gedanken abgeben würden, „die heute geradezu sündhaft sind", so könne er doch mit allem Nachdruck versichern, „daß wir Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen."[73]

Das Echo auf seine Rede war durchweg positiv. Als „besondere Anerkennung" sah es Falk an, dass die britischen Besatzungsbehörden den Abdruck seiner Rede in den Kölner Zeitungen untersagten.[74] Die herausragende Stellung Falks innerhalb der Partei fand seinen Niederschlag in seiner Wahl in den 1918 gebildeten provisorischen Hauptausschuss und in den Parteivorstand im Juli 1919.[75]

71 Vgl. Albertin, Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 59), S. 138–144.
72 Vgl. Kolb, Die Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 17.
73 Falk in der 11. Sitzung am 19.2.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190-196, hier S. 190 f.
74 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 282.
75 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. 773, 803.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bei der Verabschiedung der Reichsverfassung spielte Falk nur eine untergeordnete Rolle. Dem Verfassungsausschuss gehörte er nur als stellvertretendes Mitglied an.[76] Dennoch sollte ihn die Frage der Neubildung der Länder noch einmal in die Debatte eingreifen lassen, wenngleich es ihm auch nicht gelang, die Anwendung des Artikels 18 für die Dauer der Besatzung zu blockieren.[77]

Große Aufmerksamkeit widmete Falk der Friedensfrage, war er doch als Mitglied des Friedensausschusses, der auf Drängen der Abgeordneten aus den besetzten Gebieten im April 1919 gebildet worden war, in die Verhandlungen eingebunden.[78]

Falks Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden sollte bitter enttäuscht werden. Auch er hatte sich lange Zeit im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“[79] befunden. Die Friedensbedingungen, so Falk, überstiegen selbst „die schlimmsten Befürchtungen, die sich verzweifelte Pessimisten in unseren Reihen vielleicht gemacht haben konnten.“[80] Diese Bedingungen waren für Falk „unannehmbar“.[81] Am 10. Mai einigte sich die demokratische Reichstagsfraktion auf eine Ablehnung der alliierten Vorgaben.[82] Die Fraktion, so fasste Falk am 18. Mai auf der Sitzung des Hauptvorstands zusammen, lehne den Frieden nicht aus taktischen Gründen, sondern wegen der verheerenden Folgen, die der Frieden nach sich ziehe, ab. „Läßt es die Entente darauf ankommen: schlimmer als ohnehin kann es uns nicht ergehen. Scharen Sie sich hinter die Fraktion und sorgen Sie dafür, daß der Geist, von dem wir uns leiten lassen, im Volk lebendig bleibt.“[83]

Die Reichstagsfraktion war jedoch in sich zerrissen. Mit den Stimmen eines Teils der DDP ermächtigte das Parlament die Regierung am 22. Juni 1919 zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrags.[84] Falk hatte der

76 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 285.
77 Falk in der 63. Sitzung am 22.7.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1803 f.
78 Zum Friedensausschuss vgl. Albertin, Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 59), S. 319 f.; ferner Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 288.
79 Ernst Troeltsch (Spectator): Nach der Entscheidung, 26.6.1919, in: Ernst Troeltsch: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt am Main 1994, S. 56-62, hier S. 61 f.
80 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 288.
81 Ebd.
82 Zur Sitzung der Reichstagsfraktion der DDP vom 10. Mai 1919 vgl. die Aufzeichnungen von Erich Koch-Weser, in: BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 16, Bl. 113-117.
83 Falk auf der Sitzung des Hauptvorstands am 18. Mai 1919, in: Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 75), Nr. 28, S. 65-73, hier S. 70 f., Zitat S. 71.
84 Die Abstimmung in der 41. Sitzung der Nationalversammlung am 23. Juni 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1141.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unterzeichnung des Vertrags seine Zustimmung versagt.[85] Am 20. Juni war die DDP bereits aus der Regierung ausgeschieden.[86] Die Konsequenzen waren letztlich fatal, da auch der „Vater der Verfassung", Hugo Preuß, sein Amt als Reichsinnenminister aufgeben musste.[87]

Will man Falks parlamentarisches Debüt in Weimar einem abschließenden Resümee unterziehen, so bleibt vor allem sein Auftreten als Sprecher der besetzten Rheinlande hervorzuheben. Er war das Sprachrohr der deutsch und preußisch gesinnten Rheinländer, die sich deutlich von der separatistischen Bewegung ihrer Provinz distanzieren wollten, die durch ihre Nähe zu den Besatzungsmächten in ein eigentümliches Zwielicht gerückt war. Als Vertreter der besetzten Gebiete konnte er sich mithin rasch einen Namen machen und sich für höhere Aufgaben empfehlen.[88]

Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 stellten für Falk und die DDP allerdings eine herbe Enttäuschung dar. Die Verbitterung über den Versailler Vertrag und die allgemeinen politischen Verhältnisse fand nun auch bei den Wahlen ihren Niederschlag. Die „Welle von rechts" hatte im März 1920 bereits im Kapp-Lüttwitz-Putsch seinen Niederschlag gefunden.[89] Hatten die Demokraten gehofft, aus der halbherzigen Ablehnung des Friedensvertrags, dem Bruch der Regierungskoalition und dem gescheiterten Putsch-Versuch politisches Kapital ziehen zu können, so wurden sie rasch eines Besseren belehrt. Nach 18,5 Prozent Anfang 1919 kamen sie ein Jahr später gerade einmal auf 8,2 Prozent der Wählerstimmen.[90]

Zu den Wahlverlierern zählte auch Falk, der in seinem Wahlkreis Köln-Aachen kein Mandat mehr erringen konnte.[91] Falk sah sich wieder auf seinen eigentlichen, engeren Kölner Wirkungskreis zurückgeworfen, wo er bis 1930 in der Kommunalpolitik noch eine wichtige Rolle spielen sollte. Daneben

85 Vgl. auch ebd., S. 1136.

86 Vgl. Otto Nuschke, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik, Berlin 1928, S. 34-36; Albertin, Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 59), S. 333-344; Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles, München 2005, S. 71-90.

87 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 291.

88 Seine Tätigkeit in zahlreichen Ausschüssen offenbarte zudem sein parlamentarisches Geschick, wobei ihm seine juristische Fachkenntnis und seine kommunalpolitische Erfahrung zugutekamen. Vgl. auch die Rede Falks als Berichterstatter zum Gesetz betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft in der 130. Sitzung am 16. Dezember 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 331, S. 4059 f. Ferner Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 283-285.

89 Ernst Troeltsch (Spectator): Die Welle von rechts, 19.12.1919, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik (wie Anm. 79), S. 99-106.

90 Zu den Wahlergebnissen von 1920 vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 142 f.

91 Vgl. Kölnische Zeitung, 509 und 510 vom 8.6.1920: „Die Wahlen zum Reichstag.".

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gehörte er dem Vorstand des Städtetages, dem Rheinischen Provinziallandtag und von 1921 bis 1924 als stellvertretendes Mitglied auch dem Preußischen Staatsrat an.[92]

Der Ruhrkampf 1923

Der wegen ausgebliebener Reparationsleistungen erfolgte Einmarsch belgischer und französischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923 führte zu einer neuen Eskalation. Die Ruhrbesetzung beantwortete die Reichsregierung mit der Einstellung der Reparationslieferungen und der Proklamation des passiven Widerstands, wodurch Beamten und Eisenbahnern die Befolgung alliierter Anordnungen untersagt wurde. Die Strategie der deutschen Regierung ließ sich nicht lange durchhalten. Die Bilanz war bedrückend: 132 Tote, 150000 ausgewiesene Beamte und Arbeiter und eine vollkommen zerrüttete Währung.[93]
Die britische Besatzungszone um Köln war vom Ruhrkampf nicht direkt betroffen. Sie war, wie Falk meinte, eine „Insel der Seligen".[94] Dennoch bildete sich nach dem Ruhreinmarsch in Köln ein Fünferausschuss aus Vertretern der einzelnen Parteien, unter ihnen auch Falk für die DDP.[95] Obwohl die Einstellung des passiven Widerstands angesichts des beispiellosen Währungsverfalls im Spätsommer abzusehen war, waren die Abgeordneten der besetzten Gebiete doch „maßlos überrascht", als Reichskanzler Stresemann sie am 6. September von seinen Absichten in Kenntnis setzte.[96] Als man am 24. September erneut in Berlin zusammenkam, schälten sich die Positionen der einzelnen Parteien heraus. Erstmals trat der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) für eine entschiedene Obstruktionspolitik ein. Das Reich solle sich solange von seinen Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsmächten lossagen, bis völkerrechts- und vertragsmäßige Zustände an Rhein und Ruhr wiederhergestellt seien. Er nahm in Kauf, dass das besetzte Gebiet in der Zwischenzeit der Willkür der Besatzungsmächte ausgeliefert würde. Diese später als „Versackungspolitik" bezeichnete Strategie traf damals bei Falk auf ein gewisses Verständnis, fand er doch Worte der Anerkennung „für die männlichen Worte" des DVP-Politikers. Allerdings gab er

92 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 96-100.
93 Zur Ruhrbesetzung vgl. Conan Fischer: The Ruhr Crisis 1923-1924, Oxford 2003; Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7 (wie Anm. 90), S. 271-307; Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt ^{2}1993, S. 183-206.
94 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 301.
95 Vgl. ebd.
96 Ebd., S. 304; vgl. auch die Besprechung mit rheinischen Abgeordneten, 6. September 1923, [11 Uhr], in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I und II, 2 Bde., hier Bd. 1, Boppard am Rhein 1978, Nr. 43, S. 197.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auch zu bedenken, dass der Vorschlag „die bedenklichsten Folgen für die Bevölkerung des besetzten Gebiets zeitigen würde.“[97] In seinen Erinnerungen wurde Falk deutlicher. So sah er in der von Jarres vertretenen „Versackungspolitik“ die „größte Gefahr für unser Rheinland“. „Das war Katastrophenpolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen.“ Er sei dieser Haltung deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit „mit Entschiedenheit“ entgegengetreten, wobei er hier etwas übertrieb.[98]
Am 26. September erklärte die Reichsregierung den passiven Widerstand für beendet.[99] Um die bevorstehende Währungsreform nicht zu gefährden, wurde offen erwogen, die neue Währung nicht im besetzten Gebiet einzuführen. Unter dem Schutz, teilweise mit Hilfe der Besatzungsmächte kam es zu separatistischen Putschen. Vor diesem Hintergrund wurde für den 25. Oktober in Hagen ein neuerliches Treffen mit der Reichsregierung anberaumt. Am Tag zuvor kam es in Barmen zu einer Vorbesprechung von Politik und Wirtschaft aus Rheinland und Westfalen. Während Jarres weiter einer Obstruktionspolitik das Wort redete, brachte Adenauer sein Rheinstaatsprojekt wieder ins Gespräch als Möglichkeit zur Verständigung mit Frankreich. Falk ließ immerhin Sympathien für den Vorschlag des Kölner Oberbürgermeisters erkennen. So habe er sich, nach den Notizen von Jarres,

> „im wesentlichen“ auf Adenauers Standpunkt gestellt, „schälte ihn nur noch etwas klarer heraus. […] Er war der Auffassung, daß wir dem Schicksal einer staatsrechtlichen Änderung wahrscheinlich auf keinen Fall, weder de facto noch de jure, entgehen würden. Aber diese neue unvermeidliche Staatsform dürften wir nicht freiwillig suchen, sondern müssten sie uns aufzwingen lassen. Unter Umständen erschien es aber auch ihm denkbar, daß es im Interesse des Vaterlandes richtiger gehandelt wäre, wenn wir im Wege der Verhandlungen selbst diese Staatsform herbeiführten.“[100]

97 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr, in: ebd., Nr. 77, S. 339-345, hier S. 343 f. Vgl. auch die Besprechung mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 12 Uhr, in: ebd., Nr. 76, S. 334-338.

98 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), 305 f.

99 Vgl. den Aufruf der Reichsregierung Cuno zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 sowie die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923, in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933. Dritte neubearbeitete Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, Nr. 263, S. 315 f., Nr. 268, S. 322 f.

100 Denkschrift von Karl Jarres vom 20.11.1926, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49-95, hier Bl. 55.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im Rückblick erschien Falk seine Haltung unangenehm gewesen zu sein, da er in seinen Erinnerungen nicht nur einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber Jarres, sondern auch gegenüber Adenauer zu ziehen versuchte.[101]
Bei ihrem Treffen mit Reichskanzler Stresemann in Hagen am folgenden Tag beschrieb Falk erneut die Position seiner Partei. Hatte er in Barmen noch Verhandlungen mit Frankreich über eine staatsrechtliche Änderung am Rhein unter Umständen für möglich gehalten, so nahm er in Hagen von dieser Option Abstand. Dies mochte auch daran gelegen haben, dass Stresemann deutliche Worte zur Rheinlandbewegung fand. Die Sitzung endete schließlich mit der Zusage Stresemanns, die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet fortzuzahlen. Gleichzeitig billigte der Kanzler die von Falk geforderte Einsetzung eines Ausschusses, der mit den Franzosen in Verhandlungen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände im besetzten Gebiet treten sollte. Zu diesem Zweck wurde der Kölner Fünferausschuss auf 15 Mitglieder erweitert.[102]
Ende 1923 setzte ein allgemeiner Umschwung ein. So ermöglichte das von der westdeutschen Industrie und den Besatzungsbehörden ausgehandelte Abkommen die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet. Dann gewann die neue Währung, die Rentenmark, rasch an Vertrauen und es konnte zudem der Inflation Einhalt geboten werden. Auch konnte den Separatisten der Boden entzogen werden. Schließlich gelang eine internationale Lösung des Rhein- und Ruhrproblems durch eine Neuregelung der Reparationsfrage. Im Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 konnte schließlich auch dem französischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden.[103] Am 10. Januar 1926 kam es zur Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone (Köln).

> „Als die britische Fahne von dem britischen Hauptquartier niedergeholt wurde, als dann in mitternächtlicher Weihestunde Tausende und Abertausende auf dem Domplatz die Hände emporstreckten zum vaterländischen Gelöbnis, da überkam mich die Erinnerungen an die furchtbare Tragik des Erlebten, da erfüllten mich Stolz und Befriedigung, vaterländisches Hochgefühl und nationale Begeisterung.“[104]

101 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 312: „Ich hielt eben auch jetzt noch die Loslösung keineswegs für unvermeidlich. Daher war mir die Anbahnung von Verhandlungen über die Bedingungen und Folgen eines solchen Schrittes nichts anderes als ein durchaus verfehltes Entgegenkommen gegen die französischen Pläne, denen wir bisher mit Erfolg widerstanden hatten.“.
102 Vgl. die Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 96), Nr. 179, S. 761-836. Vgl. auch Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 312. Ferner: Reimer (wie Anm. 68), S. 317-319; Schwarz (wie Anm. 27), S. 268-273.
103 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7 (wie Anm. 90), S. 504-527; Reimer, (wie Anm. 68), S. 345-356, 368-377; Kolb, Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 53, 56.
104 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 320.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im Preußischen Landtag

Im Dezember 1924 ließ Falk sich in den Preußischen Landtag wählen. Die demokratische Fraktion, der 1919 noch 65 Abgeordnete angehört hatten, verfügte damals nur mehr über 27 Sitze.[105] Da der Fraktionsvorsitzende Walther Schreiber und sein Stellvertreter Hermann Höpker Aschoff bereits im Januar ins Kabinett berufen wurden,[106] oblag die eigentliche Fraktionsarbeit Bernhard Falk, der am 18. Februar 1925 zum zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Seine Wahl hatte er seiner starken Stellung als Vorsitzender des Rheinischen Provinzialverbandes und als Vertreter der besetzten Gebiete zu verdanken.[107]

Falks Aufgabe bestand darin, sechsundzwanzig selbstbewusste Individualisten zu führen und zu einem geschlossenen Auftreten zu veranlassen. Ein Problem stellte das nachlassende Interesse an kontinuierlicher Fraktionsarbeit dar, das in der sinkenden Sitzungsintensität und der schwachen Sitzungsbeteiligung zum Ausdruck kam. War die demokratische Landtagsfraktion 1919 noch zu 113 Sitzungen zusammengekommen, so trafen sich die Demokraten 1931 nur mehr 41 Mal.[108] Auch ließ die Teilnahme an den Fraktionssitzungen zu wünschen übrig.[109] In seinen Erinnerungen räumte Falk Schwierigkeiten ein, „den inneren Zusammenschluß und die bewußte Zusammenarbeit der Fraktionsfreunde herbeizuführen und zu erhalten." Denn jeder Abgeordnete sei in seinem Kreis eine führende, allgemein anerkannte und respektierte Persönlichkeit gewesen, die nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis mitgebracht hätte. Da den persönlichen Ansprüchen und Wünschen der einzelnen Abgeordneten nicht immer habe entsprochen werden können, habe man schnell Fraktionskollegen verstimmen und gegen sich aufbringen können. Auch dem Problem der Gruppenbildung und der Aufsplitterung der Fraktion habe er begegnen müssen. „Alle diese Schwierigkeiten zu erkennen und ihnen nach Möglichkeit a[uszuweichen] ist die schwere Aufgabe des Vorsitzenden, dem es hin und wieder auch [nicht] erspart bleiben mag, zu ernstlichen Mahnungen seine Zuflucht zu nehmen."[110]

Seit April 1925 wurde Preußen durch ein Minderheitskabinett unter Führung des Sozialdemokraten Otto Braun regiert, dem SPD, Zentrum und DDP

105 Vgl. Horst Möller: Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 601.
106 Vgl. Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933, Düsseldorf 1994, S. 191-193.
107 Vgl. Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919-1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalmann, 2 Bde., Düsseldorf 2009, Bd. 2, S. 782.
108 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 3-223, Bd. 2, S. 1158-1206.
109 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 1146 f., hier S. 1146, und S. 1160-1162, hier S. 1160.
110 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 325.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

angehörten. Die Angst der im Parlament vertretenen kleineren Parteien, wie der Wirtschaftspartei, vor Neuwahlen sicherte der Regierung das Überleben. 1928 sollte es den Weimarer Koalitionsparteien wieder gelingen, bei den preußischen Landtagswahlen eine eigene Mehrheit der Mandate zu erringen.[111]

Die relative Stabilität der Verhältnisse in Preußen sticht positiv von den Zuständen im Reich ab. Während im Reich von 1919 bis 1932 zwanzig Regierungen aufeinander folgten, waren es in Preußen nur sieben. Darunter befanden sich nur drei Minderheitskabinette im Vergleich zu dreizehn im Reich. Die relative Konstanz der preußischen Verhältnisse resultierte aus dem Fehlen der großen Streitfragen der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Reich tief erschütterten. Auch war es im Gegensatz zum Reich in Preußen nicht möglich, politische Verantwortung auf ein Staatsoberhaupt abzuwälzen. Durch geschickte Personalpolitik gelang es in Preußen zudem, einen halbwegs loyalen Verwaltungsapparat zu schaffen.[112]

Im preußischen Staatsministerium verfügten die Demokraten über eine relativ starke Stellung. So besetzten sie mit Handelsminister Schreiber und Finanzminister Höpker Aschoff zwei Schlüsselressorts. Zugleich stand ihr der parteilose Kultusminister Carl Heinrich Becker nahe, so dass die kleine Vier-Prozent-Partei DDP 1928 ebenso viele Minister stellte wie die dreimal so starke Zentrumspartei. Die mit 29 Prozent mit Abstand stärkste Kraft, die SPD, besetzte sogar nur zwei Posten, den Ministerpräsidenten und den Innenminister. Der relativ große Einfluss der DDP ließ sich auf Dauer nicht halten. So wurde Becker im Januar 1930 durch den Sozialdemokraten Adolf Grimme ersetzt, im Oktober 1931 musste Höpker Aschoff zurücktreten. Über seinen Rücktritt war Falk nicht sonderlich traurig.

> „Unsere Partei", so Falk in seinen Erinnerungen, „hat [angesichts] der skrupellosen Agitation der Gegner es schwer büßen müssen, daß nicht nur der Reichsfinanzminister [Hermann Dietrich], sondern auch der preußische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war. Höpker Aschoff, der sein Amt vorbildlich verwaltete und deshalb auch in den Reihen der Opposition hohes Ansehen und bedeutende Wertschätzung genoß, hatte mit starken Widerständen in der Partei, insbesondere aber in seinem eigenen Wahlkreise wegen der drückenden Steuern, die er unbekümmert um Popularität pflichtgetreu vorschlagen mußte, [zu kämpfen]." Auch in der Fraktion habe sich nicht zuletzt wegen seines rigorosen Sparkurses eine „starke Gegnerschaft gegen ihn herausgebildet."[113]

111 Zu den Mehrheitsverhältnissen in Preußen zwischen 1925 und 1932 vgl. Stang (wie Anm. 106), S 157, 165; Möller (wie Anm. 105), S. 226-249.
112 Vgl. Möller (wie Anm. 105), S. 11-16, 577-599.
113 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 352.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Höpker Aschoff wurde durch den dem Zentrum nahestehenden Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse Otto Klepper ersetzt.[114]
Der schleichende Einflussverlust der Demokraten im Kabinett wurde Falk angelastet. Er sei, so meinte der langjährige Generalsekretär der DDP, Werner Stephan, „im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich" gewesen.[115] Doch scheint Stephan hier von den Schwierigkeiten zu abstrahieren, die sich für die Partei- und Fraktionsführung aus dem Wähler- und Mandatsschwund für die Durchsetzung demokratischer Ziele ergaben.
Mit Fusionen sollte der Niedergang aufgehalten werden. Zwar scheiterte ein Zusammenschluss der beiden liberalen Parteien DDP und DVP, doch durch die Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden unter Artur Mahraun hoffte die DDP-Führung, Anschluss an die bündische Bewegung zu bekommen und der Partei die Jugend zurückgewinnen zu können. Diese Rechnung ging indes nicht auf. Bei den Reichstagswahlen fiel die in Staatspartei umbenannte DDP von 4,9 auf 3,5 Prozent oder von 25 auf 20 Mandate. Die sich daran anschließenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Jungdeutschen Orden und den Demokraten führten bald zum Bruch und zum Auszug der Jungdeutschen aus der Staatspartei. Erich Koch-Weser musste den Parteivorsitz niederlegen. Sein Nachfolger wurde Vizekanzler und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.[116]
Falk war von der Entwicklung überrascht worden.

> „Bei den Demokraten", so erinnerte sich Falk, „hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten

114 Zu Klepper vgl. Astrid von Pufendorf: Otto Klepper (1888-1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.
115 Werner Stephan: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983, S. 148.
116 Zum Jungdeutschen Orden vgl. Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958; Alexander Kessler: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., München 1976; ders., Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, München 1980; zur Gründung der Staatspartei vgl. Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439-485; Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei, in: dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien vor 1933. Darstellungen und Dokumente. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1960, Düsseldorf 1984, S. 31-39; Frye (wie Anm. 59), S. 155-177; Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930, München 1978, S. 253-260; Stang (wie Anm. 106), S. 24-28.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten."[117]

Im Parteivorstand ließ Falk Ende September seiner Verärgerung freien Lauf. „Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt." Er gehöre „zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden" seien, „die aber Parteidisziplin gehalten" hätten, „die jedoch auch heute noch nicht im klaren darüber" seien, „ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen" sei. Auch kritisierte er den Antisemitismus der Jungdeutschen.[118] Irritiert haben dürfte Falk die Äußerung Wilhelm Cohnstaedts, des Redakteurs der „Frankfurter Zeitung", der seine Genugtuung darüber zum Ausdruck brachte, dass die Staatspartei nach dem Zusammenschluss mit den Jungdeutschen nicht mehr als „Judenpartei" angesehen und deshalb auch nicht als solche diffamiert werden könne. Das Wegducken vor dem politischen Gegner musste Falk als innere Schwäche erscheinen.[119]

Themen der preußischen Landespolitik

Ungeachtet ihres geringen Mandatsanteils spielten die Demokraten lange Zeit in der preußischen Landespolitik eine herausragende Rolle, da sie von 1919 bis 1932 in sämtlichen preußischen Regierungen vertreten waren. Auf zahlreichen Feldern war die demokratische Handschrift deutlich zu erkennen. Dies galt nach 1925 namentlich für die Bildungs- und Kirchenpolitik sowie für die Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Kultuspolitik zählte zu den Themen, bei denen sich die Demokraten besonders engagierten. Zwar blieb die Entscheidung über die Frage der Regelschule (Konfessions- oder Simultanschule) angesichts des in der Reichsverfassung in den Art. 146 und 174 festgeschriebenen dilatorischen Formelkompromisses in der Schwebe. Doch gelang den Demokraten mit der Reform der Lehrerausbildung die Umsetzung einer wichtigen Forderung. Mit der Gründung der Pädagogischen Akademien – unter den 15 Akademien befand sich auch eine auf simultaner Grundlage –, vermochte die Partei die Qualität des Volksschulunterrichts nachhaltig zu verbessern.[120]

117 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 351.
118 Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 75), S. 585-587.
119 Ebd., S. 590.
120 Zur Lehrerbildung vgl. Guido Müller: Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930, Köln 1991, S. 266-277; Erich Wende: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Während Falk die Neugestaltung der Lehrerausbildung nur am Rande berührte, verhielt es sich mit dem 1929 abgeschlossenen preußischen Konkordat etwas anders. Eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat war nach 1918 wegen der durch die Reichsverfassung geschaffenen neuen Rechtslage und der Änderung der Staatsgrenzen erforderlich geworden. Zudem bestand die Eventualität eines Reichskonkordats, das die schul- und kirchenpolitische Selbständigkeit der Länder tangieren musste.[121]

Die Demokraten lehnten es lange Zeit ab, dieser Frage näherzutreten. Auf ihrem Parteitag in Hamburg im Frühjahr 1927 sprachen sie sich entschieden gegen den Abschluss eines Konkordats aus, da dieses nicht nur eine Beschränkung des staatlichen und parlamentarischen Handlungsspielraums, sondern auch eine Gefährdung der Freiheit des geistigen Lebens darstellen könnte.[122] Doch das Konkordat ließ sich nicht verhindern. Immerhin erreichten die Demokraten nicht nur eine Ausklammerung schulpolitischer Fragen,[123] sondern „mit Rücksicht auf [den] konfessionellen Frieden" auch den Abschluss eines entsprechenden Vertrags mit den evangelischen Kirchen.[124]

Mit der Zustimmung zum sog. Preußen-Konkordat 1929 und der Verabschiedung des evangelischen Kirchenvertrags 1931, so resümierte Falk in seinen Erinnerungen,

> „hatte sich die Fraktion ein hohes Verdienst um den konfessionellen Frieden erworben, wie es wohl auch auf unseren mit größter Entschiedenheit betonten und festgehaltenen Willen wesentlich zurück[zuführen] ist, daß mit dem Konkordat in der Form, in dem es dem Landtag vorgelegt wurde, auch nicht andeutungsweise Bestimmungen über die Schule mehr verbunden waren. In diesem Punkte waren wir – ebenso auch in der Sicherung der Kirchenhoheit des Staates – von vornherein völlig [un]nachgiebig."[125]

Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 69 f., 221-235; Ernst Rudolf Huber; Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981, S. 966-973; Helmuth Kittel: Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926-1932. Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von Staat und Kultur, Berlin 1957.

121 Zum preußischen Konkordat vgl. Dieter Golombek: Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970; Herbert Hömig: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 184-204; Wende (wie Anm. 120), S. 268-293.

122 Der siebte ordentliche Parteitag der DDP am 21./24. April 1927 in Hamburg, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 6, Bl. 1-406, hier Bl. 325.

123 Vgl. auch Linksliberalismus in Preußen, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 933 f., hier S. 934, und Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 75), S. 419-423, hier S. 423; ferner die Rede Falks in der 24. Sitzung am 14. Dezember 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 2, Sp. 1484-1495, hier Sp. 1494.

124 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 340.

125 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im Zuge der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise spielte die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der preußischen Landespolitik eine immer wichtigere Rolle. Es wirkte sich für die Demokraten verheerend aus, dass sie sowohl im Reich als auch in Preußen die Verantwortung für die Finanzpolitik und damit für die krisenverschärfende Spar- und Deflationspolitik des damaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning trug. Die DDP wurde rasch zu einer Chiffre für Hilflosigkeit. Beim Rücktritt Brünings im Mai 1932 stand das Reich schon allein wegen rund 6 Millionen registrierten Arbeitslosen vor einem Scherbenhaufen.[126]

Falk begegnete dem Brüningschen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik anfangs ausgesprochen kritisch. Auf einer Mitgliederversammlung der Kölner Demokraten im Mai 1930 fand er deutliche Worte. Die Politik Brünings, so berichtete das „Berliner Tageblatt", sei nichts anders als ein „Sieg der Grundsatzlosigkeit", ein „Sieg der Taktik über die Idee". In der am Ende der Versammlung angenommenen Entschließung wurde deutlich gemacht, dass „die Wähler von einer geradezu verzweifelten Stimmung ergriffen worden seien. Das ursprünglich als Mittelpartei inszenierte Kabinett Brüning habe im Laufe seiner Tätigkeit sich mehr und mehr als das reaktionärste Kabinett seit Bestehen der deutschen Republik entpuppt. Die Folgen für die Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, abgesehen vom Großgrundbesitz, seien verheerend." Deshalb wurde auch der sofortige Austritt des demokratischen Ministers Hermann Dietrich aus der Regierung gefordert.[127]

In den wenig später anberaumten Sitzungen des Parteivorstands und der Landtagsfraktion war Falk zwar bemüht, seine Äußerungen zu relativieren, doch wurde auch deutlich, dass er mit seiner Kritik nicht alleine stand. Gleichwohl sprach der Vorstand am 5. Mai der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.[128]

Die Überzeugung von der Alternativlosigkeit der von der Regierung vertretenen Wirtschaftspolitik und der Richtigkeit des klassischen liberalen Wirtschaftsprogramms war in den Reihen der Demokraten tief verwurzelt. Dennoch begann Falk damit, neue wirtschaftspolitische Wege zu erkunden. So verabschiedete die demokratische Landtagsfraktion im Herbst 1930 einen Maßnahmenkatalog, der einen Entlassungsstopp für Betriebe, die ihre Arbeitnehmer noch durchschnittlich 40 Stunden in der Woche beschäftigen konnten, die Einführung eines neunten Schuljahres, das Verbot der

126 Zur Deflationspolitik Brünings vgl. Karl Hardach: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen ^{2}1976, S. 57-62; Herbert Hömig: Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, S. 235-257; Kolb, Die Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 132-142.

127 Berliner Tageblatt, 205, 2.5.1930: „Demokratischer Widerspruch."

128 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 75), S. 529-533, und Linksliberalismus in Preußen, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 1131 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zulassung ausländischer Landarbeiter und die entgeltlose Arbeitsdienstpflicht für arbeitslose Jugendliche umfasste.[129] Wesentliche Teile des Antrags wurden später sowohl vom preußischen Staatsministerium als auch von der Reichsregierung aufgegriffen.[130]

Wenn Falk sich seit dem Sommer 1930 mit Rücksicht auf den Parteivorsitzenden und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich mit Kritik am Brüningschen Kurs zurückhielt, wuchs doch mit der Zeit der Unmut über die Katastrophenpolitik. „Die Politik des Kabinetts Brüning", so Falk auf einer Fraktionssitzung vom November 1931, „darf nicht so weiter gehen wie bisher, wenn tatsächlich keine Einwirkung durch unsere Reichstagsfraktion bzw. die bürgerliche Mitte des Reichstags möglich ist, droht die Auflösung von der Seite der Kommunen her." Das Ausscheiden aus der Regierung hielt er nicht mehr für ausgeschlossen. Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, die bei den Reichstagswahlen 1930 18 Prozent der Stimmen erhalten hatte, lehnte er nicht zuletzt „wegen der zu erwartenden Gewaltpolitik" entschieden ab. Seine Stellung gegenüber dem antisemitischen Extremismus der Nazis war durch seine Konfession vorbestimmt.[131]

Falks Unmut über den Gang der Dinge wurde immer größer, seine Kritik an den Notverordnungen des Reichs immer deutlicher artikuliert. Die Demokraten könnten sich vor allem mit dem „Ruin der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände" nicht abfinden. So verwies er im März 1932 erneut auf den von den Demokraten im Herbst 1930 erarbeiteten Antrag, der „zusätzliche Arbeitsbeschaffung" wolle. „Das ist die erste und wichtigste Aufgabe, die im Reich erfüllt werden muß, (sehr richtig! In der Mitte) und bei der Länder und Gemeinden mitzuwirken haben, die Aufgabe: durch ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm die Zahl der Erwerbslosen möglichst zu vermindern."[132]

Der Topos des Arbeitsbeschaffungsprogramms klingt hier an, obwohl Falks Vorschläge doch von den Dimensionen späterer Konjunkturprogramme weit entfernt waren. Dennoch fand auch unter Liberalen die Einsicht in die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Eingang. Falk sah letztlich ein, dass das klassische liberale Wirtschaftsprogramm in der großen Weltwirtschaftskrise keine realisierbare Strategie bot.

129 Vgl. den Urantrag der Abgeordneten Falk und Genossen (DDP) über das Arbeitslosenproblem, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 8, Nr. 5303, S. 5901; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 345.

130 Vgl. ebd.

131 Vgl. Linksliberalismus in Preußen, Bd. 2 (wie Anm. 107), Nr. 818, S. 1194-1198, hier S. 1196. Zur NSDAP vgl. Kolb, Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 120.

132 Die Rede Falks in der 284. Sitzung am 18. März 1932, in: SBpLT 1928/32, Bd. 17, Sp. 24812-24819, hier Sp. 24818.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die preußischen Landtagswahlen im April 1932 waren für die Demokraten ein Schock. Die Wähler straften die Partei für die von ihr mit zu verantwortende Deflationspolitik und die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise ab. Hatte die Partei 1928 noch 4,9 Prozent der Stimmen erhalten, so fiel sie vier Jahre später auf 1,5 Prozent. Von ihren 21 Abgeordneten kehrten gerade einmal zwei, Schreiber und Nuschke, wieder in den Landtag zurück.[133] Falk hatte sein Mandat verloren. Auch in Köln waren den Demokraten die Wähler in Scharen davon gelaufen.[134]

„Die Furcht vor den Nationalsozialisten", so resümierte Falk in seinen Erinnerungen, „hatte unsere Wähler überall auseinander gesprengt. Man hielt unsere Lage für hoffnungslos und die Stimmen, die für uns abgegeben wurden, für verloren. Die überwiegende Mehrzahl unserer Freunde gab infolgedessen ihre Stimme anderen Parteien. So wurde dieses betrübliche Ergebnis gezeitigt. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei in Preußen, die Großes gewollt und Großes geleistet hatte, verschwand. Eine letzte Sitzung der Fraktion in Pyrmont vereinigte die Mitglieder zum Abschluß treuer gemeinschaftlicher Arbeit und mancher gemeinschaftlichen Kämpfe. Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung und [unseren] Erfolg zurück. Aufrecht sahen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen."[135]

Die letzten Jahre

Die 1936 verfassten Lebenserinnerungen Falks klingen mit dem Jahr 1932 aus. Über seinen weiteren Lebensweg ist nur wenig bekannt. Fest steht, dass Falk nach der sog. Machtergreifung 1933 aufgrund einer Ausnahmeregelung seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Köln behielt.[136] Doch die ständigen Diskriminierungen und die schleichende Entrechtung deutscher Juden musste auch ihm das Leben in Deutschland verleiden. Eine Zäsur bildete die sog. Reichskristallnacht am 9./10. November 1938, als SA-Männer Falk in seiner Wohnung überfielen und alles klein schlugen, selbst das Bild seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohnes wurde zerstört.[137]

133 Vgl. Möller (wie Anm. 105), S. 601; Stang (wie Anm. 106), S. 369-374, 380.
134 Vgl. Kölnische Zeitung, 225, 25.4.1932: „Das Ergebnis der Landtagswahl in Köln".
135 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 357.
136 Vgl. dazu auch allgemein Avraham Barkai: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938, in: Arnold Paucker u. a. (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943, Tübingen 1986, S. 153–166.
137 Klaus Luig: ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Herausgegeben von der Rechtsanwaltskammer Köln, Köln 2004, S. 176.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Am 30. November verlor Falk dann auch seine Zulassung als Rechtsanwalt, so dass die Familie mit einem Schlag vor dem Nichts stand.[138]
Ende März 1939 wanderten Bernhard und Else zusammen mit ihrem Sohn Ernst nach Belgien aus, das Bernhard aus der Zeit des Ersten Weltkriegs noch vertraut war. In der Rue du Beffroi 41 in Brüssel fanden sie Zuflucht.[139] Die Situation änderte sich jedoch mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Belgien im Sommer 1940.[140] Der noch im selben Jahr von Falk unternommene Versuch, mit seiner Familie in die Schweiz auszureisen, scheiterte.[141] Bernhard und Else Falk mussten sich im November 1940 in das Judenregister der Stadt Brüssel eintragen lassen.[142] Im September 1942 verloren beide ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Sie mussten ihre Reisepässe und sonstigen Bescheinigungen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit betrafen, abgeben.[143] Oberregierungsrat Franz Thedieck, einem früheren Mitglied der Zentrumspartei, der nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Falk gegen die rheinischen Separatisten gekämpft hatte, hatten sie es zu verdanken, dass sie in Brüssel unbehelligt blieben.[144]
Falk, so schrieb nach dem Krieg dessen langjähriger Kölner Sozius, Rechtsanwalt Fuchs, mit dem Falk von Brüssel aus weiterhin Kontakt hielt, habe es letztlich Thedieck zu verdanken gehabt,

> „dass er und seine Frau den Judenstern nicht zu tragen brauchten, sowie auch dass er und seine Frau nicht nach dem Osten deportiert worden sind. Wie er mir weiter mitteilte, hat Herr Thedieck ihm auch für eine Auswanderung nach der Schweiz die Wege geebnet und erreicht, dass von der Deutschen Zivilverwaltung

138 Vgl. Luig (wie Anm. 137), S. 75-78, 176.
139 Meldeformular von Bernhard und Else Falk, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else Falk. Ferner Luig (wie Anm. 137), S. 176.
140 Zur deutschen Besetzung Belgiens vgl. Wilfried Wagner: Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard am Rhein 1974; Mathias Georg Haupt: Der „Arbeitseinsatz" der belgischen Bevölkerung während des zweiten Weltkrieges, phil. Diss., Halle/Saale 1970. Zur jüdischen Emigration nach Belgien vgl. Ursula Langkau-Alex: Belgien, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Hrsg. v. Claus-Dieter Krohn u. a., Darmstadt 1998, Sp. 168–174.
141 Vgl. Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1991, S. 210.
142 Registre des Juifs, Bruxelles le 27. 11. 1940, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139).
143 Ordonnances allemandes über die Abgabe des Reisepasses von Bernhard und Else Falk, Bruxelles, 28. 9. 1942, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139).
144 Vgl. Klaus Körner: Herbert Wehner und Franz Thedieck. Die Bonner Debatte über die Abwehr der Westpropaganda der SED 1949–1953, in: Heiner Timmermann: Das war die DDR, Münster 2004, S. 238–248; Carlo Lejeune: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980: Wege zur europäischen Integration, Köln u. a. 1992, S. 112–212 und passim.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in Belgien aus die Auswanderung genehmigt wurde, die dann aber an der Einstellung Berliner Behörden gescheitert ist.“[145]

Immerhin durfte Falk noch die Befreiung Brüssels durch die Alliierten miterleben.[146] Aus „seiner Heimat vertrieben, ausgeplündert und ins Elend gestoßen, beinahe an den Bettelstab gebracht“,[147] erlag Falk schließlich am 23. Dezember 1944 im Alter von 77 Jahren in Brüssel seinen seelischen und körperlichen Leiden.[148] Bernhards Frau Else emigrierte im darauf folgenden Jahr nach Brasilien, wo sie am 1. Januar 1956 verstarb.[149]
„Die Welt wird noch lange dem Rätsel nachgehen“, so schrieb Bernhard Falks Schwager Fritz Wahl rückblickend, „wie das große deutsche Volk dazu kommen konnte, sich und sein eigenes Geschick einer abenteuernden Horde wahnwitziger Konjunkturritter zu überantworten. Das Urteil der Geschichte wird hoch über die Vernichter des Reiches die Millionen ihrer Opfer erheben. Und zu diesen gehört der rheinische Jude und deutsche Patriot Bernhard Falk.“[150]

Abkürzungen

AStBKAH	Archiv-Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
BA	Bundesarchiv
SBNV	Stenographische Berichte der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
SBpLT	Stenographische Berichte des Preußischen Landtags
VStVK	Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln

145 Bescheinigung von Rechtsanwalt Dr. Fuchs für Oberregierungsrat Franz Thedieck zur Vorlage bei der britischen Militärregierung, Köln-Riehl, 24. 1. 1946, in: BA Koblenz, NL Jakob Kaiser, N 1018, Nr. 89, Bl. 189. Zu Thedieck vgl. auch Wagner (wie Anm. 140), S. 58 f., 110.

146 Die belgische Hauptstadt wurde im September 1944 durch alliierte Truppen befreit.

147 Walter Hammer: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt/Main 1956, S. 39. Bernhard Falk, so der Anwalt von Ernst und Hermann Falk, Dr. Baaser, im Rückerstattungsantrag, sei „unter ärmlichen Umständen verstorben“. Der von Anwalt Dr. Baaser eingereichte Rückerstattungsantrag vom 5. 10. 1959, in: Landesarchiv NRW-Düsseldorf, Gerichte, Rep. 266, Nr. 8972, Bl. 6 f., hier Bl. 7. – Bernhards Schwager Ernst Wahl war im März 1944 in Theresienstadt, seine Frau Berta im Oktober 1944 in Auschwitz ermordet worden. Vgl. Ulrich Föhse: Die Wahls in Barmen. Ein jüdisches Familienschicksal in Briefen, in: Klaus Goebel (Hrsg.): Unter Hakenkreuz und Bombenhagel. Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989, S. 164-176, hier S. 166.

148 Vgl. das Bulletin de décès, dossier 181.531, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139): „Bernhard *Falk*, profession avocat, décédé le 23. décembre 1944, à 10 h. du soir, domicile du Beffroi, 41“.

149 Luig (wie Anm. 137), S. 176.

150 Fritz Wahl: Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 105-122, hier S. 122.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Desiderius Meier

Hermann Dietrich – Bürger der Weimarer Republik

1. Leitfragen

Das im folgenden vorgestellte Dissertationsprojekt hat einen der prominentesten liberalen Politiker der Weimarer Republik zum Gegenstand. Hermann Dietrich (1879-1954) begann seine Laufbahn als nationalliberaler Bürgermeister von Kehl (1908-1914) und Konstanz (1914-1919). 1918 schloß er sich der DDP an, war bis 1920 badischer Minister des Auswärtigen und seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstages. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er als Ernährungsminister im Kabinett der Großen Koalition (1928-1930) und als Finanzminister und Vizekanzler im Kabinett Brüning (1930-1932). Ab 1930 war er zudem Vorsitzender der Deutschen Staatspartei (DStP).[1]

Als Untersuchungsobjekt für die Weimarer Zeit zeichnet sich Dietrich durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. Bis zum Jahr 1933 war er in seinen wichtigen Handlungsfeldern durchgehend präsent. Nicht zuletzt trifft das, wie bei kaum einem anderen prominenten Liberalen, auf die Spitzenpolitik zu. Das Projekt möchte aber nicht nach dem Muster einer „politischen Biographie" verfahren, sondern kultur-, sozial- und ideengeschichtliche Fragestellungen aufgreifen. Über einen „multiperspektivischen"[2] Ansatz soll die Person Dietrichs als Ganzes in den Blick genommen und eine bürgerlich-liberale Existenz in der Weimarer Republik in ihren verschiedenen, gleichwohl einander überschneidenden Dimensionen untersucht werden. Die Verflechtung Dietrichs mit den politischen Ereignissen und seine Amtstätigkeit als Minister in Baden und im Reich können nicht außer acht bleiben. Auf seine Aktivität als Bürgermeister von Kehl und Konstanz ist ebenfalls kurz einzugehen. Dietrich soll jedoch nicht isoliert als Politiker, als Staatsbürger betrachtet

1 Den besten biographischen Überblick bietet Jürgen Frölich: „He served the German people well". Der politische Weg Hermann Dietrichs vom badischen Nationalliberalen zum baden-württembergischen Freien Demokraten. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 153 (2005), S. 619-640; die einzige Monographie über Dietrich stammt aus dem Jahr 1966. Im Mittelpunkt stehen dabei Dietrichs politische Tätigkeit als Reichsminister bzw. Details seiner Agrar- und Finanzpolitik: Adelheid von Saldern: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966.

2 Christian Meier: Von der Schwierigkeit, ein Leben zu erzählen. Zum Projekt einer Caesar-Biographie. In: Jürgen Kocka/Thomas Nipperdey (Hrsg.): Theorie und Erzählung in der Geschichte. München 1979, S. 229-258, hier S. 230.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

werden, sondern es gilt, seinen beruflichen Lebensinhalt mit den anderen Facetten seines bürgerlichen Daseins in Beziehung zu setzen. Über die Analyse eines Lebens hinaus, das schon für sich genommen interessant ist, ist es das Ziel, „die Verflechtung eines individuellen Lebens mit seinem historischen Umfeld ausschnittsweise aufzuklären.“[3] Indem Dietrich in seinen verschiedenen Rollen als Repräsentant Weimarer Kultur betrachtet wird, soll der biographische Ansatz die ältere Weimar-Forschung mit neueren kulturgeschichtlichen Fragestellungen verknüpfen.
Zum einen geht es darum, Dietrichs bürgerliche Sozialisation und Lebenswelt zu rekonstruieren. Welchen sozioökonomischen Gruppierungen waren seine Verwandten, Freunde und Bekannten zuzurechnen? Welche Erfahrungen und Wahrnehmungen bestimmten sein Denken und Handeln? Wie stand er der modernen Gesellschaft und dem Weimarer Staat gegenüber? Zum anderen steht Dietrich als politischer Akteur im Blickpunkt. In welchen Netzwerken agierte er, über welche persönlichen Verbindungen verfügte er? Auf welche Weise verfolgte er seine Zielsetzungen? Wie gestaltete sich sein Alltag als Politiker?

2. Zum Stand der Forschung

Das Forschungsinteresse an der Weimarer Republik hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Im Fokus stehen nicht mehr so sehr das Scheitern der parlamentarischen Demokratie und das Jahr 1933, wie es bis in die 1990er Jahre der Fall war. Statt dessen ist die „Polyvalenz und Offenheit der Weimarer Kultur, Politik und Gesellschaft“[4] in den Mittelpunkt gerückt. Vermehrt haben sich Historiker dabei kulturgeschichtlichen Ansätzen zugewandt und diese auch auf das Gebiet der Politikgeschichte ausgedehnt. Das methodische Konzept einer „Kulturgeschichte der Politik“[5] zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß es einerseits Zugang zu einer Vielfalt neuer

3 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber. 1868-1934. Eine Biographie. München 1998, S. 14; zur biographischen Methode im allgemeinen: Wolfram Pyta: Biographisches Arbeiten als Methode. In: Christian Klein (Hrsg.): Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien. Stuttgart u. a. 2009, S. 331-338; Cornelia Rauh-Kühne: Das Individuum und seine Geschichte. Konjunkturen der Biographik. In: Andreas Wirsching (Hrsg.): Oldenbourg Geschichte Lehrbuch. Neueste Zeit. München 2006, S. 215-232.

4 Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft. 2. Aufl. München 2008, S. 120.

5 Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574-606; ebenso wird auch von „politischer Kulturgeschichte“ und „neuer Politikgeschichte“ gesprochen: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933. München 2007; Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt a. M. 2005.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Themen bietet und daß andererseits alte Forschungsgebiete einem ergiebigen Perspektivenwechsel unterzogen werden können. Gleichzeitig haben sich die Untersuchungszeiträume ein Stück weit von den Epochengrenzen 1918 und 1933 gelöst, die in erster Linie politische, nicht unbedingt kulturelle Zäsuren darstellen.[6]

Diese Entwicklung hat sich bislang auf manchen Gebieten nicht oder kaum bemerkbar gemacht. So ist die Geschichte des Bürgertums im 20. Jahrhundert weiterhin als ein „Stiefkind der Forschung" zu bezeichnen.[7] Politische Zäsuren, das mit dem Jahr 1933 und der folgenden nationalsozialistischen Herrschaft verbundene Verdikt des „Versagens" des Bürgertums sowie zeitgenössische Krisenwahrnehmungen haben der Historiographie ihren Stempel aufgedrückt und das Bild eines kontinuierlichen Niedergangs gezeichnet. Die sozial- und kulturgeschichtliche Bürgertumsforschung zum 20. Jahrhundert nimmt sich gegenüber den zahlreichen Studien, die das als eigentlich „bürgerliches Zeitalter" angesehene 19. Jahrhundert behandeln, äußerst bescheiden aus.[8] Selbst wenn man von einer „Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert" ausgeht,[9] wären ausführliche Analysen über das Jahr 1918 hinaus durchzuführen. Schließlich steht die Existenz des Bürgertums als sozialer und kultureller Formation in der Weimarer Republik außer Frage. Darüber hinaus wurde wiederholt dafür plädiert, bei allen politischen Zäsuren und dem bürgerlichen „Krisengerede" in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts langfristige, bis in die Gegenwart reichende Kontinuitäten nicht aus dem Blick zu verlieren, und deshalb besser von einem „stete[n] Formwandel" als von einer „Auflösung" des Bürgertums auszugehen.[10]

Ein weiteres Themenfeld, das in mancherlei Beziehung vernachlässigt worden ist und angesichts des neuen Forschungstrends Aufmerksamkeit verdient, stellt der Liberalismus in der Weimarer Republik dar. Die bisherige,

6 Hardtwig, Ordnungen (wie Anm. 5); Ders. (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939. Göttingen 2005; die Mehrheit der Beiträge in den beiden Sammelbänden bleibt allerdings am Zeitrahmen der Weimarer Republik orientiert.

7 So das Fazit im Forschungsüberblick von Horst Möller: Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert. München 1997, S. 293-342, Zitat S. 293.

8 S. auch Andreas Schulz: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. München 2005, S. 54 f. u. 76-85.

9 Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 288-315; s. auch M. Rainer Lepsius: Bürgertum als Gegenstand der Sozialgeschichte. In: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 289-302.

10 Klaus Tenfelde: Stadt und Bürgertum. In: Ders./Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 2005, S. 317-353, Zitate S. 329 u. 340; s. auch die Einführung in Peter Lundgreen (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997). Göttingen 2000, S. 13-39, hier S. 34-39.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

weitgehend parteigeschichtlich angelegte Forschung hat viele Fragen offengelassen.[11] Während die älteren Arbeiten zur DDP auf Reichsebene sich teilweise überschneiden, gibt es kaum Untersuchungen, die etwa die lokale und die Länderebene[12] oder bestimmte Politikfelder behandeln. Zudem mangelt es an Detailstudien, die in einer gewissen Unabhängigkeit von Parteigrenzen operieren. Beispielsweise ist den bürgerlich-liberalen Sammlungsbestrebungen wie der „Liberalen Vereinigung" wenig Beachtung zuteil geworden.[13] Ebenso hat das liberale Staatsverständnis und die zwiespältige Haltung vieler Liberaler gegenüber der Republik nur in Ansätzen Berücksichtigung gefunden.[14] Vor allem aber tritt in der bisherigen Liberalismusforschung die Rolle des einzelnen politischen Akteurs nur am Rande in Erscheinung. Netzwerke liberaler Politiker in der Weimarer Republik sind bislang spärlich erforscht,[15] und die bisher entstandenen Biographien über Spitzenpolitiker der

11 Vgl. Möller, Bürgertum (wie Anm. 7), S. 330-342; zur DDP z. B.: Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930. Düsseldorf 1975; zur wenig beachteten Geschichte der – von Dietrich geführten – DStP noch immer Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei. In: Dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1960, S. 29-97; zur DVP s. Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002.

12 Zur preußischen DDP: Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933. Düsseldorf 1994.

13 Besonders Larry Eugene Jones hat sich mit den Versuchen, eine neue Partei der „Mitte" ins Leben zu rufen, befaßt. Im Vordergrund stehen dabei wiederum die beiden liberalen Parteien, ihr Führungspersonal und die politische Ereignisgeschichte, während die vielfältige Diskurslandschaft oder das Beziehungsgeflecht im Umkreis der Liberalen Vereinigung kaum berücksichtigt worden sind: Larry Eugene Jones: "The Dying Middle": Weimar Germany and the Failure of Bourgeois Unity, 1924-1930. Diss. Madison, Wisc. 1970; Ders.: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933. Chapel Hill u. a. 1988.

14 Z. B. Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46-88; Ders.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland. Stuttgart 1973; Thomas Hertfelder: „Meteor aus einer anderen Welt". Die Weimarer Republik in der Diskussion des Hilfe-Kreises. In: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 29-55.

15 Knappe Analysen liberaler Netzwerke im Dritten Reich, in denen auch Dietrich eine Rolle spielte, bieten Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich. New Haven u. a. 2009, S. 24-32, sowie Elke Seefried: Einführung. In: Theodor Heuss. In der Defensive. Briefe 1933-1945. Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried. München 2009, S. 15-70, hier S. 55-61; den „Hilfe-Kreis" in der Weimarer Republik untersucht Hertfelder, Meteor (wie Anm. 14).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

DDP bewegen sich hauptsächlich im Rahmen der klassischen Politikgeschichte.[16] Gerade die Beschäftigung mit einzelnen Persönlichkeiten ist aber geeignet, unser Wissen über den Liberalismus zu erweitern.
Nicht nur die ältere Forschung tendiert häufig dazu, Parteien als relativ klar definierbare Einheiten zu behandeln und dadurch die vielfältigen politischen Positionen in der Weimarer Republik so zu kategorisieren, daß grobe Vereinfachungen entstehen.[17] Demgemäß ist die verbreitete Bezeichnung der DDP als „linksliberale" Partei problematisch – schon deshalb, weil sie nicht einfach die Fortsetzung der Fortschrittlichen Volkspartei des Kaiserreiches war und erheblichen Zuzug von den Nationalliberalen erhalten hatte.[18] Besonders im Hinblick auf den politischen Liberalismus, der ebenfalls überwiegend unter der Perspektive seines Scheiterns betrachtet worden ist, sind im Sinne der neueren Forschung die Merkmale „Polyvalenz und Offenheit" hervorzuheben.

3. Erste Befunde

Im Idealfall kann die biographische Methode dazu dienen, „der Totalität des Wirklichen in der Geschichte nahezukommen".[19] Dies ist freilich nur in Grenzen zu erreichen, da nicht alle Facetten eines Lebens(abschnitts) berücksichtigt werden können und die historische Analyse durch Lücken in der Überlieferung beeinträchtigt wird.[20] Der Grad der möglichen Annäherung ist im Fall von Dietrich als außergewöhnlich hoch zu veranschlagen: Der im Bundesarchiv Koblenz verwahrte Nachlaß bietet dank seiner Qualität und Größe fast alleine eine ausreichende Quellenbasis für ein biographisches Unterfangen, das sich auf die Weimarer Republik konzentriert. Den Großteil

16 Z. B. Gerhard Papke: Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik. Baden-Baden 1989; Axel Kellmann: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin 2007.

17 Unscharfe Generalisierungen, nicht zuletzt im Hinblick auf die DDP, neuerdings z. B. bei Peter Behrendt: Die Debatten um Altersgrenzen in der Weimarer Republik. In: Frevert u. a., Neue Politikgeschichte (wie Anm. 5), S. 202-240, hier bes. S. 205-216.

18 Vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, bes. S. 45-88; kritisch zur Gleichsetzung von DDP und Linksliberalismus schon Konstanze Wegner: Literaturbericht. Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 120-137, hier S. 120.

19 Hagen Schulze: Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft". In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 508-518, hier S. 516.

20 Vgl. Szöllösi-Janze, Haber (wie Anm. 3), S. 12; Andreas Gestrich: Einleitung: Sozialhistorische Biographieforschung. In: Ders./Peter Knoch/Helga Merkel (Hrsg.): Biographie – sozialgeschichtlich. Göttingen 1988, S. 5-28, hier S. 21 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

des Bestandes macht eine ebenso umfang- wie inhaltsreiche Korrespondenz aus.[21]

In hohem Maße geben die Archivalien in Dietrichs Nachlaß Einblick in seine materielle Existenz, seine „Lebensführung", deren Analyse aufschlußreich ist:[22] Als seine erste Frau Elisabeth Trick, die Tochter eines Kehler Zellstoffabrikanten, 1921 starb, erbte Dietrich ein beträchtliches Vermögen. Damit befand er sich in einer komfortablen finanziellen Lage, die es ihm ermöglichte, einen großzügigen bürgerlichen Lebensstil zu pflegen. Dennoch war selbst er direkt von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen, welche die Weimarer Republik andauernd begleiteten. Auch in den stabileren Jahren zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise blieben die Erträge aus seinen Kapitalanlagen so weit hinter den Erwartungen zurück, daß er ständig mit Bankschulden zu kämpfen hatte. Ungleich gravierender wirkte sich die wirtschaftliche Misere auf Dietrichs Umwelt aus. Mehrere Verwandte litten seit 1924 unter dem angespannten Arbeitsmarkt. Insbesondere drei seiner vier Geschwister und deren Familien waren fortwährend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Außerdem gingen Dietrich aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis unzählige Bittschriften zu, die auf die Verschaffung einer Anstellung oder die Gewährung von Darlehen abzielten. Während Dietrich den „Kernen des Bürgertums" – als Sohn eines Pfarrers und studierter Jurist dem Bildungsbürgertum, als Kapitalbesitzer und Fachmann in der betriebswirtschaftlichen Praxis dem Wirtschaftsbürgertum – zuzurechnen ist, waren unter seinen Verwandten, Freunden und Bekannten ganz verschiedene bürgerliche Berufsgruppen vertreten.[23] Deren Alltag wurde von materiellen Nöten und der Sorge um die bürgerliche Existenz maßgeblich mitbestimmt. Abgesehen von den eigenen Schwierigkeiten war Dietrichs Wahrnehmung der Weimarer Zeit durch dieses soziale Umfeld, das aufgrund seines Wohlstands und seiner vielfältigen Kontakte eng an ihn gebunden war, entscheidend geprägt.

21 Die im folgenden vorgestellten Thesen und Ergebnisse, die naturgemäß vorläufigen Charakter haben, stützen sich in erster Linie auf die bisherigen Recherchen in Dietrichs Nachlaß. Darüber hinaus sollen Archivbestände im Bundesarchiv Berlin sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe ausgewertet werden, die für Dietrichs Amtstätigkeit als Minister in Baden und im Reich von Interesse sind. Eine wichtige Quellengrundlage stellen außerdem die Nachlässe von politischen Freunden und Weggefährten dar.

22 Eine solche Methode hat Friedrich Lenger beispielhaft angewandt: Friedrich Lenger: Werner Sombart 1863-1941. Eine Biographie. München 1994.

23 Zur sozioökonomischen Heterogenität des Bürgertums Jürgen Kocka: Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten. In: Ders. (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. München 1988, S. 11-76, hier bes. S. 11-14.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In Dietrichs Denken griff ein Krisenbewußtsein Platz, das wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Moderne negativ gegenüberstand.[24] Im „mobilen Großkapital" erblickte er eine fundamentale Gefahr und plädierte für die Zerschlagung der Kartelle, Konzerne und Großbanken, deren dominierende Stellung ihm als eine maßgebliche Ursache der andauernden Konjunkturschwäche erschien.[25] Damit verband sich eine großstadtkritische Haltung. Er wollte Landflucht und Verstädterung zumindest teilweise revidieren und befürwortete die Ansiedlung von Arbeitern auf dem Land. Agrarromantische Züge finden sich zugleich in Dietrichs Lebensführung und Selbstverständnis: Er besaß ein großes Forstgut tief im Schwarzwald, das er als Zweitwohnsitz nutzte, betrieb auf einem gepachteten Hof bei Konstanz Weizenanbau und bezeichnete sich gar als „Bauer". An seinem Beispiel lassen sich Ambivalenzen der Moderne festmachen: Die Skepsis gegenüber dem traditionell liberalen Vertrauen auf den Fortschritt und eine unbürgerlich anmutende Hinwendung zur Landwirtschaft stellen widersprüchliche Elemente in einer bürgerlich-liberalen Existenz dar.

Ambivalent war auch Dietrichs Einstellung zur Republik. Dem Parlamentarismus stand er ebenso distanziert gegenüber wie dem Pluralismus der modernen, von sozioökonomischen Gegensätzen geprägten Weimarer Gesellschaft. Wie viele Zeitgenossen orientierte er sich an einem Ideal der „Überparteilichkeit" des Staates, das im Konstitutionalismus des Kaiserreiches wurzelte und mit einer kritischen Haltung gegenüber der starken Stellung der Parteien und ihrer interessenpolitischen Einflußnahme einherging.[26] Dietrichs wiederholt enttäuschte Erwartungen hinsichtlich der politischen wie der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1918 gründeten in dem positiv besetzten „Erfahrungsraum" des Kaiserreiches.[27] Die Hochkonjunktur der Vorkriegsjahre hatte er als erfolgreicher Bürgermeister im sich rasant entwickelnden Kehl miterlebt. Den Niedergang des politischen Liberalismus empfand er drastisch, weil Baden und speziell sein Wahlkreis Kehl vor dem Ersten Weltkrieg nationalliberale Hochburgen gewesen waren und diesen

24 Kritisch zu hinterfragen sind hier die Ergebnisse neuerer Forschungen, die den Konstruktionscharakter des Krisenbewußtseins in der Weimarer Republik betont und dabei die diskursgeschichtlichen Analysen weitgehend ohne Berücksichtigung materieller Lebenswirklichkeiten durchgeführt haben: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik. In: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise" der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a. M. 2005, S. 9-41.

25 So etwa in einer Reichstagsrede am 17.2.1927: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 392. Berlin 1927, S. 9048-9055.

26 Vgl. Andreas Wirsching: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. München 2004, S. 41-64.

27 Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien. In: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M. 1979, S. 349-375.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Status in der Weimarer Republik schnell verloren. Als Anhänger der Monarchie lehnte Dietrich die Revolution ab und wähnte sich in den Weimarer Anfangsjahren unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Dennoch akzeptierte er die neue Staatsform und wurde schließlich zu einem überzeugten Verfechter der demokratischen Ordnung, der sich durch vehementes Eintreten für Kompromißbereitschaft in der politischen Zusammenarbeit hervortat. Auch in dieser Hinsicht machte sich die Erfahrung des Kaiserreichs bemerkbar, für einen Nationalliberalen auf besondere Weise: Die badischen Nationalliberalen hatten in den Jahren vor dem Weltkrieg, unter maßgeblichem Einfluß der reformorientierten Jungliberalen, denen Dietrich angehörte, einen vergleichsweise linksgerichteten Kurs verfolgt und im Rahmen der „Großblockpolitik" mit der SPD zusammengearbeitet.[28] Dietrich war also durch einen auf politische Kooperation ausgerichteten Pragmatismus im späten Kaiserreich geprägt, wie er in verschiedenen Parteien für Politiker seiner Altersgruppe bestimmend war,[29] und kann geradezu idealtypisch als Vertreter einer „vernunftrepublikanischen Generation"[30] gelten.

Mit der Betrachtung Dietrichs als Politiker wird besonders die personale Ebene politischen (Inter-)Agierens in den Blick genommen. Dietrich zählte zu den nachdrücklichen Befürwortern einer bürgerlichen Sammlung in der Mitte des Parteienspektrums. Entsprechende Bestrebungen konzentrierten sich meist in kleineren Personenkreisen, weil sie in den Parteien für Kontroversen sorgten. Er war aber kein politischer Eigenbrötler wie jene parteilosen „Offiziere ohne Soldaten",[31] die letztlich zur Fraktionierung der politischen Landschaft beitrugen und sich zwischen alle Stühle setzten. Wenngleich er teilweise eine nationalliberale Position vertrat und die offizielle Parteipolitik häufig kritisch beurteilte, spielte er innerhalb der DDP nicht die Rolle eines Außenseiters. Das unterstreicht schon der Umstand, daß er in der Reichstagsfraktion, der er durchgehend bis 1933 angehörte, als Fachmann für Finanz-, Wirtschafts- und Agrarpolitik eine zentrale Rolle spielte. Als

28 Vgl. Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Stuttgart 1976; Alastair P. Thompson: Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany. Oxford u. a. 2000, S. 239-275.

29 Etwa die SPD-Politiker der „Generation Ebert": Bernd Braun: Die „Generation Ebert". In: Klaus Schönhoven/Ders. (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung. München 2005, S. 69-86.

30 Andreas Wirsching: „Vernunftrepublikanismus" in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen. In: Ders. u. a., Vernunftrepublikanismus (wie Anm. 14), S. 9-26, hier S. 18-20; zur neueren Beschäftigung mit dem Konzept der Generation vgl. z. B. die Beiträge in Jürgen Reulecke (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. München 2003.

31 So die kritische rückblickende Selbsteinschätzung Eugen Schiffers bezüglich der Liberalen Vereinigung: Eugen Schiffer: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951, S. 235.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Redner im Plenum trat er so oft wie kein anderer Demokrat in Erscheinung. Und schließlich war er ab 1930 Vorsitzender der Staatspartei. Karriere machte Dietrich über seine erfolgreiche Arbeit als Berufspolitiker innerhalb der Institutionen.

Gleichzeitig wurde sein politischer Alltag jedoch durch Elemente der Honoratiorenpolitik bestimmt: Er pflegte einen Handlungsstil, der den Stellenwert personenzentrierter Kommunikationsmuster in der Weimarer Republik akzentuiert und den biographischen Ansatz auch für diese Epoche, unbeschadet der Bedeutung der Parteipolitik, als zwar nicht „die", aber doch *eine* „adäquate Form für die Darstellung originär liberaler Politik"[32] erscheinen läßt. Einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitszeit verwandte Dietrich auf die vertrauliche Kommunikation mit Einzelpersonen und das Agieren in liberalen Netzwerken.[33] So stand er in engem Kontakt zu den überparteilich ausgerichteten Zirkeln prominenter Persönlichkeiten, welche die Liberale Vereinigung und die „Front 1929" trugen.[34] Obwohl er beiden Gruppierungen aus parteipolitischer Rücksichtnahme nicht beitrat, griff er ihnen finanziell unter die Arme, unterstützte sie publizistisch und machte sich hinter den Kulissen für ihr Ziel stark, eine große liberale Einheitspartei zu schaffen. Diese Idee versuchte Dietrich außerdem durch ein starkes Engagement im Pressewesen zu fördern. Auf Reichsebene und in Baden verfügte er über diverse Beteiligungen an Zeitungsverlagen und Korrespondenzbüros.[35] Dabei war er darauf bedacht, nicht offiziell als Teilhaber aufzutreten, um sich und die jeweiligen Organe nicht zu kompromittieren, und bedurfte deshalb der Unterstützung von privaten und politischen Freunden, die als Strohmänner fungierten.

Auf dem Gebiet der Presse war Dietrich auch in anderer Richtung tätig. Er spielte eine zentrale Rolle in dem System staatlicher Pressefinanzierung, das Max Winkler, die „graue Eminenz des Zeitungswesens", im Auftrag des

32 Karl Heinrich Pohl: Liberalismus und Bürgertum 1880-1918. In: Gall, Bürgertum (wie Anm. 7), S. 233-291, hier S. 244.

33 Zur Netzwerkanalyse vgl. Morten Reitmayer/Christian Marx: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft. In: Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden 2010, S. 869-880; Dorothea Jansen: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 3. Aufl. Wiesbaden 2006; eine empirische Gründlichkeit im Sinne soziologischer Ansätze kann freilich kaum geleistet werden, schon deshalb, weil gerade sehr enge Kontakte auf vornehmlich mündlichem Austausch in alltäglicher räumlicher Nähe beruhen können.

34 Die im März 1929 ins Leben gerufene Front 1929 fand, ebenso wie die Liberale Vereinigung, namhafte Unterstützung in DDP und DVP sowie unter parteilosen Intellektuellen. Sie verfolgte in erster Linie das Ziel, die jüngere Generation für den liberalen Sammlungsgedanken zu mobilisieren.

35 Vgl. zu Dietrichs Aktivitäten auf dem Gebiet der Presse knapp die – nicht fehlerfreien – Ausführungen bei Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin 1972, S. 143-149 u. 259-265.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Reiches und Preußens aufbaute.[36] Ab 1920 war er Vorsitzender des parlamentarischen Beirats der „Konkordia", einer Tarngesellschaft, über die ursprünglich die deutschen Zeitungen in den „abgetrennten" und besetzten Gebieten erhalten werden sollten. Dietrich begnügte sich nicht mit der Überwachung von Winklers Aktivitäten, sondern arbeitete bei der Übernahme und Kontrolle von zahlreichen Verlagen im In- und Ausland eng mit ihm zusammen. Da derartige Geschäfte geheim bleiben mußten, um innen- und außenpolitische Verwicklungen zu vermeiden, waren nur wenige Personen eingeweiht. Dieser Umstand verschaffte Dietrich ein hohes Maß an Handlungsfreiheit, wo immer er als Winklers Bevollmächtigter über die Verwendung der öffentlichen Mittel entscheiden konnte. Einerseits betrachtete er sich als überparteilichen Anwalt der republikanischen Staatsform und nationaler Interessen, wußte jedoch andererseits seine Position zur Förderung eigener politischer Ziele und zur Stärkung seines politischen Einflusses zu nutzen. Wiederholt vermittelte er erhebliche Zuwendungen an Blätter der DDP und stärkte dadurch seinen Rückhalt in Parteikreisen. Andere Zeitungen veranlaßte er zu einer freundlicheren Haltung gegenüber den Demokraten – und zu einer positiven Berichterstattung über sich selbst. Dabei genoß Dietrich die Rückendeckung Winklers, der ebenfalls der DDP angehörte. Außerdem kam ihm entgegen, daß Winklers Briefkastenfirmen immer neue Aufgabengebiete anvertraut wurden. So war Dietrich Mitte der 1920er Jahre auch an der Sanierung von auslandsdeutschen Banken und Unternehmen in der Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien und Ungarn beteiligt und knüpfte systematisch Kontakte zu maßgebenden Persönlichkeiten in diesen Ländern.
Auf ein besonders gut ausgebautes Beziehungsgeflecht, mit dem er seinen politischen Einfluß sicherte, konnte Dietrich sich in Baden stützen. Im Landesverband der DDP, dessen Vorsitzender er 1925 wurde, fußte seine Stellung zwar auch auf der umfangreichen Parteiarbeit, die er alltäglich leistete – organisatorisch, als Redner, und, in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter, durch die Erledigung von Eingaben aus dem Wahlkreis. Vor allem aber war er Teil eines Netzwerks, das sich vornehmlich aus ehemaligen Nationalliberalen zusammensetzte, die seit langem miteinander bekannt oder befreundet waren. Unter ihnen befanden sich viele, die nach 1918 die Politik der DDP mit Argwohn verfolgten, Dietrichs politischen Kurs hingegen befürworteten. Mithilfe dieser Gefolgschaft brachte Dietrich sukzessive die badische DDP unter Kontrolle und setzte dort unter anderem Annäherungsversuche an die DVP durch. Die Finanzierung der Partei und mehrerer ihr nahestehender Provinzblätter hing maßgeblich von ihm und seinem politischen

36 Winklers Aktivitäten in der Weimarer Republik sind noch nicht eingehend untersucht worden. Einen Überblick bietet Helga Wermuth: Dr. h.c. Max Winkler – ein Gehilfe staatlicher Pressepolitik in der Weimarer Republik. Diss. München 1975; nach 1933 setzte Winkler seine Tätigkeit im Auftrag des NS-Regimes fort.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Freundeskreis ab. Gleichzeitig plazierte er an zentralen Stellen der Parteiorganisation zuverlässige Mitstreiter. Dadurch war es ihm möglich, vom fernen Berlin aus die Vorgänge in Baden, nicht selten unter Umgehung von Parteigremien, zu dirigieren.

Dietrich pflegte ferner Beziehungen zu Persönlichkeiten außerhalb des liberalen Spektrums. Durch seine langjährige und kontinuierliche Präsenz als Reichstagsabgeordneter in Berlin war er fest in die „High Society" der Hauptstadt eingebunden. Gemeinsam mit seiner zweiten Frau Marta, der Witwe des Theologen Ernst Troeltsch, bewohnte er ein repräsentatives Haus. Dort fanden regelmäßig größere gesellschaftliche Zusammenkünfte statt, zu denen – neben reichlich Prominenz aus Presse und Ministerialbürokratie, Wirtschaft und Wissenschaft – zahlreiche führende Politiker von der SPD bis hin zur DNVP geladen waren: Bei den Bekanntschaften, die Dietrich infolge der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit mit Abgeordneten anderer Parteien schloß, handelte es sich nicht selten um mehr als nur politisch nützliche Kontakte. Unter anderem entstanden in der Weimarer Zeit persönliche Freundschaften mit Rudolf Breitscheid, Heinrich Brüning und Gottfried Treviranus, die lange über das Jahr 1933 hinaus Bestand hatten. Hier läßt sich beispielhaft vor Augen führen, wie offen die politische Kultur in der Reichshauptstadt auf der Ebene der personalen Kommunikation war, und wie innerhalb, aber auch außerhalb des Reichstages eine „soziale Integration" über Parteigrenzen hinweg vonstatten ging.[37]

37 Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf 2002, S. 123-138.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stephanie Günther

„[…] dass die Kommunalpolitik eine weit grössere Rolle spielt, als man vielfach angenommen hat.“[1] – Kommunalpolitik in der Deutschen Volkspartei während der Weimarer Republik

Das Schlagwort von der liberalen Selbstverwaltungstradition des 19. Jahrhunderts ist ein weit bekannter und etablierter Begriff.[2] Aber wie sieht es mit der kommunalpolitischen Betätigung der liberalen Parteien während der Weimarer Republik aus?

Bereits zu Zeiten des Kaiserreichs konnten Zentrumspartei und Sozialdemokratie in die lange Zeit als liberale Festung geltende kommunale Selbstverwaltung vordringen und sich dort etablieren.[3] Mit der Gründung der Weimarer Republik begann insbesondere für die Liberalen ein neuer Abschnitt. Mit der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) entstanden zwei neue liberale Parteien, von denen sich die DVP explizit in die Nachfolge der Nationalliberalen Partei des Kaiserreichs stellte. Neben organisatorischen Strukturen hatte die Deutsche Volkspartei mit der Nationalliberalen Partei insbesondere die ideellen Vorstellungen und Prinzipien gemein.[4] Doch wie wirkte sich dies auf die kommunalpolitische Betätigung der DVP aus? Gab es eine nahtlose Fortsetzung der nationalliberalen Kommunalpolitik oder war mit den veränderten politischen

1 Schreiben des DVP-Wahlkreisgeschäftsführers Krüger an die Ortsgruppen des Wahlkreises Düsseldorf-West und die Vorsitzenden der Ausschüsse nach den Kommunalwahlen am 17. November 1929. In: Bundesarchiv (BArch), Abteilung Berlin, R 45 II/ 155. Der vorliegende Aufsatz ist in Anlehnung an die Dissertation der Verfasserin entstanden: Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011.

2 Siehe u.a. Heinrich Heffter: Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen. 2. überarbeitete Aufl. Stuttgart 1969. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/Main 1988. Lothar Gall: Das liberale Milieu. Die Bedeutung der Gemeinde für den deutschen Liberalismus. In: Liberalismus und Gemeinde. Sankt Augustin 1991, S. 17–33.

3 Gisela Upmeier: Kommunalpolitische Normen: Das neue politische Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung. In: Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Zeit. Stuttgart et al. 1973, S. 19–23, hier S. 21. Wolfgang Stump: Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917-1933. Düsseldorf 1971, S. 10.

4 Ursula Schelm-Spangenberg: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Braunschweig 1964, S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rahmenbedingungen der Weimarer Republik und der Neugründung der Partei auch auf kommunaler Ebene ein Neubeginn verbunden? Dieser Beitrag widmet sich der Kommunalpolitik in der DVP, die wegen ihrer Berufung auf die Fortsetzung der nationalliberalen Tradition einerseits und der Neugründung der Partei andererseits einen besonders interessanten Forschungsgegenstand bietet. Nachdem sich die historische Forschung zunächst überwiegend den ersten und den letzten Jahren der Weimarer Republik zugewandt und einen Niedergang des Liberalismus während der Weimarer Republik attestiert hatte,[5] gilt die DVP auf Reichsebene inzwischen als durchaus gründlich erforscht.[6] Von der Forschung bisher unbeachtet blieb allerdings ihr kommunalpolitisches Engagement.[7] Vor allem der inhaltliche, programmatische Aspekt der kommunalpolitischen Arbeit der DVP, die von der Partei ausgehenden Bemühungen um eine einheitliche volksparteiliche Kommunalpolitik, stellte bislang eine Forschungslücke dar.

Dieser Aufsatz betrachtet die kommunalpolitische Betätigung der DVP im Hinblick auf den Umgang mit dem Erbe der liberalen Selbstverwaltungstradition, die organisatorischen Strukturen und die programmatischen Ansätze sowie den Stellenwert der Kommunalpolitik innerhalb der Partei. Da sich die DVP, ebenfalls in Tradition zur Nationalliberalen Partei, auf kommunaler Ebene in immer wieder betonter Konkurrenz zu Zentrumspartei und Sozialdemokratie befand, sollen deren kommunalpolitische Strukturen und Programmatik ebenfalls skizziert werden. Konnten diese ihre bereits im Kaiserreich aufgebaute kommunalpolitische Arbeit nahtlos fortsetzen? Oder stellte die Weimarer Republik für sie ebenfalls einen Einschnitt oder gar Neubeginn in der kommunalpolitischen Arbeit dar? Lässt sich eine einheitliche, für

5 Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-20. Düsseldorf 1962. Rudolf von Thadden (Hrsg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen. Göttingen 1978. Lothar Albertin: Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs. In: Hans Vorländer (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus. München 1987, S. 57–89. Jürgen C. Heß: Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik. In: Hans Vorländer (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus. München 1987, S. 91–116.

6 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002. Aber auch Eberhard Kolb/Ludwig Richter/et al. (Hrsg.): Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 1999. Lothar Döhn: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim am Glan 1970. Immo Zapp: Programmatik und praktische Arbeit der Deutschen Volkspartei im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Weimarer Republik. Aachen 1974.

7 Erste regionale Ansätze finden sich bei Horst Romeyk: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918-33. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 39 (1975), S. 189–236 und Schelm-Spangenberg (wie Anm. 4). Richter begründet die Nicht-Berücksichtigung der Kommunalpolitik in seiner Gesamtdarstellung der DVP mit einer „äußerst desolaten Quellenlage“. Richter (wie Anm. 6), S. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

alle Parteien zutreffende Entwicklung im Stellenwert der Kommunalpolitik während der Weimarer Republik feststellen?

1. Kommunalpolitik in der DVP

1.1 Liberale Tradition der unpolitischen Kommunalpolitik

Seit dem 19. Jahrhundert waren die Liberalen in der Kommunalpolitik des Kaiserreichs dominierend gewesen; sie stellten nicht nur die überwiegende Mehrheit der Stadtoberhäupter, sondern waren auch in vielen Stadtverordnetenversammlungen tonangebend. Von den sechs größten Städten der Vorkriegszeit, Berlin, Breslau, Köln, Dresden, Frankfurt am Main und München, hatten alle bis auf Köln, eine liberale Mehrheit im Stadtrat.[8] Die im Kaiserreich in der Regel auf zwölf Jahre gewählten Oberbürgermeister überstanden meist auch die Revolution und den Übergang zur Republik 1918/19 unbeschadet in ihren Ämtern, so dass auch während der Weimarer Republik noch viele liberale Stadtoberhäupter im Amt waren.[9] Für die DVP bedeutete dies, dass sie allein schon durch eine relativ hohe personelle Kontinuität mit der Nationalliberalen Partei verbunden war.[10] Die liberalen Oberbürgermeister stützten sich auf die liberalen Verdienste im Bereich der städtischen Reformpolitik aus den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende. Durch die zunehmende Professionalisierung in der Stadtverwaltung hatten sich die Liberalen zudem eine beachtliche Fachkompetenz angeeignet, die auch dazu führte, dass sie über die Parteigrenzen hinweg als Stadtoberhäupter gern gesehen, geachtet und teilweise sogar von den Sozialdemokraten, den traditionellen politischen Gegnern, in ihr Amt gewählt und in ihrer Politik unterstützt wurden.[11] Zu den bekannten liberalen Oberbürgermeistern der Weimarer Republik zählten etwa Karl Jarres in Duisburg, Hermann Luppe in Nürnberg, Gustav Böß in Berlin oder Bernhard Blüher in Dresden.

8 James J. Sheehan: Liberalism and the City in nineteenth-century Germany. In: Past and Present 51 (1971), S. 116–137, hier S. 132: Berlin (1914): 98 Liberale, 44 SPD, – Zentrum, - Konservative (dies umfasst die Listen von Konservativen, Mittelstand und antisemitischen Parteien). Breslau (1910): 57 Liberale, 12 SPD, – Zentrum, 33 Konservative. Köln (1911): 19 Liberale, – SPD, 32 Zentrum, – Konservative. Dresden (1913): 38 Liberale, 16 SPD, -Zentrum, 31 Konservative. Frankfurt (1912): 44 Liberale, 23 SPD, 1 Zentrum, 3 Konservative. München (1911): 30 Liberale, 14 SPD, 14 Zentrum, 2 Konservative.

9 Hermann Beckstein: Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896-1923. Düsseldorf 1991, S. 443.

10 Romeyk (wie Anm. 7), S. 197.

11 Gall (wie Anm. 2), S. 26 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Von der DVP ebenfalls übernommen wurde das liberale Verständnis von Kommunalpolitik als der unpolitischen Regelung von Sachfragen; Parteipolitik wurde auf kommunaler Ebene abgelehnt.[12] Von dieser Einstellung zeugt auch die Berichterstattung des „Stadtverordneten", der bürgerlichen kommunalpolitischen Zeitschrift des Kaiserreichs, die unter dem Primat „Politik gehört nicht ins Rathaus" stand.[13] Damit verbunden war zugleich eine Verteidigung des eigenen Status quo gegen das Vordringen der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie auf kommunaler Ebene.[14] 1914 klagte etwa der nationalliberale, rheinische Kommunalpolitiker Franz Moldenhauer darüber, dass die von den Liberalen „ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Fragen" vertretene, rein sachliche Kommunalpolitik von den anderen Parteien, insbesondere von der Zentrumspartei, mit ihrer „Politisierung" der Gemeindepolitik ausgenutzt werde.[15] Dies wirke sich nicht nur negativ auf die liberale Partei aus, die aus ihrem angestammten Wirkungsbereich, der Kommunalpolitik, vertrieben werde, sondern auch zu Lasten der Städte, deren Interessen nun nicht mehr „selbstlos" vertreten würden.[16]

Nach liberaler Auffassung sollte nicht nur die Kommunalpolitik unpolitisch sein, auch bei den Kommunalpolitikern erwartete man „interessenunabhängige Persönlichkeiten", die ihrer Arbeit als „einzelne Honoratioren" und nicht als „massenwirksame Parteipolitiker" nachkämen.[17] Bei der Auswahl der Kommunalpolitiker sei daher besonders auf die unabhängige Persönlichkeit des Kandidaten zu achten. Nach eigenem Selbstverständnis vertrat der parteipolitisch organisierte Liberalismus keine Einzelinteressen, sondern die „Gesamtheit der Kommune"; ein kommunalpolitisches Programm war daher nicht notwendig und hätte diesen universalen Anspruch auch nur eingeengt.[18] Diese Auffassung von der unpolitischen Kommunalpolitik, die von Honoratioren betrieben wurde und bei denen die Parteizugehörigkeit eine eher untergeordnete Rolle spielte, prägte die DVP als Nachfolgepartei der

12 Karl Heinrich Pohl: Kommunen, kommunale Wahlen und kommunale Wahlrechtspolitik. Zur Bedeutung der Wahlrechtsfrage für die Kommunen und den deutschen Liberalismus. In: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl/James Retallack (Hrsg.): Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur. Bielefeld 1998, S. 89–126, hier S. 112 u. 114. Vgl. aber auch Helmuth Croon: Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung. In: Ders./Wolfgang Hofmann/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.): Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung. Stuttgart et al. 1971, S. 15–58.

13 Politik gehört nicht ins Rathaus. In: Der Stadtverordnete 1 (1906), S. 226.

14 Vgl. u.a. Pohl (wie Anm. 12), S. 118.

15 Franz Moldenhauer: Die politischen Parteien im Rathause. In: Der Stadtverordnete 9 (1914), S. 369–370, hier S. 370.

16 Moldenhauer (wie Anm. 15), S. 370.

17 Pohl (wie Anm. 12), S. 115; 113.

18 Ebd., S. 117. Zu der These, dass der kommunale Liberalismus durch sein progressives Wirken, dem sog. Munizipalsozialismus, dem Wohl aller Bewohner diene, siehe Pohl (wie Anm. 12), S. 118–122.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nationalliberalen. Dies wirkte sich insbesondere in den ersten Jahren der Weimarer Republik auf die DVP aus.
Die DVP musste sich erst mit der Tatsache arrangieren, dass „die Zeiten der unpolitischen Gemeindearbeit […] vergangen“[19] waren – wenn sie denn je in dieser idealisierten Form existiert hatte.[20] Im Bewusstsein der nationalliberalen Tradition, aber auch der veränderten politischen Rahmenbedingungen fasste der preußische Landtagsabgeordnete Eugen Leidig die Anforderungen an die DVP folgendermaßen zusammen:

> „[…]; wir müssen überall neu gestalten, nur daß wir nicht wähnen, mit dem Weltkrieg sei eine Scheidewand gegen das Frühere aufgerichtet, vielmehr sollen wir immer und immer wieder die Verbindungen zu dem Tun und Denken unserer Väter und Ahnen zu finden suchen, von dem Jetzt zu dem Einst und von da wieder zur Gegenwart finden. Wir werden daher den Inhalt des Liberalismus der Vorkriegszeit prüfen und herübernehmen, was für die Gegenwart lebendig scheint, wir werden aber Neues hinzufügen, was aus der Not der Gegenwart quillt und was in die Zukunft weist.“[21]

Zu einem Umdenken innerhalb der DVP und einer Abkehr vom Ideal der unpolitischen Kommunalpolitik kam es erst, als sie durch das Voranschreiten der anderen Parteien unter Zugzwang geriet. Insbesondere die Zentrumspartei – wie noch zu zeigen sein wird – schuf feste organisatorische Strukturen und verabschiedete bereits 1924 ein Kommunalprogramm. Im Rückblick stellte der Vorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigungen der rheinischen Wahlkreise Otto Most fest, dass man sich mit den Vorbehalten gegen eine parteipolitisch geprägte Kommunalpolitik in der DVP selbst geschadet hätte:

> „Die damaligen Widerstände gegen eine „Politisierung“ der Gemeindeverwaltung, bei welch letzterer nur rein sachliche Erwägungen Platz haben sollten, waren so groß und nachhaltig wirksam, daß […] die neugegründete D.V.P. in den Gemeinden vielfach langsamer als im Reich und Staat zur erforderlichen inneren

19 So äußerte sich Eugen Leidig, der Vorsitzende des kommunalpolitischen Reichsausschusses der DVP, auf der kommunalpolitischen Reichstagung 1929. In: Kommunale Umschau 5 (1929), S. 458.

20 Wolfgang Haus: Parteipolitik und Kommunalpolitik. In: Die demokratische Gemeinde 17 (1965), S. 15–19, hier S. 16. Auch Andreas Wirsching: Die Gemeinde zwischen Staat und Partei. Aufbruch, Krise und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland 1918-1945. In: Hans Eugen Specker (Hrsg.): Einwohner und Bürger auf dem Weg zur Demokratie. Von den antiken Stadtrepubliken zur modernen Kommunalverfassung. Ulm 1997, S. 191–208, hier S. 193.

21 So abgedruckt in: Kommunale Umschau 1 (1925), S. 145.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Festigung, äußeren Konsolidierung, tatkräftigen Zusammenschließung und Einflußgewinnung gelangen konnte."[22]

Die Hinwendung zur parteipolitischen Kommunalpolitik erklärte man 1924 in der DVP schließlich mit den Erfordernissen des bestehenden politischen Systems, der parlamentarischen Demokratie, denen man sich anpassen müsse, da man nun einmal in dieser Staatsform lebe.[23] Auf kommunaler Ebene galt in der Weimarer Republik ebenso wie bei Reichstagswahlen das Verhältniswahlrecht, das die Wahl einer Partei und nicht einer Einzelperson vorsah und damit die Bedeutung der Parteien auch für die kommunale Ebene stärkte.

Mit dieser unter äußerem Druck vollzogenen Einstellungsänderung, die sich um 1923/24 anfing durchzusetzen, ging die DVP verspätet an den Ausbau ihrer kommunalpolitischen Organisationsstrukturen. Interessanterweise konnte sie sich hierbei auch auf die Tradition der Nationalliberalen Partei berufen.[24] Denn unter dem bereits erwähnten Franz Moldenhauer war in der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz eine „recht gut ausgebaute Organisation" aus Orts- und Kreisvereinen sowie Provinzialkomitees entstanden.[25] Auf Anregung Moldenhauers war zudem im Februar 1918 eine „Rheinische Vereinigung für liberale Gemeindepolitik e.V." gegründet worden, die sich zum Ziel gesetzt hatte, einen „engere[n] Zusammenschluß aller auf Grund des nationalliberalen Programms gewählten Gemeindevertreter der Rheinprovinz zur Herbeiführung möglichst einheitlichen Handelns in wichtigen, besonders grundsätzlich bedeutsamen Fragen oder zur Förderung der von der Nationalliberalen Partei auf dem Gebiete der Gemeinde erstrebten

22 Otto Most: Gemeindepolitik und Deutsche Volkspartei. Berlin 1928, S. 3 f. Otto Most (1881-1971) war von 1925-1932 erster Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz und einer der Mitherausgeber der Kommunalen Umschau. Günther (wie Anm. 1), S. 161–163.

23 So die Argumentation von Eugen Leidig: Gemeindepolitik der Deutschen Volkspartei. In: Archiv der Deutschen Volkspartei 5 (1924), S. 43–47, hier S. 43. In den Grundsätzen der Deutschen Volkspartei, beschlossen auf dem Parteitag in Leipzig am 19. Oktober 1919, publiziert 1922, in: BArch, Abteilung Berlin, R 45 II/ 62, ist unter „3. Staatsform" noch zu lesen: „Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtendem Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform." Auf Reichsebene kehrte in der DVP bereits nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 und unter dem Einfluss ihres Parteivorsitzenden Gustav Stresemann der „Vernunftrepublikanismus" ein. Vgl. Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Bonn/Stuttgart 2008, S. 88; 93 f. oder auch Schelm-Spangenberg (wie Anm. 4), S. 15–18. Allerdings konnte sich dieser Einstellungswandel auch bis zum Ende der Weimarer Republik nicht bei allen Parteimitgliedern durchsetzen.

24 Schelm-Spangenberg (wie Anm. 4), S. 21.

25 Romeyk (wie Anm. 7), S. 190.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ziele“ zu erreichen.[26] An diese Anfänge kommunalpolitischer Organisation und Vernetzung knüpfte man in der DVP während der Weimarer Republik an.[27]

1.2 Ausbau der organisatorischen Strukturen

Vor Ort waren die Parteimitglieder der DVP in einem der über 4.000 bestehenden Ortsvereine (Stand 1921) organisiert.[28] Diese waren in Kreisverbänden zusammengeschlossen, die wiederum in Bezirks- und Wahlkreisverbänden organisiert waren. Die Wahlkreisverbände stellten die für die kommunalpolitische Arbeit der DVP entscheidende Ebene dar. Ihre Aufgabe bestand darin,

> „die Interessen der Partei im Einvernehmen mit ihrem Zentralvorstand wahrzunehmen, für die Einheitlichkeit der Politik und Taktik der Partei einzutreten, die Organisation auszugestalten und die Verbindung der Vereine mit der Gesamtpartei herbeizuführen und zu befestigen, die Wahlen im Wahlkreise vorzubereiten und durchzuführen, die Kandidatenlisten aufzustellen und die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen“.[29]

Damit bildeten die Wahlkreisverbände die Basis aller programmatischen sowie einheitlichen kommunalpolitischen Arbeit der DVP.
Da die allgemeine Kommunalpolitik der Partei und nicht die einzelnen, jeweils von den örtlichen Gegebenheiten abhängigen Ausprägungen der Lokalpolitik untersucht werden soll, richtet sich der Fokus folgerichtig auf die Wahlkreisverbände. Diesen kommt in der DVP durch die Entstehungsgeschichte der Partei zusätzliche Bedeutung zu; denn komplette nationalliberale Provinzialverbände wie etwa Westfalen waren geschlossen zu der Ende 1918 neu gegründeten DVP übergetreten.[30] Mit ihrem historisch gewachsenen Selbstbewusstsein behaupteten sie eine relativ hohe regionale Eigenständigkeit innerhalb der Partei.
Um die Wahlkreisverbände in den innerparteilichen Prozess der Willensbildung einzubeziehen und so als Gegengewicht zur Parteiführung und als Unruheherd auszuschalten, setzte der Geschäftsführende Ausschuss der DVP

26 Moldenhauer (wie Anm. 15), S. 370.
27 Siehe dazu den Bericht über die erste Godesberger Tagung, in: Kölnische Zeitung, Nr. 397, 31. Mai 1926.
28 Richter (wie Anm. 6), S. 178–182. Siehe dort auch zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der DVP im Laufe der Weimarer Republik. 1921 hatte die DVP mit 478.000 den Höchststand ihrer Mitgliederzahlen erreicht.
29 Mustersatzung für Wahlkreisverbände der Deutschen Volkspartei. In: BArch, Abteilung Berlin, R 45 II/ 2.
30 Romeyk (wie Anm. 7), S. 197.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1923 einen kommunalpolitischen Reichsausschuss ein.[31] Dieser Fachausschuss für Kommunalpolitik bestand aus Vertretern der auf Wahlkreisebene bestehenden kommunalpolitischen Ausschüsse sowie den Fraktionsvorsitzenden aus den kommunalen Spitzenverbänden wie etwa dem Deutschen Städtetag oder dem Reichsstädtebund. Zur gegenseitigen Information, Vernetzung und Abstimmung der volksparteilichen Kommunalpolitiker sollte die „Kommunale Umschau" beitragen, die seit 1925 vom Reichsausschuss herausgegeben wurde. Die kommunalpolitische Zeitschrift enthielt Informationen zu Gesetzesänderungen, Tagungen und Veröffentlichungen sowie Berichte über Veranstaltungen einzelner regionaler Verbände der Partei. Der Reichsausschuss organisierte zudem kommunalpolitische Reichstagungen in Berlin, die sich mit aktuellen Themen der Zeit wie dem preußischen Städtebaugesetz, der Eingemeindung, dem Verhältnis von Kommunalpolitik und Wirtschaft, anstehenden Wahlen sowie der angespannten finanziellen Lage der Gemeinden und den zu tragenden Wohlfahrtskosten beschäftigten.[32] Auch wenn die DVP mit dem Reichsausschuss über eine kommunalpolitische Zentralstelle verfügte, wurde die Gemeindepolitik dennoch nicht „von oben" bestimmt; die Wahlkreisverbände waren weiterhin die prägenden kommunalpolitischen Akteure der DVP.

1.3 Kommunalpolitische Vereinigungen

Innerhalb der Wahlkreisverbände existierten kommunalpolitische Ausschüsse, die die Aktivitäten des Wahlkreises im Bereich der Kommunalpolitik initiierten und organisierten. Diese Ausschüsse schlossen sich vielfach zu kommunalpolitischen Vereinigungen zusammen und erlangten in dieser Form größeren Einfluss. Zu ihren Mitgliedern zählten nicht nur beruflich mit kommunalpolitischen Fragen konfrontierte Parteimitglieder, die etwa in der kommunalen Verwaltung beschäftigt oder im Stadtrat vertreten waren, sondern auch kommunalpolitisch interessierte Parteimitglieder. Bis 1928 entstanden in der DVP 23 solcher Vereinigungen.[33] Zu den aktivsten und einflussreichsten Vereinigungen zählten die von Westfalen und der Rheinprovinz.
Ende 1925 bestand die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Westfalen, in der sich die beiden westfälischen Wahlkreise Westfalen-Nord mit Sitz in Bielefeld und Westfalen-Süd mit Sitz in Dortmund zusammengeschlossen

31 Kolb/Richter/et al. (wie Anm. 6), S. 42.
32 Siehe die entsprechende Berichterstattung der Kommunalen Umschau bzw. die Darstellung bei Günther (wie Anm. 1), S. 109–115.
33 Most (wie Anm. 22), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hatten, bereits seit einigen Jahren. Die von ihr im Mai 1926 in Soest veranstaltete kommunalpolitische Tagung war nämlich bereits die fünfte Tagung dieser Art.[34] Ein genaues Gründungsdatum ist für die westfälische Kommunalpolitische Vereinigung allerdings nicht bekannt. Im Sommer 1926 beschloss der Vorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung, eine Zentrale einzurichten, deren Aufgaben es sein sollten, „1. den Zusammenschluß aller im kommunalpolitischen Leben tätigen Volksparteiler in die Wege zu leiten. 2. Material zu sammeln und zu vermitteln, das für Kommunalpolitiker von Wichtigkeit ist. 3. Kommunalpolitische Fragen zu bearbeiten und in Sonderfällen Interessenten zu beraten. 4. Gedankenaustausch zu pflegen mit den verwandten Vereinigungen anderer Provinzen und engste Verbindung zu halten mit dem Kommunalpolitischen Ausschuß in Preußen und im Reich".[35] Dies geschah unter anderem auf kommunalpolitischen Tagungen, bei denen man sich mit den akuten Fragen und Problemen der Kommunalpolitik beschäftigte. Auf einer solchen Tagung in Dortmund im Oktober 1924 etwa wurden Fragen des Wahlrechts, der Selbstverwaltungsrechte, der Steuern, des Verhältnisses von Wirtschaft und Gemeinde sowie der Siedlungspolitik und der Beamtenbesoldungsgesetze diskutiert.[36] Ob die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Westfalen mit ihren kommunalpolitischen Tagungen als Vorbild für die in der Rheinprovinz gegründete Vereinigung diente, ist nicht bekannt.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz entstand Ende 1925 aus dem Zusammenschluss der kommunalpolitischen Vereinigungen der rheinischen Wahlkreise Düsseldorf-West, Düsseldorf-Ost, Köln-Aachen und Koblenz-Trier.[37] Ihr Vorsitzender, Otto Most, stellte die Vereinigung in Tradition zu den noch vor dem Krieg durchgeführten Treffen der liberalen Kommunalpolitiker in Köln und betonte, dass „die Kommunalpolitische Vereinigung […] gewillt [sei], das Erbe des kommunalen Liberalismus der Vorkriegszeit, dessen Führer der verstorbene Professor Moldenhauer war, anzutreten".[38] In ihrer Satzung formulierte die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz das Ziel, eine „trotz aller örtlichen Verschiedenheiten von nationalen Gesichtspunkten ausgehende zielsichere Behandlung der kommunalen Angelegenheiten" zu erreichen.[39] Dies versuchte sie über die von ihr von 1926 bis 1931 jährlich veranstalteten Godesberger Tagungen umzusetzen. Die kommunalpolitischen Tagungen entwickelten sich

34 Kommunale Umschau 2 (1926), S. 246 und Dortmunder Zeitung, Nr. 248, 1. Juni 1926.
35 Kommunale Umschau 2 (1926), S. 289.
36 Kommunale Umschau 1 (1925), S. 11 f.
37 Kommunale Umschau 1 (1925) S. 394 und Kölnische Zeitung, Nr. 21, 9. Januar 1926.
38 Siehe den Bericht über die erste Godesberger Tagung, in: Kölnische Zeitung, Nr. 397, 31. Mai 1926.
39 Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, § 3. Abgedruckt in: Most (wie Anm. 22), S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rasch zu einer festen Institution, deren Bedeutung nicht nur an der ausführlichen Berichterstattung in der Kölnischen Zeitung und der Kommunalen Umschau abzulesen ist, sondern auch an den vielen namhaften Gästen aus Politik und kommunalen Spitzenverbänden, die begrüßt werden konnten.[40] Mit ihren Godesberger Tagungen gab die Vereinigung der volksparteilichen Kommunalpolitik wichtige Impulse und förderte die Vernetzung der Gemeindepolitiker untereinander. Auf den Tagesordnungen standen Themen wie kommunale Mittelstands- und Schulpolitik, private und öffentliche Wirtschaftsformen, Eingemeindung und vor allem Steuer- und Finanzfragen. Auf die Weltwirtschaftskrise und die angespannter werdende Finanzlage der Städte und Gemeinden reagierte die Kommunalpolitische Vereinigung der Rheinprovinz im Herbst und Winter 1930/31 mit zusätzlichen Arbeitstagungen. Dadurch sollte den Kommunalpolitikern in aktuellen und drängenden Fragen der Zeit wie etwa der Elektrizitäts- und Ferngasversorgung oder der Aufstellung des Haushaltplans praktische Hilfestellung geboten werden.[41]

Nicht nur durch diese Tagungen erlangte die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz Bedeutung und Einfluss über die Grenzen der Rheinprovinz hinaus. Sie wurde insbesondere durch ihre programmatische Arbeit bekannt. Auf ihrer Godesberger Tagung des Jahres 1928 stellte die Kommunalpolitische Vereinigung von ihr erarbeitete „Leitsätze für Kommunalwahlen“ sowie „Richtlinien für die Arbeit der Deutschen Volkspartei in den Gemeinden der Rheinprovinz“ vor. Diese, so die Einschätzung der Kommunalen Umschau, könnten „zweifellos auch für andere Gegenden des Reiches zum Vorbild dienen“.[42] Die Richtlinien legten in 18 Punkten Grundlagen für die kommunalpolitische Arbeit der DVP fest. Entstanden waren sie aus dem „Bedürfnis nach Einheitlichkeit der Gesichtspunkte sowohl bei den kommunalen Wahlen wie auch bei der praktischen kommunalen Arbeit“ heraus.[43] Eine einheitliche, verbindliche Linie in der Kommunalpolitik sollte zu einer größeren Wirksamkeit bei der Durchsetzung volksparteilicher Standpunkte, aber auch zu einer besseren Wiedererkennung bei den Wählern führen.

Die Richtlinien betonten die kommunale Selbstverwaltung und forderten einen gerechteren Finanzausgleich mit einer Neuregelung der Einnahmeverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Eingemeindungen sollten nur stattfinden, wenn die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde nicht mehr

40 1927 beispielsweise waren der Präsident des Deutschen Städtetags, Oskar Mulert, der Präsident des Reichsstädtebunds, Gotthold Haekel, sowie Alfred Schmoll vom Landgemeindetag West anwesend. Kommunale Umschau 3 (1927), S. 219.

41 Siehe dazu die Berichterstattung der Kommunalen Umschau oder die Darstellung der Tagungen in: Günther (wie Anm. 1), S. 151–160.

42 Siehe den Bericht über die Tagung in: Kommunale Umschau 4 (1928), S. 265–268, hier S. 265; den vollständigen Abdruck der Richtlinien und Leitsätze: Ebd., S. 383–387.

43 Ebd., S. 374.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gewährleistet werden könne und die Zukunftsfähigkeit der Städte gefährdet sei. In einer Verwaltungsreform sollten die Kompetenzen zwischen Reich und Ländern klar definiert und damit auch für die Gemeinden Klarheit geschaffen werden. Ebenso sollte die Steuerpolitik vereinfacht und die Gemeindeverfassungen überarbeitet und vereinheitlicht werden. Die Kommunalpolitische Vereinigung sprach sich gegen eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in Konkurrenz zur ortsansässigen Privatwirtschaft aus; dies sollte nur in Ausnahmefällen und zur Sicherstellung der Allgemeininteressen gestattet sein. Der Förderung des Mittelstands bei der Auftragsvergabe und der Versorgung mit Krediten durch die kommunalen Sparkassen wurde ein eigener Punkt gewidmet. Auch die Landwirtschaft sollte mit Krediten, niedrigen Pachtkosten und durch die Förderung von landwirtschaftlichen Genossenschaften unterstützt werden. Besonderes Interesse galt zudem den Beamten, deren Bezahlung nach Leistung und Vorbildung ebenso wie der Grundsatz von Eignung und Leistung bei der Stellenbesetzung gefordert wurde. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sei das freiwillige, private Engagement zu fördern, die Wohnungszwangswirtschaft sowie die Hauszinssteuer sollten abgeschafft werden und eine Beteiligung der Privatwirtschaft am Wohnungsbau sei wünschenswert. Im Kulturbereich hingegen seien Einsparungen nötig, da die Höhe der zu leistenden Zuschüsse nicht im Verhältnis zum „kulturellen Erfolg“ stünde. Weitere Punkte beschäftigten sich mit den Volks- und Berufsschulen, der Volksbildungspflege, den mittleren und höheren Schulen sowie den Hochschulen. Besonders die Volksschulen seien förderungswürdig, da sie für „breiteste praktische Berufe eine ausreichende Vorbildung“ gewährleisteten. Der Staat solle die Gemeinden als Schulträger finanziell unterstützen. Die staatliche, konfessionelle Volksschule würde als Schulform favorisiert. Zuletzt forderten die Richtlinien die „allgemeine Zurückhaltung auf allen kommunalen Tätigkeitsgebieten“, um die angespannte kommunale Kassenlage nicht unnötig zu strapazieren.[44]

1.4 Programmatische Grundsätze für die kommunalpolitische Arbeit

Erste Bestrebungen zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien bzw. eines Kommunalprogramms hatte es in verschiedenen regionalen Verbänden und Vereinigungen bereits vor 1924 gegeben. In der Ausgabe des „Archivs der Deutschen Volkspartei“ vom 15. März 1924 wurden neben einem vom Vorsitzenden des kommunalpolitischen Reichsausschusses der DVP, Eugen Leidig, verfassten Artikel über „Gemeindepolitik der Deutschen Volkspartei“

44 Ebd., S. 385 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

vom kommunalpolitischen Ausschuss des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West erarbeitete „Richtlinien für unsere Gemeindepolitik“ sowie „Richtlinien für die Arbeit der Deutschen Volkspartei Hessens in den Gemeindevertretungen“ des kommunalpolitischen Ausschusses der DVP Hessens veröffentlicht.[45] Leidig formulierte einige Grundzüge, die im kommunalen Wahlkampf trotz aller Themen, die aufgrund der spezifischen örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich seien, beachtet werden sollten. Er wies explizit darauf hin, dass er kein Kommunalprogramm aufstellen, sondern nur Ziele und Richtlinien benennen wolle. Während der kommunalpolitische Ausschuss des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West „praktische Forderungen“ entwickelte, die ihren Ausgangspunkt in der damals schon angespannten Lage der Gemeindefinanzen und einer nur eingeschränkt handlungsfähigen Gemeindeverwaltung nahmen, sollten die hessischen Richtlinien als „Grundsätze, die bei aller Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse der Gemeinden Hessens die Kernpunkte liberaler Gemeindepolitik darstellen“, verstanden werden.[46]
Nach den 1928 von der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz vorgestellten Richtlinien äußerte ihr erster Vorsitzender, Otto Most, 1928 sogar die Zuversicht, dass es nur „eine Frage der Zeit“ sei, bis die DVP ein gesondertes kommunalpolitisches Programm aufstellen werde.[47] Ob er hierbei von den Reformvorschlägen Kenntnis hatte, die im November 1928 und Mai 1929 dem Parteivorstand – dem er nicht angehörte – vorlagen, lässt sich anhand der Quellen nicht nachvollziehen. In diesen Vorschlägen wurde die Bedeutung der Kommunalpolitik anerkannt und eine Intensivierung der kommunalen Netzwerke und die allgemeine Stärkung der Kommunalpolitik in der Partei gefordert.[48] Diese Richtlinien, die einen wichtigen Schritt in Richtung eines einheitlichen Kommunalprogramms bedeutet hätten, wurden vom Parteivorstand jedoch nie verabschiedet.
Stattdessen veröffentlichte der kommunalpolitische Reichsausschuss 1929 „Grundlagen für die Kommunalwahlen“.[49] In sieben Punkten wurden darin die Grundzüge der volksparteilichen Kommunalpolitik zusammengefasst. An erster Stelle stand das Bekenntnis zur Selbstverwaltung als der Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgern. Besonders betont wurde die Selbstverantwortlichkeit der Selbstverwaltung, vor allem im finanziellen Bereich.

45 Archiv der Deutschen Volkspartei 5 (1924), S. 43–47; 64–66; 66–69.
46 Ebd., S. 64 und S. 69.
47 Most (wie Anm. 22), S. 8.
48 Einladungen zu Sitzungen des Parteivorstandes der DVP. Vom vorbereitenden Organisationsausschuss ausgearbeitete Reformvorschläge an den Parteivorstand am 23. November 1928 bzw. am 15. Mai 1929 überreicht. In: BArch, Abteilung Koblenz, N 1099/ 40. Ein Beschluss zur Verabschiedung dieser Reformvorschläge findet sich weder in den Quellen noch in den Parteiveröffentlichungen.
49 Kommunale Umschau 5 (1929), S. 429 f. sowie Gustav Wittig (Hrsg.): Kommunalpolitik und Deutsche Volkspartei. Berlin 1929, S. 5 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Grundlagen forderten eine Neuregelung des Finanz- und Lastenausgleichs. Im Bereich der Kultur- und Sozialpolitik müssten trotz notwendiger Sparmaßnahmen die Jugendpflege, die weitere Bekämpfung der Wohnungsnot, die Schulbildung, Gesundheitsvorsorge, die Religionspflege sowie die Förderung privater und kirchlicher Wohlfahrtspflege weiterhin wahrgenommen werden. Sie sprachen sich gegen kommunale Wirtschaftstätigkeit in Konkurrenz zur Privatwirtschaft und für eine Förderung des gewerblichen Mittelstands und der Landwirtschaft aus. Als oberster Grundsatz für die Gemeindepolitik insbesondere in den Bereichen der Kultur- und Sozialpolitik solle der Grundsatz „Keine Ausgaben ohne Deckung!" gelten.[50] Des Weiteren betonten die Grundlagen die Bedeutung des Berufsbeamtentums, zugleich aber auch die Notwendigkeit einer Vereinfachung und Rationalisierung der Behörden. Zu guter Letzt wurde im siebten Punkt darauf verwiesen, wie wichtig es sei, dass nur Persönlichkeiten zur Wahl aufgestellt würden, die sich „als Vertreter der Allgemeinheit" und nicht als Standes- oder Berufsvertreter verstünden.[51] In dieser Forderung lebte die alte Vorstellung von einer unpolitischen Kommunalpolitik wieder auf.

Zusätzlich zu diesen Grundlagen veröffentlichte der kommunalpolitische Reichsausschuss 1929 mit „Kommunalpolitik und Deutsche Volkspartei" eine Sammlung von Aufsätzen zu verschiedenen Aspekten volksparteilicher Kommunalpolitik sowie eine Zusammenstellung von Grundlagen, Richtlinien und Leitsätzen für die Kommunalpolitik, die vom Reichsausschuss, der Kommunalpolitischen Vereinigung der Rheinprovinz und der DVP der Pfalz erarbeitet worden waren.[52]

Anhand der verschiedenen Ansätze zur Entwicklung von Richtlinien, Leit- und Grundsätzen zeigt sich einerseits ein in der DVP weit verbreitetes „Bedürfnis nach Einheitlichkeit der Gesichtspunkte sowohl bei den kommunalen Wahlen wie auch bei der praktischen kommunalen Arbeit". Die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz bezeichnete dies konkret als „Lücke und Mangel", die bzw. den sie mit ihren Richtlinien beheben wolle, da diese „die richtige Mitte […] halten zwischen dem, was um der parteipolitischen Gesamtwirkung willen einheitlich sein muß und dem, was um der örtlichen Besonderheit verschieden sein darf".[53] Andererseits zeigt sich in den vielen Entwürfen aber auch wieder die regionale Eigenständigkeit der Verbände innerhalb der DVP. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass sich die Publikationen des kommunalpolitischen Reichsausschusses im Vorfeld anstehender Kommunalwahlen häuften, wenn der Handlungsdruck am größten war.

50 Ebd.
51 Kommunale Umschau 5 (1929), S. 430.
52 Ebd.
53 Kommunale Umschau 4 (1928), S. 374.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1.5 Veränderter Stellenwert der Kommunalpolitik

Der Stellenwert, den die kommunalpolitische Betätigung innerhalb der Partei innehatte, erfuhr im Laufe der Weimarer Republik eine beachtliche Veränderung: Zu Beginn der Weimarer Republik hatte die DVP jegliche parteipolitische Prägung der Kommunalpolitik abgelehnt. 1924 wurden in einer Parteipublikation zum Thema „Die Deutsche Volkspartei und die Gemeindewahlen" noch entschuldigende Worte gewählt, um die parteipolitische Beschäftigung mit der Kommunalpolitik zu rechtfertigen. „Das vorliegende Heft sei ein Versuch, Gemeindewahlen und Gemeindepolitik von verschiedenen Gesichtspunkten aus in die Arbeit [der] Partei zu stellen" und es werde darum gebeten, dies „mit Wohlwollen, aber auch zugleich mit Nachsicht aufzunehmen".[54] 1929 hingegen bekannte sich der kommunalpolitische Reichsausschuss zu einer volksparteilichen Kommunalpolitik. Er erarbeitete „Grundlagen nationaler, liberaler und sozialer Kommunalpolitik", die er allen regionalen Organisationen der Gesamtpartei für die anstehende Wahlarbeit empfahl, und veröffentlichte zudem eine Übersicht über die in den verschiedenen Verbänden und Vereinigungen der DVP erarbeiteten Richtlinien.[55]

Der zweite Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der Rheinprovinz Fritz David Gustav von Hansemann ging noch einen Schritt weiter.[56] Er bezeichnete die 1928 vorgelegten Richtlinien als „eine Art praktisches kommunalpolitisches Glaubensbekenntnis"; sie seien enorm wichtig für die DVP, denn sie „ziehen die Grenzen zu den anders gearteten, auf dem Boden anderer Weltanschauung stehenden Parteien, sie wollen den Beweis bringen, daß auch die Gemeindepolitik von großen politischen Gesichtspunkten aus erfaßt und durchdrungen sein muß". Für von Hansemann hing ein Erfolg der DVP nicht nur bei den anstehenden Kommunalwahlen, sondern auch bei den Reichs- und Landtagswahlen davon ab, dass „die Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiete wirkungsvoll und der großen Masse der Bevölkerung erkennbar ist", da diese „in erster Linie durch die kommunalpolitischen Probleme interessiert und erfaßt werden kann".[57]

Diese Äußerungen von Hansemanns drücken ein Verständnis von Kommunalpolitik aus, das den Erfolg einer Partei auf Reichsebene von ihrer Verankerung und Erkennbarkeit ihrer parteipolitischen Grundlinien in den Städten

54 Archiv der Deutschen Volkspartei 5 (1924), S. 42.
55 Ebd. und Wittig (wie Anm. 49), S. 5.
56 Fritz David Gustav von Hansemann (1886-1971) war ein Urenkel des Bankiers und Unternehmers David Justus Ludwig Hansemann, der zu den bekanntesten liberalen Politikern des Vormärz und der Revolution von 1848 in der Rheinprovinz gehörte. Günther (wie Anm. 1), S. 164 f.
57 Kommunale Umschau 4 (1928), S. 397 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und Gemeinden abhängig macht − damit wird der Kommunalpolitik eine große Bedeutung für die Partei zugeschrieben. Diese Auffassung konnte sich aber während der Weimarer Republik, in der die Reichspolitik immer noch als die „große Politik“ galt, nicht durchsetzen.[58] Auch das Bewusstsein für die Bedeutung, die der Kommunalpolitik bei der Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung zukommt, war in der Weimarer Republik, anders als in der neu gegründeten Bundesrepublik, nicht so ausgeprägt bzw. nicht vorhanden.[59] Es lässt sich aber festhalten, dass sich der Stellenwert einer parteipolitisch geprägten Kommunalpolitik in der DVP während der Weimarer Republik veränderte und die Kommunalpolitik an Bedeutung gewann. Stellt diese Entwicklung in der DVP einen Einzelfall dar? Um diese Frage beantworten zu können, soll im Folgenden ein Blick auf die Kommunalpolitik anderer Parteien, insbesondere des Zentrums, die kommunalpolitische Interessenvertretung durch den Deutschen Städtetag sowie auf die kommunalpolitische Berichterstattung der Presse während der Weimarer Republik geworfen werden.

2. Kommunalpolitik in der Weimarer Republik

2.1 Das Vorbild der Zentrumspartei

Die DVP war nicht die einzige und schon gar nicht die erste Partei, die nach 1919 ihre kommunalpolitischen Strukturen ausbaute, ihre kommunalpolitisch aktiven Parteimitglieder zu vernetzen versuchte und um eine stärkere parteipolitisch ausgerichtete Profilierung der Kommunalpolitik bemüht war. Die erste Partei, die feste organisatorische Strukturen in der Kommunalpolitik schuf – und dies bereits zu Zeiten des Kaiserreichs – war die Deutsche Zentrumspartei. Für sie bedeutete die Gründung der Weimarer Republik keinen Einschnitt und schon gar keinen Neubeginn. Sie setzte ihre Kommunalpolitik über den Wechsel der Staatsform hinweg kontinuierlich fort und wurde in ihren organisatorischen Strukturen zum Vorbild für die anderen Parteien der Weimarer Republik. Bereits seit 1909 gab sie mit den „Kommunalpolitischen Blättern“ eine eigene Zeitschrift heraus. Dieses bewusst kommunalpolitisch ausgerichtete Organ wollte reichsweit die Gemeindepolitik und ihre Vertreter unterstützen, indem es die kommunalpolitisch relevanten

58 Haus (wie Anm. 20), S. 18. Otto Ziebill: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. 2. Aufl. Stuttgart 1972, S. 32.
59 Haus (wie Anm. 20), S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gesetze und Verordnungen publizierte.[60] Die „Kommunalpolitischen Blätter“ schufen mit ihren Artikeln „die Grundlage für ein bis dahin noch nicht existierendes kommunalpolitisches Programm des Zentrums“.[61] Mit ihnen habe die Zentrumspartei, so musste der nationalliberale Franz Moldenhauer anerkennen, „ein vortreffliches Mittel geschaffen, auch während des Krieges die volle Verbindung der den Zentrumskreisen angehörenden Gemeindevertreter aufrecht zu erhalten und über alle bedeutsamen Fragen die nötige Aufklärung zu geben“.[62]

Bereits seit 1905 kamen die Kommunalpolitiker des Zentrums in den fünf rheinischen Regierungsbezirken zu Bezirksparteitagen zusammen, „um aktuelle kommunalpolitische Fragen zu diskutieren und über einen Zusammenschluß zu beraten“.[63] Die treibende Kraft hinter den Bestrebungen zur Vernetzung der Kommunalpolitiker war der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, Karl Trimborn.[64] Er selbst hatte es in seiner Zeit als Stadtverordneter von Köln (1893-1913) „als einen besonderen Mangel empfunden, daß die durch gleiche Weltanschauung und durch gemeinsame politische Grundsätze einander näher stehenden Mitglieder der Selbstverwaltungskörper ohne regelmäßige Fühlung miteinander waren, die für eine erfolgreiche Politik eine notwendige Voraussetzung ist“.[65] Dem 1914 gegründeten, festen organisatorischen Zusammenschluss als „Stadtverordnetenvereinigung der Rheinischen Zentrumspartei“ traten Kommunalpolitiker aus 28 rheinischen Städten bei.[66] Die „Kommunalpolitischen Blätter“ wurden zum offiziellen Organ der Vereinigung. Da die Vereinigung auch Zentrumspolitikern aus anderen Provinzen, in denen es keinen vergleichbaren Zusammenschluss gab, offenstand, wurde sie zur „Keimzelle einer kommunalpolitischen Organisation

60 Zur kommunalpolitischen Ausrichtung der Zeitschrift siehe Karl Trimborn: Eine Grundfrage der Kommunalpolitik. In: Kommunalpolitische Blätter 1 (1910), S. 2–4, hier S. 2: „In den letzten Jahren hat sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß in den kommunalen Angelegenheiten die allgemeinen politischen Grundsätze und Ueberzeugungen nicht ausgeschaltet werden können“ und „daß es schlechterdings nicht angeht, im kommunalen Leben seinen politischen Rock auszuziehen und gewissermaßen in ‚allgemein bürgerlichen‘ Hemdsärmeln umherzugehen.“.

61 So die Einschätzung bei Rainer Moltmann: Reinhold Heinen (1894-1969). Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger. Düsseldorf 2005, S. 47. Heinen war von 1921-33 Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei.

62 Moldenhauer (wie Anm. 15), S. 370.

63 Moltmann (wie Anm. 61), S. 47.

64 Karl Trimborn (1854-1921). Mitglied des Reichstags 1896-1921, seit 1894 Vorsitzender der rheinischen Zentrumspartei, Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag seit 1919, Vorsitzender der Gesamtpartei seit 1920. Siehe Christoph Kuhl: Carl Trimborn, 1854-1921. Eine politische Biographie. Paderborn 2011.

65 Josef Nellessen: Zehn Jahre Kommunalpolitische Vereinigung. In: Kommunalpolitische Blätter 18 (1927), S. 392–394, hier S. 392.

66 Moltmann (wie Anm. 61), S. 49.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Gesamtpartei".[67] Die überaus positive Mitgliederentwicklung – allein zwischen dem 1. Januar 1916 und September 1917 verdreifachte sich die Zahl der Mitglieder – gab schließlich den Ausschlag, die Vereinigung zu einer Organisation aller Kommunalpolitiker der Zentrumspartei auszubauen. Als selbstständige Organisation der Kommunalpolitiker des Zentrums gründete sich am 23. September 1917 die „Kommunalpolitische Vereinigung e.V.".[68] Ihren Zweck definierte sie in ihrer Satzung mit vier zentralen Aufgaben: Erstens sollte die Erkenntnis verbreitet werden, dass „die Vertretung des Zentrumsprogramms auch im kommunalen Leben, bei den Kommunalwahlen wie in den kommunalen Körperschaften notwendig ist".[69] Die zweite Aufgabe bestand im Aufbau eines organisatorischen Unterbaus für die Vereinigung; auf unterster Ebene sollten in den Gemeindevertretungen Fraktionen gebildet, darauf aufbauend in den Kreisen, Bezirken, Provinzen und Ländern kommunalpolitische Vereinigungen gegründet werden. Die Formulierung „allgemeiner Richtlinien für die praktische Arbeit in den kommunalen Körperschaften auf der Grundlage des Zentrumsprogramms" wurde als dritte Aufgabe definiert. Viertens wurde die Besetzung von Kommunalbeamtenstellen und Beigeordnetenkollegien nach Paritätsgrundsätzen gefordert, d.h. nach den konfessionellen Verhältnissen und der Stärke der politischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung der jeweiligen Gemeinde.[70]

In ihrer Zentralstelle in Köln beschäftigte die Kommunalpolitische Vereinigung 25 Beamte und Angestellte. Der 1921 als Geschäftsführer eingesetzte Reinhold Heinen prägte die Arbeit bis 1933 maßgeblich.[71] Die Kommunalpolitische Vereinigung veranstaltete Schulungskurse für Gemeindevertreter, erteilte Informationen und Auskunft unter anderem auch in Rechtsfragen und stellte Kontakt zwischen den Kommunalpolitikern untereinander und zwischen den Fraktionen her.[72] Im März 1927 umfasste die Kommunalpolitische Vereinigung bereits 1.100 Zentrumsfraktionen mit etwa 14.000

67 Ebd. Die Möglichkeit einer Mitgliedschaft von Kommunalpolitikern des Zentrums aus anderen Provinzen war bereits im Statut der Stadtverordnetenvereinigung der Rheinischen Zentrumspartei angelegt. Siehe den Abdruck in: Statut der Stadtverordnetenvereinigung der Rheinischen Zentrumspartei. In: Kommunalpolitische Blätter 4 (1914), S. 176 f.

68 Moltmann (wie Anm. 61), S. 49 f.

69 Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung, gedruckt in: Kommunalpolitische Blätter 9 (1918), S. 19.

70 Moltmann (wie Anm. 61), S. 52. Vgl. ebenso Johannes Stelling: Kommunalpolitische Organisationen. In: Die Gemeinde 4 (1927), S. 919–927, hier S. 919 oder auch Stump (wie Anm. 3), S. 151.

71 Moltmann (wie Anm. 61), hier S. 54–57.

72 Reinhold Heinen: Organisierte Gemeindepolitik. Die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei. In: Volkswohl. Katholische Monatsschrift für Volksbildung, Kultur und Gesellschaftsreform 17 (1926), S. 52–57, hier S. 54. Siehe auch Moltmann (wie Anm. 61), S. 70 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mitgliedern.[73] Der Erfolg der Kommunalpolitischen Vereinigung erklärte sich unter anderem damit, dass für jede kommunalpolitische Fraktion der Zentrumspartei sowohl die Mitgliedschaft in der Vereinigung als auch der Bezug der Kommunalpolitischen Blätter verpflichtend war.[74]
Am 2. Januar 1924 legte die Zentrumspartei ebenfalls als erste Partei der Weimarer Republik ein Kommunalprogramm vor. Dieses Kommunalprogramm sprach sich für Demokratie und Selbstverwaltung, eine auf Ausgleich bedachte Steuerpolitik, eigene Steuerquellen für die Gemeinden, eine soziale Wirtschaftsordnung, soziale Wohlfahrtspflege sowie eine christlich-deutsche Volkskultur aus.[75] Zudem formulierte die Kommunalpolitische Vereinigung „Leitsätze für die Vorbereitung der nächsten Kommunalwahlen", die ebenfalls 1924 veröffentlicht wurden. Diese stellten zum einen die Wichtigkeit der Schulungsarbeit für die Parteimitglieder auf kommunalpolitischem Gebiet, nicht nur in Wahlzeiten, heraus, zum anderen enthielten sie Richtlinien für die Aufstellung von Kandidatenlisten.[76]

2.2 Steigendes Interesse für Kommunalpolitik bei den Parteien und in der Presse

„Politische Parteien sind Vertretungen von Weltanschauungen, und aus der Weltanschauung heraus soll man auch zu kommunalen Dingen Stellung nehmen, […]."[77] Mit diesen Worten bekannte sich Hermann Luppe, der Nürnberger Oberbürgermeister aus den Reihen der DDP, auf dem Deutschen Städtetag 1924 zur parteipolitischen Betätigung in den Städten und Gemeinden. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) hatte zwar bereits im Kaiserreich über erste organisatorische Strukturen im kommunalpolitischen Bereich verfügt und seit 1901 die Zeitschrift „Kommunale Praxis" herausgegeben.[78] Allerdings schliefen diese ersten Bemühungen wieder ein. Nach dem Weltkrieg beobachtete die SPD zunächst das Verhalten der anderen Parteien, bevor sie sich auf ihre eigene kommunalpolitische Tradition besann und Forderungen der Parteibasis nach einer verstärkten kommunalpolitischen Arbeit der Partei

73 Stelling (wie Anm. 71), S. 919. Auch in Nellessen (wie Anm. 65), S. 394.
74 Leitsätze für die Vorbereitung der nächsten Kommunalwahlen. Aufgestellt vom Hauptvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei e. V. In: Archiv der Deutschen Volkspartei 5 (1924), S. 84.
75 Wiedergegeben bei Stelling (wie Anm. 71), S. 920.
76 Archiv der Deutschen Volkspartei 5 (1924), S. 82–84.
77 Deutscher Städtetag (Hrsg.): Verhandlungen des Sechsten Deutschen Städtetages am 25. und 26. September 1924 in Hannover. Berlin 1924, S. 47.
78 Stelling (wie Anm. 71), S. 923. Dieter Rebentisch: Programmatik und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. In: Die alte Stadt 12 (1985), S. 33–56, hier S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

umsetzte. Seit 1924 gab sie die kommunalpolitische Zeitschrift „Die Gemeinde“ heraus.[79] Den Titel „Kommunale Praxis“ griff sie für eine Schriftenreihe zu kommunalpolitischen Themen wieder auf.[80] Ebenfalls 1924 richtete die Parteileitung eine „Zentralstelle für Kommunalpolitik“ ein. Im Jahr darauf gründete sie zusätzlich einen kommunalpolitischen Beirat, der unter der Leitung von Max Fechner zwischen 1927 und 1929 vier Reichskonferenzen für Kommunalpolitik veranstaltete. 1927 wurde zudem ein Reichsausschuss für Kommunalpolitik eingerichtet.[81] 1928 veröffentlichte die SPD kommunalpolitische Richtlinien.[82]

Bis 1927 entstanden in nahezu allen Parteien kommunalpolitische Zentralstellen: Zusätzlich zu der bereits genannten Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei, dem kommunalpolitischen Reichsausschuss der DVP und der kommunalpolitischen Zentralstelle der SPD gab es auch eine Zentralstelle der kommunalpolitischen Vereinigung in der Kommunistischen Partei, eine Kommunalpolitische Vereinigung in der Deutschen Demokratischen Partei, einen Kommunalpolitischen Reichsausschuss der Deutschnationalen Volkspartei und eine Kommunalpolitische Vereinigung der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes für die Rheinprovinz.[83] Bei der Namensgebung ihrer kommunalpolitischen Organisationen folgten die Parteien – mit Ausnahme der SPD – offenbar dem Vorbild der Zentrumspartei. Carl Cremer, Mitglied des Zentralvorstands der DVP, empfahl die Zentrumspartei 1919 seiner eigenen Partei sogar offen als Vorbild.[84] Über die Arbeit dieser kommunalpolitischen Zentralstellen ist außer der Herausgabe eigener kommunalpolitischer Zeitschriften kaum etwas bekannt, sie stellen ein Forschungsdesiderat dar.

Neben den bereits erwähnten Zeitschriften der DVP, des Zentrums und der Sozialdemokratie sind hier die „Deutsche Selbstverwaltung“ der DNVP und

79 Stelling (wie Anm. 71), S. 923.

80 Zu einzelnen Heften der „Kommunalen Praxis“ siehe u. a. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1928, S. 215.

81 Rebentisch (wie Anm. 78), S. 36 f. Georg Fülberth: Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918-1933. Marburg 1984, S. 137. Stelling (wie Anm. 71), S. 923.

82 Abgedruckt in: Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1929, S. 396–403.

83 Siehe die Auflistung der Zentralstellen und entsprechender Ansprechpartner in: Akten betr. Mitgliederversammlungen (14. Mai 1927 in Godesberg). In: Landesarchiv (LA) NRW, Abteilung Rheinland, Standort Düsseldorf, RW 50-53, Nr. 2012.

84 Carl Cremer: Gemeindearbeit der deutschen Volkspartei. In: Dortmunder Zeitung, Nr. 245, 20.5.1919, S. 1: „Von dem Zentrum kann die Deutsche Volkspartei in organisatorischer Beziehung nur lernen.“ Cremer war seit 1919 Vorsitzender der westdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Demokratie und Selbstverwaltung“ der DDP zu nennen.[85] Mit diesen Zeitschriften, die nicht nur der parteiinternen Information dienten, reagierten die Parteien auf ein insgesamt während der Weimarer Republik steigendes Interesse der Öffentlichkeit und damit auch der Presse an kommunalpolitischen Themen. Dies ist unter anderem auf die gesteigerte Politisierung der kommunalen Ebene zurückzuführen, aber auch auf das veränderte Wahlrecht und die damit größere Partizipation der Bevölkerung.[86] Die erweiterte Zuständigkeit der Kommunen für Bereiche der Daseinsvorsorge, wie etwa die Lebensmittel- und Energieversorgung oder die Bereitstellung von Wohnraum sorgte zudem für ein unmittelbares Interesse an den Entscheidungen der Kommunalpolitik. Außerdem erleichterte die Öffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen nun die Berichterstattung der Presse.[87]
Das zunehmende Interesse veränderte auch die Ansprüche an die kommunale Berichterstattung der Presse. Um dem vermehrten Informationsbedarf gerecht zu werden, richteten die Zeitungen Kommunalteile und kommunale Beilagen ein. An den Beispielen der Kölnischen Zeitung und der Dortmunder Zeitung lässt sich die detaillierte Berichterstattung parteinaher Zeitungen über die Aktivitäten der Kommunalpolitischen Vereinigungen der DVP Rheinprovinz und Westfalen gut nachvollziehen.[88] Insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik waren die Parteien auf parteinahe oder parteieigene Zeitungen und Zeitschriften angewiesen, da man zwar „Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen“ kann.[89]

2.3 Kommunale Spitzenverbände

Ebenfalls zur Steigerung der Aufmerksamkeit für kommunalpolitische Themen trug die Arbeit der kommunalen Spitzenverbände, insbesondere des Deutschen Städtetags, bei. Um die zunehmenden Aufgaben bewältigen zu

85 Andreas Wirsching: Zwischen Leistungsexpansion und Finanzkrise. Kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In: Adolf M. Birke/Magnus Brechtken (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung. Local Self-Government. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich. München et al. 1996, S. 37–64, hier S. 40. Siehe auch die Ausführungen bei Stelling (wie Anm. 71), passim.
86 Albert Hensel: Kommunalrecht und Kommunalpolitik in Deutschland. Breslau 1928, S. 7 f. Frank Ahland: Mehr Freiheit genießen. Wittener Sozialdemokratie und kommunale Politik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Essen 2000, S. 47.
87 Ebd.
88 Siehe dazu auch Stephanie Günther: „Denn man kann Zeitungen ohne Politik, aber nicht Politik ohne Zeitungen machen.“ Die Bedeutung der Tageszeitung als Medium der Kommunalpolitik, dargestellt am Beispiel der Kölnischen Zeitung und der Deutschen Volkspartei in der Rheinprovinz. In: Geschichte im Westen 25 (2010), S. 35–58.
89 Hugo Böttger: Von der Parteipresse. In: Adolf Kempkes (Hrsg.): Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927, S. 316–321, hier S. 316.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

können, wurden allein zwischen 1927 und 1929/30 neun weitere Fachausschüsse im Deutschen Städtetag eingerichtet.[90] Die neu geschaffene Stelle des hauptamtlichen Präsidenten des Deutschen Städtetags wurde 1926 mit Oskar Mulert besetzt, der zuvor Leiter der Kommunalabteilung im preußischen Innenministerium gewesen war und über gute Kontakte in die Ministerien verfügte.[91] Durch seine Persönlichkeit und seine ausgeprägte Rednertätigkeit war er maßgeblich an der Schärfung des Profils des Städtetags und dessen verstärkter Wahrnehmung in der Öffentlichkeit beteiligt.[92]

Unter Mulert bemühte sich der Deutsche Städtetag verstärkt um die Einrichtung einer institutionellen Interessenvertretung beim Reich. Nach dem Vorbild kommunalpolitischer Ausschüsse und Kommunalabteilungen in den Ländern versuchte der Deutsche Städtetag die Einrichtung eines entsprechenden Ausschusses im Reichstag und einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern zu erreichen. Mit einer verfassungsmäßigen Vertretung sollte eine Berücksichtigung der gemeindlichen Interessen schon vor der Verabschiedung der Gesetze gewährleistet werden.[93] Nach langen Diskussionen wurde 1929 im Reichstag durch maßgebliche Initiative des Reichstagspräsidenten Paul Löbe ein nicht in der Geschäftsordnung verankerter „besonderer Ausschuß für kommunalpolitische Angelegenheiten" eingerichtet.[94] Zuvor hatte es von 1922 bis 1924 bereits eine informelle und interfraktionelle „Vereinigung kommunalpolitisch engagierter Reichstagsabgeordneter" gegeben.[95] Für die Einrichtung einer Kommunalabteilung beim Reichsministerium des Innern fand sich jedoch keine Mehrheit.[96] Die

90 Otto Ziebill: Geschichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deutsche Kommunalpolitik. Stuttgart 1955, S. 46 f u. 55.

91 Hans Lohmeyer: Die Weimarer Zeit. In: Hans Luther (Hrsg.): Im Dienst des Städtetages. Erinnerungen aus den Jahren 1913 bis 1923. Stuttgart 1959, S. 63–65, hier S. 64. Wolfgang Hofmann: Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes. Stuttgart 1996, S. 50 u. 54.

92 Ziebill (wie Anm. 90), S. 54. Gerhard Schulz: Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland vor 1933. Ideen, Institutionen und Interessen. In: Franz-Lieber-Hefte 3 (1959), S. 14–31, hier S. 20.

93 Ziebill (wie Anm. 90), S. 59.

94 Mitteilung des Reichstagspräsidenten Löbe über die Zustimmung des Ältestenrats. In: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 423, IV. Wahlperiode, 32. Sitzung vom 24. Januar 1929, S. 849 B. Paul Löbe (1875-1967), SPD, war von 1920-32 Reichstagspräsident.

95 Beckstein (wie Anm. 9), S. 386. Hofmann (wie Anm. 91), S. 85. Zu ihrer Gründung siehe: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 352, I. Wahlperiode, 154. Sitzung vom 19. Januar 1922, S. 5396A.

96 Jürgen Bertram: Staatspolitik und Kommunalpolitik. Stuttgart et al. 1967, S. 158.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1928/29 vom Reichsminister des Innern Carl Severing eigenmächtig eingesetzte, provisorische Kommunalabteilung bestand nur bis zu dessen Rücktritt 1930.[97]

3. Fazit

Die Kommunalpolitik gewann während der Weimarer Republik sowohl bei den Parteien als auch in der Öffentlichkeit an Bedeutung. Dazu beigetragen hat neben dem Einsatz der kommunalen Spitzenverbände und der Presse aber auch die zunehmend angespanntere finanzielle Lage der Kommunen, die es ihnen kaum noch möglich machte, ihren Aufgaben in der Daseinsvorsorge nachzukommen. Nahezu alle Parteien richteten kommunalpolitische Zentralstellen ein und gaben entsprechende Zeitschriften heraus. Während die Zentrumspartei so gut wie nahtlos an ihre bereits vor dem Ersten Weltkrieg geschaffenen kommunalpolitischen Strukturen anknüpfen konnte und diese vertiefte, benötigten die anderen Parteien etwas Zeit, um sich, wie im Falle der Sozialdemokratie, auf ihre kommunalpolitischen Wurzeln zu besinnen bzw., wie im Falle der DVP, eine kommunalpolitische Arbeit überhaupt erst aufzubauen.

Auch wenn sich die DVP auf die Fortsetzung der nationalliberalen Tradition berief, bedeutete die Weimarer Republik für sie dennoch einen Neubeginn. Einerseits erschwerten ihr die von der Nationalliberalen Partei übernommenen Vorstellungen der unpolitischen Kommunalpolitik den Start in die Weimarer Republik und verzögerten die gezielte Verstärkung der organisatorischen Strukturen auf der kommunalen Ebene. Diese vermeintlich liberale Tradition der unpolitischen Kommunalpolitik musste erst überwunden und die parteipolitische Realität akzeptiert werden. Andererseits konnten einzelne regionale Vereinigungen innerhalb der DVP wie etwa die Kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz von den bereits durch die Nationalliberalen initiierten organisatorischen Zusammenschlüssen profitieren und diese als Vorbild und Ausgangspunkt für die eigene Arbeit nutzen.

Die kommunalpolitische Betätigung der DVP ist geprägt von der hohen Eigenständigkeit der Wahlkreisverbände. Diese wurden selbst kommunalpolitisch aktiv, gründeten entsprechende Ausschüsse und Vereinigungen und erarbeiteten Richtlinien. Der Parteileitung bzw. dem von ihr eingesetzten kommunalpolitischen Reichsausschuss kam überwiegend nur noch eine koordinierende und zusammenfassende Funktion zu. Die Impulse für die

97 Hofmann (wie Anm. 91), S. 91. Carl Wilhelm Severing (1875-1952), SPD, war 1920-21, 1921-26 und 1930-32 Preußischer Minister des Innern und 1928-30 Reichsminister des Innern.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

volksparteiliche Kommunalpolitik, wenn man aufgrund der regionalen Eigenständigkeit überhaupt von einer einheitlichen Kommunalpolitik der Partei sprechen kann, kamen aus der Arbeit der Kommunalpolitischen Vereinigungen, vor allem der der Rheinprovinz. Sie trug mit ihren Godesberger Tagungen und den von ihr erarbeiteten Richtlinien zu einer parteipolitischen Profilierung der Kommunalpolitik der DVP bei.

Der Ausbau der organisatorischen Strukturen, die programmatische, parteipolitische Profilierung sowie die Vernetzung der Parteimitglieder im Bereich der Kommunalpolitik fanden nicht nur in der DVP, sondern in nahezu allen Parteien der Weimarer Republik statt. Für die Zeit der Weimarer Republik lässt sich insgesamt eine Verstärkung des kommunalpolitischen Engagements der Parteien, aber auch der kommunalen Spitzenverbände wie des Deutschen Städtetags sowie eine detailliertere Berichterstattung der Presse feststellen. Die Entwicklung in der Deutschen Volkspartei geschah also vor dem Hintergrund eines allgemein steigenden Interesses an Kommunalpolitik. Die Bedeutung der Kommunalpolitik für die Verankerung einer Partei in der Bevölkerung, die ausschlaggebend für die Wahlerfolge auch auf Reichsebene sein konnte, wurde zunehmend erkannt. Die Erkenntnis, „dass die Kommunalpolitik eine weit grössere Rolle spielt, als man vielfach angenommen hat“,[98] konnte sich in der Weimarer Republik und insbesondere in der Deutschen Volkspartei allerdings erst nach und nach durchsetzen.

98 Schreiben des DVP-Wahlkreisgeschäftsführers Krüger an die Ortsgruppen des Wahlkreises Düsseldorf-West und die Vorsitzenden der Ausschüsse nach den Kommunalwahlen am 17. November 1929. In: BArch, Abteilung Berlin, R 45 II/ 155.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Holger Löttel

Konrad Adenauer und Thomas Dehler – Neue Quellen zu ihrem politischen und persönlichen Verhältnis

Das Verhältnis zwischen Konrad Adenauer und Thomas Dehler zählt zu den großen Beziehungsdramen der Bonner Republik. Dehler, 1949 einer der jüngsten Minister im Kabinett, hatte den greisen Kanzler respektiert und bewundert, dessen Politik gegen Freund und Feind verteidigt, in seiner temperamentvollen Art aber auch so viel Flurschaden angerichtet, dass er 1953 nicht wieder in die Regierung berufen wurde. Mit Dehlers Wechsel an die Spitze der FDP-Bundestagsfraktion und der Übernahme des Parteivorsitzes kühlte sich das Verhältnis rasch ab. Enttäuschung schlug um in Erbitterung, Erbitterung in offene Feindschaft. Schon damals neigten Kommentatoren dazu, die menschlichen Zerwürfnisse als eigentliche Ursache der Regierungskrise von 1955/56 hervorzuheben,[1] und Dehler selbst hat solche Deutungen später noch gestützt, als er im Zusammenhang mit Adenauer von „verletzte[r] Liebe“[2] sprach.[3]

In welchem Ausmaß diese persönlichen Motive die Arbeitsbeziehungen belasteten, ob und wie sie sogar zum endgültigen Bruch der Koalition beigetragen haben, ist naturgemäß schwer zu bestimmen. Auch wenn die Korrespondenz Adenauers mit Dehler bisweilen einen überaus scharfen Tonfall aufweist, dokumentiert sie in erster Linie doch ihre sachliche Entfremdung, zeigt also, wie es ihnen zusehends schwerer fiel, sich über die Prämissen und Methoden der gemeinsamen Politik zu verständigen. Nun allerdings liegt eine neue, in ihrer Art einmalige Quelle vor, die den Konflikt noch einmal neu beleuchtet und insbesondere auch seine persönliche Dimension akzentuiert.

1 „Lange Jahre mochte er [Dehler] erwartet haben, der Kanzler stecke ihm zur Belohnung für treue Ritter- und Knappendienste eines Tages die blaue Blume, die er zeit seines Lebens gesucht, ins Knopfloch des höchst zivilen Bürgerrocks. Doch es kam, wie es kommen mußte: zuletzt reichte ihm der harte Altmeister eine schnöde Distel.“ Stefan Brant: Romantiker der Politik, in: Welt am Sonntag vom 4.12.1955.

2 Günter Gaus: Was bleibt, sind Fragen. Die klassischen Interviews. Berlin 2005, S. 107 (Interview vom 2.10.1963).

3 Den Forschungsstand zu den politischen wie persönlichen Beziehungen zwischen Adenauer und Dehler bilden Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967. Stuttgart 1991, S. 113 f., 249-264; Udo Wengst: Thomas Dehler 1897-1967. Eine Biographie. München 1997, S. 131-137.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Es handelt sich um die Tonbandaufzeichnungen dreier Koalitionsbesprechungen, die am 6., 7. und 13. Dezember 1955 im Kabinettssaal des Bonner Kanzleramts stattgefunden haben. Noch bis vor kurzem fielen die im Bundesarchiv Koblenz verwahrten Bänder[4] unter die Bestimmungen der Verschlusssachenanweisung (VSA) des Bundes und waren der wissenschaftlichen Benutzung daher nicht zugänglich. Demnächst werden sie jedoch im neuen Band der „Rhöndorfer Ausgabe" erscheinen, die im Auftrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus von den Adenauer-Experten Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz herausgegeben wird.[5]
Der folgende Beitrag beschreibt die Charakteristika der Tonbandprotokolle und umreißt ihren Wert für die künftige Forschung. Dafür ist erstens (I) der koalitionsinterne „Briefkrieg"[6] des Jahres 1955 nachzuzeichnen, der die Gespräche unmittelbar veranlasste und ihre Richtung bestimmte. Der zweite Teil (II) schildert dann den Ablauf der einzelnen Sitzungen selbst, wobei der umfangreiche Quellenkorpus – die Manuskriptfassung der Protokolle umfasst 200 Seiten – nur auf einige Grundtendenzen hin befragt werden kann. Somit gilt das Interesse der spezifischen Form der Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Dehler, ihren Gesprächsstrategien und den daraus ableitbaren politischen Absichten. Eine solche Betrachtungsweise bietet sich deshalb an, weil die Tonbänder einen viel unmittelbareren Eindruck von der Atmosphäre der Gespräche vermitteln, als man das von den übrigen Gremiensitzungen der Adenauer-Ära her kennt, für die nur schriftliche Überlieferungen vorliegen. Bei der wissenschaftlichen Erfassung stellen sich damit aber auch besondere Herausforderungen, die in einem abschließenden Kapitel über die gewählten Editionskriterien erörtert werden sollen (III).

I

Die Koalitionsbesprechungen, die das politische Tagesgespräch in Bonn bald beherrschen sollten, standen am Ende eines turbulenten Jahres, das die Vertrauensbasis zwischen Adenauer und Dehler endgültig zerstörte. Schon durch die Umstände des Ministersturzes von 1953 war das persönliche

4 Die Tonbänder sind Teil des Bestandes Bundeskanzleramt im Bundesarchiv Koblenz (BA), wo sie in digitalisierter Form abgehört werden können. Vgl. BA, B136 Ton-004743-035-041.

5 Vgl. Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. 18 Bde. Berlin 1983ff., Paderborn 2000ff. Unter dem Arbeitstitel „Adenauer und die FDP" versammelt das Editionsprojekt Dokumente zur Koalitionspolitik von 1949 bis 1963. Die hier vorgestellten Gespräche sind nur ein – allerdings zentraler – Teil des Quellenkorpus. Der Verfasser dieses Beitrags ist Bearbeiter des Bandes.

6 Der Ausdruck stammt von Dehler selbst. Vgl. Thomas Dehler: „Schluß mit dem Briefkrieg!", in: Süddeutsche Zeitung vom 3./4.12.1955.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verhältnis in Mitleidenschaft gezogen worden. Mit der Berufung des streitbaren Franken an die Spitze der FDP-Fraktion verband sich zudem ein deutliches Signal, das liberale Profil in der Koalition zu schärfen. Als Dehler am 28.10.1953 im Bundestag erklärte, er trete nun „zum erstenmal als völlig freier Mann", als „wirklich ‚Freier Demokrat'"[7] ans Podium, war das durchaus auch eine Warnung in Richtung der Regierungsbank.

Der endgültige Bruch mit Adenauer, so hat Dehler später selbst bekannt,[8] nahm seinen Anfang im Streit um das Saarstatut. Ende Februar 1955, bei der dritten Lesung der Pariser Verträge, ließ sich der Kanzler zu einer barschen Kritik an dem FDP-Abgeordneten Max Becker hinreißen,[9] auf die Dehler mit einer – in den Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone – „tolle[n] Rede" antwortete: „Als wenn er krank wäre."[10] Die harten, verletzenden Worte, die damals im Plenum fielen, hinterließen empfindliche Störungen in der weiteren Koalitionsarbeit. So verkündete Adenauer zunächst rundweg seine Absicht, den FDP-Chef nicht mehr zu vertraulichen Besprechungen hinzuzuziehen.[11] Dehler empfand das als „bewußte Kränkung" und wies den Kanzler auf die Notwendigkeit hin, „daß Sie alle schwebenden Fragen ohne Vorbehalt mit mir besprechen."[12] Obwohl die beiden Politiker in den folgenden Monaten noch mehrfach miteinander sprachen, und zwar sowohl im größeren Kreis als auch unter vier Augen,[13] war ihre Kommunikation doch offensichtlich gestört, was schon daraus hervorgeht, dass die außen- und deutschlandpolitischen Grundsatzkonflikte immer häufiger auf schriftlichem Wege ausgetragen wurden. Hierfür spielte sich im Laufe des Jahres 1955 eine Art typisches Grundmuster ein: Zuerst absolvierte Dehler einen öffentlichen Auftritt, in der Regel auf einem Parteitag oder

7 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953. Stenographische Berichte. Bd. 18. 4. Sitzung vom 28.10.1953, S. 51B-61D, hier S. 51B.

8 Vgl. Gaus: Interviews (wie Anm. 2), S. 106.

9 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953. Stenographische Berichte. Bd. 23. 70. Sitzung vom 25.2.1955, S. 3690B-3292C. Becker hatte zuvor gegen das Saarstatut gesprochen. Vgl. ebd., S. 3684D-3690A.

10 Heinrich Krone: Tagebücher. Erster Band: 1945-1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, 27.2.1955, S. 164. Zu der betreffenden Rede Dehlers vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 9), S. 3899C-3913A.

11 Vgl. sein Schreiben an Dehler vom 15.3.1955, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1953-1955. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1995, Nr. 221, S. 254-255.

12 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 17.3.1955, Archiv des Liberalismus Gummersbach (AdL), Nachlass (NL) Dehler, N1-2219.

13 Folgende Termine Adenauer-Dehler sind bis Dezember 1955 nachweisbar: vier Gespräche unter vier Augen (21.3., 23.6., 5.7. und 29.8.1955), zwei Gespräche in Anwesenheit weiterer FDP-Politiker (21.3. und 7.7.1955), drei Gespräche mit Vertretern der Koalitionsfraktionen (6.5., 26.5. und 27.5.1955) sowie zwei Sitzungen mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen (2.9. und 15.9.1955). Vgl. Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (StBKAH), 04.06 (Besucherlisten des Bundeskanzlers).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einer Wahlveranstaltung der FDP, bei dem kritische Worte über den Bundeskanzler und seine Politik fielen. Daraufhin von Adenauer schriftlich zur Rede gestellt, verwies er auf die irreführende Berichterstattung und gab an, von der Presse unvollständig oder falsch zitiert worden zu sein. Schließlich wurde der Vorgang zu den Akten gelegt, war damit allerdings keineswegs bereinigt, wie sich später in den Koalitionsbesprechungen zeigen sollte, als über den Wortlaut und die Auslegung von Reden gestritten wurde, die zum Teil mehrere Monate zurücklagen.

Es scheinen vor allem drei Dehler-Reden gewesen zu sein, die Adenauer zu der Ansicht gelangen ließen, eine Entscheidung im Koalitionskonflikt suchen zu müssen. Am 25.3.1955 sprach der FDP-Vorsitzende auf dem Bundesparteitag in Oldenburg folgenden Satz: „Es ist eine der großen Fehlentwicklungen, daß es nicht gelungen ist, eine gemeinsame deutsche Außenpolitik zu treiben. Da kann man Schumacher, da kann man die SPD anklagen – aber, meine Damen und Herren, verantwortlich dafür ist derjenige, der die Aufgabe hat, die Außenpolitik zu treiben." Adenauer, der über eine stenographische Mitschrift der Rede verfügte,[14] beschwerte sich bei Dehler über diesen „nicht qualifizierbar[en]" Vorwurf, den er als „Versuch" wertete, „mein Ansehen auf das schwerste zu schädigen".[15] Selbst das überraschend bedächtig formulierte Antwortschreiben, das mit „der Versicherung meiner Verehrung – das ist kein leeres Wort"[16] schloss, konnte ihn hiervon anscheinend nicht abbringen.[17]

Am 24. September 1955 hielt Dehler eine Rede auf dem Landesparteitag der niedersächsischen FDP in Uelzen, aus der die großen Tageszeitungen, aber auch der FDP-Pressedienst die Worte zitierten, es gäbe „keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge".[18] Adenauer zeigte sich äußerst alarmiert, da er jegliche Irritationen bei den westlichen Verbündeten, zumal vor der anstehenden Genfer Außenministerkonferenz, zu vermeiden wünschte. Da Außenminister Heinrich von Brentano gerade in New York weilte, um mit seinen Amtskollegen die Konferenzstrategie abzustimmen,

14 Der 30seitige Text ist überliefert in StBKAH 12.33. Zudem hatte der Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Werner von Lojewski, einen ausführlichen Bericht über den Parteitag angefertigt. Vgl. ebd.

15 Alle Zitate aus dem Schreiben Adenauers an Dehler vom 1.4.1955, in: Briefe 1953-1955 (wie Anm. 11), Nr. 227, S. 259 f.

16 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 7.4.1955, StBKAH 12.33.

17 In den späteren Konfrontationen hielt Adenauer an seiner Deutung der Oldenburger Rede unverändert fest. Vgl. Wortprotokoll der Koalitionsbesprechung vom 6.5.1955 im Bundeskanzleramt, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), NL Globke, 01-070, 002/02, sowie BA-Ton-004743-036, 36:54-40:50 (6.12.1955); B136-Ton-004743-041, 30:27-33:10 (13.12.1955).

18 Vgl. Die Welt vom 26.9.1955: „Dehler: Keine Einheit auf Grundlage der Pariser Verträge"; Freie Demokratische Korrespondenz vom 26.9.1955: „Dehler: ‚Keine Einheit auf der Grundlage der Pariser Verträge'".

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verlangte Adenauer von Dehler umgehend eine förmliche Billigung seiner Außenpolitik durch die FDP-Bundestagsfraktion,[19] die er – nach einigem Hin und Her – auch erhielt.[20] Obwohl Dehler dem Kanzler in der Sache Folge leistete, erkannte er dessen Interpretation, die Uelzener Rede hätte Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik geschürt, nicht an. Er ließ sogar vor Journalisten eine Tonbandaufnahme der Rede abspielen, um zu beweisen, dass der fragliche Satz nur die gesamtdeutsche Gültigkeit der Verträge problematisiert hätte („Es gibt keine deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge für Gesamtdeutschland"), demnach also unvollständig wiedergegeben worden sei.[21] Aber auch hiermit bewegte er sich fernab von der Linie des Bundeskanzlers, der ja schon in den Verhandlungen über den ursprünglichen Deutschlandvertrag für eine wechselseitige Bindungspflicht eingetreten war,[22] und es verwundert nicht, dass Adenauer später bemerkt hat, die Bandaufnahme sei „viel schlimmer als das, was in der Zeitung gestanden hat".[23]

Was die Koalitionskrise schließlich eskalieren ließ, war – unter anderem – die dritte der hier aufgeführten Reden, die Dehler am 19. November anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des FDP-Kreisverbandes in Mülheim an der Ruhr hielt. Seiner Enttäuschung über das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz Ausdruck verleihend, warf er der Bonner Beobachterdelegation vor, sich nicht ausreichend für Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage eingesetzt zu haben. Nun müsse über diese „Schicksalsfrage" der Deutschen mit den Sowjets direkt verhandelt werden, was allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg habe, „wenn man hinsichtlich der Pariser Verträge zu ‚gewissen Variationen' bereit sei, wie sie im Vertragswerk vorgesehen seien".[24]

Adenauer befand sich damals am Ende einer mehrwöchigen Krankheitsphase, die ihm Gelegenheit gegeben hatte, das Koalitionsverhältnis in der Abgeschiedenheit seines Wohnhauses einmal grundsätzlich zu durchdenken. Am 21. November, zwei Tage nach der Mülheimer Rede, beriet er sich abends in Rhöndorf mit Kanzleramtschef Hans Globke, Heinrich Krone und Heinrich von Brentano über das weitere Vorgehen.[25] Hierbei einigte man sich auf den

19 Vgl. sein Schreiben an Dehler vom 26.9.1955, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1955-57. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1998, Nr. 25, S. 63-64.

20 Die Fraktion fasste den gewünschten Beschluss am 28.9.1955. Vgl. AdL, NL Mischnick, A40-730; ferner das Schreiben Dehlers an Adenauer vom gleichen Tag, StBKAH III/116.

21 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29.9.1955: „Dehler stellt Uelzener Rede richtig"; Rheinische Post vom 29.9.1955: „Dehler läßt das Tonband sprechen".

22 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952. München 1986, S. 889 f.

23 BA, B136 Ton-004743-035, 01:03:33-01:03:35 (6.12.1955).

24 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.11.1955: „‚Variationen der Verträge'". Eine durch den FDP-Kreisverband Mülheim/Ruhr angefertigte Mitschrift dieser Rede hat sich erhalten in AdL, NL Dehler, N1-2681.

25 Vgl. Krone, Tagebücher (wie Anm. 10), 21./22.11.1955, S. 194.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entwurf eines Schreibens an Dehler als Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, das vordergründig dazu dienen sollte, die Streitfragen vor der außenpolitischen Parlamentsaussprache am 2. Dezember zu bereinigen. Dieser lange Brief enthielt im Kern zwei Fragen, von denen sich die erste auf die Haltung der FDP zur Außenpolitik der Bundesregierung und zu den Pariser Verträgen bezog, letztlich also eine Wiederholung der Beschlussforderung darstellte, die Adenauer schon nach der Uelzener Rede verlangt und erhalten hatte. Die zweite Frage war explosiveren Zuschnitts, lief sie doch auf eine Garantieerklärung hinaus, „bis zum Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode im Jahre 1957 so zur Koalition zu stehen und in wichtigen Fragen mit den anderen Koalitionspartnern gemeinsam vorzugehen, daß eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 ausgeschlossen wird." Abschließend stellte Adenauer den Fortbestand des Regierungsbündnisses offen zur Disposition: „Es ist besser für Deutschland, in die Bundestags-Diskussion [am 2.12.1955] mit einer verkleinerten, aber in sich geschlossenen Mehrheit hineinzugehen, als mit einer Koalition, die in Wirklichkeit keine Koalition mehr ist."[26]
Offenbar verfolgte er nun das Ziel, die Position Dehlers – der ja auch in seiner eigenen Partei stark polarisierte – weiter zu schwächen. An einer Deeskalation des Konflikts war er zu diesem Zeitpunkt nicht interessiert. So erhielt Heinrich von Brentano, der Dehler zusammen mit den FDP-Politikern Erich Mende und August Martin Euler am 24. November kurzfristig die Gelegenheit zum klärenden Gespräch eingeräumt hatte, vom Kanzler einen empfindlichen Tadel, da hierdurch der „Ausschlag dafür gegeben" worden sei, „daß eine Anzahl unsicherer Mitglieder der FDP nunmehr auf seine [Dehlers] Seite getreten sind und daß Herr Dehler, der mit seinem Rücktritt rechnete, nicht zurückgetreten [ist]."[27] Worauf Adenauer hier anspielte, war ein missglückter Versuch Eulers, einen Wechsel an der Spitze der Bundestagsfraktion herbeizuführen – das geplante Misstrauensvotum war in der Sitzung vom 29. November gar nicht erst zur Abstimmung gestellt worden.[28] Die Ursachen hierfür lagen allerdings nicht in der (relativ folgenlosen) Intervention des Bundesaußenministers, sondern im harten, ultimativen Tonfall des Kanzler-Schreibens vom 22. November, das die Liberalen als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten ablehnten. Vor diesem Hintergrund blieb den Gegnern Dehlers keine andere Möglichkeit, als die Stellung des Vorsitzenden vorerst zu stabilisieren. Mit einem einstimmigen

26 Alle Zitate: Schreiben Adenauers an Dehler vom 22.11.1955, in: Briefe 1955-1957 (wie Anm. 19), Nr. 57, S. 94-96, hier S. 95 f.
27 Schreiben Adenauers an von Brentano vom 6.12.1955, in: Ebd., Nr. 71, S. 106-107, hier S. 107.
28 Vgl. Vermerk „betr. Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP vom 29. November 1955", StBKAH 12.33.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fraktionsbeschluss[29] im Rücken teilte Dehler dem Bundeskanzler am 29. November mit, seine Forderung an die FDP berühre „die Grundsätze unserer Demokratie, der Verfassung und des Wesens einer Koalition. Die Fraktion der Freien Demokraten hält es nicht für angängig, diese Probleme in einem Briefwechsel zu erörtern, der in diesen Formen unter Koalitionspartnern nicht üblich ist. Ein Gespräch ist von meiner Fraktion bei Ihnen wiederholt angeregt worden. Sie wiederholt diese Anregung.“[30] Dem Wunsch nach einer mündlichen Aussprache, die ihm auch schon Bundespräsident Theodor Heuss nahegelegt hatte,[31] konnte sich Adenauer nun nicht mehr entziehen.

II

Die Koalitionsbesprechungen fanden über zwei Wochen verteilt statt, zunächst am Dienstag und Mittwoch, 6. und 7. Dezember, dann noch einmal am Dienstag, 13. Dezember 1955. Der Kreis, der im großen Kabinettssaal des Palais Schaumburg tagte, bestand aus den Spitzen der Koalitionsfraktionen, Kabinettsvertretern und Beamten des Kanzleramtes.[32] Während man in der ersten Sitzung fast dreieinhalb Stunden diskutierte, nahmen die darauffolgenden Termine nur noch knapp bzw. etwas mehr als zwei Stunden in Anspruch.

Als die Teilnehmer das erste Mal zusammentraten, saßen nicht nur Parlamentsstenographen bereit,[33] es waren auch Mikrophone installiert, um die Besprechung aufzuzeichnen. Adenauer begründete diese außerordentliche Maßnahme damit, dass „ich doch unsere heutige Zusammenkunft für so entscheidend wichtig halte, daß es richtig ist, wenn sie mitgeschrieben wird.“[34]

29 Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 29.11.1955, AdL, NL Mischnick, A40-30.

30 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 29.11.1955, StBKAH 12.33.

31 In einem Gespräch in Rhöndorf am 26.11.1955. Vgl. Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Konrad Adenauer. Theodor Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1997, Nr. 45, S. 186 f.

32 Für die CDU nahmen teil: Konrad Adenauer, Adolf Cillien, Heinrich Krone, Will Rasner; CSU: Werner Dollinger, Richard Jaeger, Franz Josef Strauß (am 13.12.1955), Richard Stücklen; FDP: Thomas Dehler, Martin Blank, August Martin Euler, Erich Mende, Hermann Schäfer, Ludwig Schneider; DP: Ernst-Christoph Brühler, Hans-Joachim von Merkatz, Herbert Schneider; Kanzleramt: Hans Globke, Hans Kilb.

33 Der Stenoblock ist zusammen mit den Durchschlägen der Sitzungsprotokolle vom 6. und 7.12.1955 im Nachlass Hans Globkes überliefert. Vgl. ACDP, NL Globke, 01-07-002/2. Ob die Protokolle anhand der Notizen und/oder der Tonbänder entstanden, ist nicht eindeutig feststellbar.

34 BA, B136 Ton-004743-035, 00:08-00:16 (6.12.1955).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wenn er auch vordergründig den Wunsch nach einer transparenten Vorgehensweise geltend machte,[35] dürfte die dahinterstehende Absicht aber doch darin bestanden haben, die Widersprüche in Dehlers Argumentation vor allen Koalitionspartnern offenzulegen. Von Beginn an führte Adenauer das Gespräch ausnehmend konfrontativ. In den ersten zwanzig Minuten entfaltete er eines jener außen- und innenpolitischen Krisenpanoramen, die er in Gremiensitzungen gern anführte, um den Gefolgschaftsdruck für seine Politik zu erhöhen. Dehlers Auftritte, die das „größte Mißtrauen“[36] des Auslandes hervorriefen, erschienen so als Gefährdung der außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik. Hierzu passt auch, dass er das gängige Bild von Dehler als Opfer seiner unkontrollierbaren Leidenschaften in Abrede stellte: „Sie sind ein sehr zielbewußter Politiker, und Sie haben eine sehr zielbewußte politische Linie, und diese Linie verfolgen Sie mit der größten Konsequenz, und diese Linie macht uns sehr schwere Sorgen.“[37]

Nach dieser Eröffnung erschöpfte sich die Sitzung vornehmlich im Streit um die Dehler-Reden der letzten Monate, unter anderem auch jene in Oldenburg, Uelzen und Mülheim an der Ruhr. Für die Wiedergabe der kontroversen Passagen konnte sich Adenauer auf eine Sammlung von Zeitungsartikeln, Agenturmeldungen und Pressediensten stützen, durch die er den Nachweis über eine systematische Obstruktion des FDP-Vorsitzenden führen wollte, eine „gewollte Unsicherheit“[38] seiner Äußerungen, die in der Summe auf die Abkehr von der bisherigen Koalition und eine Annäherung an die SPD hinausliefen. Mehrfach hob Adenauer hervor, den Konflikt unter rein sachlichen Gesichtspunkten zu betrachten: „Menschlich will ich Ihnen gar nichts, dem Politiker Dehler will ich viel.“[39] Dass aber auch bei ihm persönliche Betroffenheit eine Rolle spielte, konnte er nicht immer verbergen: „Sie leben von fortgesetzten Angriffen auf mich. Sie leben von fortgesetzten Angriffen auf meine Partei. […] Können wir uns das denn gefallen lassen auf die Dauer? Ich lasse es mir nicht gefallen. Und ich lasse [es] mir auch nicht gefallen, Herr Dehler, das sage ich Ihnen mit größtem Nachdruck, daß ich von dem Vorsitzenden einer Koalitionspartei ständig und überall angegriffen werde. Das sage ich Ihnen in aller Kraßheit, das mache ich nicht mehr mit […] – das versichere ich Ihnen, und soweit müssen Sie mich kennen, Herr Dehler – das mache ich nicht mehr mit!“[40]

35 In diesem Sinne sollte die Bandaufnahme zur Kontrolle der Mitschriften angefertigt werden. Zudem sicherte Adenauer den Teilnehmern der Sitzung ein Exemplar des Protokolls zu. Vgl. ebd., 00:17-00:25, 00:37-00:50.
36 Ebd., 23:56-23:57.
37 Ebd., 24:56-25:30.
38 Ebd., 56:06-56:08.
39 Ebd., 24:11-24:20.
40 Ebd., 56:55-58:10.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dehler, von dem aggressiven Gesprächsauftakt anscheinend überrascht, beschränkte sich zunächst darauf, die Seriosität der angeführten Belege anzuzweifeln („ein falscher Bericht, ein animoser, bösartiger Bericht"),[41] was ja auch seiner Haltung in den früheren Briefwechseln entsprach. Gelegenheiten, seine außen- und deutschlandpolitischen Auffassungen im Zusammenhang darzulegen, erhielt er kaum, da Adenauer kein Interesse daran besaß, hierüber eine Grundsatzdiskussion zu führen. Wo das Gespräch die Thematik der Pariser Verträge allerdings doch berührte, zeigt sich auf erhellende Art und Weise, wie sehr man sich vorrangig um die Bedeutung von Worten und ihre Außenwirkung stritt. Beide Parteien stimmten im Grundsatz überein, dass die Wiedervereinigung nur dann zu erreichen sei, wenn sie in eine gesamteuropäische Sicherheitskonstruktion eingebettet werden würde.[42] Der in Uelzen gesprochene Satz, man müsse die Verträge dergestalt variieren, „daß sie tolerabel werden für die Russen",[43] erschien Adenauer jedoch absolut untragbar,[44] obwohl Dehler noch mehrfach erklärte, er habe die Variation immer nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, nie als ihre Voraussetzung verstanden.[45] Welche Reaktionen diese Begriffe im Ausland auslösten, welcher Deutung sie eigentlich unterlagen, darüber konnten die beiden Politiker keine Einigkeit erzielen. Ihre Debatte hierüber war von einer geradezu bezeichnenden Sprachlosigkeit („Dehler: Sie dramatisieren, Herr Bundeskanzler! Adenauer: Nein, ich dramatisiere nicht!",[46] „Dehler: Ach, übertreiben Sie doch nicht so, Herr Bundeskanzler. […] Was ist denn das anders? […]. Das sagen Sie doch nur mit eigenen Worten!").[47]

In der zweiten Koalitionsrunde vom 7. Dezember war Dehler auf die Fortführung der Auseinandersetzung besser vorbereitet. Anders als am Vortag erhielt er dieses Mal die Gelegenheit für eine ausführliche Stellungnahme, in der er nicht nur die politischen Aspekte des Konflikts thematisierte, sondern auch dessen persönliche Dimension, die Adenauer ja strikt geleugnet hatte: „Ich muß schon sagen", so führte er aus, „ich war doch tief beeindruckt, Herr Bundeskanzler, von diesem Maß – – Maß des Grolls und der Ablehnung und der Vorurteile gegen mich […], daß man mir die persönliche Lauterkeit abspricht, daß man mir vorwirft, doppelzüngig zu sein, menschlich

41 Ebd., 51:48-51:50.
42 Vgl. ebd., 32:26-32:50.
43 Auszug aus der Uelzener Rede Dehlers vom 24.9.1955, StBKAH 12.33. Adenauer bezog sich hier übrigens auf die von Dehler richtiggestellte Fassung der Rede. Vgl. Anm. 21 und 23.
44 Vgl. BA, B136 Ton-004743-037, 30:42-30:45, 33:08-33:10 (6.12.1955).
45 Vgl. BA, B136 Ton-004743-035, 01:01:11-01:01:16 (6.12.1955); BA, B136-Ton-004743-038, 27:57-28:13 (7.12.1955); BA, B136-Ton-004743-040, 54:08-54:18 (13.12.1955).
46 BA, B136 Ton-004743-037, 30:49-30:51 (6.12.1955).
47 Ebd., 33:10-33:25.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nicht zuverlässig zu sein."[48] Ferner beschwerte er sich „über die Methode, über die Art, mit der Sie glauben, innerhalb einer Koalition operieren zu können. Also, das sind Methoden aus der Renaissance-Zeit, aber nicht Methoden, wie ich mir eine Demokratie vorstelle."[49]
Damit war die Tonlage für das weitere Gespräch vorgegeben. Dehler verlangte vom Bundeskanzler eine programmatische Aussage über die Deutschlandpolitik („Wie stellen Sie sich die Wiedervereinigung vor?"),[50] Adenauer wiederum lehnte es ab, „diese Frage hier zu beantworten."[51] Sachpolitisch hatte die Diskussion damit rasch erneut einen toten Punkt erreicht:

> Dehler: Ja, wenn wir darüber keine Einigung haben, dann wird es auch keinen Sinn haben – – wird keine Möglichkeit bestehen, daß wir uns verständigen. Das ist doch die Voraussetzung.
> Adenauer: Dann verständigen wir uns eben nicht.
> Dehler: Ja, bitte.[52]

Umso deutlicher trat dafür Adenauers Absicht hervor, Dehler gegenüber den anderen FDP-Vertretern zu isolieren. Schon am Tag zuvor hatte er in erster Linie Erich Mende angesprochen, um das Bekenntnis zur Fortführung der Koalition einzuholen.[53] Dieser bekräftigte nun den Willen zur politischen Kooperation, auch zur besseren Abstimmung mit der CDU/CSU-Fraktion (im Sinne der „materiellen Garantien"), zog aber eine klare Grenze zum Feld der Personalpolitik („personelle Garantien"), in die man sich jegliche Einmischung von außen verbat: „Das ist selbstverständlich keiner Partei zuzumuten, daß sie von einer anderen Partei oder einer Koalition sich personelle Garantien abverlangen läßt. Das würde das Ende der Selbstachtung dieser Partei und auch das Ende des Ansehens dieser Partei nach außen bedeuten."[54] Mendes Bemerkung, die Fraktion habe sich schon mehrfach in regulärer Wahl eine neue Führung gegeben,[55] konnte freilich als Hinweis auf die ungefestigte Stellung Dehlers verstanden werden, gerade im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen am 10. Januar 1956. Adenauer scheint das umgehend erkannt zu haben. Demonstrativ wies er jegliche Personalforderungen gegen die FDP von sich und sprach vom ureigensten Reservat einer Koalitionsfraktion, ihren Vorsitzenden selbst zu bestimmen („[Das] geht uns nichts

48 BA, B136 Ton-004743-038, 28:58-29:42 (7.12.1955).
49 Ebd., 38:08-38:23.
50 BA, B136 Ton-004743-039, 01:48-01:51 (7.12.1955).
51 Ebd., 02:12-02:14.
52 Ebd., 02:15-02:23.
53 Vgl. BA, B136 Ton-004743-038, 12:21-12:41 (6.12.1955).
54 BA, B136 Ton-004743-039, 19:17-19:36 (7.12.1955).
55 Vgl. ebd., 20:18-20:57.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

an“).[56] Zugleich erhielt er den Druck auf Dehler jedoch unvermindert aufrecht. Schließlich endete das Gespräch sogar im offenen Eklat, als der Kanzler aufstand und den Raum verließ, nicht ohne noch zurückzurufen, vor einer außenpolitischen Aussprache müsse „die Frage geklärt sein, ob wir noch eine Koalition sind oder nicht. Die Frage ist nicht geklärt.“[57]
Sie war auch immer noch nicht geklärt, als die Runde knapp eine Woche später, am 13. Dezember 1955, abermals zusammentrat. Dass von dieser dritten Besprechung kein Wortprotokoll existiert, ist bezeichnend, dokumentiert das Tonband doch eine vollständige und unumkehrbare Eskalation, an deren schriftlicher Übertragung man im Kanzleramt kein Interesse gehabt haben dürfte. Über das Wochenende hatte Dehler verschiedene Reden in Baden-Württemberg gehalten[58] und dabei auch auf die bisherigen Beratungen im Palais Schaumburg Bezug genommen. Die Zeitungsartikel, die zu Wochenbeginn hierüber vorlagen, zeichneten ein zwiespältiges Bild, berichteten einerseits über ein klares Koalitionsbekenntnis,[59] zitierten den FDP-Vorsitzenden aber andererseits mit den Worten, man wolle „der liberalen Partei den Würgegriff anlegen, um den Staat endgültig in eine sozialistische und eine christliche Partei aufzuteilen.“[60] Adenauer nahm die „Würgegriff-Rede“ zum Anlass, sein Eingeständnis hinsichtlich der personellen Garantien wieder zurückzunehmen („Ich bin anderer Meinung geworden“).[61] Somit lag die Forderung, die FDP müsse Dehler opfern, um die Koalition zu retten, offen auf dem Tisch. Als dieser daraufhin die Sitzung abbrechen wollte, hierfür aber bei Mende und Euler keine Unterstützung fand, entzündete sich folgender Wortwechsel:

> Dehler: […] Das ist eine Sache, die wiederum müssen wir ausstehen, daß sich meine Freunde von mir distanzieren. Ich bin froh, wenn ich sage: Ich habe meine Schuldigkeit getan. Soll es ein anderer tun – –
> Adenauer: Warum haben Sie dann nicht schon lange niedergelegt?
> Dehler: Das tue ich, wann ich will, Herr Bundeskanzler!
> Adenauer: Ja, wenn Sie froh sind – –
> Dehler: Bestimmt nicht, wann Sie wollen! Aus Verantwortung bin ich hier und sitze auch Ihnen gegenüber, nicht aus Lust, das sage ich Ihnen wahrlich! Großartig![62]

56 Ebd., 29:39-29:40.
57 BA, B136 Ton-004743-040, 00:44-00:52 (7.12.1955).
58 Am 9.12.1955 in Karlsruhe, am 10.12.1955 in Heidenheim und am 11.12.1955 in Leonberg. Eine Mitschrift der Leonberger Rede findet sich in AdL, NL Dehler, N1-2681.
59 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12.12.1955: „Dehler: Wir bleiben in der Koalition“.
60 Die Welt vom 12.12.1955: „Dehler für Ausschluß Schwennickes. Gegenangriff im Kampf um die Führung der Freien Demokraten“. Der Artikel ist überliefert in StBKAH 12.34.
61 BA, B136 Ton-004743-040, 59:36-59:38 (13.12.1955).
62 Ebd., 01:00:28-01:00:49.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Scheinbar fühlte sich Adenauer nun sicher genug, um vollends aus der Deckung zu treten. Überdeckt durch seinen Konflikt mit Dehler und den Richtungsstreit in der Außen- und Deutschlandpolitik, war nämlich der eigentliche Sprengstoff für die Koalition, die Frage der Wahlrechtsreform, bisher nur am Rande behandelt worden. Zwar hatte Erich Mende deutliche Warnungen in dieser Richtung ausgesprochen,[63] und der Kanzler wird sich auch bewusst gewesen sein, dass nicht wenige Stimmen in der FDP ihm die Absicht unterstellten, den parteipolitisch organisierten Liberalismus gänzlich zu zerschlagen. Möglicherweise hatte er aus der Besprechung vom 13. Dezember jedoch schlichtweg den Eindruck gewonnen, dies sei der richtige Zeitpunkt, den Druck auf die innerlich zerrissene Dehler-FDP weiter zu erhöhen. So wird auch besser verständlich, warum die CDU am Tag darauf im Wahlrechtssonderausschuss des Deutschen Bundestages ihren Entwurf für das „Grabenwahlsystem" einbrachte. Nur allzu rasch musste Adenauer erkennen, welch „kapitale[r] Fehler" mit dem „Vorzeigen dieses Folterinstruments"[64] begangen worden war. Seine hektischen Versuche, die Wahlrechtsfrage von den übrigen Problemfeldern der Koalition abzukoppeln,[65] schlugen fehl. Im Angesicht der Existenzbedrohung wurde Dehler noch einmal gerettet. Bei der Vorstandswahl am 10. Januar 1956 konnte er sich mit 27 zu 22 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten durchsetzen, den Unternehmer und liberalen Wirtschaftspolitiker Hans Wellhausen.[66] So bedurfte es schließlich eines Anstoßes über die Bande der Landespolitik, nämlich die Düsseldorfer „Jungtürkenrevolution" vom Februar 1956, um die Bonner Regierungskoalition endgültig zu spalten.

III

Die Überlieferungsgeschichte der Sitzungsprotokolle ist politisch nicht minder aufschlussreich wie der dramatische Ablauf der Gespräche selbst. Bereits am 15. Dezember 1955 meldete Dehler Anspruch auf eine Kopie der Tonbänder und ein Exemplar des Schriftprotokolls an,[67] was Adenauer unter anderem mit dem Hinweis verweigerte, dass „Protokoll und Tonband zur Dokumentation, nicht aber zur Veröffentlichung bestimmt sind."[68] Selbst die

63 Vgl. BA, B136 Ton-004743-038, 09:17-10:06 (6.12.1955).
64 Schwarz, Adenauer (wie Anm. 3), S. 257 f.
65 Vgl. das Schreiben Adenauers an die FDP-Bundestagsfraktion vom 10.1.1956, in: Briefe 1955-1957 (wie Anm. 19), Nr. 89, S. 122 f.
66 Vgl. das Kurzprotokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 10.1.1956, AdL, NL Mischnick, A40-730.
67 Vgl. das Schreiben Dehlers an Adenauer vom 15.12.1955, ACDP, NL Globke, 01-070-016/2.
68 Vgl. das Schreiben Adenauers an Dehler vom 23.12.1955, ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beharrlichkeit Dehlers, der auch vor einem Rechtsstreit nicht zurückschreckte,[69] führte nicht zum Erfolg. Erst nach seiner Aussöhnung mit Adenauer Mitte der 60er Jahre[70] wurde die Angelegenheit beigelegt.

Durchschläge der Wortprotokolle der ersten beiden Sitzungen vom 6. und 7. Dezember 1955 sind im Nachlass Hans Globkes abgeheftet worden,[71] wo sie die Forschung schon Anfang der 1990er Jahre vereinzelt rezipieren konnte.[72] Zugleich aber blieben ihre Originalausfertigungen und vor allem auch die Tonbänder selbst unter Verschluss. Erst durch die Herabstufung des Materials im Jahr 2011 ist es möglich geworden, alle drei Koalitionsbesprechungen für eine wissenschaftlich fundierte Publikation aufzubereiten. Den Editionskriterien der „Rhöndorfer Ausgabe" folgend, werden die Gespräche ungekürzt veröffentlicht und in der Tiefe kommentiert. Da sich Teile des „FDP-Dossiers" in Adenauers Nachlass erhalten haben,[73] lassen sich die Zeitungsartikel, Agenturmeldungen und Vermerke, die er in den Sitzungen verlas, größtenteils wörtlich nachweisen und als Zitat kennzeichnen. Zumindest von Adenauers Seite können die Besprechungen somit im Lichte des Materials gelesen werden, das ihnen zugrunde lag.

Für die „Rhöndorfer Ausgabe" wurden alle drei Koalitionsrunden direkt vom Tonband erfasst. Zwar sind die Schriftprotokolle der beiden Sitzungen vom 6. und 7. Dezember weitgehend wortgetreu angelegt worden und weisen auch keine signifikanten Lücken[74] oder inhaltlichen Verzerrungen auf. Gleichwohl enthalten sie stilistische Glättungen und Anpassungen, die ihrer seinerzeitigen Benutzbarkeit sicherlich sachdienlich waren, aus editionsspezifischer Perspektive aber bedenklich sind, weil sie die Erregungskurve der Gespräche an manchen Stellen doch merklich abflachen. Wer der Auffassung ist, dass die Bänder möglichst wortgetreu erfasst werden sollten, muss allerdings Kompromisse eingehen – würde man jede Stockung, jede sprachliche Unebenheit und jeden grammatikalischen Fehler einzeln erfassen, die auf den Bändern zu hören sind, wäre die Lesbarkeit des Textes nicht mehr gewährleistet. Die Bearbeitung trägt diesem Problem Rechnung, indem sie offensichtliche Fehler stillschweigend korrigiert, zugleich aber um die

69 Vgl. hierzu die Dokumente in BA, B136/4743.

70 Vgl. die Aufzeichnung Otto Schumacher-Hellmolds über das Gespräch Adenauers mit Dehler am 28.1.1966, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Die letzten Lebensjahre 1963-1967. Bd. 1: 1963-1965. Paderborn 2009, Nr. 192, S. 369-375.

71 Vgl. Anm. 33.

72 Vgl. Schwarz, Adenauer (wie Anm. 3), S. 255 f.

73 Vgl. StBKAH 12.32-12.35.

74 Diese Aussage bezieht sich auf bewusste inhaltliche Auslassungen. Insgesamt sind den Protokollanten immer wieder Satzteile oder auch ganze Passagen entgangen, die dementsprechend nicht im Wortprotokoll zu finden sind. Die für die Edition erstellten Tonbandtexte sind demnach um einiges umfangreicher als die zeitgenössisch angefertigten Schriftfassungen der Sitzungen vom 6. und 7.12.1955.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rekonstruktion des gesprochenen Wortes – sozusagen in seiner ungeschliffenen Form – bemüht ist. Sie möchte die häufigen Unterbrechungen ebenso veranschaulichen wie das bisweilen greifbare Ringen um die richtige Formulierung. Die exzellente Qualität der Aufnahmen, die nur durch Hintergrundgeräusche (Husten, Flüstern, etc.) sowie das häufige Durcheinanderreden beeinträchtigt wird, kommt diesem editorischen Ansatz entgegen. So gewinnen auch kleine Details, beispielsweise Versprecher, die in den Schriftprotokollen nicht auftauchen, eine aufschlussreiche Bedeutung:

> Adenauer: Sie werfen etwas völlig durcheinander. Und ich weiß nicht, ob Sie das absichtlich oder unabsichtlich tun.
> Dehler: Ich tue nichts absichtlich (lacht). Entschuldigung, ich – – ich werfe nichts absichtlich durcheinander.[75]

Hier musste Dehler sogar kurz über sich selbst lachen. Dieser „Gefühlsausbruch" wird ebenso vermerkt wie auch die vielfältigen Geräuscheindrücke insgesamt nicht unberücksichtigt bleiben (etwa die obligatorische „Unruhe" unter den Teilnehmern oder das – bei Adenauer immer wieder hörbare – Tischklopfen). Allerdings verleiht die Wiedergabe der Nebengeräusche dem Text auch eine gewisse atmosphärische Note und gibt somit schon eine Art von Interpretation vor, die nicht unproblematisch erscheint. Ihre Kenntlichmachung erfolgt daher nur, wenn sie deutlich über das akustische „Grundrauschen" der Bänder hinausgeht. Gleiches gilt für die Interpunktion, vor allem die Verwendung der Ausrufezeichen, durch die der Lautstärkepegel – und damit die Erregung – mancher Wortbeiträge hervorgehoben werden kann.
Selbst der faszinierenden Unmittelbarkeit der Audio-Quellen sind jedoch Grenzen gesetzt. Wie der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez einmal über seine journalistische Arbeit in den 50er Jahren bemerkt hat, sind Tonbandaufnahmen zwar als „Gedächtnisstütze nützlich, doch sollte man nie das Gesicht des Befragten außer Acht lassen, das sehr viel mehr als seine Stimme verraten kann und manchmal auch das Gegenteil."[76] Da sich Körpersprache und Mimik der Gesprächsteilnehmer tatsächlich nur erahnen lassen, gibt es Stellen, deren Deutung bis zu einem gewissen Grade offenbleiben muss. Ein Beispiel hierfür ist die – später so strittige – Klärung der Regularien am Beginn der ersten Sitzung vom 6. Dezember:

> Adenauer: Darf ich mir erst die Frage erlauben, ob Sie mit diesen Vorbereitungen – also Stenogramm, eventuell Bandaufnahme – einverstanden sind. Ja, sollen wir eine Bandaufnahme dabei – –
> Dehler: Nein, bitte.

75 BA, B136 Ton-004743-037, 28:37-28:49 (6.12.1955).
76 Gabriel García Márquez: Leben, um davon zu erzählen. Köln 2002, S. 589 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Adenauer: Ja, meine Herren, wir wollen die Sache – – ich nehme die Sache außerordentlich ernst.[77]

Die Passage liest sich so, als ob Dehler einen klaren Widerspruch artikuliert hätte, der von Adenauer schlichtweg übergangen worden wäre. Auch im Schriftprotokoll heißt es an dieser Stelle: „Dr. Dehler widerspricht."[78] Auf der Aufnahme hört man allerdings nur einen kaum vernehmbaren Zwischenruf, der ebenso gut als allenfalls müder Protest, vielleicht sogar als resignierende Zustimmung gedeutet werden kann. Erich Mende jedenfalls hielt in seinen Erinnerungen fest: „Zur allgemeinen Überraschung erbat Adenauer die Zustimmung, die Verhandlungen […] auch durch Tonbänder festzuhalten. Die Mikrophone waren am langen Tisch bereits installiert. Niemand widersprach – ein großer Fehler, wie sich später herausstellte."[79]
Welche Nuancen auch immer im Einzelnen noch interpretationsbedürftig bleiben mögen: Die Überlieferung der Tonbänder ist unzweifelhaft ein großer Gewinn für die Zeitgeschichtsforschung, weil sie einen einmaligen Einblick in Inhalte und Techniken der Koalitionspolitik auf dem Höhepunkt der Adenauerschen Kanzlerdemokratie ermöglicht.

77 BA, B136 Ton-004743-035, 00:50-01:13 (6.12.1955).
78 BA, B136/50413, S. 1.
79 Erich Mende: Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945-1961. Bergisch Gladbach 1986, S. 487.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

David Bordiehn

Die politische Biographie Manfred Gerlachs – Ansätze, Probleme und Potential der Funktionärs-Biographie im SED-Staat

"Offiziell war er in der DDR das, was man ein hohes Tier nannte".[1] So beginnt der Nachruf des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL auf den langjährigen LDPD-Vorsitzenden und letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR, Manfred Gerlach, und erzeugt damit beim Leser die Assoziation eines einflussreichen Politikers. Doch schon der Nachsatz scheint zu widersprechen: Der "Chef eines Abnickervereins" sei Manfred Gerlach gewesen. Andere Nachrufe lesen sich ähnlich, wenn man die urteilsfärbende politische Nähe bzw. Ferne des jeweiligen Autors zu Manfred Gerlach abzieht, und gemeinsam ist ihnen allen, dass der vermeintliche Widerspruch durch eine Periodisierung des Lebenslaufes aufgelöst wird. So lautet der vom SPIEGEL veröffentlichte Konsens schließlich: Nach Jahren der Anpassung habe es Manfred Gerlach doch noch "gedämmert", dass die Alleinherrschaft der SED "nicht die beste Staatsform" gewesen wäre, und so habe er schließlich für Reformen geworben. Allein also der Wandel der inneren Einstellung Manfred Gerlachs im Zusammenspiel mit dessen "einflussreicher" Position bewirkte demnach das Auftreten des ehemals loyalen Funktionärs als engagierter Reformer. Und kein Hinweis auf die Komplexität der Herrschaftsstrukturen des SED-Staates, keine Frage nach Brüchen oder Widersprüchlichkeiten im Lebenslauf trüben die Eingängigkeit des Narrativs.

Anscheinend lässt die Einschätzung seines politischen Werkes bis heute Schwierigkeiten und Zwiespältigkeit einer Bewertung erkennen, will sie sich nicht in Reduktionen und Parteilichkeit erschöpfen. Und das ist nicht von der Warte des Wissenschaftlers aus gesprochen, denn auch die öffentliche Debatte war hierin schon einmal weiter. Auf dem Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung kurz nach der Wende bemühte man unter anderem das Bild des verantwortungsbewusst "gratwandelnden Demokraten" zwischen Anpassung und Widerspruch,[2] und suchte somit das Verhalten mit Systemzwang zu begründen oder vielmehr zu entschuldigen. Andere hingegen

1 Nachruf auf Manfred Gerlach, In: DER SPIEGEL, 43/2011. Hiernach auch die folgenden Zitate.

2 Rainer Ortleb: Rede auf dem LDP(D) Parteitag 1990. Zit. in: Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991, S. 435 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ließen die Herrschaftsmechanismen ganz unberücksichtigt und bewerteten die Mitschuld des Funktionärs anhand seiner Nähe oder auch Ferne zu politischen Ideen, genauer, zum Liberalismus.[3] Trotz ihrer Berechtigung müssen beide Ansätze für sich allein stehend unbefriedigend bleiben, wenn man sich der "Verantwortung und Mitschuld" (Manfred Gerlach)[4] des Funktionärs nähern will. Hiermit ist ein zentrales Problem aufgetan, dem sich auch das Dissertationsprojekt einer politischen Biographie Manfred Gerlachs stellen muss.[5]

Im Folgenden sollen daher die bisherigen Forschungsansätze zur Beantwortung einer "Verantwortlichkeit" des Funktionärs Manfred Gerlach einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Es zeigt sich dabei, dass die politische Biographie, die einer solchen Fragestellung nachgeht, gleichzeitig Erkenntnispotential für aktuelle Forderungen der DDR-Forschung in sich birgt. So wurde u.a. in letzter Zeit für die Untersuchung der DDR ein moderner, avancierter politikgeschichtlicher Zugriff gefordert und in diesem Zusammenhang der Ansatz einer institutionsgeschichtlichen Biografieforschung als gewinnbringendes Forschungsfeld bezeichnet, da sie struktur- und biographiegeschichtliche Ansätze miteinander verbinde.[6] Konkret auf Manfred Gerlach bezogen hatte, in Anlehnung an die neuere Biographieforschung, zuvor schon Reiner Marcowitz für einen Perspektivwechsel plädiert, der dann nicht mehr den "prägenden Akteur" in den Mittelpunkt stellt, sondern den Funktionär als Brennspiegel begreift, um die ihn umgebenden Strukturen auszuleuchten.[7] Indem die Verflechtungen des Lebenslaufes mit seinem historischen Umfeld aufgedeckt werden, werde die Biographie damit zur Möglichkeit, der "Totalität des Wirklichen" (Hagen Schulze) nahezukommen.[8]

3 Ralf Altenhof: Was sie schon immer über den LDPD-Vositzenden Manfred Gerlach glauben wollten, doch nie zu wissen wagten! In: liberal 34 (1992), H.1, S. 123-126, hier S. 125.

4 Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991, S. 18 u. S. 450.

5 David Bordiehn: Manfred Gerlach. Eine politische Biographie. Laufendes Dissertationsprojekt betreut durch Prof. Uwe Puschner (Friedrich-Meinecke-Institut an der Freien Universität Berlin).

6 Marc-Dietrich Ohse: DDR-Geschichte in Forschung und Lehre. Bilanz und Perspektiven. Tagung in Berlin, 23./24. September 2010. In: DA 6/2010, S. 1091-1094, hier S. 1092; Reinhard Bispinck u.a.: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung. In: VfZ 4/2005, S. 547-570, hier S. 552.

7 Vgl. Reiner Marcowitz: Manfred Gerlach – ein „Liberaler im SED-Staat?“ Individuelles und Typisches seiner Biographie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 15 (2003), S. 243 – 263, hier S. 243ff.

8 Hagen Schulze: Die Biographie in der "Krise der Geschichtswissenschaft". In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 508-518, hier S. 516; Vgl. Marcowitz (wie Anm. 7), S. 246.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bereits 1955 hatte sich O. Pfefferkorn für das "SBZ-Archiv" mit Verantwortung und Einfluss des "Liberaldemokraten" Manfred Gerlach befasst.[9] Trennt man dessen Urteil – "Verrat!" – von der dem Zeitkontext einer scharfen Auseinandersetzung zwischen "fortschrittlichen" und "reaktionären" Kräften geschuldeten Polemik, so werden zu analysierende Felder, wie Position zu abstrakten politischen Ideen, personelle Vernetzung und Funktionen/Ämter, frühzeitig benannt.

Doch die weitere (westdeutsche) Auseinandersetzung mit dem Funktionär bedingten in der Folgezeit zwei Faktoren. Zum einen gewährte die beschränkte Quellenlage keinen Einblick in das Innere des Politikbetriebes der DDR und zum anderen ging die Forschung seit Ekkehart Krippendorffs Untersuchung zur frühen Phase der LDP(D) von einem "Ende des Parteilebens" spätestens seit 1952 aus,[10] was zur Folge hatte, dass zwar eine Geschichte der LDPD im Sinne einer Institutionsgeschichte geschrieben wurde – "Gefolgschaftsorganisation ohne eigenen politischen Willen" (Peter Joachim Lapp) -, historischen Vorgängen in der Partei aber keine Beachtung beigemessen wurde (und konnte), und der Funktionär Manfred Gerlach daher weitestgehend unbeleuchtet blieb.[11]

Mit der veränderten Quellenlage nach der Wende konnte Gerhard Papke für die Enquete-Kommission des Bundestags "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" Handlungsspielräume des Funktionärs mit dessen Persönlichkeit verweben und bescheinigte Manfred Gerlach einen "kontrollierte[r]<n>, systemimmanente[r]<n> Nonkonformismus".[12] Dies wird durch damalige SED-Einschätzungen bestätigt, so stellte die SED beispielsweise kurz nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker Ende 1971 fest: "Dr. Gerlach ist politisch zuverlässig und vertritt überall konsequent die Politik von Partei und Regierung. Er vertritt in Aussprachen mit uns offen seine Meinung und läßt sich nach eingehender Diskussion mit uns von der Richtigkeit der Beschlüsse des ZK überzeugen."[13] Was Ulf Sommer für die LDPD-Mitglieder in den fünfziger Jahren feststellte ("Überschneidungen zwischen Widerspruch und Anpassung, d.h. das Neben- und Miteinander von Konformität und Nonkonformität stellten nicht die Ausnahme,

9 O. Pfefferkorn: Manfred Gerlach. Generalsekretär der LDP. In: SBZ-Archiv Nr. 14 v. 20. Juli 1955, S. 219.

10 Ekkehart Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945 / 48. Entstehung, Struktur, Politik. Düsseldorf 1961.

11 Vgl. Peter Joachim Lapp: Die „befreundeten Parteien" der SED. DDR-Blockparteien heute. Köln 1988, S. 168ff.

12 Vgl. Gerhard Papke: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die LDPD. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2399-2436, hier S. 2409.

13 "Einschätzung der Mitglieder des Sekretariats des Zentralvorstandes der LDPD", Abt. Befr. Organis., Berlin, 10.9.1971. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/15/342.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sondern eher die Regel dar und vereinten sich nicht selten in einer Person"),[14] scheint sich also ebenfalls bei Manfred Gerlach nach dem "Ende des Parteilebens" konserviert zu haben. Er war aber nicht nur ein frühes und langes Mitglied der Partei, sondern schon vor seiner Zeit als Parteivorsitzender bereits Mitte der 50er Jahre Generalsekretär und somit im "faktischen Leitungsorgan" (Jürgen Frölich) der Partei gewesen.[15] Das Sekretariat hatte, nach der von Manfred Gerlach maßgeblich beeinflußten Neuorganisation 1954,[16] die Aufgabe, die Beschlüsse der Parteiführung umzusetzen und zu kontrollieren. Es trug die Verantwortung für die Arbeit des hauptamtlichen Parteiapparates, den es verantwortlich leitete und kontrollierte. Im Zusammenhang mit der vorherrschenden Meinung, dass die Parteiführung nach der Ausschaltung der LDPD als eigenständige politische Kraft völlig auf SED-Kurs gelegen habe und damit fast immer ohne Widerspruch den Vorgaben des Politbüros und dessen Apparates gefolgt sei, erhält der fast beiläufige Hinweis Jürgen Frölichs auf eine "äußere" Gleichschaltung nun seine notwendige Beachtung und fordert zur differenzierten Analyse des "Innen" auf.[17]

Die Persönlichkeit des Funktionärs in Verbindung zu den Strukturen des Herrschaftssystems zu setzen, verfolgte für Manfred Gerlach am konsequentesten Ulf Sommer. Bei diesem wurde der Aufstieg Gerlachs in den frühen fünfziger Jahren nicht nur über eine funktionale Pflichterfüllung und Position im Machtgefüge durch jeweils besetzte Ämter erklärt, sondern zu einem guten Teil auf Persönlichkeitszüge Manfred Gerlachs zurückgeführt. Dies ermöglicht eine Erklärung von Handlungsspielräumen jenseits eines rein funktionalen Systemverständnisses: Gerlach habe, aufgrund seines Charakters, anders als seine Kollegen, Aufträge der SED nicht "devot" entgegen genommen, sondern diese "mit eigenem Enthusiasmus" angereichert.[18]

Auf zwei Gefahren der Verzerrung muss dabei hingewiesen werden. Durch die Herausstellung der charakterbegründeten Einflußnahme des Akteurs kann die Einflußnahme und Steuerungsgewalt der SED in den Hintergrund geraten und aus einer stufenweisen Machtübertragung an den jungen

14 Ulf Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED. Münster 1996, S. 285; Vgl. Siegfried Suckut: Die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung der Blockparteien. In: Deutscher Bundestag (Hg.) (wie Anm. 13), Bd. II/1, S. 282-290, hier S. 283.

15 Jürgen Frölich: Die LDPD 1945-1990. Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: Walter Scheel, Otto Graf Lambsdorff (Hg.): Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Gerlingen 1998, S. 125-140, hier S. 129.

16 Exemplarisch: ADL, LDPD, L4-39, Bl. 3-71, Protokoll, Sitzung des Zentralvorstandes der LDPD, 17.5.1954; Sommer (wie Anm. 14), S. 189ff.

17 Jürgen Frölich: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Berlin 2002, S. 311-342, hier S. 318.

18 Sommer (wie Anm. 14), S. 189ff. u. S. 193.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Funktionär leicht das Bild einer Machtergreifung werden ("Great Man Theory").[19] Wenn man zweitens vom intendierten Handeln ausgeht und einer allzu schlüssigen Chronologie folgt, verleitet dies dazu, der "biographischen Illusion" zu erliegen, das Leben also "als kohärente Erzählung einer signifikanten und auf etwas zulaufenden Folge von Ereignissen" zu betrachten.[20] Notwendig ist es daher, auf die "richtige Balance" zwischen personalen und strukturellen Elementen zu achten, wie es Wolfram Pyta anmahnte.[21]

In diesem Kontext wird die Wirkmächtigkeit einer "generationsspezifischen Prägung" auf den Lebenslauf, die die Grundlage der vielzitierten Funktionärsbiographie nach Lutz Niethammer[22] ist und die Manfred Gerlach von älteren Parteimitgliedern in Bezug auf liberale und vor allem parlamentarisch-demokratische Traditionen und dem damit verbundenen Politikverständnis unterscheiden soll, von Reiner Marcowitz hinter die der "persönlichen Prägung" zurückgewiesen, deren stärkere Berücksichtigung er damit fordert. Eine fruchtbare Verbindung beider Prägungen sieht er aber darin, vom Individuellen ausgehend das Repräsentative herauszuarbeiten, das also, was das Einzelschicksal im "weiteren Werdegang mit einer ganzen Gruppe von Menschen verbindet", und nicht etwa das Repräsentative zum Ausgang der Betrachtung zu machen. Denn abstrahiert gelten für den Funktionär nach Marcowitz drei hierarchisierte, handlungsleitende Ebenen: Von geringerem Einfluss die Ebene der generationsspezifischen Prägung, darüber die der persönlichen Prägung und schließlich die Ebene der übergeordneten strukturellen Determinierungen, worunter u.a. Herrschaftsmechanismen verstanden werden.[23]

Für Manfred Gerlach ergäbe sich daraus die Annahme einer größeren Heteronomie als bisher angenommen und damit ein geringerer "Einfluss" durch die besondere Betonung der Eingebundenheit in Herrschaftsstrukturen. Dies führt zur nicht unwesentlichen Nuance, weniger den "Liberaldemokraten" im SED-Staat zu sehen als vielmehr den "Funktionär" in "liberaler Färbung".

So ist in diesem Zusammenhang nach dem "Liberalismus" der Liberaldemokraten zu fragen. Auf der einen Seite war dieser profilgebend und damit mitgliederbindend. Auf der anderen Seite konnte ein liberaler Freiheitsbegriff schon von der Idee her kein politisches Gestaltungsprinzip sein, da er zwangsläufig systemzerstörend gewirkt hätte. "Liberal" war demnach nicht Prämisse einer Politik, sondern nützliche Wortsymbolik der Parteispitze bei

19 Vgl. ebd., S. 189ff.
20 Pierre Bourdieu: Praktische Vernunft. Frankfurt am Main 1998, S. 77.
21 Wolfram Pyta: Geschichtswissenschaft. In: Christian Klein (Hg.): Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien. Stuttgart 2009, S. 331-338, hier S. 333.
22 Lutz Niethammer: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 95-115, hier S. 107 f.
23 Marcowitz (wie Anm. 7), S. 244.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Erfüllung ihrer zugedachten Rolle als Blockpartei. Denn eine allzu unverschleierte Übernahme marxistischer Argumentationslinien hätte die Verweigerungshaltung der Parteibasis verstärkt. Und so weist Gerhard Papke daran anschließend auf den zu berücksichtigenden Unterschied zwischen "Schauspiel" und politischer Prämisse hin: Wenn überhaupt, so wäre eine Anknüpfung an liberales Gedankengut nur eine vordergründige weltanschauliche Abgrenzung zur SED gewesen.[24] Daraus folgernd muss gefragt werden, wie dieser Begriff gedeutet und eingesetzt worden ist. Ein Prozess, auf den Manfred Gerlach maßgeblichen Einfluss hatte. War Manfred Gerlach schlicht "Pragmatiker" oder gab es einen zu klärenden ideologischen Rückhalt? So agierte er z.B. "taktisch klug" und empfahl sich der SED für eine frühe Förderung durch Ablehnung bürgerlich-demokratischer Vorstellungen, aber: Liberales Gedankengut habe er dabei nicht ablegen müssen, da er es – anders als ältere Parteimitglieder – nie verinnerlicht gehabt habe.[25] Einen weiteren Hinweis gibt hier Jürgen Frölich: Auf dem Politikfeld der "Mittelstandspolitik" habe es eine Entwicklung gegeben, von der Heranführung der Mittelständler an den Sozialismus hin zur, bei aller Vorsicht, Vertretung von Mittelstandsinteressen.[26] Dabei stelle sich die Frage, ob diese Entwicklung auf eine Strategieänderung der Parteiführung oder auf Druck aus der Mitgliederschaft zurückzuführen sei, doch hierbei wurde ein Akteur übersehen: die SED selbst. Um überspitzt zu fragen: Ist diese Entwicklung nun ein Ergebnis "liberaler" Politik, sei es auf Wunsch der Basis oder Parteispitze, oder ist dies Folge einer geänderten SED-Strategie? So kommen die Experten der SED in den 1980er Jahren zur Forderung nach "Eigeninitiative und Risikobereitschaft" und leistungsdifferenzierterem Einkommen.[27] Solche Strategien, die von der SED stammen und von Manfred Gerlach in seiner Funktion als Parteivorsitzender einer Blockpartei im Demokratischen Zentralismus umgesetzt werden mussten, können gewisserweise als "liberal" angesehen werden und bezeugen dennoch keinen "liberalen" Parteivorsitzenden. So darf auch hier das Ergebnis nicht das Augenmerk von der Richtung des politischen Prozesses ablenken, dessen Analyse über die Funktionärsbiographie erfolgen kann.

Eine Periodisierung des Lebenslaufs orientiert an einem "inneren Sinneswandel" des Manfred Gerlachs, wie sie die Nachrufe zur Klärung verwenden und wie eine Biographie im ersten Moment vielleicht nahelegen möchte, vermag für solche Zusammenhänge nicht nur unzureichend Erklärungen zu bieten, sondern muss bei Detailbetrachtungen sogar scheitern, denn die

24 Papke (wie Anm. 12), S. 2405ff.
25 Sommer (wie Anm. 14), S. 189.
26 Frölich, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 17), S. 335.
27 Suckut, Bedeutung der Blockparteien (wie Anm. 14), S. 284; Vgl. Papke (wie Anm. 12), S. 2407.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Quellen zwingen zur Annahme eines s t e t e n inneren Widerspruchs des Funktionärs zwischen Loyalität und Distanz. Das von außen wahrnehmbare – und im Laufe der Zeit unterschiedliche – Auftreten Manfred Gerlachs muss demnach eine andere Ursache haben, und so muss gefragt werden, inwieweit dies dem Charakter des "Liberaldemokraten" zugeschrieben, also auf eine gewisse Autonomie geschlossen werden kann oder inwieweit die Art des Auftretens auf die Pflichterfüllung des in die Herrschaftsstrategie der SED eingebundenen Funktionärs zurückzuführen ist, und somit als Indiz für eine stärkere Heteronomie gelten muss.

Das von außen beobachtbare Verhalten, so die hier vertretene These, sagt mehr über die Herrschaftsphase und -strategie der führenden Partei aus als über den Funktionär. So hat schon Siegfried Suckut empfohlen, für die Blockparteien deutlicher die jeweilige Phase der SED-Herrschaft zu berücksichtigen, und es liegt nahe, dies auch auf den Funktionär zu übetragen.[28] So schienen in Zeiten des Optimismus die Bündnispartner verzichtbar, in Zeiten aber "machtpolitischer Verunsicherung hätten die Blockparteien ihre Position festigen" können.[29] Es wäre demnach zu prüfen, ob Manfred Gerlach ein Gespür für diese Zusammenhänge entwickelte und dementsprechend politischen Einfluss nahm. Denn es könnte selbst in Zeiten des politischen Konfliktes, also vermeintlichen Beweises für "liberaldemokratisches" Aufbegehren, ein seitens der SED inszeniertes Demokratie-Schauspiel angenommen werden, "um die Integrationskraft der LDPD als Bestandteil des von ihr kontrollieren Machtsystems zeitweise zu erhöhen und in ihrem Sinne zu nutzen."[30] Dabei ist auch das grundsätzliche Interesse der SED an einem eigenen Profil der Blockpartei nicht zu vernachlässigen. Dieses ließ es zu, dass sich der Blockparteivorsitzende nicht nur vom von der SED zugeteilten "gesellschaftspolitischen Auftrag" leiten lassen musste, sondern auch vom "Eigeninteresse der Partei".[31] Demnach muss geprüft werden, ob der Hinweis für die Wendezeit, Gerlach habe mit seiner Kritik systemstabiliserend wirken wollen und nicht systemüberwindend, auch für frühere Phasen Gültigkeit hat.[32] Dies führt zur Prüfung der verschiedentlich vorgebrachten, bisher unbelegten These, die Kritik Manfred Gerlachs an manchen Zuständen in der DDR wäre von der SED in ihrem Herrschaftssystem im Rahmen einer "Ventilfunktion" bereits einkalkuliert gewesen und hätte sozialintegrative und damit systemstabilisierende Wirkung gehabt. Während Ulf Sommer dies allgemein für die ganze LDPD stark annahm, vermutete Reiner Marcowitz

28 Suckut, Bedeutung der Blockparteien (wie Anm. 14), S. 283.
29 Ebd.
30 Papke (wie Anm. 12), S. 2408.
31 Suckut, Bedeutung der Blockparteien (wie Anm. 14), S. 287.
32 Ebd., S. 287.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

einen speziellen Anteil Manfred Gerlachs.[33] Wenn also der sichtbare Teil des Politischen mehrdeutige Interpretationen zu Handlungsspielräumen zulässt, kommt auch hier der Analyse der Prozessrichtung besondere Aufmersamkeit zu.[34]

Ulf Sommer weist zudem auf eine weitere Interpretationsmöglichkeit hin. Nach ihm bestünde Verwechslungsgefahr, wenn zwischen politischer Opposition und system- oder auch parteiimmanentem Konkurrenzkampf unterschieden werden müsse. "Bei der gegenseitigen Rivalität der Akteure geht es um Statuserhalt, Prestigegewinn, öffentlichen oder innerparteilichen Einfluss und um alternative Handlungsstrategien, wobei in allen Fällen weitgehende Übereinstimmung in den grundsätzlichen Zielen der politischen Führung herrscht und an der Legitimität des Regierungssystems nicht gezweifelt wird."[35]

Überhaupt kann eine auf Konflikte orientierte Forschung den Funktionär nicht in allen der verschiedenen Phasen der SED-Herrschaft greifen, was sich dann in "Weißen Flecken" äußert. Exemplarisch aufgezeigt werden kann dies im Ansatz, "äußerlichen Besonderheiten, die die LDPD unter den Blockparteien zwischen 1953 und 1980 auszeichnete", nachzuspüren.[36] Trotz dessen anzunehmender Präsenz aufgrund seiner parteipolitischen Exponiertheit bleibt Manfred Gerlach durch die gewählten Fragestellung bezeichnenderweise farblos. Nur am Rande finden sich Hinweise auf parteiinterne Prozesse und konkrete Verstrickung mit der SED, denen die Fragestellung aber nicht nachgehen kann. Dadurch bleiben "Fehlentscheidungen" Gerlachs während der Wende, sein Zögern etc. mit dem gewählten Fokus auf dessen "neue Öffentlichkeitsarbeit" und dessen öffentlich wirksamen Rekurs auf liberale Werte unerklärlich. Schließlich musste auf zukünftige Forschung verwiesen werden: "Wie sich die Wandlung Manfred Gerlachs […] vom loyalen SED-Verbündeten zum Vorkämpfer einer partiell sich emanzipierenden LDPD im Einzelnen vollzogen hat, ist noch nicht nachvollziehbar, insbesondere liegen ihre tiefen Ursachen nach wie vor im Dunkeln."[37] In diesen Zeiten "eintönig anmutender Kontinuität" oder auch "langer Agonie" (beides Jürgen Frölich) aber, so die These, lassen sich gerade die subtilen Herrschaftsmechanismen der Diktatur studieren, denn dort gelang es der SED oder vielmehr dem Funktionär Gerlach offensichtlich, das Potential des stetig vorhandenen Unmutes der Mitgliederschaft innerhalb der LDPD erfolgreich zu absorbieren. Dort zeigt sich die besondere funktionale Tüchtigkeit des Funktionärs und lässt sich seine Mitverantwortung bewerten.

33 Sommer (wie Anm. 14), S. 23; Marcowitz (wie Anm. 7), S. 258.
34 Vgl. Papke (wie Anm. 12), S. 2409.
35 Sommer (wie Anm. 14), S. 23.
36 Frölich, Die LDPD 1945-1990 (wie Anm. 15), S. 133 f.
37 Ebd., S. 133.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Außerdem kann dieses bisher unberücksichtigte Potential der Gerlach-Biographie einen Beitrag leisten, das Paradoxon von "Stabilität und Revolution in der DDR" (Sigrid Meuschel)[38] aufzulösen, denn um zu klären, was die DDR in ihrer "konstitutiven Widersprüchlichkeit" (Detlef Pollack)[39] zusammenhielte, müsse man sich Anpassung und Distanz, Loyalität und "Eigensinn" in ihrem Alltagsverhältnis nähern.[40] Eine konfliktorientierte Forschung kann die "eintönige" Kontinuität nicht aufbrechen und überzeichnet den Funktionär bis zur Widersprüchlichkeit durch die der Fragestellung geschuldeten Selektion exemplarischer Handlungen.

Was hier für den Funktionär Manfred Gerlach und die LDPD-Geschichte aufgezeigt wird, gilt für die DDR-Forschung im Allgemeinen: Die Zeit nach der "Diktaturdurchsetzung" (Mike Schmeitzner)[41] könne auf diese Weise nicht begriffen werden, merkte Andreas Malycha auf der 2010 stattgefundenen Tagung "DDR-Geschichte in Forschung und Lehre. Bilanz und Perspektiven." an und wies auf den Nutzen eines neuen Ansatzes für SED und Blockparteien hin.[42] Dementsprechend wurde in den letzten Jahren Abstand von Modellen linearer und totalitärer Herrschaft genommen, da diese ein zu einfaches Bild diktatorischer Herrschaft vermitteln und im Widerspruch zu den vorgefundenen komplexen Verhältnisse stehe.[43] Jenseits von Konflikten muss den "leisen Tönen" der Diktatur nachgespürt werden, um ein differenziertes Bild des Funktionärs in seiner Mitverantwortung zu erhalten.

Die Alltäglichkeit von Anpassung und Distanz zeigt sich dabei nicht nur in der Persönlichkeit Manfred Gerlachs, dem manchmal selbst nicht überzeugten Überzeuger,[44] sondern ebenfalls in seiner Funktion. Als Blockparteivorsitzender hatte er die vermittelnde Position zwischen den klaren Vorgaben der führenden Partei und der eigenen Parteibasis von "krypto-liberalen"[45] Mitgliedern, die aus verschiedenen, individuellen Interessen eingetreten waren[46] und eine gewisse Hoffnung auf eine demokratische Mitbestimmung im politischen System der DDR hegten, wobei sie einige zentrale Punkte der SED-Politik, wie die Unterordnung der Blockpartei unter die SED, die Planwirtschaft und die Orientierung der SED am Vorbild der Sowjetunion vor

38 Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. Frankfurt a. M. 1992.
39 Detlef Pollack: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998) 1, S. 110-131.
40 Ralph Jessen: Alles schon erforscht? Beobachtungen zur zeithistorischen DDR-Forschung der letzten 20 Jahre. In: DA 6/2010, S. 1052-1064, hier S. 1057.
41 Mike Schmeitzner, Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln 2002.
42 Siehe Tagungsbericht: Ohse (wie Anm. 6), S. 1091.
43 Bispinck u.a. (wie Anm. 6), S. 568.
44 Suckut, Bedeutung der Blockparteien (wie Anm. 14), S. 285.
45 Frölich, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 17), S. 339.
46 Ebd., S. 328.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Glasnost und Pereistroika ablehnten.[47] Auf den resultierenden "Graben zwischen Basis und Führung"[48] ist in der Forschung zur genüge hingewiesen worden.

Auf der einen Seite meldeten die Parteien "eine reine Erfolgsgeschichte" bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, andererseits geben die Archive berechtigten Anlass zur Annahme, dass der politisch-erzieherische Einfluss der Blockparteien auf die ihnen zugewiesenen Zielgruppen eher gering war. Und am schwersten von den Blockparteivorsitzenden hatte es wohl Manfred Gerlach, denn er musste diejenigen überzeugen, die vom Aufbau des Sozialismus am stärksten gefährdet waren: die Selbstständigen – "ein nahezu aussichtsloses Unterfangen."[49] Denn "Parteiführer gerieten in Nöte, wenn sie die Unterstützung der leninistischen Staatspolitik mit dem weltanschaulichen Charakter ihrer Partei argumentativ in Einklang bringen sollten."[50] Hier zeigt sich Fähigkeit und Mitverantwortung des Funktionärs. Denn während die formal zugdachte Aufgabe des Blockparteivorsitzenden und des Parteiapparates, also die ihm zugewiesenen Schichten an den Sozialismus heranzuführen, hinlänglich bekannt ist,[51] so ist die "Funktionsweise" des Funktionärs zwischen diesen zwei Mahlsteinen, SED und LDPD-Parteibasis, bisher unbeantwortet. Die zu bewältigende Herausforderung des Blockparteivorsitzenden ist der Grat zwischen Loyalität und Distanz: Öffentlicher Widerspruch gegenüber der SED durch den Vorsitzenden sorgte für Zustimmung und damit Stabilität der LDPD, aber auch zum Zustrom von "zu vielen" oder "falschen" Mitgliedern. Zu hohe SED-Loyalität sorgte dagegen für eine Abflachung des vorgesehenen Parteiprofils und Unmut bei der Basis und dadurch für Parteiaustritte und Unruhe. Beides war gegen die Intention der SED.

Zu dieser Schwierigkeit kam ein verschleiertes Lenkungssystem der SED, das, wenigsten seit Mitte der 70er Jahre auf die Außenwirkung der DDR bedacht, den Anschein eines allzuoffensichtlichen "Durchregierens" vermeiden wollte und daher möglichst auf offensichtliche Repression verzichtete. Kritische Stimmen konnten nun nicht mehr offen repressiv "mundtot" gemacht werden, gleichfalls aber verbot sich für die Parteileitung weiterhin die Duldung innerparteilichen Widerspruchs.

Um sich der Mitverantwortung des Funktionärs zu nähern, wird daher vorgeschlagen, gerade die alltäglichen politischen Prozesse während der "Weißen

47 Siegfried Suckut, Die LDP(D) in der DDR. Eine zeitgeschichtliche Skizze. In: APuZ B 16-17 vom 12.4.1996, S. 31-38, hier S. 35.

48 Frölich, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 17), S. 339.

49 Suckut, Bedeutung der Blockparteien (wie Anm. 14), S. 285.

50 Ebd.

51 Formuliert seitens der LDPD, z.B.: Dokument des 8. Parteitages der LDPD, 1960. Zit. nach: Frölich, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (wie Anm. 17), S. 334; Seitens der SED, z.B.: "Arbeitsplan der Arbeitsgruppe Befreundete Organisatonen für das 1. Halbjahr 1969", 3.2.1969. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/15/6.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Flecken" der Parteigeschichte zu berücksichtigen und über die Erkenntnis, die LDPD habe ab einem gewissen Zeitpunkt keine liberale Politik mehr vertreten und auch nicht mehr dem Typus der parlamentarisch-demokratischen Interessensverterterin entsprochen, hinauszugehen und gerade dort eine Untersuchung anzusetzen, die bewusst Prozesse jenseits von "Widerstand" ins Blickfeld nimmt. Nach derzeitig gewonnenem Kenntnisstand ist ein "Endes des Parteilebens" äußerst fraglich und muss zumindest in seiner graduellen Ausprägung neu hinterfragt werden. Ganz abgesehen davon, dass bei Annahme eines solchen Endes der festgestellte "stärker diskursive Arbeitsstil in der LDPD-Parteiführung" und die damit einhergehende "kontroverse innerparteiliche Auseinandersetzung" ungeklärt bleiben müssten.[52]
Dass eine auf "Widerstand" orientierte Fragestellung in Bezug auf den Funktionär Gerlach auf enge Grenzen stößt, auch wenn der Begriff sehr weit gefasst wird, kann exemplarisch am für die Enquete-Kommission vorgelegten zweiten Beitrag Siegfried Suckuts gezeigt werden. Einer begründeten Notwendigkeit folgend erweitert er den Begriff auf "Verhaltensweisen, […] die Unzufriedenheit mit dem Bestehen zum Audruck brachten und – explizit oder implizit – auf Veränderung zielten".[53] Dann konnten für die Parteibasis Erkenntnisse zu "Widerspruch und abweichendem Verhalten in der LDPD" erarbeitet werden. Bei der Operationalisierung in Bezug auf Manfred Gerlach aber bleibt er ungeklärt: So kann er mit dem erweiterten Begriff zwar einen Widerspruch aus der Mitgliedschaft der LDPD zum Umgang der SED mit den Vorgängen 1968 in der CSSR ausmachen. Der Funktionär Gerlach aber mit seiner von der SED ihm zugedachten Rolle – Neutralisierung von Widerspruch, möglichst (Um-)Erziehung der Mitglieder – bleibt unbeleuchtet.
Um einen weiter gefassten Widerstandsbegriff differenzierter zu kategorisieren, entwickelte Ulf Sommer für seine Analyse und Darstellung der Geschichte der LDPD ein eigenes Modell, mit welchem er "ausschließlich herrschaftsrelevante Aspekte" berücksichtigen wollte.[54] Anwendbarkeit und Erkentnisgewinn der vierstufigen Skala für den von Ulf Sommer berücksichtigten Zeitraum der LDPD bis zum Mauerbau legen eine Übernahme für die Funktionärsbiographie über diesen Zeitraum hinweg nahe. Doch kann sie den Funktionär Manfred Gerlach im Ganzen beschreiben? Da sie per Definition einen grundsätzlichen Dissens zwischen Herrschendem und Beherrschtem voraussetzt, bleibt sie bei von Konsens motivierten Handlungen in ihrer Urteilskraft unbrauchbar, es bleiben für diesen Fall nur undifferenzierte Zuschreibungen wie "loyal" oder "linientreu". Ulf Sommer entgeht dieser

52 Siegfried Suckut: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDP(D). In: Deutscher Bundestag (Hg.) (wie Anm. 12). Bd. VII/2, S. 1492 – 1653, hier S. 1509.
53 Ebd., S. 1495.
54 Sommer (wie Anm. 14), S. 21ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Umstand nicht, wenn er feststellt, dass der Verstrickung des einzelnen mit dem Regime eine hohe Bedeutung zukommt, die umso größer wird, je mehr sich das System stabilisiere und die Bevölkerung sich mit diesem arrangiere.[55] Doch kann er hier keine Differenzierung mehr vornehmen, da er dem Nullpunkt seiner Skala – an dem weder Konsens noch Dissens des Beherrschten gegenüber dem Herrschenden feststellbar wären – immer näher kommt. So bleibt für ihn nur festzustellen, dass schon die Tolerierung des Systems für dessen Erhalt mitverantwortlich sei. Für die graduelle Unterscheidung von "Mitverantwortung" unterschiedlicher Ausprägung jenseits von "Toleranz" und "Linientreue", also von Tätern, Mitläufern und den dazwischenliegenden, denkbaren Schattierungen, ist die Skala nicht anwendbar. Für Manfred Gerlach heißt dies konkret: Zwischen dem enthusiastischen Funktionär in der Phase des Aufstiegs, dem oftmals widerwillig, aber letztlich folgsamen Blockparteivorsitzenden, und dem reformverlangenden Manfred Gerlach, der letzten Endes durch zunächst unerklärliches Zögern schließlich jeglichen Kredit bei der Bevölkerung einbüßt, kann nicht unterschieden werden. Und der Kontrast ist bei diesen drei gewählten Beispielen noch anschaulich hoch, wie sollten die Zwischentöne beschrieben und aufgelöst werden? Überspitzt: "Welcher" Gerlach beteiligt sich an der Verstaatlichung der letzten Privatbetriebe 1972, von "welchem" Gerlach ist bei der Rücknahme des umstrittenen Manuskriptes 1979 zu sprechen? Manfred Gerlach scheint ein Paradebeispiel für Max Weber zu sein, wenn dieser zur "Fügsamkeit" feststellt: "Ein bestimmtes Minimum an Gehorchen w o l l e n, also I n t e r e s s e (äußerem oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis."[56] Eine Kategorisierung, deren Skala sich auf die graduelle Stufung von "Dissens" beschränkt, kann hier nicht erschöpfend sein. Aber mit einer von Ulf Sommer ausgehenden Erweiterung könnte gleichsam eine Schneise geschlagen werden in den komplexeren Herrschaftsszusammenhang, wie er jenseits einer "Bipolarität von Gehorsam-Widerstand" (Alf Lüdtke)[57] angedeutet wird.[58]

Etwa zur gleichen Zeit als Reiner Marcowitz mit seinen genannten Überlegungen zur biographischen Skizze die "Gerlach-Forschung" zur Umorientierung aufrief, tat dies Jürgen Kocka mit der gesamten DDR-Forschung.[59] Die darauf erfolgten Erwiderungen boten eine Vielzahl thematischer und methodischer Ansätze, die das Angebot machen, sich wie die Programmatik einer

55 Ebd., S. 23.
56 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1985, S. 122.
57 Alf Lüdtke: Einleitung: Herrschaft als Soziale Praxis. In: Ders.: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien. Göttingen 1991, S. 9-63, hier S. 49.
58 Vgl. Bispinck u.a. (wie Anm. 6), S. 552.
59 Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag. In: Deutschland Archiv 36 /2003, S. 764–769.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

modernen Funktionärsbiographie lesen zu lassen. So wird grundsätzlich ein stärker politikgeschichtlicher Ansatz gefordert und damit einhergehend die Erweiterung des Sets der Akteure, um "die bisher weitgehend unterbelichtete Rolle der Apparate und Verwaltung im Verhältnis zur SED-Führung, aber auch gegensätzliche Interessen gesellschaftlicher Gruppen oder die Politik begrenzende Funktionen von Traditionsbeständen" notwendig auszuleuchten.[60] Auf die Parallele zur Gerlach-Biographie muss kaum hingewiesen werden. Mit ihr würden desweiteren z.B. per se undifferenzierte Kollektivsinguläre – wie "die LDPD" oder "Parteiführung" – aufgebrochen werden und somit ein Blick in interne Strukturen von politischer Herrschaft möglich.[61] Auch widmet sich die Gerlach-Biographie immanent dem Problem des nicht mehr zu haltenden Bildes eines monolithischen Herrschaftssystems.[62] Sie hilft somit, die Funktionsmechanismen des politischen Systems der DDR – "Strukturbedingungen politischen Handelns" – und ihre Veränderungen zu erklären.[63]

Die vielfältigen Forschungsansätze nach der Frage von Verantwortung und "Mitschuld" des Funktionärs für 40 Jahre sozialistischer Diktatur können mit der politikwissenschaftlichen Methode der Analyse des Dreiecks von Institution, Prozessen und Politikfeldern zusammengeführt werden. Dabei bedient die Funktionärsbiographie die Forderung der Politikwissenschaft, dieses Dreieck um den Faktor "Politiker" zu erweitern.[64] Durch die dadurch erweiterte Kontextualisierung der Handlungen Manfred Gerlachs im Rahmen der Herrschaftsstruktur liegt mithin nicht nur der Schlüssel zum Verständnis seiner Person, sondern wie gezeigt auch das Potential, qua Konkretion anhand der Biographie die abstrakten Herrschaftsmechanismen Konturen annehmen zu lassen. In Ergänzung zur Politikwissenschaft, bei der ebenfalls Handlungsspielräume und Rollenzwänge der Führungspersönlichkeit im politischen System dargestellt werden können, bleibt aber die Innensicht des Individuums bei einer Funktionärsbiographie nicht im Hintergrund.[65] Die Biographie Manfred Gerlachs dient dann gleichsam als "Sonde, die man in den SED-Staat hineinhalten und die uns interessante Aufschlüsse über den politischen Betrieb der DDR und dessen Personal sowie deren strukturelle Veränderungen vermitteln kann."[66]

60 Bispinck u.a. (wie Anm. 6), S. 569.
61 Ebd., S. 569.
62 Ebd., S. 552.
63 Ebd., S. 551 f.
64 Alexander Gallus: Politikwissenschaft (und Zeitgeschichte), In: Christian Klein (Hg.) (wie Anm. 21), hier S. 382.
65 Ebd., S. 385.
66 Marcowitz (wie Anm. 7), S. 263.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dem "Boom der Geschichte des unangepassten, oppositionellen und widerständigen Handelns"[67] folgend, konnte die bisherige LDPD-/Manfred Gerlach-Forschung mit ihrer vor allem auf Konflikte und Widerstand konzentrierten Fragestellungen zwar in besonderen Abschnitten der Geschichte zu differenzierten Erkenntnissen kommen, musste aber gleichfalls aus dieser Fragestellung immanenten Gründen für andere Zeitabschnitte im besten Fall "eintönige Kontinuität", im äußersten Fall "Weiße Flecken" konstatieren. Bei dem bisher dabei für den politikwissenschaftlichen Faktor "Politiker" genutzten Beschreibungsmodell zeigt sich ebenfalls die Unzulänglichkeit einer einseitig auf "Widerstand" orientierten Skala. Denn diese führt teils zu einem "Verschwinden" des Funktionärs in Phasen der SED-Herrschaft, die weder durch offene Repression, noch Konfliktreichtum gekennzeichnet sind, teils führte sie zur Verzerrung Manfred Gerlachs. Der durch die Fragestellung und die durch sie bedingte Selektivität von Handlungsbeispielen entstandene hohe Kontrast zwischen dem Funktionär in verschiedenen Phasen der SED-Herrschaft führte zur Feststellung vermeintlicher "Widersprüchlichkeit", die aber mit der bisher dafür angebotenen Hilfskonstruktion eines "inneren Wandels" nur unzureichend erklärbar ist.

Es wird daher vorgeschlagen, das bisher genutzte, auf "Widerstand" orientierte Kategorisierungsmodell um ein entgegengesetztes, graduell-gestuftes Modell von "Fügsamkeit" zu erweitern, um den verschiedenen Facetten des Funktionärs gerecht zu werden. Nicht nur findet dies seine Verortung in aktuellen Forderungen der DDR-Forschung, sondern erst dann kann sich einem gewogenen Urteil zur "Mitverantwortung" des Funktionärs weiter genähert werden.

67 Jessen (wie Anm. 40), S. 1057.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Forum

Barthold C. Witte

Liberale unter Hitler und danach – Eine historische Skizze mit persönlichen Erinnerungen

1. Ende und Neuanfang liberaler Politik

Als im besetzten, befreiten Deutschland sogleich nach dem Ende des schlimmsten aller Kriege die Freie Demokratische – oder auch Liberaldemokratische – Partei gegründet wurde, waren sie fast alle dabei: die führenden Politiker der einstigen Deutschen Demokratischen, späteren Staatspartei. Einige ihrer ehemaligen Abgeordneten aus Reichstag und Landtagen orientierten sich freilich anderswohin. Ernst Lemmer zum Beispiel machte bei den Christdemokraten Karriere bis zum Bundesminister, der Abgeordnete Greve bei den Sozialdemokraten, für die er lange im Bundestag saß. Gertrud Bäumer trat zunächst der bayerischen CSU bei, schied aber, enttäuscht, bald ganz aus der Politik aus. Andere, vor allem Liberale jüdischer Herkunft, blieben in der Emigration, so August Weber in England und die Nachkommen des 1944 verstorbenen Erich Koch-Weser in Brasilien. Von den Wenigen, welche nach 1945 aus der Emigration zurück kehrten, erreichte keiner eine Spitzenposition, Hans-Albert Kluthe, der aus politischen, nicht aus rassischen Gründen das Land verlassen hatte, immerhin den langjährigen Vorsitz der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen.[1] Auch die FDP, jedenfalls die der ersten zehn Jahre, hatte, wie daran zu sehen ist, ihren Anteil an der damals verbreiteten Zurücksetzung, ja Ablehnung der Emigranten.
Die Zahl der liberalen Emigranten ab 1933 war nicht gering; ihre Geschichte ist noch zu schreiben. Der weitaus größere Teil der führenden Staatsparteiler war indessen ab 1933 trotz allem im Lande geblieben und nahm nun, im und gleich nach dem Jahr Null deutscher Demokratie, seine politische Tätigkeit wieder auf, jetzt zumeist in den sich neu bildenden liberalen Parteien der

1 Zu Kluthes politischem Wirken im Exil vgl. Gerlinde Runge, Linksliberale Emigranten in Großbritannien, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/1989, S. 57-83.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Länder und Besatzungszonen. Dabei stellte sich sehr bald heraus, dass sie ihr Netzwerk der gegenseitigen Verbindungen fast unbeschädigt über die zwölf Jahre der NS-Diktatur hatten retten können, und dass sie es nun bei der Gründung der FDP nach Kräften nutzbar machten. Ein Beispiel: Von den sechs liberalen Mitgliedern des Bonner Parlamentarischen Rats kamen fünf aus der DDP/Staatspartei: Thomas Dehler, Theodor Heuss, Hermann Höpker-Aschoff, Hans Reif, Hermann Schäfer. Nur Max Becker vertrat dort die nationalliberale Tradition der Deutschen Volkspartei Stresemanns. Auch in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, übernahmen zunächst oft linke Altliberale die Führung, voran als Vorsitzender der LDP der frühere Reichsminister Wilhelm Külz, der 1948 starb, rechtzeitig vor der Unterwerfung der LDP unter das Diktat der SED. Auch dort gab es „Abweichler", zum Beispiel Otto Nuschke, der zur Ost-CDU ging und später zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR avancierte.

In den westlichen Landesverbänden, die sich im Dezember 1948 zu Heppenheim an der Bergstraße als Freie Demokratische Partei formierten, dominierten ebenso die Linksliberalen, freilich mit Ausnahme der starken Verbände in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Es waren denn auch diese drei Landesorganisationen, die wenige Jahre später die Partei zur nationalen Sammlung der Rechten umzuformen gedachten – womit sie am Widerstand der ehemaligen DDPler, von Hermann Schäfer in Hamburg bis zu Reinhold Maier in Württemberg, sowie von großen Teilen der damals jungen Generation scheiterten. Der 1950 gegründete Liberale Studentenbund Deutschlands, dessen Vorstand ich etliche Zeit angehörte, entstand unter kräftiger Mithilfe der älteren Linksliberalen aus eben diesem Grund. Dass die heutige FDP seit nunmehr fast sechzig Jahren als die liberale Partei in der Bundesrepublik Deutschland gilt, verdankt sie also jenen Linksliberalen, denselben, die bis heute wegen ihres Scheiterns in den letzten Jahren der Weimarer Republik viel Spott und Häme auf sich zogen.

Nicht nur Spott und Häme, sondern heftige, zudem begründete Kritik mussten die fünf, Anfang März 1933 bei der letzten freien Reichstagswahl gewählten Staatspartei-Abgeordneten – Hermann Dietrich, Theodor Heuss, Heinrich Landahl, Ernst Lemmer, Reinhold Maier – seither immer wieder über sich ergehen lassen, weil sie am 23. März 1933 dem von der Hitler-Regierung vorgelegten Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung gegeben hatten. Sie waren freilich mit ihrer Fehleinschätzung der Nationalsozialisten, wie sie überaus deutlich in der im Jahr zuvor erschienenen Schrift von Theodor Heuss, „Hitlers Weg", nachzulesen ist, nicht allein. Die ganze „nationale Rechte" nicht nur, sondern auch das katholische Zentrum glaubte damals, man könne die im Regieren unerfahrenen Nazis einhegen und zähmen. Verbreitet, selbst unter Sozialdemokraten, war auch der Irrglaube, die Hitler-Leute würden sich nur kurz, vielleicht zwei oder drei Jahre, an der Macht

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

halten können, zumal da das Ermächtigungsgesetz auf vier Jahre befristet war.
Das ist keine Entschuldigung für eine unentschuldbare Fehlleistung. Doch die Debatte um die berechtigte Frage, wie sich die damals im Lande gebliebenen Liberalen überhaupt zu Hitler und seinem Terrorregime verhalten haben, wurde lange von ihrem kapitalen Irrtum am Beginn des „Dritten Reichs“ überschattet. Dies umso mehr, als damit für viele die Geschichte des deutschen Liberalismus schmählich endete; als eine Tragödie hat Friedrich Sell sie darum schon bald nach dem Ende der Hitler-Ära beschrieben.[2] Zwar erschienen schon in den fünfziger und sechziger Jahren biographische und autobiographische Schriften von und über damals Beteiligte, die auch andere Akzente setzten, etwa über Hermann Dietrich, dessen Leben und Wirken Adelheid von Saldern 1966 beschrieb.[3] Doch ist es kennzeichnend, dass Theodor Heuss seine eigenen Erinnerungen, die er 1963 veröffentlichte, nur bis zum Epochenjahr 1933 zu Papier brachte.[4] Was die ehemals und immer noch Liberalen im Hitler-Reich taten, was sie bewegte, was sie unterließen, blieb lange ein weithin tabuisiertes Thema.

2. Anpassung und Widerstand der Liberalen

Nachdem in den achtziger Jahren eine von dem Widerstandsforscher und Pädagogen Horst Sassin konzipierte Ausstellung der Friedrich-Naumann-Stiftung erstmals Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler zwischen 1933 und 1945 thematisiert hatte, öffnete sich, zwei Generationen nach den Ereignissen, endlich der Raum für über das Nur-Biographische ausgreifende Interpretationen. Horst Sassin publizierte 1993 eine erste umfassende Darstellung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe, eines illegalen Zusammenschlusses, der seither mit guten Gründen neben dem „Bosch-Kreis“ als wichtigster Kristallisationspunkt von widerständigen NS-Gegnern aus dem politischen Liberalismus während des „Dritten Reichs“ gilt; damit kam das bis dahin geübte, erstaunliche Schweigen fast aller Publikationen zum deutschen Widerstand über den beachtlichen liberalen Anteil an dessen Wirken zu seinem längst fälligen Ende.[5] Sechs Jahre später folgte der

2 Friedrich C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953, 2. Aufl. Baden-Baden 1981.
3 Adelheid von Saldern: Hermann Dietrich, ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard 1966.
4 Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963.
5 Horst Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942, Hamburg 1993.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bonner Historiker Joachim Scholtyseck nach mit einer umfassenden Untersuchung des Wirkens von Robert Bosch, der anderen zentralen Figur des liberalen Widerstands gegen das NS-Regime, und des „Bosch-Kreises“.[6] Vor zwei Jahren schließlich erschien in der Yale University Press eine überaus detaillierte Untersuchung des Verhaltens der Liberalen, die im Lande verblieben waren, am Beispiel einiger ihrer Führungsfiguren: „Living with Hitler“ aus der Feder von Eric Kurlander.[7] Dieser hatte schon zuvor, 2006, eine Untersuchung über den Niedergang des deutschen Liberalismus wegen seiner Haltung zur „völkischen“ und Rassenfrage unter dem Titel. „The Price of Exclusion“ publiziert,[8] war also als kenntnisreicher Fachmann ausgewiesen. Beide Bücher liegen bisher leider nur in englischer Sprache vor; sie auch auf Deutsch herauszugeben, wäre eine gute Verlegertat.

Das Bild, das in diesen Publikationen von den Liberalen im Hitler-Reich gezeichnet wird, erscheint zunächst verwirrend vielfältig. Das Spektrum reicht von aktiven Widerständlern bis zu Trägern hoher Funktionen in Wirtschaft und Verwaltung des NS-Staates. Um es erneut beispielhaft an Personen festzumachen: Da steht auf der einen Seite Eduard Hamm, von 1923 bis 1925 Reichswirtschaftsminister und danach Generalsekretär des Deutschen Industrie- und Handelstages. Er wurde in dieser Funktion von den Nazis sogleich entlassen, war danach als Anwalt tätig und wurde, wegen seiner Verbindung zur Goerdeler-Gruppe, nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert, worauf er sich das Leben nahm. Auf der anderen Seite ist etwa Werner Stephan zu nennen, von Beruf Journalist, dann langjähriger Reichsgeschäftsführer der Demokratischen Partei, der, von Stresemann in die Presseabteilung der Reichsregierung berufen, durch Joseph Goebbels in das Propagandaministerium übernommen wurde und dort leitende Funktionen ausübte, zugleich aber eine Reihe von Demokraten diskret und wirksam unterstützte, unter ihnen Theodor Heuss. Nach mehreren Karenzjahren ab 1945 kehrte Stephan in die liberale Politik zurück, war für etliche Zeit Bundesgeschäftsführer der FDP und danach Mitgründer der Friedrich-Naumann-Stiftung.[9] Bei Kurlander erscheint er allerdings, entgegen den belegbaren Fakten, fast nur als Gehilfe von Goebbels.

6 Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933-1945, München 1999.

7 Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich, New Haven and London 2009, Eine ausführliche Besprechung aus der Feder von Horst Sassin erschien in den Online-Rezensionen 2/2010 des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung, vgl. http://www.freiheit.org/files/288/online2-10_Sassin-Kurlander.pdf.

8 Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity, and the Decline of German Liberalism, 1898-1933. Oxford 2006.

9 Näheres in der Autobiographie: Werner Stephan: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

3. Eine noch zu schreibende Fallstudie: Geheimrat Prof. Dr. Emil Menke-Glückert

Ein gutes Beispiel für untadeliges Verhalten eines bildungsbürgerlichen „Dableibers“ liefert die bisher nicht wissenschaftlich erforschte, von Kurlander nicht einmal erwähnte Lebensgeschichte von Emil Menke-Glückert (1878-1948). In Bonn geboren, in Bremen aufgewachsen und dort, nach Meisterprüfung als Buchbinder und Promotion mit einer Arbeit über Goethe als Historiker, an einem Gymnasium alte Sprachen und Geschichte lehrend, gehörte er seit 1911 zu den Anhängern Friedrich Naumanns. Im Jahr darauf habilitierte er sich, abermals mit einer historischen Arbeit. Noch während des Kriegs wurde er in die sächsische Kommission zur Reform des Schulwesens berufen, nach Kriegsende als einziger Bürgerlicher in den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Auch gehörte er zu den Gründern der DDP im neuen Freistaat Sachsen. Die sächsische Regierung bestellte ihn 1919 zum Leiter der Schulabteilung im sächsischen Kultusministerium und zugleich zum Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Dresden. Aber auch die Berliner Reichsregierung sicherte sich seine Mitarbeit, 1920 als Reichskommissar für das Auslandsschulwesen, wenige Jahre später in einer Kommission zur Reform der staatsbürgerlichen Bildung. Zahlreiche Denkschriften von seiner Hand kennzeichnen ihn als führende Persönlichkeit der damaligen Bewegung für eine demokratische Bildungsreform.
So war es kein Wunder, dass Menke-Glückert bald nach dem Machtantritt der Nazis alle Ämter und auch die venia legendi verlor. Er blieb gleichwohl im Lande, pflegte seinen großen Freundeskreis, engagierte sich in sozialen Aktivitäten wie dem „Verein Volkswohl“ und hielt Kontakt zu Carl Goerdelers Widerstandsgruppe, mit der Folge mehrerer, zum Glück folgenloser Hausdurchsuchungen. Nach Kriegsende wurde er erneut, nun als Staatssekretär, in das sächsische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen. Er baute maßgebend das Schul- und Hochschulwesen wieder auf. Zugleich gründete er zusammen mit Wilhelm Külz und anderen als geschäftsführender Vorsitzender die überaus erfolgreiche Liberaldemokratische Partei Sachsens. Dass die liberale Partei und ebenso der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, dem er gleichfalls in Sachsen vorsaß, zu Instrumenten kommunistischer Herrschaftspolitik degradiert wurden, erlebte er nicht mehr.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4. Wie nahe standen sie dem Nationalsozialismus?

Kurlander konzentriert seine Darstellung auf mehrere Themen und Personenkreise. Dabei stehen, offenbar aufgrund der Quellenlage, die nach 1933 noch möglichen liberalen Publikationen im Vordergrund, so die von Theodor Heuss während seiner „inneren Emigration" verfassten und veröffentlichten Biographien, unter anderen die über Friedrich Naumann, und die publizistische Tätigkeit von Gertrud Bäumer in und mit ihrer Zeitschrift „Die Frau", die erstaunlicherweise noch bis 1944 ihr bürgerliches Publikum erreichen konnte. Weitere Kapitel Kurlanders behandeln die Einstellung führender Liberaler aus der DDP, unter ihnen Paul Rohrbach, zur Außenpolitik Hitlers und schließlich die Haltung der gleichen Gruppe zur Judenpolitik des „Dritten Reichs". Leider lässt der Autor die andere liberale Partei, also die Deutsche Volkspartei (DVP) Stresemanns, ganz außen vor. Was die DDP/Staatspartei angeht, so ist das Gesamtbild unter Auswertung aller verfügbaren Quellen, darunter zahlreiche Nachlässe mit interessanten Korrespondenzen, detailreich und weithin überzeugend dargelegt. Problematisch erscheint dagegen die Grundthese des Buchs, nämlich die Behauptung, viele Aspekte des Nationalsozialismus, seiner Ideologie und seiner Politik seien auf Friedrich Naumanns national-soziale Programmatik zurück zu führen. Ja es zeige sich in der Gesellschafts- und Sozialpolitik wie auch in der Außenpolitik, so Kurlander, dass die Linksliberalen von der DDP oft eine beachtliche Nähe zum Nationalsozialismus gesucht und gefunden hätten.
Warum problematisch? Beispiel Außenpolitik: Hitlers erfolgreiche Revision des Versailler Vertrags unter exzessiver Nutzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es US-Präsident Wilson 1918 verkündet hatte, bis hin zum „Anschluss" Österreichs und des Sudetenlands baue, meint Kurlander, auf der im gleichen Sinn revisionistischen Position der Demokraten auf. Das nun ist eine kühne, keineswegs stimmige These. Kurlander fällt hier ganz offenkundig der von ihm praktizierten Verengung des Historikerblicks auf die Weimarer linken Demokraten zum Opfer. Hätte er rundum geschaut und die anderen demokratischen Parteien such nur kursorisch einbezogen, dann hätte er unschwer festgestellt, dass die Revision grundlegender Bestimmungen des Versailler Vertrags durch eine volle Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts schon vor 1933 deutscher wie auch österreichischer Konsens war, einbezogen die Forderung nach dem „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich, und dass darüber in der Zeitgeschichtsschreibung seit langem Einvernehmen besteht. Genau so gut, oder so schlecht, hätte Kurlander bei dieser Sachlage behaupten können, Hitler habe bis 1938 die Außenpolitik der Sozialdemokraten fortgeführt. Am Schluss des Kapitels über Außenpolitik konstatiert er immerhin, schon das Münchner Abkommen vom Herbst 1938 habe die Kontinuitäten von liberalem und NS-Revisionismus

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zerstört, endgültig dann der „Fall Barbarossa“, der Angriff Hitlers auf die Sowjetunion.

Ganz ähnlich sieht es in den gesellschaftspolitischen Fragen aus. Hitlers „Volksgemeinschaft“ lässt sich, auch als Propagandathese, viel leichter aus der korporatistischen, im Kern ursprünglich antidemokratischen Soziallehre der katholischen Kirche herleiten statt, wie dies Kurlander tut, aus Friedrich Naumanns Schriften. In dem Maße, in welchem die Kirchen der Demokratie skeptisch bis ablehnend gegenüber standen, ist sogar eine größere Nähe der Konfessionen zum Nationalsozialismus zu statuieren, als Kurlander den Naumann-Anhängern unterstellt. Die Zielsetzung Friedrich Naumanns, nämlich Überwindung des Klassenkampfes durch eine neue Gemeinsamkeit aller sozialen Gruppen, blieb doch von Anfang an stets mit der kräftigen Forderung nach einer voll ausgebildeten parlamentarischen Demokratie verbunden, obgleich – so in seinem Buch „Demokratie und Kaisertum“ von 1900 – ebenso mit der konstitutionellen Monarchie.

Ein weiteres Beispiel: In der zu Beginn des 20. Jahrhunderts überaus kontroversen deutschen Kolonialpolitik vertraten Naumann und der „nationalsoziale Verein“ eine Reformlinie, welche anstelle der bisherigen Ausbeutung auf Entwicklung von Land und Bevölkerung setzte, so das von meinem Großvater Karl Rathgen maßgeblich entworfene Kolonialprogramm des Vereins von 1902. Naumann und seine Jünger hatten eben nichts mit autoritären oder gar diktatorischen Regierungsformen oder gar mit kapitalistischer Ausbeutung im Sinn, sondern sie stellten Schicksal und Glück des Einzelnen, des mündigen Bürgers, in den Vordergrund. „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ – dieser Schlachtruf der Nazis bleibt meilenweit entfernt von den Vorstellungen Naumanns und seiner Anhänger. Wer Naumann zitiert, muss überdies in Rechnung stellen, dass dieser sein ganzes Leben lang ein Suchender war, der neue Ideen gern aufnahm und eigene Fehler freimütig eingestand.[10]

Damit sollen Naumanns Irrtümer und Fehleinschätzungen nicht verkleinert oder wegdiskutiert werden. Dass er, von Max Webers berühmt-berüchtigter Rektoratsrede 1895 in Freiburg, hingerissen, lange Zeit das Deutsche Reich als künftige Weltmacht sah und sogar die von ihm verfochtenen sozialen Reformen diesem Ziel unterwarf, ist aus heutiger Sicht nur schwer, wenn überhaupt, nachvollziehbar. Eine nüchterne Abwägung des Potentials der damaligen fünf Mächte im europäischen Konzert, dazu des kommenden Hegemons USA, hätte bereits bei Naumanns Lebzeiten zu dem Urteil führen müssen, dass das Reich allein schon wegen seiner verletzlichen Lage in der Mitte Europas niemals würde Weltmacht werden können, jedenfalls nicht im

10 Zu Friedrich Naumanns Leben und Werk grundlegend immer noch die Biographie von Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, zuerst 1937, Neuauflage München 1968. Naumanns Werke sind in einer sechsbändigen Auswahl, 1964 im Westdeutschen Verlag Opladen erschienen, gesammelt worden.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Alleingang. Es war dann gerade die euphorische Überschätzung der eigenen Macht, die zum Griff der Reichsführung nach der Weltmacht, falls nötig durch Krieg, führte. Der späte Naumann hat dies sehr wohl gesehen, wie man aus seiner positiven Rolle beim Zustandekommen der Friedensresolution des Reichstags von 1917 schließen kann. Schon sein zwei Jahre zuvor erschienenes „Mitteleuropa"-Buch, das Kurlander als einen deutlichen Beleg für den von ihm gesehenen Naumann'schen Imperialismus ansieht, kann ebenso als Nachweis für eine Wendung Naumanns zu einer föderativen Ordnung Europas nach dem großen Kriege gelesen werden. Es enthielt, weil Naumann eine lange Ära zwischen Krieg und Frieden voraussah, eben beide Elemente.

5. Welche Freiheit hatten sie?

Zu einem guten Teil geht Kurlanders Fehlinterpretation wohl darauf zurück, wie er die Politik Hitlers und seiner Helfer einschätzt. Wenn er einen Nexus zwischen der Programmatik der Weimarer Demokraten und der NS-Ideologie herstellt, so führt er eine These fort, die von den marxistischen Kritikern der damaligen Zeit aufgestellt worden ist, etwa in dem – von Kurlander mehrfach zitierten – Buch Franz Neumanns über den Nationalsozialismus, unter dem Titel „Behemoth" 1944 im amerikanischen Exil erschienen.[11] Nach dieser These ist der Nationalsozialismus, wie vor ihm der Faschismus, die letzte Stufe des bürgerlichen Imperialismus, aus dessen unweigerlicher Katastrophe sodann der Sozialismus siegend hervor gehen werde. Er wäre damit, wenn diese Ableitung stimmte, im Grunde unzeitgemäß, jedenfalls rückwärtsgewandt. Demgegenüber hat Ralf Dahrendorf schon 1965 in seiner berühmten Studie über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" hervorgehoben, in welchem erstaunlichen Maße die NS-Herrschaft und die ihr zugrunde gelegte Ideologie modern gewesen seien, und zwar nicht allein die Propagandamethoden, sondern auch die Vorstellungen über die künftige Gesellschaft und die Wege dorthin.[12]
Gewollt oder ungewollt bestätigt Kurlanders Detailanalyse diese Diagnose, vor allem in dem Kapitel, das rund um die Person Gertrud Bäumers von der Gesellschafts- und Sozialpolitik handelt. Die Konvergenzen zwischen Demokraten und Nazis, welche Bäumer nicht allein in der Frauenpolitik sah, freilich aus überlebenstaktischen Gründen übertrieb, können auch dazu

11 Franz Neumann: Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York 1944.
12 Vgl.besonders die Kapitel 25 und 26 in: Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 413ff..

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beitragen, das verbreitete Bild von einer durch und durch reaktionären Gesellschaftspolitik der Nationalsozialisten drastisch zu korrigieren. Wenn etwa in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) Unternehmer und Arbeiter friedlich zusammenwirken sollten, so entsprach diese Forderung recht genau dem bis heute tiefsitzenden Bedürfnis breiter Schichten nach einer harmonisch geordneten, gar konfliktfreien Gesellschaft. Wie modern überdies die – von Kurlander nicht behandelte – NS-Propaganda unter exzessiver Nutzung des neuen Mediums Rundfunk sowie die Militärpolitik und Kriegsführung Hitlers waren, ist ja längst unbestritten. Unter Ökonomen besteht zudem weitgehende Einigkeit darüber, dass die Rezepte, die der britische Linksliberale John Maynard Keynes zur Überwindung der großen Depression von 1929ff entwickelt hatte, also vor allem das staatliche „deficit spending“ im Falle einer Rezession, sowohl von Hitlers Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, einem ehemaligen Demokraten, erfolgreich angewendet wurden als gleichzeitig auch von Franklin Delano Roosevelt, Präsident der USA seit dem gleichen Schicksalsjahr 1933.

Die Detailanalyse Kurlanders bestätigt noch einen anderen Sachverhalt. In den bisherigen Darstellungen des Überlebens unter Hitler und nun sehr überzeugend durch Kurlander wird gezeigt, dass die im Lande gebliebenen Weimarer Demokraten zwar durch die Gestapo überwacht wurden, indes doch nur lückenhaft. In Anlehnung an einen von Günter Gaus für die DDR geprägten Begriff könnte man von einer Nische reden, in welcher viele ehemals führende Liberale unter Hitler lebten. Dass Bäumer ihre Zeitschrift, wenn auch mit manchen, heute kaum nachvollziehbaren Konzessionen an die Machthaber, bis 1944 durchhalten und Theodor Heuss nicht nur seine biographischen Studien veröffentlichen konnte, sondern auch unter dem durchsichtigen Pseudonym „Thomas Brackenheim“ das Feuilleton der „Frankfurter Zeitung“ bis zu ihrer Schließung 1943 bereicherte, lässt noch nachträglich erstaunen. Kurlander verführt dieser Sachverhalt zu der sehr bestreitbaren These, das Hitler-Reich sei nicht eigentlich totalitär beherrscht worden. Nischen ließ es jedenfalls offen.

Eine andere, von Kurlander nicht gesehene Erklärung für die freilich sehr relative Freiheit der Liberalen unter Hitler kann sich auf das Zeugnis von Werner Stephan stützen. Dieser schilderte in seiner 1983 unter dem Titel „Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland“ erschienenen Autobiographie, wie seine Übernahme in den Dienst der Nazis im nunmehrigen Propagandaministerium vonstatten ging. Joseph Goebbels habe ihm kurz und knapp mitgeteilt, von seiner politischen Vergangenheit als führender Funktionär der DDP sei keine Rede, er werde jetzt gebraucht. Wie überall, gedachte also das gerade erst an die Macht geputschte Regime auch im Fall Stephan den Sachverstand zu nutzen, den seine eigenen Leute nicht mitbrachten. Der Personalchef des Ministeriums erläuterte Stephan dazu, Liberale seien für die

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

neue Regierung am leichtesten tragbar, weil es den Liberalismus nicht mehr gebe.[13] In der Tat konzentrierte das Regime die doch begrenzten Kapazitäten zur Überwachung und Kontrolle seiner Bürger auf die ihm potentiell gefährlicheren Gegner, besonders die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die bürgerlich-liberalen Hitler-Opponenten dagegen galten nicht als gefährlich, kaum als beachtenswert. Dass sie zudem mit wenigen Ausnahmen in konspirativer Arbeit ganz unerfahren waren, hat dann die im 20. Juli 1944 gipfelnde Verschwörung gezeigt: Goerdelers umfangreiche schriftliche Aufzeichnungen erwiesen sich für die Gestapo als überaus nützlich bei der Verfolgung der gescheiterten Verschwörer.

6. Warum blieben sie?

Eine für ein abgewogenes Urteil wichtige Facette des Überlebens der Liberalen im Hitler-Reich kommt bei Kurlander gar nicht in den Blick: die Motivation der „Dableiber" für ihr Handeln. Sie ist allerdings nicht leicht zu ermitteln, schon deshalb nicht, weil in der NS-Diktatur stets mit einer Kontrolle der Briefe zu rechnen war, die man an Freunde versandte. Als ein Beispiel sei abermals Stephan zitiert, und zwar mit einer Begebenheit, die nicht in seinen Erinnerungen steht, mir aber von ihm berichtet wurde. Danach traf er auf einer offiziellen England-Reise gegen Ende 1938 heimlich mit dorthin emigrierten ehemaligen Parteifreunden zusammen, unter ihnen August Weber. Er sei von ihnen bedrängt worden, angesichts des unvermeidlichen Krieges in England Asyl zu suchen. Das habe er abgelehnt: Er könne und wolle seine Familie, die sozusagen als Geisel in Berlin zurück geblieben war, nicht im Stich lassen. Überdies wisse er nicht, wie er als ein Mann der Feder in England seinen Lebensunterhalt bestreiten solle. Diese Antwort mag aus heutiger Sicht ungenügend sein. Damals war sie realistisch.
Welche Motive dagegen jemanden wie Reinhold Maier, württembergischer Wirtschaftsminister und danach Reichstagsmitglied, dazu bewogen, nicht zu emigrieren, sondern einfach in den Beruf eines Anwalts zurück zu kehren, und dies angesichts der zu erwartenden Entrechtung seiner jüdischen Ehefrau Gerta, wird wohl im Dunkeln bleiben. Näheres dazu geht jedenfalls aus der von Klaus-Jürgen Matz 1989 publizierten, ansonsten detailreichen Biographie Maiers nicht hervor.[14] Zu vermuten ist, dass Maier wie so viele Weimarer Demokraten die „Hitlerei" zunächst für einen vorübergehenden Irrweg hielt, den es auszusitzen gelte. Als dann mit der Reichspogromnacht Ende 1938 die Judenverfolgung ihren ersten Höhepunkt erreichte, war es für ihn,

13 Stephan (wie Anm. 9), S. 220 f.
14 Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889-1971), Düsseldorf 1989.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in einer „Mischehe“ lebend, bereits zu spät. Ein Studienfreund Maiers, nun leitender Angehöriger des Reichssicherheitshauptamts, habe ihm, so berichtet Matz, sehr vertraulich mitgeteilt, die NS-Behörden würden ihn keinesfalls ausreisen lassen, und ihm dringend geraten, sich scheiden zu lassen und wenigstens Frau und Sohn in sicheres Ausland zu bringen – was beides geschah.[15] Immerhin haben alle das Regime überlebt, die Eheleute Maier danach wieder geheiratet.

Dass die DDP, von den Nazis als „Judenpartei“ geschmäht, und ihre ehemaligen Mitglieder zwar als so gut wie unschädlich galten, weil schon vor 1933 wirkungslos geworden, aber doch den Gegnern des Regimes zuzurechnen waren und blieben, wird in solchen persönlichen Tragödien besonders klar fassbar. Nicht wenige Weimarer Demokraten wurden indessen von den unbestreitbar großen Erfolgen Hitlers geblendet, oft bis zum Kriegsbeginn oder gar darüber hinaus. Erst die Kriegserklärung Hitlers an die USA gegen Ende 1941 änderte bei nicht wenigen die Perspektive. Gertrud Bäumer, ohnehin in erstaunlich vielen Aspekten mit dem Regime lange einverstanden, fiel solcher Verblendung besonders intensiv zum Opfer. Im Juli 1940, unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs, veröffentlichte sie in ihrer Zeitschrift „Die Frau“ anonym, aber wohl aus ihrer Feder stammend, unter anderem den folgenden Satz : „Wir, die wir mit unserem Herzblut Compiegne und Versailles erlebt haben, fühlen in dem Geschehen von heute... die Schauer unentrinnbarer geschichtlicher Gesetze, erleben... das Wunder, dass innerhalb von zwei Jahrzehnten die deutsche Kraft die entscheidende Großmacht in der Gestaltung Europas geworden ist“.[16] Auch von der zeittypisch hymnischen Sprache abgesehen, wird daran das Ausmaß der Verblendung nur zu deutlich.

7. Was wussten sie?

Kurlanders Darstellung endet mit einem Kapitel über „die liberale Antwort auf Hitlers Judenfrage“. Es ist, insgesamt gesehen, eine Ehrenrettung für die „Dableiber“, sowohl am Beispiel etlicher nichtjüdischer Persönlichkeiten – Hjalmar Schacht, Hermann Dietrich, Theodor Heuss, die Mitglieder des Bosch-Kreises um Hans Walz und Carl Goerdeler – wie ebenso für Liberale jüdischer Herkunft. Kurlander nennt hier, wiederum beispielhaft, nicht nur Emigranten, nämlich Gustav Stolper, Erich Koch-Weser, Hans Rothfels und Hans Robinsohn, sondern auch „Dableiber“: Fritz Elsas, der seinen Einsatz

15 Vgl. ebd. S. 162 f.

16 Zitiert bei Marie Luise Bach: Gertrud Bäumer. Biographische Daten und Texte. Weinheim 1989, S. 176.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für den Sturz Hitlers mit seinem Leben bezahlte, Eugen Schiffer und Marie Baum. In einer großen Zahl einzelner Fälle haben, wie Kurlander ermittelte, Liberale sowohl nichtjüdischer als auch jüdischer Herkunft verfolgten oder bedrängten Juden und ihren Familien Hilfestellung geboten und dem nationalsozialistischen Unwesen widerstanden, solange es möglich war. Sogar geradezu amüsant ist zu lesen, wie Hermann Dietrich seine jüdische Mitarbeiterin durch Tricks und Täuschungen in seinen Diensten hielt. Aus eigener Kenntnis kann ich hinzufügen, dass Professor Hans Reif, vor 1933 in dem der DDP nahestehenden Hansabund leitend tätig, nachmals Berliner Mitglied des Parlamentarischen Rates und des Deutschen Bundestages, und seine Frau zusammen mit anderen einem jüdischen Ehepaar zur Ausreise in das neutrale Schweden verhalfen und dessen Kindern zu einer gesicherten Bleibe, in welcher sie Krieg und Holocaust überleben konnten. Hans Reif war es auch, der über längere Zeit ein illegales Informationsblatt namens „Industriedienst" herausgab, und übrigens einer der Wenigen, die schon in den fünfziger Jahren öffentlich an die lange verfemten Demokraten wie August Weber, Hermann Dietrich und Walter Rathenau erinnerte.[17]

Andere, gewiss zahlreiche gute Taten dieser Art werden nie öffentlich werden. Hier zeigte sich, so registriert Kurlander, dass der universale Humanismus, welchem die Weimarer Liberalen anhingen, nicht nur zu Bekenntnissen, sondern ebenso zu konkretem Handeln gegen das Regime führte. Dieses registrierte aufmerksam solche aktive Resistenz. In seinem Jahreslagebericht 1938 meldete der Sicherheitsdienst (SD) über die liberalen Reaktionen auf die „Reichspogromnacht" unter anderem, die „Maßnahmen" der Herrschenden gegen die Juden seien als barbarisch und kulturlos bezeichnet worden. Und weiter: „Aus liberalistischer Grundhaltung heraus glaubten viele, offen für das Judentum eintreten zu müssen. Die Zerstörung der Synagogen wurde als unverantwortlich erklärt; man trat für die ‚armen unterdrückten Juden' ein."[18]

Die „Reichspogromnacht" wie auch die Fülle der gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen zur Entrechtung und Vertreibung der Juden fanden in aller Öffentlichkeit statt. Darüber konnte also jedermann viel erfahren. Auch dass oppositionelle Personen im Konzentrationslager landeten, wenn sie, sei es nur im Freundes- und Familienkreis, Kritik am Regime übten, war allgemein bekannt, schon deshalb, weil das Regime solche Kenntnis geradezu als Herrschaftsinstrument nutzte, also selbst verbreitete. Indessen bleibt, auch in Kurlanders Darstellung über die Liberalen, offen, was und wieviel die „Dableiber" und ebenso die Emigranten vom tatsächlichen Umfang des

17 Vgl. Ella Barowsky/Peter Juling (Hrsg.): Hans Reif. Liberalismus aus kritischer Vernunft, Baden-Baden 1986, S. 283, 286 f.

18 Zitiert in: Rainer Erkens/Horst R. Sassin (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland 1930-1945, St. Augustin 1989, S. 379 f.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Holocaust bis zum Kriegsende wussten. Hier ist die Quellenlage aus naheliegenden Gründen höchst unbefriedigend. Zum einen unterlagen die Vernichtungslager strenger Geheimhaltung und wurden eben deshalb in das militärisch verwaltete besiegte Polen gelegt. Zum anderen: Im Wissen um die von den Sicherheitsbehörden geübte, nach Kriegsausbruch verstärkte Briefzensur vertrauten auch die Oppositionellen im Reichsgebiet etwaige Kenntnisse nicht dem beschriebenen Papier an, zumal da sie wussten oder zumindest ahnten, welche Sanktionen ihnen im Falle der Verbreitung solcher Informationen drohten. Kontakte zum Kriegsgegner waren zudem nur über die neutralen Länder Schweiz und Schweden herstellbar und nur selten schriftlich fixiert.

Wir Nachgeborenen sind also fast ganz auf das persönliche Zeugnis derer angewiesen, die überlebten. Die Flut der Memoiren, die bald nach 1945 einsetzte und jahrzehntelang anhielt, ist freilich zumeist nur mit Vorsicht zu gebrauchen. Denn die einen, welche dem NS-Staat gedient hatten, verkleinerten ihre Rolle nur allzu gern auf die des bei der Entnazifizierung so genannten „Mitläufers". Nur wenige der im Dritten Reich verantwortlichen Akteure haben so offen zu ihrer eigenen Vergangenheit gestanden wie Werner Stephan, der in der Rückschau auf das Jahr 1945 schrieb: „Ja, ich hatte alle Geheimnisse des Hitlerstaates mindestens geahnt und durchschaut. Die Charaktere, die inneren Antriebe seiner führenden Männer waren mir deutlich gewesen. Ich hatte vor dem Krieg und im Krieg die Entwicklung richtig gesehen. Nie konnte ich als Entschuldigung geltend machen, dass ich nichts gewusst hätte und getäuscht worden sei."[19]Aber noch in der Debatte um die Rolle des Auswärtigen Amts im Dritten Reich und um ihre Bewertung seither, ausgelöst durch das kontroverse Buch über „Das Amt",[20] musste die Behauptung, man habe nichts oder nur sehr wenig gewusst, nicht selten zur Beschönigung des Verhaltens leitender Beamter im Dritten Reich herhalten. Die anderen, dem Regime mehr oder weniger entfernt Gebliebenen waren ihrerseits oft bestrebt, ihre Widerstandsrolle als möglichst groß erscheinen zu lassen. Kombiniert mit anderen Quellen und so kontrolliert, sind die Memoiren gleichwohl eine wichtige Quelle, von Kurlander ausgiebig, von den Autoren des Buchs über das Auswärtige Amt leider gar nicht genutzt.

Eine, auch durch die Auswertung etlicher Memoiren sowie Befragung von Zeitzeugen, von der Forschung seit langem beantwortete Frage ist, ob irgendjemand die seit dem Beginn des Russland-Abenteuers laufende Mordmaschine hätte anhalten können. Das war gewiss nicht der Fall. Selbst die mehrfachen Versuche von Widerständlern, durch entsprechende

19 Stephan (wie Anm. 8), S. 282.

20 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann (Hrsg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010. Vgl. meine Rezension in „liberal" 53 (2011), H. 1, S. 68-72.).

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Informationen die Westalliierten zum Handeln zu bewegen, etwa zur Bombardierung der Vernichtungslager, blieben erfolglos. Für jemanden, der irgendwo in der Provinz seine einigermaßen sichere, zugleich aber isolierte Bleibe gefunden hatte – so Theodor Heuss in Heidelberg, Gertrud Bäumer im schlesischen Gießmannsdorf – stellte sich die Frage ohnehin nicht, was etwa hätte getan werden können. An dem Attentat vom 20. Juli 1944 und seiner Vorbereitung waren die Linksliberalen, obwohl ihr Netzwerk weitgehend funktionsfähig geblieben war, mit wenigen Ausnahmen, unter ihnen Fritz Elsas, nur am Rande beteiligt; Goerdeler ist doch wie fast alle der Verschwörer eher dem konservativen Spektrum zuzurechnen. Gertrud Bäumer, durch deren Vermittlung ich einige Monate als Vizesohn auf dem Eggeling'schen Gut in Gießmannsdorf, ihrer Sommerbleibe, verbringen konnte, versammelte immerhin dort von Zeit zu Zeit ihre demokratischen Freundinnen und Freunde um sich, unter ihnen Theodor Heuss. Und abends las sie für die aus Adel und Bildungsbürgertum Stammenden aus ihrem jeweils neuesten Roman – zuletzt war es Dante – am flackernden Kamin. Ich war von ihr hingerissen, und gewiss war es für den Neubeginn ab 1945 hilfreich, dass sie zu ihrem Teil das linksliberale Netzwerk lebendig erhielt. Aber aktiver Widerstand, wie ihn andere Liberale leisteten, sah doch anders aus.[21]

Als kontrastierendes Zeitzeugnis diene, was mir meine Schwiegermutter berichtete, Marka Heinze geborene Methfessel, gutbürgerlicher Herkunft aus dem thüringischen Saalfeld. Sie hatte im Stalingrad-Winter 1942/43 ihren dienstverpflichteten Ehemann Hans Heinze besucht, der in den polnischen Karpaten einen holzverarbeitenden Betrieb leitete, und ihn auch bei einer heimlichen, ihrem Mann als bekennenden Christen und Freimaurer selbstverständlichen Hilfsaktion für die Juden im Ghetto der benachbarten Stadt Kolomea begleitet. Auf der nächtlichen Rückfahrt nach Berlin schüttete ihr, der wildfremden Frau, ein im Abteil mitreisender junger SS-Offizier sein Herz aus und offenbarte ihr seine Beteiligung am Massenmord in Auschwitz. Was sie mit dieser ungeheuerlichen Kenntnis angefangen habe, fragte ich sie später. Ihre Antwort: „Ich habe eisern geschwiegen, um nicht selbst ins Kz zu kommen. Aber seither wusste ich endgültig, dass dieser Krieg verloren war."

21 Zu Gießmannsdorf, heute Gosciszow, und der Familie von Eggeling vgl. Barthold C.Witte: Für die Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben eines liberalen Bürgers. Stuttgart 2003, S. 56ff.

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Autorenverzeichnis

Alexandre, Philippe, Jg. 1953, Dr. phil., Prof. für deutsche Geschichte am Institut d'études germaniques an der Universität Nancy 2 u. Leiter des Centre d'Etudes Germaniques Interculturelles de Lorraine (C.E.G.I.L.), Nancy

Bordiehn, David, Jg. 1980, Studium 2010 Doktorand am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Conze, Eckart, Jg. 1963, Prof. Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, Mit-Herausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Günther, Stephanie, Jg. 1981, Dr. phil., Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bonn

Hein, Dieter, Jg. 1953, Prof. Dr. phil., Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum zur Vermittlung geisteswissenschaftlicher Kernkompetenzen der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt

Jansen, Christian, Jg. 1956, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Kunze, Rolf-Ulrich, Jg. 1968, Prof. Dr. phil., Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Philosophie

Löttel, Holger, Jg. 1977, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf

Meier, Desiderius, Jg. 1985, M.A., Doktorand am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München, Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit

Özmen, Elif, Jg. 1974., Prof. Dr. phil., AOR an der Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Religionswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Pohl, Karl-Heinrich, Jg. 1943, Prof. Dr. phil., em. Prof. für Geschichte und ihre Didaktik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

Roth, Ralf, Jg. 1957, Prof. Dr. phil., Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main

Soldwisch, Ines, Jg. 1976, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiterin am Historischen Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Stalmann, Volker, Jg. 1964, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin

Witte, Barthold C., Jg. 1928, Dr. phil, Dr. phil. h. c., Ministerialdirektor a. D., Bonn

https://doi.org/10.5771/9783845253879 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA